

Informationen

zur politischen Bildung / izpb

bpb:

330 2/2016

B6897F



**Widerstand gegen den
Nationalsozialismus**



Inhalt



Widerstand gegen den Nationalsozialismus – eine Einführung	4
Warnungen vor dem Nationalsozialismus vor 1933	8
Widerstand als Reaktion auf NS-Machtübernahme und NS-Herrschaftspraxis	10
Widerstand aus der Arbeiterbewegung	10
Widerstand aus christlichem Glauben	14
Widerstand und Exil	18
Formierung der militärisch-zivilen Opposition	20
Umsturzplanungen 1938	21
Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939	24
Widerstand als Reaktion auf Krieg und NS-Gewaltverbrechen	26
Widerstand aus der Arbeiterbewegung	27
Die Europäische Union	30
Die Widerstandsgruppe um Herbert Baum	30
Widerstand aus christlichem Glauben	32

Regimekritik und Versuche der Gegenöffentlichkeit	36
Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, „Bewährungseinheiten“ 999	37
Rote Kapelle	38
Weißerose	42
Widerstand von Jugendlichen	46
Die Gruppe um Hanno Günther	50
Die Gruppe um Helmuth Hübener	51
Kreisauer Kreis	52
Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944	56
Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944	59
Widerstand von außen	64
Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung	66
Widerstand von Juden	68
Widerstand von Sinti und Roma	70
Widerstand von Häftlingen	72
Hilfen für Verfolgte	74
Widerstand der letzten Stunde	75



59



76

Die Wahrnehmung des Widerstands nach 1945	76
Öffentlichkeit und politische Würdigungen	76
Der Remer-Prozess – ein Wendepunkt	78
Ringen um Entschädigung	78
Fehlende juristische Aufarbeitung	79
Historische und mediale Aufarbeitung	79
<hr/>	
Literaturhinweise und Internetadressen	80
<hr/>	
Der Autor und die Autorin	83
<hr/>	
Impressum	83

Editorial

Widerstand in der nationalsozialistischen Diktatur war immer die Haltung von sehr wenigen, von einzelnen und oft sehr einsamen Menschen. In diesem System mit totalitärem Anspruch riskierten Menschen, die Widerstand leisteten, ihr Leben. Umgeben waren sie von einer Bevölkerung, die sich in ihrer Mehrheit anpasste, ja vom Nationalsozialismus begeistert zeigte und das Regime trug.

Um die Vielfalt der Motive und Handlungen zu veranschaulichen, aus denen heraus eine kleine Minderheit tätig wurde, ist dieses Heft stark biografisch ausgerichtet. Was veranlasste Einzelne, Widerstand zu leisten, was motivierte sie zu ihren Aktionen, wer unterstützte sie? Welche Folgen mussten sie gewärtigen? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, wird hier beispielhaft das breite, vielfältige Spektrum des deutschen Widerstands gezeigt, das sich nur schwer in Kategorien fassen lässt.

Um eine Übersicht zu ermöglichen, werden im Heft die Widerstandshandlungen vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Krieges behandelt und gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet, die sich auf vielfältige Art und Weise widersetzen. Dazu gehörten Hilfen für Verfolgte, Untergeachtete und Zwangsarbeiter, die Herstellung und Verteilung von Flugblättern und Klebezetteln, das Abhören und Verbreiten von Nachrichten ausländischer Radiosender, das Bemalen von Wänden mit Parolen gegen die NS-Herrschaft, das Verweigern und die Desertion vom Kriegsdienst, die Information über die nationalsozialistischen Verbrechen, die Vorbereitung von Attentaten auf den Diktator und die nationalsozialistische Führung.

Für die Mehrheit der Zeitgenossen waren Menschen, die Widerstand leisteten, „Volksverräter“. Doch Widerstand ist vielfältig interpretierbar und kann im Laufe der Zeit anders gedeutet werden. Heute werden viele derjenigen, die sich dem NS-Regime widersetzen, für ihren Mut und ihre Zivilcourage angesichts eines verbrecherischen Regimes öffentlich gewürdigt und mit Erinnerungszeichen und Denkmälern geehrt.

Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus der NS-Zeit wurde im Grundgesetz Artikel 20 Absatz 4 verankert, um die Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik Deutschland, die freiheitliche demokratische Grundordnung, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenwürde, zu schützen: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Das Beispiel der Menschen, die im Nationalsozialismus Widerstand geleistet haben, kann Anstoß geben, darüber nachzudenken, welche Handlungsmöglichkeiten und -spielräume dem Einzelnen bleiben, wenn die demokratische Ordnung gefährdet ist.

Widerstand komme, so Klaus von Dohnanyi, Sohn des 1945 hingerichteten Widerstandskämpfers Hans von Dohnanyi, immer zu spät. Entscheidend sei, dass Zivilcourage und Ordnung vorher gewahrt werden.

Jutta Klaeren

JOHANNES TUCHEL / JULIA ALBERT

Widerstand gegen den Nationalsozialismus – eine Einführung

„Widerstand ist nicht, Widerstand wird!“ – mit diesen Worten beschrieb Joachim Gauck als damaliger Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ im Juli 2004 den prozesshaften Charakter aller gegen die nationalsozialistische Diktatur gerichteten Verhaltensweisen. Damit verwies er nicht nur auf die Vielfalt und Wandlungsfähigkeit des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, sondern gleichzeitig auch darauf, dass sich dieser Widerstand starren und einseitigen Erklärungsversuchen entzieht.

Widerstand gegen den Nationalsozialismus kann zuerst einmal als Oberbegriff für alle Formen aktiven Handelns gegen die nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspraxis verstanden werden. Beschrieben wird damit ein Verhalten, das mehr ist als nur eine kritische Einstellung gegenüber der Diktatur. Es setzt nicht nur die Bereitschaft zur Aktion voraus, sondern erfordert konkrete Handlungen. Diese Handlungen waren immer mit einem Risiko für die eigene Person oder für Familienangehörige verbunden.

Aus heutiger Sicht umfasst der Begriff des Widerstands ein weites Spektrum von Verhaltensweisen. Zu seinen Ausgangspunkten gehörten systemkritische Haltungen, Selbstbehauptung gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie oder die Verweigerung regimetreuer Aktivitäten. So konnten sich unterschiedliche Formen der Gegenöffentlichkeit oder des Protests entwickeln. Sie boten wiederum die Voraussetzungen für die aktive Gegnerschaft oder für die politische Verschwörung, die auf eine Veränderung der Verhältnisse oder den Umsturz des Regimes nach einem gelungenen Attentat auf Hitler zielten.

Das handlungsorientierte und umfassende Verständnis des Widerstands ermöglicht es der historischen Forschung, nicht nur die Existenz von Handlungsspielräumen unter den Bedingungen der Diktatur aufzuzeigen, sondern auch danach zu fragen, ob und wie sie genutzt wurden. Denn nur wenige ergriffen die Möglichkeiten, die noch zur politischen Aktion gegen den Nationalsozialismus bestanden. Widerstand war damit in der NS-Zeit das abweichende Verhalten einer Minderheit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.



bpk / Carl Weinrother

Drei Pfeile – Symbol der Eisernen Front, Demonstration in Berlin am 1. Mai 1932

Gegen Monarchisten, Kommunisten und Nationalsozialisten – die Mitglieder der Eisernen Front bekennen sich zum Weimarer Verfassungsstaat und wollen ihn gegen seine Feinde schützen. Manche sehen in den Pfeilen auch die SPD, die freien Gewerkschaften und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Nicht nur mit großen Demonstrationen wollen sie gemeinsam den Nationalsozialismus bekämpfen und die Demokratie bewahren.



Barch, B9017/3828

Von Walter Klingenberg gemaltes „Victory“-Zeichen, München-Bogenhausen 1941

Der 1924 geborene Münchener Mechanikerlehrling verbreitet 1941 gemeinsam mit Freunden Nachrichten, die sie beim Abhören ausländischer „Feindsender“ erfahren haben. Zudem malt Klingenberg auf Hauswände und Straßenschilder mit schwarzer Ölfarbe das „Victory“-Zeichen, ein Symbol für den Sieg der Alliierten. Er wird im September 1942 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 in München-Stadelheim enthauptet.

Die meisten Deutschen begrüßten 1933 die neue Herrschaft. Sie folgten bereitwillig der nationalsozialistischen Führung oder passten sich zumindest in die NS-„Volksgemeinschaft“ ein. Nur wenige stellten sich dem Regime entgegen, und nur in den allerwenigsten Fällen handelte es sich dabei um einen bewaffneten Widerstand wie in den von Deutschland besetzten Gebieten.

Es gab in jeder Phase des NS-Regimes unterschiedlichste Formen des Widerstands, die von ethischen, politischen und religiösen Grundüberzeugungen getragen waren. Sie konnten einsamen Entschlüssen zum Sich-Widersetzen entspringen, aber auch auf gruppen- oder milieuostrorientierten Entscheidungen bzw. Haltungen beruhen. Sie konnten Reaktionen auf Unterdrückung und Verbrechen sein oder sich gegen den weltanschaulichen Gestaltungs- und Führungsanspruch der Nationalsozialisten wenden.

Vor der nationalsozialistischen Regierungsübernahme 1933 hatten vor allem die Parteien der Arbeiterbewegung, aber auch viele Künstler und Intellektuelle vor den Gefahren des Nationalsozialismus gewarnt. Nach ihrer Regierungsübernahme im Januar 1933 betrieben die Nationalsozialisten dann ebenso zügig und planmäßig wie gewalttätig die Ausschaltung aller politischen Gegner und Konkurrenten. Alle Parteien außer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) wurden verboten; ein Medien- und Meinungsmonopol sollte die politische „Gleichschaltung“ der deutschen Bevölkerung sichern. Die Grundrechte der Weimarer Verfassung wurden nach einem Brandanschlag auf das Reichstagsgebäude mit der „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 aufgehoben.

So sahen sich etwa Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschafter erst einmal gezwungen, neue Organisationsstrukturen aufzubauen, bevor sie mit Flugschriften und Flugblättern über den menschenverachtenden Charakter der neuen Diktatur informieren konnten. Die Nationalsozialisten betrachteten dies als „Hochverrat“, den sie mit hohen Haftstrafen verfolgten. Dennoch wurden aus den traditionellen Milieus der Arbeiterbewegung immer wieder Versuche unternommen, alte Kontakte zu bewahren und neue Widerstandsgruppen zu bilden, um aktiv an der Beseitigung der NS-Diktatur mitzuwirken.

Die Verteidigung der eigenen Normen und Werte sowie der geistigen Unabhängigkeit findet sich ebenso bei den liberalen wie bei den konservativen NS-Gegnern. Einzelne wagten es, sich offen gegen die Zumutungen der neuen Machthaber aufzulehnen und fanden ihren Weg in den aktiven Widerstand.

Auch Christen beider Konfessionen und Mitglieder kleinerer religiöser Gemeinschaften wehrten sich gegen Übergriffe des Staates auf die Freiheit des Glaubens. Sie dokumentierten ihren Willen zur geistigen Selbstbehauptung und verteidigten so aktiv die Freiheit des Bekenntnisses.

Selbst nahe dem Zentrum der Macht regte sich aktiver Widerstand. Er zeigte sich in den militärischen Umsturzversuchen zwischen 1938 und 1944 und der Verschwörung entschiedener Regimegegner, die auf den Sturz der NS-Herrschaft abzielten.

Formen der Selbstbehauptung, der Verweigerung und der daraus folgenden Auflehnung fanden sich auch bei Jugendlichen. Mitglieder früherer politischer oder kirchlicher Jugendverbände widersetzten sich der Gleichschaltung ebenso wie Mitglieder bündischer Gruppen, deren elitärer Anspruch auf Neuausrichtung der Gesellschaft der NS-Massenideologie zuwiderlief und die deshalb 1933 direkt verboten worden waren. Sie verteidigten damit ihr Recht auf Selbstständigkeit und Unabhängigkeit.

Desertion und Kriegsdienstverweigerung aus politischen und weltanschaulichen Gründen waren ebenfalls Ausdruck der Re-



GDW

Illegales Treffen von SPD- und SAP-Mitgliedern an der deutsch-tschechischen Grenze im Riesengebirge um 1935

In Berlin sammelt der Junggewerkschafter Willi Gabriel (r. mit seiner Frau Erna) Informationen über die „Köpenicker Blutwoche“, in der die SA 1933 mehr als 20 Menschen ermordet hat. Zusammen mit Fritz Benke (3. v. r.), einem Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), gibt er in einer Holzbaude für Skifahrer und Wanderer im Riesengebirge das Material an seinen Schwager, den früheren Köpenicker Jungbannerleiter Paul Hasche, weiter.



Privatbesitz

Auflösung einer nicht genehmigten Bibelfreizeit evangelischer Jugendlicher in Oberstein/Bayern um 1937

Weil die Gestapo alle Treffen christlicher Jugendlicher kontrollieren will, müssen Bibeltage, Jugendlager und Jugendfreizeiten polizeilich angemeldet werden. Ist dies nicht der Fall, werden die Veranstaltungen sofort aufgelöst.

gimegegnerschaft. So desertierten etwa Soldaten, weil sie mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen konfrontiert wurden und nicht bereit waren, einem verbrecherischen Staat zu dienen.

Auch die Unterstützung für verfolgte Juden, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene gehörte zu den Formen des Widerstands im Kriegsalltag. Insbesondere die Hilfe für verfolgte Juden wandte sich gegen einen Kernpunkt der NS-Ideologie.

Regimegegner mussten im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich besondere Vorsicht walten lassen. Sie hatten sich vor der Polizei zu hüten, aber fast noch mehr vor ihren Nachbarn, die regimekritische Handlungen registrierten und vielfach bereitwillig meldeten. Viele Flugblätter der Opposition kennen wir heute nur aus den Akten der Verfolgungsbehörden, da sie von ihren Empfängern zwar gelesen, aber dann oftmals rasch bei der Polizei abgegeben wurden. Denunziationen führten in vielen Fällen zu Aktionen der Polizei oder der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gegen Menschen, die sich regimekritisch geäußert oder verhalten hatten.



GDW

Arvid und Mildred Harnack bei Saalfeld im Jahr 1930

Im Kreis um das Ehepaar Harnack werden bereits ab 1933 Grundfragen der politischen, wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Entwicklung diskutiert. Die Literaturwissenschaftlerin Mildred Harnack lehrt am Berliner Abendgymnasium und ist gemeinsam mit ihrem Mann an vielfältigen Aktionen der Widerstandsgruppe Rote Kapelle führend beteiligt. Beide werden 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und ermordet.

Die Bereitschaft zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus beruhte auf einer individuellen, ganz persönlichen Entscheidung, zumeist sogar auf einer Reihe von Entschlüssen. In Interviews können viele ehemalige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer oftmals einen genauen Punkt benennen, an dem Regimekritik oder Opposition in aktive Gegnerschaft umschlug. Viele andere können dies jedoch weder auf eine konkrete Einzelentscheidung noch auf einen genauen Zeitpunkt festlegen.

Gruppenbildung und Vernetzung waren unter den Bedingungen der Diktatur keine einfachen Vorhaben, sondern häufig komplex ablaufende Vorgänge, in deren Verlauf sich die Beteiligten erst einmal kennenlernen und Vertrauen zueinander fassen mussten. Das gemeinsame Milieu, die gemeinsame Alterskohorte, gemeinsame Interessen – all diese Faktoren konnten Menschen zusammenführen. Die Gruppenbildung erfolgte vielfach in einer gemeinsamen Suche nach politischer und weltanschaulicher Übereinstimmung. Persönliche und politische Diskussionen gingen ineinander über. In diesen Diskussionen wurde vor allem das Informationsmonopol der Diktatur in Frage gestellt. Es ging darum, Informationen auszutauschen, sie mit der Propaganda der Diktatur zu vergleichen und sich so ein eigenes Bild von den politischen Prozessen der Gegenwart zu machen. Dabei wurde oft der eigene politische Standort – in Abgrenzung vom nationalsozialistischen System – bestimmt, bevor weitere Aktionen erfolgten. „Gegenöffentlichkeit“ – so klein sie auch sein mochte – war ein Ziel, das mit Flugblättern oder Wandparolen erreicht werden sollte.

Widerstand wird so als Prozess einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Verbrechen deutlich. Die Geschichte des Widerstands zeigt aber auch das Spannungsfeld, in dem die Deutschen in der NS-Zeit standen. Es reicht von Begeisterung, Anpassung und Nachfolgebereitschaft zu Distanz, Opposition und Widerstand.

Die Vielfalt und Breite der Widerstandsformen führen dazu, dass der Begriff des Widerstands gegen den Nationalsozialismus nur schwer in theoretische Modelle oder eine harmonisierende Zusammenschau zu fassen ist. Hinzu kommt, dass der Widerstandsbegriff nach 1945 in der politischen wie in der wissenschaftlichen Diskussion oftmals umstritten war. Jede

Was Widerstand bedeutet (I)

Widerstand gegen das Unrechtsregime ist also mehr als nur Verweigerung, als schweigende Ablehnung, mehr als das Einverständnis gegen die Nationalsozialisten im gleichgesinnten Milieu, mehr als die Verurteilung des Diktators und seiner Gehilfen im geschlossenen Kreis. Aus der Ablehnung des Regimes wird Widerstand durch das Bekenntnis und die Bereitschaft, Konsequenzen der Haltung und Handlung zu tragen.

Ein zentrales Element von Widerstand ist die Gefährdung dessen, der sich erkennbar auflehnt. Eine Voraussetzung ist die Bewahrung eigener Identität, das Festhalten an Normen und Werten, die Verweigerung von Anpassung und Kompromiss, wie es des Vorteils, des Friedens, des Fortkommens wegen von der Mehrheit praktiziert wurde. Widerstand ist mehr als das Beharren auf persönlichen Einstellungen, die mit der Raison des Regimes nicht übereinstimmen. Aber ohne eigene Haltung und Orientierung war kein Widerstand möglich.

Wolfgang Benz, Der deutsche Widerstand gegen Hitler, C.H. Beck München 2014, S. 8

Modellbildung kann hier anregend sein, niemals jedoch die genaue historische Analyse ersetzen.

Gerade in der Kriegsphase spiegelte sich in vielfältigen Aktionen des Widerstands und des Protests gegen die nationalsozialistische Diktatur auch der Zerfall einer Gesellschaft, die mit dem militärischen Zusammenbruch zugleich auf ihre gesellschaftliche Katastrophe zutrieb.

Es kann der Widerstandsforschung und der wissenschaftlichen Zeitgeschichte nur gelingen, die Vielfalt dieser Erscheinungen wahrzunehmen, wenn sich die Forschenden die Offenheit des Blicks und die Unbefangenheit des Urteils bewahren, aber auch den Willen haben, das ganze Spektrum von Verhaltensmöglichkeiten zur Kenntnis zu nehmen. Im Widerstand wird dann die Alternative zur Anpassung und zur Folgebereitschaft der meisten Deutschen sichtbar. Und dies wiederum weist durchgängig darauf hin, dass Zivilcourage und Teilhabe, die heute so selbstverständlich erscheinen, niemandem in den Schoß fallen.



Elli Voigt (3. v.l., hier 1943 mit Zwangsarbeiterinnen aus dem Kabelwerk Schönow bei Berlin) gehört einer kommunistischen Widerstandsgruppe an. An ihrer Arbeitsstelle im Kabelwerk knüpft sie Kontakt zu Zwangsarbeitern, die sie unterstützt und in ihre politische Arbeit einbezieht. Sie wird vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 8. Dezember 1944 in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Privatbesitz



1938 entschließt sich der Schreiner Georg Elser (hier um 1936), die NS-Führung – Hitler, Göring und Goebbels – zu töten, um so den drohenden Krieg zu verhindern. Elser präpariert in wochenlanger Arbeit ab Sommer 1939 einen tragenden Pfeiler des Veranstaltungssaales im Münchener Bürgerbräukeller, um dort einen Sprengkörper einzubauen. Hitler verlässt am 8. November 1939 nur wenige Minuten vor der Explosion unerwartet früh den Versammlungssaal und entgeht so dem Anschlag.

Was Widerstand bedeutet (II)

Kein System kann alle Normenverletzungen ahnden, jeder derartige Versuch würde das System selbst blockieren. Es gibt also in jedem, auch dem nationalsozialistischen System ganze Bereiche, die gewöhnlich unterhalb der polizeilichen Eingriffsschwelle liegen. In diesen Bereichen – also in gewöhnlich sehr privaten Räumen – waren die meisten Akte von Nonkonformität gegenüber dem NS-Regime angesiedelt. In der Regel handelte es sich um einzelne Normenverletzungen, die nicht das Ganze in Frage stellten.

Akte bloßer Nonkonformität wurden dann um einen Grad genereller und damit politisch gegen das Regime gerichtet, wenn sie nicht nur gegen irgendwelche Normen des Systems verstießen, sondern sich den Anordnungen etwa von Behörden bewusst widersetzten. Solche Verweigerung konnte etwa darin bestehen, daß man seinen Sohn oder seine Tochter trotz mehrmaliger offizieller Intervention nicht zur HJ „Hitler-Jugend“ oder zum BDM „Bund Deutscher Mädels“ schickte. Oder darin, daß man trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Werksleitung die eigene Produktionsleistung nicht erhöhte.

Noch weitgehender, weil in der Tendenz noch mehr auf die generelle Ablehnung des Regimes ausgerichtet, ist der Protest. Er konnte sich immer noch auf eine Einzelmaßnahme beziehen, wie etwa in der Kampagne der Kirchen gegen die Euthanasie.

Als Widerstand würden wir in dieser langen Skala abweichenden Verhaltens dann jene Verhaltensformen bezeichnen, in denen das NS-Regime als Ganzes abgelehnt wurde, und Maßnahmen zur Vorbereitung des Sturzes des NS-Regimes im Rahmen der Handlungsmöglichkeiten des jeweils einzelnen Subjektes getroffen wurden.

Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Bund Verlag Köln 1982, S. 96 ff.

Was Widerstand bedeutet (III)

Der Begriff Widerstand ist stets umstritten gewesen. In der Regel bezeichnet das Wort Widerstand Reaktionen eines Menschen oder von Gruppen auf Machtmißbrauch, Verfassungsbruch und Menschenrechtsverletzungen. Deshalb erscheint Widerstand immer dann als geboten oder gerechtfertigt, wenn Grundsätze des modernen Naturrechts oder Grundprinzipien einer demokratischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen Ordnung gegen Übergriffe verteidigt werden sollen.

Weil sich Widerstand vor allem auf die Verteidigung einer menschenwürdigen Ordnung bezieht, hängt die innere Anerkennung des Widerstands von der Formulierung der Grenzen und Ziele des Staates ab, deren Gefährdung und Verletzung widerständiges Verhalten notwendig macht. In der Regel wird Widerstand durch Attribute präzisiert. Dadurch soll deutlich gemacht werden, daß Widerstand als eine Form abweichenden Verhaltens ein breites Verhaltensspektrum abdeckt – vom passiven Widerstand und der Verweigerung über die innere Emigration, den ideologischen Gegensatz und die bewußte Nonkonformität zum Protest, zur offenen Ablehnung und schließlich zur Konspiration, die sich sowohl auf die gedankliche Vorbereitung der Neuordnung nach dem Ende des NS-Staates konzentrieren konnte als auch versuchen mußte, aktiv den Umsturz des Regimes vorzubereiten und durchzuführen.

Widerstand bezeichnet ein breites Verhaltensspektrum, dessen Voraussetzungen in Vorbehalten gegenüber dem Regime (Resistenz), in der inneren Kraft zur bewußten Distanzierung von den politischen Konventionen der Zeit und in der Befähigung zur Bewahrung traditional vermittelter Wertvorstellungen liegen. Im Verständnis der Deutschen wird der Begriff Widerstand vor allem durch die Erfahrungen der NS-Zeit bestimmt. Widerstand bezeichnet in diesem Zusammenhang jedes aktive und passive Verhalten, das sich gegen das NS-Regime oder einen erheblichen Teilbereich der NS-Ideologie richtete und mit hohen persönlichen Risiken verbunden war.

Peter Steinbach / Johannes Tüchel, Widerstandsbegriff, in: Dies. (Hg.), Lexikon des Widerstandes 1933–1945, 2. durchgesehene Auflage, C. H. Beck München 1998, S. 240 f.



Claus Schenk Graf von Stauffenberg und sein Freund Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim, hier im „Führerhauptquartier“ in Winniza/Ukraine 1942, gehören zu den wichtigsten Beteiligten des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944. Beide werden in der Nacht zum 21. Juli 1944 im Innenhof des Berliner Bendlerblocks erschossen.



Republikanische Demonstration im Berliner Lustgarten, Oktober 1930

Warnungen vor dem Nationalsozialismus vor 1933

Nach dem Ende des Kaiserreichs im November 1918 prägten Aufstände und Putschversuche die ersten Jahre der Weimarer Republik. In der Bevölkerung wie unter deren politischen Vertretern herrschte eine ausgeprägte Abneigung gegen politische und soziale Kompromisse, die das Entstehen eines gemeinsamen Verantwortungsbewusstseins für ihren neuen, demokratischen Staat verhinderte.

Erst 1924 begann eine Phase relativer Stabilität und innenpolitischer Ruhe, die bis 1929 andauerte. Verbunden mit wirtschaftlichem Aufschwung führte sie zu einer Blütezeit in Kunst, Kultur und Wissenschaft. Eine Zwiespältigkeit zwischen Fortschritt und Stagnation, demokratischem Ringen und Anarchie, Moderne und Beharren auf Tradition kennzeichnete die „Goldenen Zwanziger“. Technischer Fortschritt und künstlerische Experimentierfreudigkeit beflügelten das Lebensgefühl.

Dies alles endete mit der im Oktober 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise, in der Armut und Verzweiflung um sich griffen. Die regierenden Parteien entzogen sich ihrer Verantwortung und waren unfähig, stabile Koalitionen zu bilden. Tief verwurzeltes autoritäres Gedankengut und antisemitische Überzeugungen beeinflussten die Wertvorstellungen der Gesellschaft. In dieser Situation entfesselten die Gegner der Weimarer Republik von rechts und links eine beispiellose Agitation gegen den Staat, der keine Mittel gegen die wirtschaftliche und politische Krise fand.

Breite Initiativen zur Verteidigung der Demokratie blieben aus. Nur eine Massenorganisation bildete die Ausnahme: das 1924 gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der größte republikanische Schutzverband mit etwa drei Millionen Mitgliedern aus allen demokratischen Parteien und aus den Gewerkschaften. 1931 schlossen sich Mitglieder des Reichsbanner,

der Arbeitersportverbände und der freien Gewerkschaften sowie der Sozialdemokraten zur Eisernen Front zusammen. Sie reagierten damit auf die antidemokratische und rechtsextreme Harzburger Front, die sich unter Beteiligung der Nationalsozialisten im November 1931 zusammengefunden hatte. Die Eiserner Front wollte verhindern, dass aus der Republik ein autoritärer Staat wurde. Doch die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik war gespalten. Die Kommunisten bekämpften die als „sozialfaschistisch“ diffamierte Sozialdemokratie mit mindestens ebenso viel Energie wie den aufkommenden und immer stärker werdenden Nationalsozialismus.

Einzelne Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle und Wissenschaftler warnten frühzeitig, jedoch erfolglos, vor dem Nationalsozialismus. „Daß der Nazi dir einen Totenkranz flicht: Deutschland, siehst du das nicht?“, fragte Kurt Tucholsky 1930 in seinem Gedicht „Deutschland, erwache“. Carl von Ossietzky, der Herausgeber der Zeitschrift „Weltbühne“, schrieb Ende 1931: „Die gleiche Not, die alle schwächt, ist Hitlers Stärke. Der Nationalsozialismus bringt wenigstens die letzte Hoffnung von Verhungerten: den Kannibalismus. Man kann sich schließlich noch gegenseitig fressen.“ Kritik am Antisemitismus übte der liberale Politiker und spätere Bundespräsident Theodor Heuss in seinem 1932 erschienenen Buch „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“. Ihm fehlte jedoch das Vorstellungsvermögen dafür, mit welcher Brutalität und Mordlust die Absichten der NSDAP ab 1933 in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollten.

Im Sommer 1932 entmachtete schließlich Reichskanzler Franz von Papen die demokratisch legitimierte preußische Regierung und besiegelte so das Schicksal der Weimarer Republik. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg den „Führer“ der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Als seine Gegner erkannten, dass er die endgültige Zerstörung der Weimarer Republik betrieb, verfügte Hitler bereits über die entscheidenden Machtmittel zur Errichtung einer Diktatur.



Privatbesitz

FRITZ GERLICH

Der 1883 geborene Journalist Fritz Gerlich leitete zwischen 1920 und 1928 die Münchner Neuesten Nachrichten, eine Vorgängerzeitung der heutigen Süddeutschen Zeitung.

Unter dem Eindruck des Hitlerputsches vom November 1923 entwickelte sich der engagierte Katholik zu einem scharfen Kritiker und Gegner Adolf Hitlers. 1930 übernahm Gerlich das Wochenblatt „Illustrierter Sonntag“, das ab 1932 unter dem programmatischen Titel „Der gerade Weg. Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht“ erschien.

Gestützt auf seine eigenen Informationsquellen und Interna der NS-Bewegung wandelte er die Zeitung in ein Kampfblatt gegen den Nationalsozialismus um. Ab Herbst 1932 berichtete er wiederholt über Zerwürfnisse in der NSDAP-Spitze und Putschpläne aus den Reihen der SA.

Am 9. März 1933 wurde Gerlich in der Redaktion von SA-Leuten misshandelt und festgenommen, am 13. März wurde „Der gerade Weg“ verboten. Nach 16-monatiger Haft wurde Fritz Gerlich in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1934 in das KZ Dachau verlegt und dort erschossen.

„Der Nationalsozialismus ist eine Pest! [...] Nationalsozialismus aber bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Innern, Bürgerkrieg, Völkerkrieg. Nationalsozialismus heißt: Lüge, Haß, Brudermord und grenzenlose Not. Adolf Hitler verkündigt das Recht der Lüge. [...] Ihr, die ihr diesem Betrüge eines um die Gewaltherrschaft Besessenen verfallen seid, erwacht! Es geht um Deutschlands, um Euer, um Eurer Kinder Schicksal.“

Wahlaufruf von Dr. Fritz Gerlich, „Der gerade Weg“, Nr. 31 vom 31. Juli 1932



AdSD / Friedrich-Ebert-Stiftung

KURT SCHUMACHER

Der 1895 geborene Kurt Schumacher studierte von 1915 bis 1919 Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte 1920. Noch während des Studiums schloss er sich 1918 der SPD an.

Von 1920 bis 1930 politischer Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“, stieg er zum Repräsentanten der Stuttgarter Sozialdemokratie auf. Leidenschaftlich setzte er sich für die gefährdete Weimarer Republik ein. Mehrere Jahre war er Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Stuttgart.

Im September 1930 wurde Kurt Schumacher Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Als dort am 23. Februar 1932 Joseph Goebbels die SPD als „Partei der Deserteure“ beschimpfte, antwortete er mit einer Stegreifrede, die noch heute als eine der schärfsten Attacken gegen den Nationalsozialismus gilt.

Im Juli 1933 wurde Schumacher festgenommen. Es folgte ein fast zehnjähriger Leidensweg durch Gefängnisse und Konzentrationslager. Nach dem Krieg war Kurt Schumacher zwischen 1946 und seinem Tod 1952 SPD-Parteivorsitzender.

„Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. [...] Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, daß ihm zum ersten Mal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist. [...] Abschließend sage ich den Herren Nationalsozialisten: Sie können tun und lassen, was sie wollen; an den Grad unserer Verachtung werden sie niemals heranreichen.“

Aus der Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Kurt Schumacher vom 23. Februar 1932



Privatbesitz

CARL VON OSSIETZKY

Der 1889 geborene Journalist Carl von Ossietzky war zwischen 1911 und 1922 Mitarbeiter und Redakteur verschiedener Wochen- und Tageszeitungen und ab 1919 Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft. Bewaffnete Auseinandersetzungen lehnte er kategorisch ab und trat für das Prinzip der Gewaltlosigkeit ein. Die von ihm ab 1927 geleitete politische Zeitschrift „Die Weltbühne“ war das wichtigste Medium gegen den deutschen Militarismus und übte scharfe Kritik am obrigkeitstaatlichen Denken und an der politischen Justiz.

Im März 1933 wurde „Die Weltbühne“ verboten. Anfang April 1933 wurde Carl von Ossietzky vom Polizeigefängnis Berlin-Spandau in das Konzentrationslager Sonnenburg verlegt und dort schwer misshandelt. Seine Schriften fielen im Mai 1933 der Bücherverbrennung der Nationalsozialisten zum Opfer. Mitte Februar 1934 setzte sich Ossietzkys Leidensweg im emsländischen Konzentrationslager Esterwegen fort. Anfang November 1936 musste der Schwerkranke nach Berlin verlegt werden.

Kurz darauf erhielt der engagierte Pazifist und Demokrat rückwirkend für 1935 den Friedensnobelpreis. Die Nationalsozialisten verboten ihm, zur Preisverleihung nach Oslo zu reisen. Sie forderten ihn zur Ablehnung des Preises auf, was Carl von Ossietzky jedoch standhaft verweigerte. Er starb am 4. Mai 1938 in der Klinik Nordend in Berlin-Weißensee an den Folgen der Haft.

„Ob wir überleben, ist weder sicher noch die Hauptsache. Wie man aber später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. [...] Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.“

Bemerkung von Carl von Ossietzky gegenüber einem Mithäftling im KZ Esterwegen

Barch.R38/358b



Kundgebung der Eisernen Front vor dem Berliner Schloss, 19. Februar 1933

Im Dezember 1931 schließen sich Sozialdemokraten, Freie Gewerkschaften, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Arbeitersportvereine zur Eisernen Front zusammen. Ihr Ziel ist die „Überwindung der faschistischen Gefahr“. Noch am 19. Februar 1933 demonstrieren mehrere zehntausend Menschen gegen die Nationalsozialisten.



KPD-Demonstration in Berlin, 25. Januar 1933

Vier Stunden lang ziehen am 25. Januar 1933 mehrere zehntausend KPD-Anhänger auf dieser letzten Großdemonstration der KPD an der Parteiführung vorbei. V.l.: Franz Dahlem, Wilhelm Hein, Willy Leow, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin (verdeckt), Artur Golke, John Schehr, Ernst Thälmann

Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 Nr. 008/608 / Fotograf. k. A.

JOHANNES TUCHEL / JULIA ALBERT

Widerstand als Reaktion auf NS-Machtübernahme und NS-Herrschaftspraxis

Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Schon vor 1933 hatten sich Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder gegen die Ideen und Ziele Hitlers zur Wehr gesetzt. Eine gemeinsame Abwehrfront der Arbeiterbewegung war jedoch nicht zustande gekommen, weil die Kommunisten in den Sozialdemokraten ihren „Hauptfeind“ sahen und die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung unüberbrückbar blieben. Die Mehrheit der Gewerkschaftsführer suchte schließlich sogar nach einem Kompromiss mit der neuen NS-Regierung.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brannte das Reichstagsgebäude in Berlin. Die Täterschaft konnte nie zweifelsfrei geklärt werden, doch die Nationalsozialisten werteten den Brandanschlag als Fanal für einen kommunistischen Umsturzversuch und nutzten ihn als Vorwand, um die Grundrechte außer Kraft setzen zu lassen. Viele Kommunisten und Sozialdemokraten wurden in aller Öffentlichkeit verfolgt und inhaftiert. Einigen gelang die Flucht ins Ausland, wo sie den Kampf gegen die NS-Diktatur fortsetzten und versuchten, vom Exil aus Verbindung zu ihren Freunden in Deutschland zu halten, Nachrichten zu sammeln oder Flugschriften weiterzugeben. In die Illegalität gedrängt, bildeten sich in Deutschland lokale Gruppen und oppositionelle Gesinnungsgemeinschaften.

Einzelne Regimegegner bemühten sich in dieser Situation, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Sozialisten und Anhänger von Einheitsbestrebungen fanden sich vor allem in der Gruppe „Neu Beginnen“, im „Roten Stoßtrupp“ und in den „Roten Kämpfern“ zusammen oder suchten die Verbindung zu Gruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD), der wichtigsten anarcho-syndikalistischen Organisation in Deutschland. Im Vordergrund ihrer Bemühungen standen die Ziele, sich nicht von den Nationalsozialisten vereinnahmen zu lassen sowie den organisatorischen Zusammenhalt und einen intensiven Informationsaustausch aufrechtzuerhalten.

Neben der Selbstbehauptung überwog allerdings auch in der Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Anpassung an das NS-Regime. Die Nationalsozialisten wollten durch scheinbare Zugeständnisse die Unterstützung der Arbeiterschaft gewinnen und erklärten 1933 den 1. Mai, einen traditionsreichen Kampftag der Arbeiterbewegung, zum Staatsfeiertag. Schon einen Tag später jedoch wurden die Gewerkschaften verboten. Bis 1935 wurde der Zugriff von Polizei und Justiz immer fester. Massenprozesse und Konzentrationslager sollten abschreckende Wirkung entfalten.

Dennoch leisteten Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter weiterhin auf vielfältige Weise Gegenwehr:

Rede gegen das Ermächtigungsgesetz

[...] Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht (sehr wahr! bei den Soz.), und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich umso schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. [...]

Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, dass man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewusstsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewusstsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht – (Lachen bei den Nsoz. – Bravo! bei den Soz.) verbürgen eine hellere Zukunft.

Rede von Otto Wels im Reichstag am 23. März 1933 gegen das Gesetz, das die Regierung ermächtigen sollte, ohne parlamentarische Zustimmung Gesetze zu erlassen

Warnung vor der Kriegsgefahr

Am 2. Februar 1936 haben 118 Mitglieder aller Arbeiterparteien Deutschlands und Vertreter seines freiheitlichen Bürgertums in einer Kundgebung an das deutsche Volk eindringlich darauf hingewiesen, dass der von Hitler vorbereitete Vernichtung- und Eroberungskrieg täglich näher rückt. [...]

Die Unterzeichneten, Angehörige sämtlicher deutscher Arbeiterparteien und Organisationen, die in Deutschland einen Heldenkampf gegen das Hitlerregime führen, erklären gemeinsam mit Vertretern des freiheitlichen deutschen Bürgertums: Die deutschen Volksmassen wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Die Kriegspolitik Hitlers widerspricht dem Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Es ist unwahr, dass hinter Hitler 99 Prozent des deutschen Volkes stehen. Die Zahlen der Wahlen sind teils durch einen unerhörten Terror erpresst, teils sind sie erreicht vermittels nachgewiesener beispielloser Fälschungen.

Die große Masse des deutschen Volkes, besonders die Werktätigen Deutschlands haben im Zusammenleben mit anderen Nationen nur ein Ziel, in einem freiheitlichen, von Naziterror erlösten Deutschland mit allen Völkern in Frieden zu leben und alle strittigen Fragen durch friedliche Verständigung zu lösen.

[...] Angesichts der gesteigerten Kriegsgefahr und drohenden Katastrophe ist dieser Zusammenschluss notwendiger denn je, um die Machenschaften Hitlers bloßzustellen, um die chauvinistische Demagogie, die ideologische Vorbereitung des Krieges zunichte zu machen.

Unser Ruf ergeht an alle deutschen Arbeiter, an alle Frauen und Männer, die Deutschland und die Welt vor einem neuen Krieg bewahren wollen. Vereinigt Euch! Kämpft gemeinsam für den Sturz der Hitlerdiktatur! Sie ist das Unglück unseres Volkes und wird zum Unglück für die ganze Welt, wenn wir es nicht verhindern.

Unser Ruf ergeht gleichzeitig an die Arbeiter und ihre Organisationen in der ganzen Welt, an die Männer und Frauen in allen Ländern, durch einheitliches Handeln, durch Verhinderung jeder finanziellen Unterstützung Hitlerdeutschlands, durch Kampf für die Amnestierung der eingekerkerten Gegner des Naziregimes, die freiheitlichen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes in ihrem heroischen Ringen zu unterstützen. [...]

Aufruf zur Bildung einer Einheitsfront vom 2. Februar 1936, abgedruckt in: Die Rote Fahne, Jahrgang 1936, Nr. 4

durch Kritik in Betrieb und Nachbarschaft an der nationalsozialistischen Herrschaft, durch geheime Zusammenkünfte, Kurierdienste und Nachrichtenübermittlung, durch die Verteilung von Flugblättern und illegalem Material sowie durch Hilfe für die Angehörigen inhaftierter Parteifreunde.

Die emigrierte Leitungsgruppe der KPD hatte nach Prag und Paris schließlich ihren Sitz in Moskau genommen. Dort vertrat sie unter der Leitung von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck die politische Linie Stalins und strebte nach der Führung in der Arbeiterbewegung. Während die Sozialdemokraten stärker darauf aus waren, Gesinnungsfreunde zu sammeln, war es den Kommunisten wichtig, öffentliche Wirkung zu erzielen. Dieser öffentlichkeitswirksame Protest führte aber auch zur verstärkten Verfolgung von KPD-Funktionären. Schon in den ersten vier Jahren der NS-Diktatur wurden die kommunistischen Widerstandsgruppen weitgehend zerschlagen. Ihre Mit-

glieder wurden häufig durch V-Leute der Gestapo, die heimlich in die Gruppen eingeschleust worden waren, verraten und in politischen Massenprozessen verurteilt.

Zweifel an der Fähigkeit der Auslandsleitung, von außen den Widerstand zu koordinieren, bewogen seit der Mitte der 1930er-Jahre Gruppen kommunistischer Regimegegner, unabhängig von der Führung der Exil-KPD zu handeln. Hinzu kam die Kenntnis der stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion. Schließlich offenbarte der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, der Hitler den Überfall auf Polen erleichterte, die Zusammenarbeit der beiden Diktatoren bei der Aufteilung Ostmitteleuropas. Stalin ließ zu dieser Zeit sogar kommunistische Regimegegner an die Gestapo ausliefern. Diese Umstände bewirkten in ihrer Gesamtheit bis zum Kriegsbeginn eine weitgehende Lähmung des kommunistischen Widerstands.



GDW

LILO HERRMANN

Die 1909 geborene Lilo (Liselotte) Herrmann studierte von 1929 bis 1931 an der Technischen Hochschule in Stuttgart Chemie und ab 1931 Biologie in Berlin. 1928 trat sie in den Kommunistischen Jugendverband ein, wurde Mitglied des Roten Studentenfundes und im November 1931 KPD-Mitglied.

Wegen ihrer politischen Tätigkeit im Juli 1933 von der Universität verwiesen, arbeitete sie anschließend als Kindermädchen. Lilo Herrmann war in jener Zeit bereits Mitarbeiterin des geheimen Nachrichtendienstes der KPD.

Nach der Geburt ihres Sohnes Walter kehrte sie im September 1934 nach Stuttgart zurück und war zunächst im Ingenieurbüro ihres Vaters als Stenotypistin beschäftigt. Ab Ende 1934 arbeitete sie als technische Mitarbeiterin für Stefan Lovasz, den Leiter der illegalen KPD Württemberg, und übernahm Schreib- und Kurierarbeiten für den geheimen Militärapparat der KPD.

Von dem in den Dornier-Werken in Friedrichshafen beschäftigten Artur Göritz erhielt sie militärische Informationen über die Produktion von Rüstungsgütern und über den Bau einer unterirdischen Munitionsfabrik bei Celle. Dieses Material wurde einem Instrukteur des Zentralkomitees (ZK) der KPD in der Schweiz übergeben.

Von Agenten verraten, wurde Liselotte Herrmann am 7. Dezember 1935 festgenommen und am 12. Juni 1937 vom „Volksgerichtshof“ wegen „Landesverrats und Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt. Ihre Enthauptung erfolgte am 20. Juni 1938 in Berlin-Plötzensee, obwohl sich viele Menschen aus verschiedenen Ländern für die junge Frau und Mutter einsetzten.



GDW

WILLI MÜNZENBERG

Willi Münzenberg, 1889 geboren, trat 1919 der KPD bei und war von 1919 bis 1921 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale. 1921 organisierte er Hilfsmaßnahmen für das hungernde Russland und stand bis 1933 der Internationalen Arbeiterhilfe vor.

Er baute mit Hilfe der Kommunistischen Internationalen (kurz: Komintern) ein breitgefächertes kommunistisches Medienunternehmen auf. Im Zentralkomitee der KPD gehörte er bis 1932 zu den Vertretern einer ultralinken Politik.

Nach dem Reichstagsbrand floh Münzenberg nach Frankreich und erhielt dort durch Vermittlung des französischen Politikers und Schriftstellers Henri Barbusse politisches Asyl. Er gründete einen Verlag und veröffentlichte von Paris aus Aufsehen erregende „Braunbücher“ über den Reichstagsbrand und den Terror im nationalsozialistischen Deutschland.

1935 ergriff Münzenberg die entscheidende Initiative zur Gründung einer deutschen „Volksfront“ gegen den Nationalsozialismus, der Vertreter unterschiedlicher Parteien angehörten.

Meinungsverschiedenheiten mit der KPD-Führung in Moskau und Auseinandersetzungen mit Walter Ulbricht führten 1938 zum Bruch mit der KPD. Münzenberg trat für gemäßigte, sozialdemokratische Positionen ein und lehnte die Diktatur des Proletariats ab. Er war Gegner des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes.

Als deutscher Staatsangehöriger in einem französischen Internierungslager festgehalten, floh Münzenberg im Juni 1940 beim Vorrücken der deutschen Truppen. Sein Tod im Sommer 1940 auf dem Weg in die Schweiz ist bis heute ungeklärt.



GDW

ROBERT STAMM

Der 1900 geborene Robert Stamm besuchte nach einer Werkzeugschlosserlehre die Fachschule für Werkzeug- und Maschinenbau. Noch im Frühjahr 1918 wurde er zum Militärdienst einberufen.

Stamm trat bald nach ihrer Gründung der KPD bei, beteiligte sich 1920 an Aktionen gegen die Kapp-Putschisten und 1923 gegen die separatistischen Gruppen im Rheinland. Von 1924 bis 1930 übte Robert Stamm verschiedene Funktionen in der KPD im Rhein-Ruhr-Gebiet aus.

Er war zunächst als Volontär, später als Gewerkschafts- und Wirtschaftsredakteur bei der KPD-Zeitung „Freiheit“ in Düsseldorf beschäftigt. 1930 schickte ihn die KPD-Führung als Bezirksleiter nach Bremen. 1932 wurde er als Abgeordneter in den Reichstag gewählt.

Nach dem Reichstagsbrand arbeitete er illegal weiter, verließ Anfang April 1933 Bremen und ging nach Berlin. Von Mai 1933 bis Frühjahr 1934 war er als Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Niedersachsen tätig, anschließend leitete er die Berlin-Brandenburger Organisation der KPD bis Oktober 1934.

Im November 1934 verließ er Deutschland und nahm in Moskau an den Vorbereitungen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale teil. Auf Beschluss der KPD-Führung kehrte er Anfang März 1935 nach Berlin zurück.

Zusammen mit Adolf Rembte, Käte Lübeck und Max Maddalena wurde Stamm am 27. März 1935 von der Gestapo festgenommen. Trotz einer großen internationalen Protest- und Solidaritätsbewegung wurden Stamm und Rembte am 4. Juni 1937 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 4. November 1937 in Berlin-Plötzensee enthauptet.



ullstein bild

OTTO WELS

Ab 1919 war der 1873 geborene Otto Wels Reichstagsabgeordneter und entschiedener Anhänger der Republik. Als SPD-Parteivorsitzender griff er die Nationalsozialisten in Reden und Artikeln unerschrocken an. Bis zuletzt versuchte Wels, die Republik und ihre Verfassungsordnung zu verteidigen.

Im März 1933 wollte sich Hitler vom Parlament unabhängig machen und forderte deshalb das Recht der Gesetzgebung für seine Regierung. Dieses „Ermächtigungsgesetz“ sollte vorgeblich auf vier Jahre begrenzt sein. Es bedeutete tatsächlich die völlige Entmachtung des Reichstages und die Zerstörung der verfassungsmäßigen Gewaltenteilung.

Durch die Festnahme der meisten kommunistischen Abgeordneten, die Aberkennung ihrer Mandate sowie die absehbare Zustimmung des Zentrums und der Liberalen, die Hitlers Zusicherungen glaubten, stand die SPD-Reichstagsfraktion alleine vor der Aufgabe, Hitlers Pläne abzulehnen.

Otto Wels wandte sich entschieden gegen die Entmachtung des Parlaments. Er bekannte sich zu den Grundsätzen des Rechtsstaats, des Parlamentarismus, der Menschlichkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Nach seiner Rede gegen das „Ermächtigungsgesetz“, die als letzte freie Rede im Reichstag gilt, wurde Wels auf der letzten SPD-Reichskonferenz am 27. April 1933 noch einmal zum Parteivorsitzenden gewählt.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai bewies ihm, dass es keinerlei Möglichkeit der legalen Opposition gegen Hitlers Regierung geben konnte. Wels emigrierte nach Prag und wurde einer der Vorsitzenden der Exil-SPD (SO-PADE). 1938 floh er nach Paris, wo er ein Jahr später starb.



IISH Amsterdam

WERNER BLUMENBERG

Als Sohn eines Pastors 1900 geboren, studierte Werner Blumenberg ab 1919 Theologie, Religionsgeschichte sowie orientalische Sprachen und befasste sich mit philosophischen und sozialistischen Schriften.

Er konnte sein Studium aus finanziellen Gründen nicht beenden und arbeitete danach in einem Kalibergwerk. Daneben schrieb er Artikel für die in Hannover erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung „Volkswille“, deren Lokalredakteur er 1928 wurde.

Ab 1932 bereitete er die Hannoveraner SPD auf die Illegalität vor, organisierte einige Waffen und leitete die Flugblattproduktion in die Wege. Zwischen März und Mai 1933 kritisierte er in mehreren Flugblättern die „Stillhaltetaktik“ der SPD, die auf das bloße Überleben der Partei abzielen sollte.

Unterstützt von den sozialdemokratischen Funktionären Franz Nause und Willy Wendt baute Werner Blumenberg eine Widerstandsgruppe nach konspirativen Regeln auf. Seit Ende 1933 trug diese Gruppe den Namen „Sozialistische Front“. Sie verteilte alle vier bis sechs Wochen die zehnteilige Flugschrift „Sozialistische Blätter“ an einen zeitweilig bis zu 1000 Leser umfassenden Kreis.

Im Sommer 1936 gelang es der Gestapo, einen Spitzel in die Sozialistische Front einzuschleusen. Blumenberg konnte in der Nacht vom 16. zum 17. August 1936 in die Niederlande fliehen. Nach 1945 kehrte er nicht mehr nach Deutschland zurück und starb 1965 in Amsterdam.



GDW

HILDE EPHRAIM

Die 1905 geborene Fürsorgerin Hilde Ephraim arbeitete in Brandenburg an der Havel und trat dort 1931 der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) bei.

1933 wurde sie wegen ihres politischen Engagements und wegen ihrer jüdischen Herkunft aus dem Staatsdienst entlassen. Sie zog nach Berlin und war hier für die SAP illegal tätig.

Nach ausgedehnten Verhaftungswellen in der Berliner Organisation gab es nur noch circa 200 SAP-Mitglieder, die in Fünfer- bzw. Dreiergruppen organisiert waren und sich kaum mehr untereinander kannten. Nur je ein Mitglied durfte die Verbindung zur nächsten Ebene halten. Treffen dienten dem Austausch von Informationen oder der Vorbereitung von Hilfen für Verfolgte.

Aufgrund ihrer Kontakte zu jüdischen Hilfsorganisationen unterstützte auch Hilde Ephraim Gefährdete und Familien von Inhaftierten. Im Frühjahr 1936 wurde sie festgenommen und bei den Verhören von Gestapobeamten schwer misshandelt. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte Hilde Ephraim am 25. Juni 1937 zu vier Jahren Zuchthaus, die sie in Lübeck und im bayerischen Amberg verbüßte. 1939 befand sie sich in der Frauenstraf- und Verwahranstalt in Aichach, wo sie die Nahrung verweigerte und schwer erkrankte.

Am 24. Juni 1940 wurde sie in der Heil- und Pflegeanstalt Eglfing-Haar registriert; am 20. September 1940 erfolgte im Rahmen der „Aktion T4“, bei der systematisch Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung ermordet wurden, ihre Überstellung in die Tötungsanstalt Hartheim bei Linz. Hier wurde sie noch am Tag der Ankunft ermordet.

Widerstand aus christlichem Glauben

Der Widerstand von Christen beider Konfessionen und von Mitgliedern der kleineren religiösen Gemeinschaften lässt sich aus dem von vielen Gläubigen als unüberbrückbar empfundenen Gegensatz von Nationalsozialismus und Christentum, aber auch als innerkirchliche Auseinandersetzung erklären.

Die Grundsätze der Religions- und Bekenntnisfreiheit fanden ihre Entsprechung im Willen zur Glaubensstreue. Sie mussten deshalb mit dem weltanschaulichen Führungsanspruch der NSDAP zusammenprallen, der Ausdruck des totalitären Charakters der NS-Ideologie war. Die Gegensätze zwischen den Gläubigen und der NSDAP zeigten sich beispielhaft, als die NS-Führung beabsichtigte, die Grenzen der Kooperation zwischen kirchlichen Institutionen und dem nationalsozialistischen Staat festzulegen.

Während die katholischen Bischöfe frühzeitig die nationalsozialistische „Irrlehre“ in klaren Worten verurteilten, versuchte in der evangelischen Kirche ein großer Teil der Gläubigen, die nationalsozialistische Weltanschauung mit dem herrschenden Verständnis kirchlicher Verkündigung in Einklang zu bringen. Sie organisierten sich in der Bewegung „Deutsche Christen“, die sich als Anhänger der NSDAP in der evangelischen Kirche verstanden. Sie wollten ein „artgemäßes Christentum“ verkündigen und lehnten deshalb Glaubensvorstellungen ab, die vor allem die enge Verbindung zwischen Christentum und Judentum hervorhoben.

In den innerkirchlichen Auseinandersetzungen vertraten die Deutschen Christen einen entschieden nationalsozialistischen Standpunkt; sie wollten sowohl die Vielfalt der evangelischen Landeskirchen durch eine zentralisierte evangelische Reichskirche unter einem „Reichsbischof“ ersetzen, als auch die Mehrheit der kirchlichen Gemeinderäte stellen. Aus diesem Grunde führten sie im Frühjahr 1933 einen sehr poli-

tisierten Kirchenwahlkampf und riefen nicht zuletzt dadurch ihre Gegner auf den Plan. Deren Wortführer wurde der Dahlemer Pastor Martin Niemöller, der mit Gleichgesinnten den „Pfarrernotbund“ ins Leben rief, um den Zugriff der Deutschen Christen und damit des NS-Staates auf die evangelischen Gemeinden abzuwehren. Sie wollten die Freiheit ihres Bekenntnisses verteidigen, hielten an der Einheit von Altem und Neuem Testament fest und lehnten insbesondere die Übernahme des „Arierparagraphen“ für die Kirche ab.

Evangelische Christen fanden sich später in der „Bekennenden Kirche“ zusammen, um die kirchenpolitischen Übergriffe der Deutschen Christen abzuwehren. Viele Landeskirchen strebten jedoch nach einer tragfähigen Grundlage für ihr Wirken im NS-Staat, passten sich teilweise an oder versuchten, eine Art Minimalkonsens zu finden.

So schmolz der Kreis der unbedingten NS-Gegner auf wenige hundert Mitglieder der „Bekennenden Kirche“, deren geistiger Wortführer Dietrich Bonhoeffer war. In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde Bonhoeffer zu einem der wichtigsten Theologen des 20. Jahrhunderts. Er prägte einen kleinen Kreis von evangelischen Geistlichen, die nach dem Zusammenbruch des NS-Staates die Erneuerung der evangelischen Kirche wesentlich beeinflussen konnten. Dietrich Bonhoeffer gehörte auch zum Kreis der Verschwörer, die den Sturz Hitlers vorbereiteten. Bonhoeffers Beispiel veranlasste dessen Freund Eberhard Bethge dazu, die „aktive Konspiration“, die keine Deckung durch Institutionen mehr kannte, als letzte Steigerung des Widerstands zu bezeichnen.

In der katholischen Kirche gab es im Unterschied zum Protestantismus eine lange Tradition des Widerstands gegen staatliche Übergriffe, aber auch ein Gefühl für die Notwendigkeit, Verfolgung aus Glaubensüberzeugung auf sich zu nehmen. Noch im Reichstagswahlkampf 1933 bezogen die katholischen deutschen Bischöfe klar Stellung gegen die NSDAP.



Privatbesitz

Junge Christen auf einer Bibelfreizeit mit Friedrich Justus Perels (2. v. r.) und Hermann Ehlers (2. v. l.), zwei zentralen Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche, Neuentempel 1937



© St-Bild

Pater Rupert Mayer mit Gläubigen bei einer Fronleichnamsprozession in München um 1936

Nachdem Hitler in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 das Christentum als Basis des Staates beschworen hatte, rückten sie jedoch von ihrer klaren Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus ab. Viele Katholiken hofften auf eine Kooperation zwischen ihrer Kirche und den neuen Machthabern. Nach längeren Verhandlungen schlossen am 20. Juli 1933 das Deutsche Reich und der Vatikan das Reichskonkordat, einen Staatskirchenvertrag, der die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der römisch-katholischen Kirche regelte. Trotz warnender Stimmen von Vertretern des politischen Katholizismus und von einzelnen Bischöfen sahen viele Katholiken darin eine Garantie für die Unantastbarkeit ihrer Kirche und die Freiheit des Bekenntnisses.

Bereits im Herbst 1933 war jedoch klar, dass die Nationalsozialisten sich nicht an das Abkommen hielten. Die Wirkungsmöglichkeiten der katholischen Organisationen, vor allem der Jugend- und Arbeitervereine, wurden immer weiter eingeschränkt, jede nicht rein religiöse Aktivität war ihnen untersagt. Auch die katholische Presse geriet verstärkt unter Druck. Konfessionelle Schulen, die eigentlich durch das Konkordat abgesichert waren, wurden geschlossen, der Religionsunterricht durch Geistliche wurde eingeschränkt und schließlich verboten.

Einzelne Bischöfe, Geistliche und Gemeindeglieder protestierten offen gegen die Verletzungen des Reichskonkordats und stellten sich dem weltanschaulichen Führungsanspruch der Nationalsozialisten entgegen. Prozessionen, Wallfahrten und gemeinsame Jugendfahrten wurden zu einer Demonstration der Glaubenstreue und stärkten den Zusammenhalt des katholischen Milieus.

Die Verfolgung katholischer Glaubensanhänger, die Difamierung von Geistlichen in Devisen- und Sittlichkeitsprozessen, die Unterdrückung des katholischen Vereinslebens und der Jugendarbeit zeigten, dass die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Regime zu einer Existenzfrage für die katholische Kirche wurde. Auf Bitten der Kardinäle Karl Joseph Schulte und Michael von Faulhaber sowie der Bischöfe Konrad Graf von Preysing und Clemens August Graf von Galen entschloss sich Papst Pius XI. zu einer öffentlichen Reaktion. Es entstand schließlich ein päpstliches Rundschreiben an die Weltkirche, das unter großer Geheimhaltung nach Deutschland gebracht, vervielfältigt und an die einzelnen Pfarrgemeinden verteilt wurde.

Am 21. März 1937 wurde die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ in allen katholischen Gemeinden verlesen. Sie klagte die Rechtsbrüche des NS-Regimes an und wandte sich entschieden gegen dessen weltanschauliche Positionen. Sie verwies zudem auf die Grundlagen des katholischen Glaubens und die Aufgabe der Kirche. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Enzyklika untersagte die NS-Regierung die weitere Verbreitung. Es kam zu Hausdurchsuchungen und Festnahmen sowie zur Enteignung beteiligter Druckereien.

Einzelne katholische Gläubige wurden im Laufe der Jahre zu grundsätzlichen Gegnern des Nationalsozialismus und fanden den Weg in den politischen Widerstand. Vereinzelt ließen sich Bischöfe über die Pläne oppositioneller Kreise informieren und hielten während des Krieges Verbindung zu politischen Widerstandsgruppen. Auf der einen Seite gab es einzelne Gläubige, die Verfolgten halfen, stellvertretend für andere ihr Leben riskierten und schließlich auch den Weg in den engsten Kreis der Verschwörung fanden – wie beispielsweise der Jesuitenpater Alfred Delp. Auf der anderen Seite stand das nicht selten als Ausdruck des Kleinmutes oder

sogar der Anpassungsbereitschaft gedeutete Verhalten einzelner Bischöfe, die den nationalsozialistischen Übergriffen nicht energisch und offen entgegentraten.

Zu den entschiedenen Wortführern eines katholischen Widerstands, der sich auch der Opfer des Staates annahm, gehörten der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg, aber auch Katholikinnen wie Margarete Sommer, die verfolgten Juden beistanden. Sie waren im Berliner Bistum aktiv, wo Bischof Konrad Graf von Preysing immer wieder versuchte, dem Anspruch des NS-Regimes entgegenzutreten.

Besondere Aufmerksamkeit erregte allerdings in Münster Bischof Clemens August Graf von Galen, als er die Ermordung von Menschen mit geistiger Behinderung anprangerte. Seine Predigten wurden abgeschrieben und von einzelnen Gläubigen, aber auch von Regimegegnern verteilt, die nicht im Katholizismus wurzelten.

Neben den Anhängern und Vertretern der großen Kirchen widersetzten sich Mitglieder kleiner religiöser Gemeinschaften, wie etwa der Zeugen Jehovas, dem NS-Staat. Sie zahlten für ihre geistliche und geistige Selbstbehauptung, aber auch für ihre Bereitschaft, anderen zu helfen, einen hohen Preis.

Zeugnisse christlichen Widerstands

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen, 31. Mai 1934

Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, daß es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und daß die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.

Vorläufige Leitung und Rat der Deutschen Evangelischen Kirche, Denkschrift an Hitler, 28. Mai 1936

Mit brennender Sorge und steigendem Befremden beobachten Wir seit geraumer Zeit den Leidensweg der Kirche, die wachsende Bedrängnis der ihr in Gesinnung und Tat treubleibenden Bekenner und Bekennerinnen inmitten des Landes und des Volkes, dem St. Bonifatius einst die Licht- und Frohbotschaft von Christus und dem Reiche Gottes gebracht hat.

Papst Pius XI., Enzyklika „Über die Lage der katholischen Kirche im Deutschen Reich“, 14. März 1937

Es ist nun eine erschreckende Tatsache, daß die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland alle aufrichtigen Bibelchristen, die offen ihren Glauben an Jehova Gott bekennen und ihm dienen, schmähen, verleumden und mit grausamen Mitteln verfolgen.

Offener Brief der Zeugen Jehovas, Juni 1937



Privatbesitz

BERNHARD LICHTENBERG

Der 1875 geborene und 1899 zum Priester geweihte Bernhard Lichtenberg wirkte zuletzt als Domprobst an der Bischofskir-

che St. Hedwig in Berlin. In der Weimarer Republik war er Bezirksverordneter für die katholische Zentrumspartei in Berlin-Charlottenburg und gehörte dem Friedensbund Deutscher Katholiken sowie der Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden an.

1933 durchsuchten die Nationalsozialisten erstmals seine Wohnung. Als konsequenter Gegner des NS-Regimes wurde Lichtenberg seit 1935 zu einem Vertrauten des neuen Berliner Bischofs Konrad Graf von Preysing.

Entschieden setzte er sich für die vom NS-Regime Verfolgten ein und beschwerte sich 1935 massiv beim preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring über die Zustände im KZ Esterwegen im Emsland. Seit dem Novemberpogrom 1938 betete

er bis zu seiner Festnahme öffentlich für verfolgte Juden und war als Leiter des Hilfswerks beim Bischöflichen Ordinariat Berlin für zahlreiche Hilfsmaßnahmen verantwortlich. 1941 protestierte er in einem Brief an den Reichsärztführer Leonardo Conti gegen die Krankenmorde.

Die Gestapo, die Lichtenberg überwachte, nahm ihn nach einer Denunziation am 23. Oktober 1941 fest. Am 22. Mai 1942 wurde er vom Sondergericht I beim Landgericht Berlin zu einer zweijährigen Haftstrafe verurteilt, die er im Gefängnis Berlin-Tegel und im Arbeitserziehungslager Wuhlheide verbüßte.

Nach dem Ende der Haft wurde er in das KZ Dachau überstellt. Auf dem Transport dorthin starb der schwerkranke Priester am 5. November 1943 in Hof an der Saale.



© SJ-Bild

RUPERT MAYER

Der 1876 geborene Rupert Mayer studierte Philosophie und Theologie in Fribourg (Schweiz), München, Tübingen und am

Priesterseminar Rottenburg, wo er 1899 zum Priester geweiht wurde.

Nach seiner Aufnahme in den Jesuitenorden verbrachte er einige Jahre als Missionar in den Niederlanden, Deutschland, Österreich und in der Schweiz. 1912 kam er als Seelsorger nach München.

Im Ersten Weltkrieg, an dem er als Feld- und Divisionsgeistlicher teilnahm, erlitt er eine schwere Verwundung, die zur Amputation eines Beines führte.

Bereits in den frühen 1920er-Jahren setzte sich Mayer in München mit dem Nationalsozialismus auseinander. Die Münchener Gläubigen schätzten ihn vor allem als Helfer und Seelsorger im sozialen Elend der Großstadt.

Die Gestapo verhängte 1937 ein Predigtverbot für Mayer, das dieser jedoch nicht

befolgte. Er wurde mehrmals wegen regimekritischer Predigten festgenommen, verurteilt und im Dezember 1939 in das KZ Sachsenhausen verschleppt.

Nach seiner Entlassung im April 1940 stand er unter Hausarrest und durfte das Kloster Ettal bei Garmisch nicht mehr verlassen. Pater Rupert Mayer kehrte erst im Mai 1945 nach München zurück. Wenige Monate später starb er an den Folgen seiner Haft.

Papst Johannes Paul II. sprach Rupert Mayer am 3. Mai 1987 in München selig.



Privatbesitz

FRIEDRICH WEISSLER

Friedrich Weißler kam als Sohn des Juristen Adolf Weißler 1891 in Oberschlesien zur Welt. Seine Eltern, die sich vom Juden-

tum gelöst hatten, ließen ihn und seine zwei Brüder evangelisch taufen.

Friedrich Weißler studierte Jura und promovierte 1914. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg setzte er seine juristische Ausbildung fort und wurde 1922 Hilfsrichter in Halle. Im selben Jahr heiratete er Hanna Schäfer. 1932 wurde Weißler Landgerichtsdirektor in Magdeburg.

Am 21. Juli 1933 wurde er nach vorhergehenden Schikanen durch die SA aus dem Justizdienst entlassen. Kurz zuvor hatte Weißler gegen einen in SA-Uniform erschienenen Angeklagten ein Ordnungsgeld verhängt.

Nachdem seine Proteste gegen die Entlassung erfolglos blieben, ging Weißler nach Berlin und wurde im November 1934 juristischer Berater und 1936 Leiter

der Kanzlei der Vorläufigen Kirchenleitung der Bekennenden Kirche. Er war 1936 maßgeblich an der Ausarbeitung der regimekritischen Denkschrift der Vorläufigen Leitung und des Rates der Deutschen Evangelischen Kirche an Hitler beteiligt. Das Papier gelangte an die Auslandspresse und erregte erhebliches internationales Aufsehen.

Weißler wurde der Weitergabe des Papiers bezichtigt. Nachdem sich auch die Kirchenleitung von ihm distanzierte, erfolgte am 3. Oktober 1936 seine Festnahme. Am 13. Februar 1937 wurde Friedrich Weißler in das KZ Sachsenhausen verschleppt, dort schwer misshandelt und am 19. Februar 1937 ermordet.



GDW

MARTIN NIEMÖLLER

1892 in einem westfälischen Pfarrhaus geboren, kaisertreu und deutschnational erzogen, nahm Martin Niemöller als U-Boot-

Kommandant am Ersten Weltkrieg teil. Ab 1919 studierte er Theologie und wurde 1924 Geschäftsführer der Inneren Mission in Westfalen. Seit 1931 war er Gemeindepfarrer in Berlin-Dahlem.

Niemöller tolerierte und unterstützte zunächst die NSDAP, geriet jedoch bald in Konflikt mit dem neuen Regime. Er wehrte sich gegen die Einflussnahme der Deutschen Christen auf die evangelischen Kirchen und rief, als der „Arierparagraf“ auch in der Kirche eingeführt wurde, mit anderen Pfarrern den Pfarrernotbund ins Leben. Wiederholt setzte er sich in seinen Predigten für die Unabhängigkeit der Kirche von Staat und NSDAP ein.

Im März 1934 verhängte das NS-Regime ein zeitweiliges Redeverbot gegen Niemöller. Ein Jahr später wurde er zusam-

men mit mehreren hundert Pfarrern festgenommen, die sich gegen Angriffe des NS-Ideologen Alfred Rosenberg wandten.

Von der Gestapo ständig überwacht und am 1. Juli 1937 erneut festgenommen, verurteilte ihn ein Berliner Gericht am 7. Februar 1938 zu neun Monaten Festungshaft.

Am darauffolgenden Tag wurde Niemöller jedoch als „persönlicher Gefangener“ Adolf Hitlers auf dessen Befehl in das KZ Sachsenhausen eingeliefert und von den anderen Häftlingen isoliert.

Am 11. Juli 1941 wurde er in das KZ Dachau verlegt und im April 1945 mit weiteren Häftlingen nach Südtirol verschleppt. Alliierte Soldaten konnten ihn und seine Mithäftlinge Anfang Mai 1945 befreien.



Privatbesitz

DIETRICH BONHOEFFER

Der 1906 als Sohn des bekannten Psychiaters und Neurologen Karl Bonhoeffer geborene Dietrich Bonhoeffer wurde nach

Theologiestudium und Habilitation Studentenpfarrer in Berlin.

Bereits 1933 galt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und begründete in seinem Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen.

Von 1935 bis 1937 leitete er das Predigerseminar der Bekennenden Kirche, das zunächst in Zingst, später in Finkenwalde bei Stettin angesiedelt war. Die von Bonhoeffer geleiteten Kurse prägten alle Teilnehmer entscheidend in ihrer theologischen Entwicklung.

1937 untersagte Reichskirchenminister Hanns Kerrl die Fortsetzung dieser Seminare. In „Sammelvikariaten“ wurden Theologen der Bekennenden Kirche je-

doch bis 1940 weiter auf ihren Dienst vorbereitet.

1938 war Bonhoeffer in die Staatsstreichplanungen seines Schwagers Hans von Dohnanyi eingeweiht. 1940 von Dohnanyi und Oster ins Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht eingezogen, reiste er mehrmals ins Ausland, um Verbindungen zu alliierten Regierungen zu knüpfen.

Anfang April 1943 wurde Bonhoeffer festgenommen. Ohne Gerichtsverfahren blieb er zwei Jahre im Gefängnis Tegel in Haft. Hier entstanden seine bedeutendsten theologischen Werke. Im Februar 1945 wurde Dietrich Bonhoeffer in das KZ Flossenbürg gebracht und hier am 9. April 1945 nach einem SS-Standgerichtsverfahren ermordet.



Jehovas Zeugen in Deutschland

ELFRIEDE LÖHR

Elfriede Löhr kam 1910 in München als Tochter eines Zahnarztes zur Welt. Bereits im Alter von 16 Jahren schloss sie sich

den Bibelforschern an und gehörte nach 1933 zu den aktivsten Zeuginnen Jehovas in Bayern.

Nach dem reichsweiten Verbot der Glaubensgemeinschaft 1935 beteiligte sie sich an der Herstellung und Verbreitung von illegalen Schriften und leitete heimliche Treffen. Als die Zeugen Jehovas im Dezember 1936 in einer deutschlandweiten Protestaktion die „Luzerner Resolution“ verbreiteten, in der sie gegen die Verfolgung und die Misshandlungen ihrer Mitglieder protestierten, wirkte Löhr aktiv daran mit.

Nach Verhaftungswellen im Herbst 1936 und im Frühjahr 1937 gegen die Glaubensgemeinschaft rückten zunehmend Frauen in führende Positionen auf. Ab Frühjahr 1937 war Elfriede Löhr in Bayern

als Leiterin (Bezirksdienerin) der illegalen Organisation der Zeugen Jehovas tätig. Als Kurierin transportierte sie im Ausland hergestellte Schriften und Ausgaben der religiösen Zeitschrift „Der Wachturm“ zu den verschiedenen Gruppen in ganz Deutschland. Die zweite groß angelegte Flugblattaktion im Juni 1937, die Verteilung des „Offenen Briefes“, bereitete Löhr maßgeblich mit vor.

Elfriede Löhr wurde am 21. August 1937 in Berlin festgenommen und blieb ohne Urteil in Haft. Im Januar 1939 wurde sie ins KZ Lichtenburg verschleppt und im Mai 1939 in das neu errichtete Frauen-KZ Ravensbrück überstellt, wo sie bis Kriegsende in Haft blieb.

Widerstand und Exil

Ab 1933 flohen über eine halbe Million Deutsche vor den Nationalsozialisten ins Ausland. Für sie bedeutete die Emigration eine schmerzhaft und oftmals endgültige Trennung von dem Land, in dem sie aufgewachsen waren. Unter ihnen befanden sich etwa 350 000 deutsche Juden, deren Hoffnungen sich vielfach auf einen eigenen Staat in Palästina richteten.

Eine Rückkehr nach Deutschland wünschten sich dagegen viele der Flüchtlinge, die aus politischen oder weltanschaulichen Gründen ausgewandert waren. Solange ihr Land vom NS-Terrorregime beherrscht wurde, wollten sie im Ausland das „andere, bessere Deutschland“ verkörpern.

Die Emigranten kamen aus unterschiedlichen politischen, kulturellen und kirchlichen Gruppierungen. Neben Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern fanden sich parteipolitisch unabhängige Pazifisten ebenso wie konservative Regimegegner und Mitglieder der ehemaligen Zentrumspartei.

Immer wieder versuchten die Regierungen des Auslands, den Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen. Sie verlangten manchmal den Nachweis gesicherter Vermögensverhältnisse, untersagten die Erwerbstätigkeit oder verboten jede politische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur. Den deutschen Emigranten schlug in ihren Gastländern oftmals Ablehnung entgegen. Viele von ihnen wurden ausgewiesen oder unter ein verschärftes Fremdenrecht gestellt.

Fehlende Sprachkenntnisse und fremde Lebensbedingungen, Rechtlosigkeit, da sie ihrer deutschen Staatsbürgerschaft und damit ihrer Freizügigkeit beraubt waren, wirtschaftliche Not und die immer schwächer werdende Hoffnung auf Heimkehr bedrängten fast alle Flüchtlinge. Sie fühlten sich als Außenseiter und suchten die Verbindung zu Landsleuten.

Zunehmend überwandern die Emigranten, die häufig ganz unterschiedliche politische Ziele verfolgten und noch lange durch die Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit geprägt blieben, ihre Gegensätze. Sie einte nun vor allem der Wille, den Nationalsozialismus von außen zu bekämpfen.

Mittelpunkte des deutschen politischen Exils aus der Arbeiterbewegung bildeten sich zunächst in Prag und Paris, danach in London, Stockholm und Moskau. Von Prag aus setzte der Exil-Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

(SOPADE) den Kampf gegen Hitler fort. Paris wurde der geistige Mittelpunkt der aus Deutschland emigrierten Intellektuellen. Sie bemühten sich, eine „Volksfront“ zu bilden, die von Anhängern verschiedener politischer Gruppen und Richtungen verstärkt wurde. Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten wollten vom Exil aus ihre Gruppen im Reich unterstützen. Sie veröffentlichten Nachrichtenblätter, Zeitschriften und Aufrufe, um über die Verhältnisse in Deutschland zu informieren oder die deutschen Widerstandsgruppen mit Nachrichten zu versorgen. Unter den Bedingungen des von Hitler 1939 entfesselten Weltkrieges und nach der Besetzung Frankreichs war dies aber fast nicht mehr möglich.

Im Spanischen Bürgerkrieg (Juli 1936–April 1939) ergriffen die ins Ausland geflüchteten NS-Gegner die Partei der spanischen Republik gegen die nationalistischen Putschisten unter General Franco, die von Deutschland militärisch unterstützt wurden. Ausschlaggebend dafür war die Hoffnung, später auch den Nationalsozialismus in Deutschland überwinden zu können. Von den rund 5000 deutschen Freiwilligen auf Seiten der spanischen Republik fielen mehr als 1000.

Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938, die Besetzung des Sudetenlandes im Herbst 1938 und schließlich der Einmarsch deutscher Truppen in Prag im März 1939 bedrohten die dort lebenden Emigranten. Sie mussten erneut vor den Nationalsozialisten fliehen. Als Frankreich im Sommer 1940 unerwartet rasch von deutschen Truppen besiegt und besetzt wurde, begann auch für die Flüchtlinge dort ein Wettlauf mit den vorrückenden deutschen Soldaten. Einige konnten nach Großbritannien oder in die Vereinigten Staaten entkommen, andere suchten Sicherheit in Lateinamerika oder im Fernen Osten. Die meisten der zurückbleibenden Emigranten wurden von den Franzosen, ungeachtet ihrer Gegnerschaft zum NS-Regime, als Angehörige eines feindlichen Staates in Lagern interniert. Einzelne Flüchtlinge wurden nach der Kapitulation Frankreichs sogar an die Nationalsozialisten ausgeliefert. Sie kamen später fast ausnahmslos in Gefängnissen oder Konzentrationslagern ums Leben.

Einige Gruppen und einzelne Emigranten, denen die Flucht in sichere Länder gelungen war, konnten dort in einigen Fällen die deutschlandpolitischen Vorstellungen der Alliierten beeinflussen und auf diese Weise das NS-Regime von außen bekämpfen.



Privatbesitz

Hilde Löbner und Kurt Liebermann nach der Flucht in der Grenzstadt Biela in der Tschechoslowakei, vermutlich im Sommer 1933

Die beiden teilen ihre Zweizimmerwohnung mit dem ebenfalls aus Deutschland geflüchteten Walter Pöppel und dessen Frau Jenny. Die Wohnung dient als Umschlagplatz für Flugschriften der Sozialistischen Arbeiterpartei und als Anlauf- und Sammelstelle für Informationen aus dem Reich.



Workers Museum & Archive, Kopenhagen

Emigrantengruppe beim Sprachunterricht in Kopenhagen 1939

Viele Emigranten leiden in ihren Aufnahmeländern unter den ungewohnten Lebensverhältnissen und fehlenden Sprachkenntnissen. Als ihnen bewusst wird, dass Hitlers Herrschaft von Dauer sein wird, versuchen sie, sich verstärkt auf die neuen Lebensumstände in der Fremde einzustellen. Um ihre Verwandten und Freunde in Deutschland zu schützen, verbergen die Emigranten auf diesem Bild ihre Gesichter.



Barch, BildYo / 8019

THEODOR LESSING

Der 1872 geborene Philosoph Theodor Lessing war vor dem Ersten Weltkrieg Lehrer an verschiedenen Reformschulen. Trotz seiner Qualifikation blieb ihm als Jude und Sozialdemokrat eine akademische Karriere zunächst versagt. Erst 1907 wurde er an der Technischen Hochschule (TH) Hannover habilitiert, war dort Privatdozent und ab 1922 außerordentlicher Professor für Philosophie. Daneben erlangte er Bekanntheit durch seine journalistische Arbeit für verschiedene Tageszeitungen.

Sein kritisches Porträt des neuen Reichspräsidenten Hindenburg diente völkischen Studenten in Hannover 1925 als Vorwand für eine antisemitische Kampagne gegen ihn. Es kam zu Vorlesungsblockaden, Morddrohungen und Übergriffen. Die TH Hannover konnte ihm die allgemeine Lehrberechtigung zuerst nicht entziehen, wandelte jedoch seinen Lehrauftrag in einen Forschungsauftrag um.

Anfang März 1933 floh Lessing in die Tschechoslowakei. Im Sommer nahm er am Prager Zionistenkongress teil, einer internationalen Konferenz, die die Gründung eines eigenen Staates der Juden zum Ziel hatte. Theodor Lessing plante, zusammen mit seiner Frau im tschechoslowakischen Marienbad ein Landerziehungsheim zu eröffnen. Die NS-Presse streute zur selben Zeit Gerüchte über ein hohes Kopfgeld, das auf ihn ausgesetzt sei.

Am 31. August 1933 erlag Theodor Lessing den Schussverletzungen, die ihm zwei Nationalsozialisten am Tag zuvor in seiner Marienbader Wohnung zugefügt hatten. Dieser erste politische Mord an einem deutschen Regimegegner im Ausland sorgte weltweit für Empörung.



Privatbesitz

IRMA GÖTZE

Die 1912 geborene Kinderpflegerin Irma Götze war Mitglied der anarcho-syndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) und aktiv in der Leipziger Meute, einer Gruppe vor allem jugendlicher Oppositioneller. Im Untergrund agierte sie als Kurierin und Grenzgängerin in die Tschechoslowakei. Sie wirkte auch an der Herstellung illegaler Schriften mit.

1935 floh Irma Götze nach Spanien und nahm 1936 auf Seiten der Republikaner am Spanischen Bürgerkrieg in Katalonien teil. Besonders engagierte sie sich in der politischen Arbeit der deutschen Anarcho-Syndikalistinnen in Barcelona und bei der Versorgung der Milizionäre.

Innerhalb der sehr heterogen zusammengesetzten Front der Republikaner versuchten sich die Moskautreuen Kommunisten – teilweise gewaltsam – gegen Anarcho-Syndikalistinnen und Trotzlisten durchzusetzen. Diesen Querelen fiel auch Irma Götze zum Opfer. Im Mai 1937 wurde sie von der sowjetischen Geheimpolizei GPU festgenommen, in das berüchtigte Geheimgefängnis Puerta del Angel verschleppt und später in ein Frauengefängnis überführt.

Nach ihrer Freilassung ging Irma Götze 1939 nach Frankreich. Dort wurde sie 1940 und 1941 in den Lagern Gurs, Argelès-sur-Mer und Rivesaltes als „feindliche Ausländerin“ interniert und geriet schließlich in die Hände der Gestapo. Das Oberlandesgericht Dresden verurteilte sie 1942 wegen der illegalen Arbeit für die FAUD zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Nach deren Verbüßung im Zuchthaus Waldheim wurde sie in das KZ Ravensbrück verschleppt. Dort traf Irma Götze nach neun Jahren ihre Mutter Anna wieder, die bereits acht Jahre inhaftiert gewesen war. Beide überlebten das Kriegsende.



Landesarchiv Berlin, F. Rep. 390 Nr. 019447 / Fotograf. K. A.

ERNST REUTER

1889 in eine bürgerliche Familie geboren, studierte Ernst Reuter Geschichte, Germanistik und Geografie in Marburg und München. 1912 trat Reuter in die SPD ein, arbeitete als Hauslehrer und anschließend als professioneller Redner für die SPD. Im Ersten Weltkrieg geriet er in russische Kriegsgefangenschaft und engagierte sich für die Bolschewiki, die in der Oktoberrevolution 1917 die Macht in Russland übernahmen.

1918 kehrte er nach Berlin zurück und arbeitete zunächst für die KPD, ab 1922

wieder für die SPD. 1931 zum Oberbürgermeister von Magdeburg gewählt, wurde er nach Übergriffen der SA am 13. März 1933 abgesetzt. Wenige Tage später, am 23. März 1933, stimmte er als Reichstagsabgeordneter mit der SPD-Fraktion gegen das „Ermächtigungsgesetz“. Als bekannter sozialdemokratischer Politiker wurde er in den Jahren 1933/34 mehrfach festgenommen, misshandelt und inhaftiert.

1935 floh Ernst Reuter nach Großbritannien und bald darauf in die Türkei. Er arbeitete im Wirtschafts- und im Verkehrsministerium in Ankara und war maßgeblich am Aufbau der türkischen Verwaltung beteiligt. Später unterrichtete Reuter auch als Hochschullehrer. Er hatte Kontakte zu deutschen Emigranten in der Türkei sowie in anderen Ländern und gehörte 1943 zu den Mitbegründern des Deutschen Freiheitsbundes in Istanbul.

Ernst Reuter kehrte 1946 nach Berlin zurück, wo er zwischen 1948 und seinem Tod 1953 als Regierender Bürgermeister von Berlin eine Symbolfigur für den Freiheitswillen der Berliner im Westteil der Stadt war.

Formierung der militärisch-zivilen Opposition

Bis heute ist die Frage ungeklärt, welche politischen Traditionen das Scheitern der Weimarer Republik und den Erfolg des Nationalsozialismus begünstigt haben. Die Bereitschaft, die Weimarer Verfassungsordnung als Grundlage deutscher Politik zu akzeptieren und zu verteidigen, war vor 1933 nur schwach ausgeprägt: „Herzensrepublikaner“ waren selten, und die „Vernunftrepublikaner“ waren kaum bereit, sich mit ihrer ganzen Kraft für einen Staat einzusetzen, in dem sie nach dem Untergang der Monarchie nur das kleinere Übel sahen.

Vor allem liberale und konservative Kreise neigten dazu, zunächst einmal die unmittelbaren politischen Folgen und nicht zuletzt auch die ersten Ergebnisse der Regierungsübertragung an Hitler abzuwarten. Sie gingen zudem davon aus, dass dieser entweder scheitern oder auf die Unterstützung der rechten

politischen Mitte angewiesen sein werde. Letzterer schrieben sie die Kraft zu, die nationalsozialistische Bewegung einzurahmen, gar zu zähmen, und Hitler so an die Wand zu drücken, „dass er quietscht“, wie Hitlers Vizekanzler Franz von Papen selbstbewusst verkündet haben soll.

Doch im Sog einer von Hitler und seinem Propagandaminister Joseph Goebbels inszenierten Begeisterungsstimmung verfestigte sich bei Vielen der Eindruck, sich im Rahmen der „nationalen Konzentration“ der Kräfte einer „nationalen Erneuerung Deutschlands“ nicht entziehen zu können. Sie sahen sich veranlasst, ihre distanzierte Haltung aufzugeben oder zumindest zu unterdrücken und die innen- und außenpolitischen Forderungen Hitlers breit, nicht selten auch demonstrativ, zu unterstützen. Teilweise hatten sie bereits in Distanz zum Weimarer Staat gestanden und stimmten partiell – allerdings oftmals auch vergleichsweise weitgehend – mit den Zielen nationalsozialistischer Außen- und Gesellschaftspolitik überein.

Wenn nach einer belastenden Phase der Anpassung an den herrschenden Zeitgeist die kritische Distanz gegenüber dem NS-Staat überwog oder wieder auflebte, gab es auch für ehemals einflussreiche Vertreter liberaler und konservativer Parteien keine Möglichkeit, aktiv einen Umsturz aus dem unmittelbaren Zentrum der Macht herbeizuführen. Denn im nationalsozialistischen Führerstaat, der die Einheit von Partei und Staat verkörpern sollte, waren einflussreiche Ämter – bis auf ganz wenige Ausnahmen, die vor allem Deutschnationale betrafen – den Mitgliedern der NSDAP vorbehalten.

Auch im Falle der Regimegegner aus liberalen und konservativen Kreisen verliefen die Auseinandersetzungen mit den Strukturen des NS-Staates und seiner Politik nicht als kontinuierlicher Prozess. Vielmehr waren sie eine Abfolge ständig neuer Versuche, mit Gleichgesinnten eine gemeinsame politische Basis zu finden, konspirative Netze zu bilden, Phasen der Entmutigung zu überwinden oder durch Versetzung, Umzug, Einschüchterungen und Verhaftungen zerstörte Kontakte neu aufzubauen bzw. den jeweils geänderten Bedingungen anzupassen.

Position des Militärs

Hitler konnte nach seiner Ernennung zum Reichskanzler die Reichswehrführung mit den Versprechen für sich gewinnen, Deutschland wieder zu größerer militärischer Geltung zu verhelfen, die Reichswehr aufzurüsten und die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Viele hohe Militärs teilten Hitlers Ziele, die er ihnen bereits am 3. Februar 1933 im Berliner Bendlerblock eröffnet hatte. Dazu gehörten die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“, die „straffste autoritäre Staatsführung“ sowie die „Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“.

Andere ließen sich durch Hitlers außenpolitische Erfolge ebenso beeindruckt wie die meisten Deutschen. Auch die Ausschaltung der als Konkurrenz wahrgenommenen „Sturmabteilung“ (SA) der NSDAP im Zuge einer Mordaktion Ende Juni 1934 („Röhm-Putsch“) wurde von großen Teilen der militärischen Führung begrüßt. Dass im Zuge dieser Säuberungswelle auch der General und ehemalige Reichskanzler Kurt von Schleicher, sein enger Mitarbeiter Generalmajor Ferdinand von Bredow, der katholische Regimekritiker Erich Klausener sowie der konservative Berater Franz von Papens, Edgar Julius Jung, ermordet wurden, öffnete erstmals einigen Offizieren die Augen. Ihnen wurde bewusst, dass sie einem Unrechtsregime dienten.

Potsdam-Museum – Forum für Kunst und Geschichte, Walter Eichgrün



Viele Angehörige des Potsdamer Infanterie-Regiments 9, hier im Juni 1933, schließen sich später der militärischen Opposition an. Zu ihnen gehören der Regimentsadjutant Henning von Tresckow (zu Pferde, r.), Hasso von Boehmer, Axel Freiherr von dem Bussche, Hans Karl Fritzsche, Ludwig von Hammerstein, Ewald Heinrich von Kleist, Friedrich Karl Klausning, Georg Sigismund von Oppen, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und Achim Freiherr von Willisen.

Privatbesitz



Generalmajor Erwin von Witzleben (M.) und Oberst Paul von Hase (L.), hier 1935 in Landsberg an der Warthe, gehören zu den treibenden Kräften der Umsturzplanningen im Herbst 1938. Im März 1942 scheidet Erwin von Witzleben, nun Generalfeldmarschall, aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst aus. Er hält jedoch weiterhin engen Kontakt zu den Verschwörern und ist bereit, bei einem Umsturz den Oberbefehl über die Wehrmacht zu übernehmen. Paul von Hase wird 1940 Stadtkommandant von Berlin und kann den Kontakt zu Ludwig Beck und den Kreisen der Militäropposition um Friedrich Olbricht festigen.

Umsturzplanungen 1938

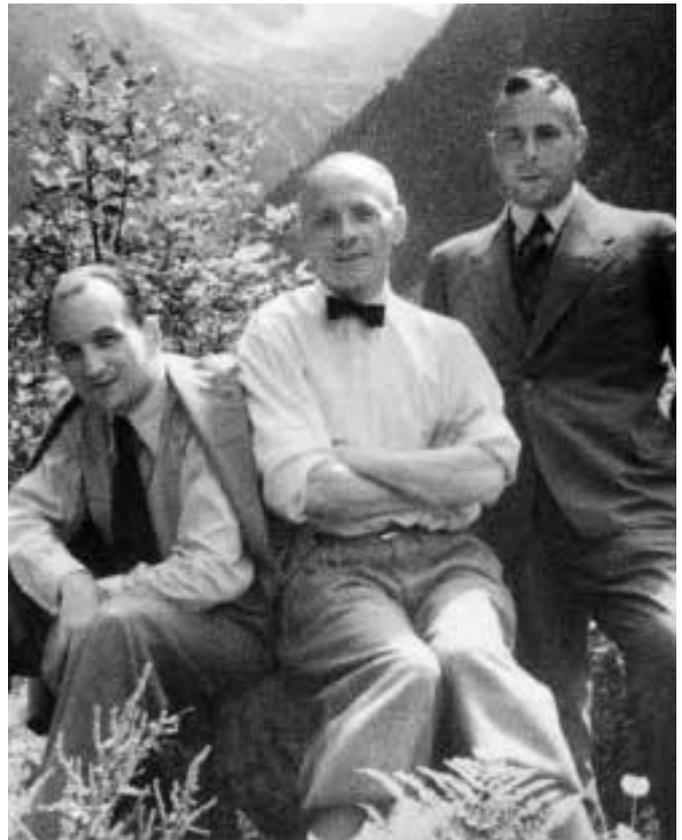
Am 5. November 1937 stellte Hitler dem Reichsaußenminister, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht und den Oberbefehlshabern von Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe seine Kriegspläne vor. Sie mussten zur Kenntnis nehmen, dass er zielstrebig einen Krieg vorbereitete, der die Vorherrschaft Deutschlands in Europa sichern und „Lebensraum im Osten“ schaffen sollte. Viele der Offiziere, die von diesen Plänen erfuhren, befürchteten eine militärische Niederlage und damit eine nationale Katastrophe. Aus ersten Vorbehalten erwuchs bei regimekritischen Militärs der Wunsch, sich den Kriegsplänen zu widersetzen. So versuchte der Generalstabschef des Heeres, Ludwig Beck, zunächst mit Denkschriften auf die Politik Hitlers einzuwirken. Doch dieser hielt an seinem Vorhaben fest.

Anfang des Jahres 1938 nutzte Hitler Intrigen zur Entlassung des Reichskriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Werner von Blomberg, und des Oberbefehlshabers des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch, und übernahm nun selbst den Oberbefehl über die Wehrmacht, um seine Pläne durchzusetzen. Die politische Entmachtung der Heeres Spitze bestätigte einige jüngere Offiziere und Beamte in ihrer Ablehnung des Regimes.

Nachdem er die Generalität vergeblich zum kollektiven Rücktritt aufgerufen hatte, um so den drohenden Krieg in Europa zu verhindern, trat Ludwig Beck im August 1938 von allen Ämtern zurück. Als zentrale Gestalt der Militäropposition forderte er in ständiger Abstimmung mit Carl Friedrich Goerdeler, dem führenden Kopf der zivilen Widerstandskreise, ein gemeinsames Handeln von Zivilisten und Offizieren. Um die beiden entstand ein Kreis militärischer und ziviler Regimegegner. Sie nutzten ihre Verbindungen zu aktiven Militärs, Diplomaten und Verwaltungsbeamten, um möglichst nah am Zentrum der Macht – aus dem Militär- und Staatsapparat heraus – einen Umsturz zu wagen. So versuchten Diplomaten um Ulrich von Hassell und Theodor Kordt noch im Sommer 1938 in London eine entschiedene Stellungnahme der britischen Regierung zu erwirken, um auf diese Weise Hitlers Eroberungspläne gegenüber der Tschechoslowakei zu durchkreuzen.

Parallel zur Beck/Goerdeler-Gruppe bildete sich im Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht um den damaligen Oberstleutnant Hans Oster ein Kreis von Oppositionellen, der mit zivilen Regimegegnern wie Hans von Dohnanyi und Hans Bernd Gisevius zusammenarbeitete. Im Sommer 1938 wurde er zur „operativen Zentrale“ aller Staatsstreichplanungen. Einige Truppenkommandeure konnten für den Umsturz gewonnen werden. Dazu gehörten der Befehlshaber des Wehrkreises III (Berlin), Erwin von Witzleben, der Kommandeur der 23. Infanteriedivision in Potsdam, Walter Graf von Brockdorff-Ahlefeldt, und Paul von Hase, Kommandeur des 50. Infanterieregiments in Landsberg an der Warthe.

Während des Umsturzes sollte Hitler von einem Stoßtrupp festgenommen und später abgeurteilt werden, da die Verbrechen des Regimes immer offenkundiger geworden waren. Den Auftrag zur Festsetzung Hitlers erhielt Major Friedrich Wilhelm Heinz, ein ehemaliger Freikorpskämpfer und Stahlhelmführer, der seit 1936 in der Abwehr tätig war. Er zog frühere Stahlhelmangehörige, Jungkonservative und Nationalrevolutionäre hinzu, die Hitlers Ausschaltung radikaler vorantreiben wollten. Während Ludwig Beck Hitler vor Gericht stellen und Hans von Dohnanyi ihn für geisteskrank erklären wollte, plante Heinz, den Diktator beim Eindrin-



Privatbesitz

Hans Oster (M.) und Friedrich Wilhelm Heinz (r.) um 1937

Oster beauftragt Heinz im September 1938, einen Stoßtrupp zu bilden, um Hitler festzunehmen.



Privatbesitz

Ulrich von Hassell als Botschafter in Rom 1935

gen in die Reichskanzlei im Zuge eines provozierten Schusswechsels zu töten. Hans Oster billigte dieses offensichtlich nicht mit den Generalen Franz Halder und Erwin von Witzleben abgesprochene Vorgehen, sodass heute auch von einer „Verschwörung in der Verschwörung“ gesprochen wird.

Die Verschwörer wollten handeln, wenn ein Krieg unmittelbar bevorstand und Hitler die Mobilmachung gegen die Tschechoslowakei befehlen würde. Dieser verlangte im September 1938 immer drängender den Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich. Die Krise um diesen hauptsächlich von Deutschen bewohnten Teil der Tschecho-

slowakei spitzte sich stetig zu. In der letzten Septemberwoche hielten sich die Verschwörer in der Erwartung des Angriffsbefehls bereit. Doch der italienische Diktator Benito Mussolini machte ein neues Vermittlungsangebot. Auf der Münchener Konferenz am 29. September 1938, zu der die Vertreter der tschechoslowakischen Regierung nicht eingeladen waren, stimmten Frankreich und Großbritannien den deutschen Gebietsforderungen zu. Ostmitteleuropa wurde

den Nationalsozialisten mit Zustimmung anderer europäischer Mächte preisgegeben, der Krieg war noch einmal vermieden worden. Nach dem Münchener Abkommen befand sich Hitler auf einem neuen Höhepunkt seiner Macht und Popularität. Die meisten Deutschen wie auch viele Offiziere stimmten seiner Politik zu. Die Verschwörer hielten jetzt einen erfolgreichen Staatsstreich nicht mehr für möglich und stoppten alle Vorbereitungen.

Sorge vor einem zweiten Weltkrieg

Der Führer hält anscheinend eine gewaltsame Lösung der sudetendeutschen Frage durch Einmarsch in die Tschechei für unabwendbar; er wird in dieser Auffassung bestärkt durch eine Umgebung verantwortungsloser, radikaler Elemente. Über die Einstellung von Göring ist man geteilter Auffassung. Die einen glauben, dass er den Ernst der Lage erkennt und versucht, auf den Führer beruhigend einzuwirken, die anderen meinen, dass er wie in dem Falle Blomberg und Fritsch ein doppeltes Spiel treibt und umfällt, wenn er vor dem Führer steht.

Alle aufrechten und ernsten deutschen Männer in staatsverantwortlichen Stellungen müssen sich berufen und verpflichtet fühlen, alle erdenklichen Mittel und Wege bis zur letzten Konsequenz anzuwenden, um einen Krieg gegen die Tschechei abzuwenden, der in seinen Auswirkungen zu einem Weltkrieg führen muss, der das *Finis Germaniae* bedeuten würde.

Die höchsten Führer in der Wehrmacht sind hierzu in erster Linie berufen und befähigt, denn die Wehrmacht ist das ausübende Machtmittel der Staatsführung in der Durchführung eines Krieges.

Es stehen hier letzte Entscheidungen für den Bestand der Nation auf dem Spiel; die Geschichte wird diese Führer mit einer Blutschuld belasten, wenn sie nicht nach ihrem fachlichen und staatspolitischen Wissen und Gewissen handeln. Ihr soldatischer Gehorsam hat dort eine Grenze, wo ihr Wissen, ihr Gewissen und ihre Verantwortung die Ausführung eines Befehles verbietet. Finden ihre Ratschläge und Warnungen in solcher Lage kein Gehör, dann haben sie das Recht und die Pflicht vor dem Volk und vor der Geschichte, von ihren Ämtern abzutreten.

Wenn sie alle in einem geschlossenen Willen so handeln, ist die Durchführung einer kriegerischen Handlung unmöglich. Sie haben damit ihr Vaterland vor dem Schlimmsten, vor dem Untergang bewahrt. Es ist ein Mangel an Größe und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volke bewusst zu werden.

Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Handlungen!

Andere aufrechte Männer in staatsverantwortlichen Stellungen außerhalb der Wehrmacht werden sich auf ihrem Wege anschließen. Wenn man die Augen und Ohren offen hält, wenn man sich durch falsche Zahlen nicht selbst betrügt, wenn man nicht in dem Rausch einer Ideologie lebt, dann kann man nur zu der Erkenntnis kommen, dass wir zurzeit wehrpolitisch (Führung, Ausbildung und Ausrüstung), wirtschaftspolitisch und stimmungspolitisch für einen Krieg nicht gerüstet sind.

Der Gedanke eines „Blitzkrieges“ (nach 2 Tagen in Prag ?) ist ein unsinniger Traum; man sollte aus der modernen Kriegsge-

schichte gelernt haben, dass überfallartige Überraschungen kaum jemals zu einem dauernden Erfolg geführt haben.

Unsere Vorbereitungen (Westen) sind oder werden so klar erkennbar, dass mit Präventivmaßnahmen der Gegner gerechnet werden muss. Die Kriegspropaganda in der ausländischen Presse hat bereits eingesetzt. [...]

Für den Fall, dass es durch Einspruch berufener Männer noch gelingen sollte, einen Krieg zu vermeiden, ist mit erheblichen innerpolitischen Spannungen zu rechnen.

Man wird von radikaler Seite erklären, dass die Durchführung der Absichten des Führers an der Unfähigkeit der Wehrmacht und ihrer Führer gescheitert ist. Erneute und verstärkte Diffamierungen werden einsetzen. Hier gilt es, ein wachsames Auge und Ohr zu behalten.

Der Führer soll in kleinem Kreise erklärt haben, den Krieg gegen die Tschechei muss ich noch mit den alten Generalen führen, den Krieg gegen England und Frankreich führe ich mit einer neuen Führerschicht.

Man wird sich daher entschließen müssen, in unmittelbarer oder nachfolgender Verbindung mit einem Einspruch nunmehr eine klärende Auseinandersetzung zwischen Wehrmacht und SS herbeizuführen.

Auch wäre hierbei eine brutal klare Schilderung der wahren Stimmung im Volke am Platze, die sehr wesentlich durch die aufkommende Bonzokratie im Dritten Reich hervorgerufen ist.

Über den Zeitpunkt dieser Maßnahmen ist zu sagen:

Man kann wohl damit rechnen, dass im Laufe der Sommermonate (August) eine vielleicht noch in versöhnlichem Tone gehaltene englische und französische Note eingehen wird, der dann in einem gewissen Abstände eine in Form eines Ultimatums abgefasste Note folgen wird, die der Staatsführung ein Ausweichen oder Nachgeben nicht mehr möglich macht, wenn nicht ohnehin Präventivmaßnahmen vom Gegner ergriffen werden.

Infolgedessen erscheint der Zeitpunkt: unmittelbar nach Eingang der ersten Note – für evtl. Maßnahmen als der günstigste.

Schließlich darf noch eine Überlegung angedeutet werden: ob man sich nicht bewusst auf den Standpunkt stellen sollte, dass die augenblickliche Einstellung des Führers und die von ihm befohlenen Maßnahmen nur als ein beabsichtigter großer Bluff dem Gegner gegenüber anzusehen sind, und sein Verhalten darauf einstellt: d.h. dass man nicht glauben kann, dass die befohlenen Maßnahmen wirklich zu einem Krieg führen sollen, sondern sie nur für einen genialen Bluff hält.

Allerdings könnte diese Einstellung ein gefährliches Spiel bedeuten.

Vortragsnotiz von Ludwig Beck vom 16. Juli 1938 mit Überlegungen zum Verhalten der obersten militärischen Führung angesichts der Gefahr eines Krieges mit der Tschechoslowakei, Bundesarchiv/Militärarchiv



bpk

HANS VON DOHNANYI

Zwischen 1929 und 1938 im Reichsjustizministerium tätig, sammelte der 1902 geborene Hans von Dohnanyi als persönlicher Referent von Reichsjustizminister Franz Gürtner systematisch Informationen über nationalsozialistische Verbrechen.

Ab Anfang 1938 hatte er Kontakt zu oppositionellen Militärs und war zusammen mit Ludwig Beck, Hans Oster und Erwin von Witzleben führend an der Vorbereitung eines Staatsstreichversuches im September 1938 beteiligt. Auf Druck der

NSDAP-Parteikanzlei musste Dohnanyi 1938 aus dem Ministerium ausscheiden und wurde an das Reichsgericht versetzt.

Im Herbst 1939 forderte ihn Oster für das Amt Ausland/Abwehr an. Hans von Dohnanyi sollte hier im Geheimen weiter an der Vorbereitung eines Staatsstreiches gegen Hitler arbeiten. Er war durch seine Tätigkeit frühzeitig über den Massenmord an den europäischen Juden informiert und leitete Berichte seines Schwagers Dietrich Bonhoeffer über die Judendeportationen an hohe Militärs weiter, um diese zum Einschreiten zu bewegen. Im Frühjahr 1942 beschloss er, wenigstens einige von der Deportation bedrohte Familien in Sicherheit zu bringen.

Bereits am 5. April 1943 wurde Dohnanyi wegen eines angeblichen Devisenvergehens verhaftet. Nach dem 20. Juli 1944 wurde ein Teil der von ihm vor 1938 gesammelten Dokumente über NS-Verbrechen von der Gestapo entdeckt. Dohnanyi, nach langer Haft in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße schwer krank, wurde wegen seiner Beteiligung an den Umsturzvorbereitungen nach einem SS-Standgerichtsverfahren im KZ Sachsenhausen am 9. April 1945 ermordet.



GDW

CARL FRIEDRICH GOERDELER

Carl Friedrich Goerdeler, 1884 geboren, war seit 1930 Oberbürgermeister von Leipzig und übte in der Endphase der Weimarer Republik gleichzeitig das Amt des Reichskommissars für die Preisüberwachung aus. Nach 1933 blieb er zunächst Oberbürgermeister, übernahm 1934/35 erneut die Preisüberwachung und wurde zum scharfen Kritiker der Aufrüstung.

Goerdeler trat Ende des Jahres 1936 nach heftigen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten zurück. Unmittelbarer Anlass war die von den Nationalsozialisten veranlasste Entfernung eines Denkmals, das an den Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy erinnerte.

In den Folgejahren wurde Goerdeler zum Mittelpunkt des zivilen Widerstands gegen Hitler. Als Berater des Bosch-Konzerns unternahm er in Deutschland und im Ausland ausgedehnte Reisen. Dabei warb er für eine Politik der internationalen Völkerverständigung, die sich entschieden gegen die Nationalsozialisten richtete.

In zahlreichen Denkschriften kritisierte Goerdeler Ende der 1930er-Jahre Hitlers Wirtschafts- und Rüstungspolitik und warnte vor deren Konsequenzen, die in den Krieg münden mussten. Nach einem gelungenen Staatsstreich war Carl Friedrich Goerdeler für das Amt des Reichskanzlers vorgesehen.

Bereits vor dem 20. Juli 1944 hatte er die Aufmerksamkeit der Gestapo erweckt. Nach dem Umsturzversuch konnte Goerdeler zunächst entkommen, wurde kurz darauf denunziert und am 8. September 1944 vom „Volksgerichtshof“ unter Roland Freisler zum Tode verurteilt. Auf Befehl Hitlers wurde er erst fünf Monate später nach ausführlichen Vernehmungen am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.



ulstein bild

LUDWIG BECK

Im Oktober 1933 wurde der 1880 geborene Berufsoffizier Ludwig Beck Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, ab Juli 1935 Generalstabschef des Heeres. In seiner kompromisslosen Ablehnung des Kriegsrisikos war sich Beck mit Carl Friedrich Goerdeler, dem Kopf der zivilen Oppositionskreise gegen Hitler, einig.

In der Berliner Mittwochsgesellschaft, in der sich seit ihrer Gründung 1863 auf ihrem jeweiligen Fachgebiet führende Wissenschaftler regelmäßig zur freien

Diskussion trafen, begegnete Beck anderen liberalen und konservativen Gegnern Hitlers.

Beck versuchte zunächst, die Möglichkeiten seines Amtes zu nutzen, um auf Hitlers Politik einzuwirken. Mit Vorträgen, Aktennotizen und Denkschriften wollte er aber nicht nur Hitler, sondern die Heerespitze insgesamt beeinflussen. Seine Ziele wuchsen rasch über die rein militärischen Erwägungen hinaus.

Im Sommer 1938 forderte Ludwig Beck vergeblich die Generalität zum geschlossenen Rücktritt auf, um den drohenden Krieg in Europa zu verhindern. Als er erkannte, dass er sich weder auf die Generalität stützen noch Hitler überzeugen konnte, reichte Beck am 18. August 1938 seinen Rücktritt ein.

Ludwig Beck wurde zum Mittelpunkt der militärischen Opposition und sollte nach einem gelungenen Anschlag auf Hitler Staatsoberhaupt werden. Am Abend des 20. Juli 1944 forderte ihn General Friedrich Fromm nach dem Scheitern des Umsturzes auf, Selbstmord zu begehen. Als dieser Versuch misslang, wurde der schwer verwundete Beck auf Befehl Fromms erschossen.

Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939

Georg Elser wurde 1903 geboren und wuchs als ältestes von fünf Geschwistern in Königsbronn unter schwierigen Familienverhältnissen auf. Der Vater, Ludwig Elser, trank und hatte gesundheitliche Probleme, die Familie verarmte. So musste der junge Georg schon früh Verantwortung für andere übernehmen.

Georg Elser war ein außerordentlich begabter Schreiner. Zwischen 1925 und 1932 arbeitete er in der Tradition des wandernden Gesellen in verschiedenen Orten rund um den Bodensee. Elser galt als ein eher schweigsamer, aber dennoch geselliger Mensch. Seit seiner Schulzeit musizierte er. Er wanderte gern mit Freunden und war auch bei Frauen beliebt. Seine Freundin Mathilde Niedermann brachte 1930 sein einziges Kind Manfred zur Welt.

Mit politischen Fragen setzte sich Elser bereits während seiner Lehrzeit auseinander. Persönliches Freiheitsgefühl und Unabhängigkeitsstreben prägten sein Verständnis von Politik. Er wurde Mitglied im Holzarbeiterverband und trat 1928/29 dem Roten Frontkämpferbund bei, der paramilitärischen Organisation der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), ohne sich dort aber besonders zu engagieren. Bis 1933 wählte er die KPD, die seiner Ansicht nach die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertrat.

Der junge Schreiner lehnte den Nationalsozialismus von Anfang an entschieden ab. Augenzeugen berichteten, dass er Kundgebungen der NSDAP und ihrer Kampfverbände mit demonstrativer Nichtachtung begegnete, konsequent den „Hitlergruß“ verweigerte und den Raum verließ, wenn im Radio Hitlerreden übertragen wurden. Ein erstes und wichtiges Motiv für seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus war die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft während der ersten Jahre des NS-Regimes.

Obwohl die französische und die britische Regierung Ende September 1938 auf der Münchener Konferenz den territorialen Forderungen Hitlers an die Tschechoslowakei nachgegeben hatten, befürchtete Elser, dass „ein Krieg unvermeidlich ist“. Ab da reifte sein Entschluss, die nationalsozialistische Führung – nach seinen Worten Hitler, Goebbels und Göring – durch ein Attentat zu beseitigen, um den drohenden Krieg zu verhindern. Als am 1. September 1939 die deutsche Wehrmacht Polen überfiel, fühlte sich Elser bestätigt. Bei Verhören erklärte er später, er habe mit seiner Tat „noch größeres Blutvergießen“ verhindern wollen.

Seit Herbst 1938 bereitete Georg Elser systematisch den Bombenanschlag auf Hitler vor. Er sollte im Münchener Bürgerbräukeller stattfinden, in dem Hitler alljährlich am Vorabend seines gescheiterten Putschversuches vom 9. November 1923 eine Gedenkrede hielt. In seiner zeitweiligen Arbeitsstätte, einer Heidenheimer Armaturenfabrik, verschaffte sich Elser zunächst 250 Presspulverstücke. Daraus konstruierte er einen Sprengkörper mit einem mechanischen Zündmechanismus, den er anschließend mit einem Zeitzünder mit zwei Uhrenwerken versah. Dabei kamen ihm die Kenntnisse zugute, die er sich durch die Arbeit in Uhrmacherwerkstätten angeeignet hatte. Um weiteren Sprengstoff zu beschaffen, arbeitete Elser auch in einem Königsbronner Steinbruch, aus dem er ab April 1939 mehr als 100 Sprengpatronen und über 125 Sprengkapseln entwenden konnte.

Im August 1939 zog Elser nach München. Zwischen August und November 1939 ließ er sich an mehr als 30 Abenden nach



Georg Elser um 1938

Schweizerisches Bundesarchiv E4320B#1970/25#2, Az. C.02.102, Strasser, Otto, 1934-1939

Lokalschluss unbemerkt im Bürgerbräukeller einschließen, um während der Nacht mit einfachsten Werkzeugen den Pfeiler über Hitlers Rednerpult für den geplanten Anschlag zu präparieren. Am Morgen des 6. November stellte er die beiden Uhrwerke auf den Abend des 8. November ein und ließ „damit der Sache ihren freien Lauf“.

Hitler hatte sich im Unterschied zu den Vorjahren erst kurzfristig zu seiner Traditionsveranstaltung entschlossen. Auch sprach er erheblich kürzer als sonst, weil er unmittelbar danach wieder nach Berlin zurückkehren wollte. Daher hatte er mit den anderen hohen NS-Führern den Raum bereits seit etwa 13 Minuten verlassen, als gegen 21.20 Uhr der Sprengkörper explodierte. Die Explosion begrub das Rednerpult unter einem meterhohen Schutthaufen und zerstörte die Saaldecke. Acht Tote und über sechzig Verletzte waren die Folge.

Unmittelbar nach der Detonation begann die Suche der Gestapo nach dem Attentäter. Georg Elser hatte auf seiner Flucht in die Schweiz noch vor der Explosion seines Sprengkörpers gegen 20.45 Uhr die Aufmerksamkeit der deutschen Zollgrenzbeamten in Konstanz erregt und war festgenommen worden. Als die Nachricht vom Münchener Bombenanschlag Konstanz erreichte, geriet er in Verdacht. Die Gestapo brachte ihn nach München, wo er verhört und gefoltert wurde. Elser gestand seine Tat und übernahm die alleinige Verantwortung. Dennoch gab ihn die NS-Propaganda als „Werkzeug“ des britischen Nachrichtendienstes aus.

Nach dem Ende des Krieges sollte Elser vom „Volksgerichtshof“ in einem „Schauprozess“ verurteilt werden. Deshalb wurde er seit 1940 als „Sonderhäftling“ im Zellenbau des KZ Sachsenhausen gefangen gehalten und Tag und Nacht von mindestens zwei SS-Männern bewacht. Mehr als fünf Jahre musste er in völliger Isolation leben.

Vermutlich Anfang Februar 1945 überführte die Gestapo Georg Elser in das KZ Dachau, wo er wiederum in Einzelhaft streng bewacht wurde. Auf Weisung „von höchster Stelle“ wurde Georg Elser schließlich am 9. April 1945 in der Nähe des alten Krematoriums erschossen. Seine Leiche wurde anschließend sofort verbrannt.

Georg Elser über seine Motive

Die seit 1933 in der Arbeiterschaft von mir beobachtete Unzufriedenheit und der von mir seit Herbst 1938 vermutete unvermeidliche Krieg beschäftigten stets meine Gedankengänge. Ob dies vor oder nach der Septemberkrise 1938 war, kann ich heute nicht mehr angeben. Ich stellte allein Betrachtungen an, wie man die Verhältnisse der Arbeiterschaft bessern und einen Krieg vermeiden könnte. Hierzu wurde ich von niemandem angeregt, auch wurde ich von niemandem in diesem Sinne beeinflusst. Derartige oder ähnliche Unterhaltungen habe ich nie gehört. Auch vom Moskauer Sender habe ich nie gehört, dass die deutsche Regierung und das Regime gestürzt werden müssen.

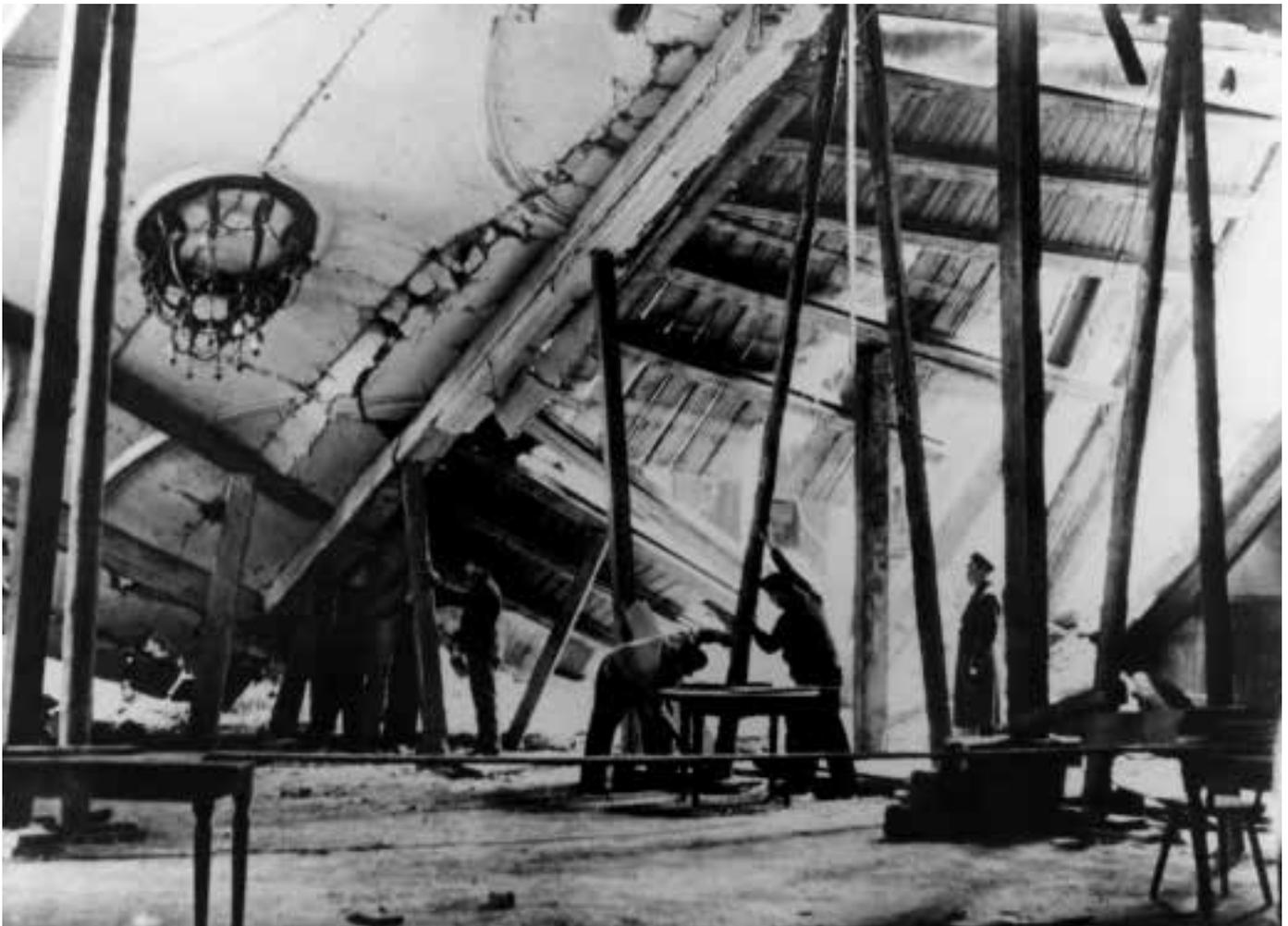
Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die „Obersten“, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. Durch meine Überlegungen kam ich zu der Überzeugung, dass durch die Beseitigung dieser 3 Männer andere Männer an die Regierung kommen, die an das Ausland keine untragbaren Forderungen stellen, „die kein fremdes Land einbeziehen wollen“ und die für eine Besserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft Sorge tragen werden.

An bestimmte Personen, die die Regierung übernehmen sollten, habe ich weder damals noch später gedacht. Den Nationalsozialismus wollte ich damals nicht beseitigen. Ich war davon

überzeugt, dass der Nationalsozialismus die Macht in seinen Händen hatte und dass er diese nicht wieder hergeben werde. Ich war lediglich der Meinung, dass durch die Beseitigung der genannten drei Männer eine Mäßigung in der politischen Zielsetzung eintreten wird. Bestimmt kann ich angeben, dass ich nicht im Geringsten an eine andere Partei oder Organisation gedacht habe, die nach einer Beseitigung der Führung das Ruder in Deutschland in die Hand genommen hätte. Auch über diesen Punkt habe ich mich mit niemand unterhalten.

Der Gedanke der Beseitigung der Führung ließ mich damals nicht mehr zur Ruhe kommen und bereits im Herbst 1938 – es war dies vor dem November 1938 – hatte ich auf Grund der immer angestellten Betrachtungen den Entschluss gefasst, die Beseitigung der Führung selbst vorzunehmen. Ich dachte mir, dass dies nur möglich sei, wenn die Führung sich bei irgendeiner Kundgebung befindet. Aus der Tagespresse entnahm ich damals, dass die nächste Zusammenkunft, bei der auch die Führung teilnimmt, sich am 8. und 9. November 1938 in München im „Bürgerbräukeller“ abspielt. Bestimmt kann ich allerdings nicht mehr sagen, ob ich diese Zusammenkunft tatsächlich aus der Zeitung oder sonst irgendwie erfahren habe. Ob mir dies später noch einfällt, kann ich nicht angeben.

Auszug aus dem Gestapo-Verhör Georg Elzers im November 1939 über seinen Entschluss zur Tat und die ersten Vorbereitungen, Bundesarchiv R 22/3100



GDW

Der zerstörte Bürgerbräukeller in München am Tag nach dem Attentat, 9. November 1939

JOHANNES TUCHEL / JULIA ALBERT

Widerstand als Reaktion auf Krieg und NS-Gewaltverbrechen

Die Versuche, Widerstand zu organisieren, erfolgten unter der ständigen Bedrohung durch ein politisches Regime, das einen Eroberungskrieg in Europa vorbereitete und dafür im Innern entsprechende Vorkehrungen traf. Zu diesen Vorkehrungen gehörten die Aufrüstung, aber auch die Gleichschaltung, Ideologisierung, Militarisierung und ständige Mobilisierung der deutschen Gesellschaft im Rahmen der „Volksgemeinschaft“.

Infolge des Krieges wurden viele Männer zur Wehrmacht einberufen. Um ihre Arbeitskraft zu ersetzen und für den „Endsieg“ des Deutschen Reiches zu sorgen, wurden Millionen Menschen aus den von den Deutschen eroberten und besetzten Ländern zur Zwangsarbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft nach Deutschland gebracht. Unmittelbar hinter der Front begannen schon wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen Gewaltverbrechen, die für die nächsten Jahre die besetzten Gebiete zum Zentrum des Massenmords werden ließen. Doch auch in Deutschland selbst wurde im Herbst 1939 mit der Mordaktion an 200 000 kranken und hilflosen Menschen ein Massenverbrechen verübt, das verharmlosend als Euthanasie – „Gnadentod“ – bezeichnet wurde. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 folgte dann der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen. Die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten fiel nicht nur dem Kriegsgeschehen zum Opfer. Viele wurden als Partisanen verdächtigt und hingerichtet oder Ziel von Vergeltungsaktionen. Im selben Jahr setzte das NS-Regime den planmäßigen Völkermord an den Juden Europas in

Gang, der mehr als sechs Millionen Menschenleben fordern sollte. Auch hunderttausende Sinti und Roma wurden Opfer des nationalsozialistischen Genozids.

Regimegegner stellten sich gegen Krieg und Völkermord. Sie waren oftmals vereinzelt und verzweifelt. Hinzu kam, dass sich ab Kriegsbeginn im Herbst 1939 die Rahmenbedingungen für die Regimegegnerschaft entscheidend verschlechtert hatten. Eine Vielzahl von Sonderbestimmungen, die im „Kriegs-sonderstrafrecht“ zusammengefasst waren, ermöglichten höhere Strafen als bisher gegen alle, deren Verhalten auch nur geringfügig von der Norm abwich. Todesurteile gegen Kriegsdienstverweigerer gehörten jetzt ebenso zur Realität des NS-Staates wie schwere Strafen für diejenigen, die ausländische Rundfunksender gehört hatten und von „Volksgenossen“ denunziert worden waren.

Unter diesen Bedingungen wurde die Bildung oppositioneller Netze und Gruppen immer schwieriger, die Gefahr des Verrats immer größer. In einer Gesellschaft, in der Meinungsaustausch mit Argwohn betrachtet wurde, boten nur Freundes- und Diskussionskreise die Möglichkeit für die Weiterentwicklung politischer Konzepte. Jenseits von Meinungsverschiedenheiten in Details waren sich alle Regimegegner jedoch einig in ihren Forderungen nach dem Sturz Hitlers, dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und des von den Nationalsozialisten entfesselten Vernichtungs- und Weltanschauungskrieges. Angesichts von Krieg und Gewaltherrschaft wollten sie gegenüber den Herausforderungen der Diktatur nicht tatenlos bleiben.



Mordaktion in Serbien, Oktober 1941

Baier © ECPAD, Paris

Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Als der Krieg begann, bemühten sich die Regimegegner aus der Arbeiterbewegung um den Aufbau von betrieblichen Widerstandsgruppen. Sie versuchten, Nachrichten über den tatsächlichen Kriegsverlauf zu verbreiten, die Rüstungswirtschaft zu sabotieren und Verfolgte zu unterstützen. Obwohl die Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren bereits nahezu alle größeren Widerstandsgruppen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Sozialisten zerschlagen hatten, konnten Verfolgung und Entrechtung den Willen der Regimegegner nur selten brechen. Die Erfahrungen der Haft bestärkten viele in ihrem Entschluss, den NS-Staat weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit aktiv zu bekämpfen. Neue Widerstandsorganisationen aufzubauen und Kontakte zu anderen Gruppen herzustellen, gelang jedoch nur in wenigen Fällen.

Viele Kommunisten hatte der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 wie ein Schock getroffen. Ein großer Teil von ihnen wollte nun einen eigenen, von der Moskauer Führung unabhängigen Weg finden und sich neu orientieren. Erst der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und die Kenntnis von den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen bewirkten eine neuerliche Verstärkung kommunistischer Widerstandsaktivitäten und eine Wiederannäherung an die Politik der Sowjetunion und der KPD-Führung.

Auch frühere KPD-Funktionäre, die 1939 und 1940 aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern zurückkehrten waren, versuchten, neue Widerstandsgruppen aufzubauen. So entstanden um Robert Uhrig in Berlin, um Theodor Neubauer in Mitteldeutschland und um Bernhard Bästlein in Hamburg große Widerstandsorganisationen; eine weitere um Wilhelm Knöchel war im Ruhrgebiet aktiv. Später bildete sich in Berlin eine weit verzweigte kommunistische Widerstandsorganisation um Anton Saefkow und Franz Jacob. Sie verstand sich als Inlandsleitung der KPD und orientierte sich an den Zielen des 1943 von emigrierten Kommunisten und deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gegründeten Nationalkomitees „Freies Deutschland“.

Diese Organisationen, in denen auch Sozialdemokraten und Sozialisten mitwirkten, verbreiteten Flugblätter und selbstgefertigte Flugschriften. Vor allem aber versuchten sie, in den Betrieben ihre Basis auszubauen und sich auf die Zeit nach der Befreiung von der NS-Herrschaft vorzubereiten. Doch immer wieder schleuste die Gestapo Spitzel in die kommunistischen Gruppen ein und konnte sie so zerschlagen.

Einige sozialistische Gruppen wie die Revolutionären Sozialisten und der Internationale Sozialistische Kampfbund konnten ihre Widerstandsaktivitäten bis in die Kriegszeit fortsetzen. Sozialdemokratische Regimegegner festigten vor allem ihre Kontakte untereinander, ohne allerdings fest organisierte Gruppen aufzubauen. Ihr Ziel war es, nach einer deutschen militärischen Niederlage, die die Befreiung vom Nationalsozialismus bedeutete, politisch handlungsfähig zu sein.

Einzelne Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer standen in enger Verbindung mit den Berliner Widerstandskreisen um Carl Friedrich Goerdeler, Helmuth James Graf von Moltke und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Im Sommer 1944 loteten Julius Leber und Adolf Reichwein, die neben Wilhelm Leuschner als Repräsentanten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung galten, mit der Berliner Widerstandsorganisation um Anton Saefkow und Franz Jacob grundlegende Fragen der Zusammenarbeit aus.



Die Hamburger ABC-Kolonne im Winter 1941. V.l.n.r.: Robert Abshagen, unbekannt, Hein Bretschneider, Hans Christoffers

1941 bildet sich um die Hamburger Arbeiterfunktionäre Bernhard Bästlein, Oskar Reincke, Franz Jacob und Robert Abshagen eine kommunistische Betriebszellenorganisation, deren Schwerpunkt in den Werften liegt. Ende 1942 gelingt es der Gestapo, die Gruppe aufzudecken. Mehr als 60 Festgenommene werden zum Tode verurteilt oder von der Gestapo ermordet, darunter auch Robert Abshagen und Hein Bretschneider.



Druckanlage der Widerstandsgruppe Antinazistische Deutsche Volksfront (ADV), München 1943 (Beweisfoto der Gestapo)

1942 bildet sich in München die Widerstandsgruppe ADV um Karl Zimmet, Georg Jahres und Hans Hutzelmann. Sie steht der KPD nahe und arbeitet mit einer Münchener Widerstandsorganisation von sowjetischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, der Organisation BSW (Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen), zusammen. Im Spätherbst 1943 werden durch Gestapo-Spitzel 13 Gruppen mit nahezu 300 Mitgliedern aufgedeckt.

All diese Gruppen stellten sich den täglichen Herausforderungen der illegalen Arbeit, indem sie sich gemeinsam auf die Grundlagen von Menschlichkeit und politischer Selbstbehauptung besannen. Oft setzten sie damit zugleich Zeichen für die Traditionen der Arbeiterbewegung, die sich in der Weimarer Zeit verhängnisvoll gespalten hatte und nun unter dem Druck der Kriegsverhältnisse verschüttet zu werden drohte.

GDW

Barth, NI 1434, Bd. 9



Privatbesitz

FRANZ JACOB

Der 1906 in Hamburg geborene Maschinenschlosser Franz Jacob engagierte sich schon 1920 in der SPD-nahen Sozialisti-

schen Arbeiterjugend, trat aber 1925 dem Kommunistischen Jugendverband und der KPD bei. 1932 war er für die KPD jüngstes Mitglied in der Hamburger Bürgerschaft. Mitte August 1933 wurde Jacob in Berlin festgenommen und nach der Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 1936 bis 1940 im KZ Sachsenhausen festgehalten. Unmittelbar nach seiner Entlassung nahm er erneut Verbindung zu seinen politischen Freunden auf und gehörte bald zum Führungskern der Gruppe um Bernhard Bästlein.

Als im Oktober 1942 eine Festnahmeaktion in Hamburg begann, tauchte Franz Jacob in Berlin unter und baute ab 1943 mit Anton Saefkow eine neue Widerstandsorganisation auf, die sich am Nationalkomitee „Freies Deutschland“ orientierte.

Verbindungsleute gab es in zahlreichen Berliner Betrieben, in denen illegale Arbeitergruppen bestanden. Sie versuchten, Verbindungen zu anderen Widerstandsgruppen im Reich zu halten, Verfolgten mit Lebensmittelkarten oder Ausweisen zu helfen und Kontakt zu Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeitern herzustellen. Kleine und besonders zuverlässige „Kadergruppen“ sollten eine angemessene Vorbereitung auf die Zeit nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gewährleisten.

Gemeinsam mit Saefkow wurde Jacob Anfang Juli 1944 festgenommen, am 5. September 1944 durch den „Volksgerechthof“ zum Tode verurteilt und am 18. September 1944 in Brandenburg-Görden enthauptet.



GDW

ANTON SAEFKOW

Der 1903 geborene Maschinenbauer Anton Saefkow schloss sich der sozialistischen Jugendbewegung an, trat 1920 dem

Metallarbeiterverband bei und wurde bald einer der führenden Funktionäre des kommunistischen Jugendverbandes in Berlin. 1924 trat er der KPD bei und war von 1928 bis 1933 Mitglied der KPD-Bezirksleitungen in Sachsen, im Ruhrgebiet und in Hamburg. Er wurde im April 1933 erstmals festgenommen und 1934 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Im Herbst 1941 stieß Saefkow zum Kreis um Robert Uhrig. Gemeinsam mit Franz Jacob baute er 1943 ein neues Netz unterschiedlicher illegaler Gruppen auf. Saefkow und seine Freunde hielten auch aktive Formen des Kampfes gegen das Regime für möglich: Durch Produktionssabotage wollten sie die Rüstungsanstrengungen schwächen. Verbindungen zu ausländischen Arbeitern sollten Voraussetzungen

für individuelle Hilfe schaffen und der Bildung einer breiteren Basis im Kampf gegen das NS Regime dienen. Neben die „Kaderschulung“ und die Bildung von Betriebsgruppen trat die Aufklärungsarbeit durch Flugblätter. Die Organisation um Saefkow bezeichnete sich dabei unter anderem als Berliner Ausschuss des Nationalkomitees „Freies Deutschland“.

Anton Saefkow wurde am 4. Juli 1944 festgenommen und am 5. September 1944 mit Bernhard Bästlein und Franz Jacob zum Tode verurteilt. Wenige Tage später, am 18. September 1944, wurden sie gemeinsam in Brandenburg-Görden enthauptet.



GDW

THEODOR NEUBAUER

1890 geboren, wuchs Theodor Neubauer als Sohn eines Gutsinspektors in einem konservativen Elternhaus auf. Er studierte

Geschichte und neuere Fremdsprachen in Brüssel, Jena und Berlin. Nach der Promotion in Jena 1913 wurde er Lehrer, meldete sich zu Beginn des Ersten Weltkrieges freiwillig als Soldat und kehrte 1917 desillusioniert zurück, nachdem er an der Front eine Gasvergiftung erlitten hatte.

Nach der Novemberrevolution war er zunächst Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, wechselte zur USPD (einer Abspaltung der SPD) und schloss sich mit deren linkem Flügel 1920 der KPD an. Von 1921 bis 1924 war Neubauer thüringischer Landtagsabgeordneter, 1923 auch Staatsrat in der Thüringer Arbeiterregierung. Von 1924 bis 1933 vertrat er die KPD im Reichstag und lebte seit 1930 in Berlin.

Neubauer wurde im August 1933 erstmals festgenommen und im Herbst 1934

zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Anschließend hielten ihn die Nationalsozialisten in verschiedenen Konzentrationslagern gefangen. Erst im Sommer 1939 wurde Neubauer entlassen und lebte seitdem bei seiner Familie in Tabarz (Thüringen). Zusammen mit Magnus Poser baute er Anfang 1942 eine weit verzweigte kommunistische Widerstandsgruppe auf. Im Juli 1944 wurde Theodor Neubauer festgenommen, im Januar 1945 zum Tode verurteilt und am 5. Februar 1945 in Brandenburg-Görden enthauptet.



GDW

WILHELM LEUSCHNER

Der 1890 geborene Holzbildhauer Wilhelm Leuschner war ab 1919 zunächst Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerk-

schaftsbundes (ADGB) Darmstadt und stieg 1926 zum Bezirkssekretär des ADGB für Waldeck, Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, Rheinhessen und Saarland auf.

Der Sozialdemokrat war bis 1928 Stadtverordneter in Darmstadt, danach bis 1933 Abgeordneter im hessischen Landtag. Als hessischer Innenminister veröffentlichte er 1931 interne Papiere der Nationalsozialisten, die viele ihrer Gewaltpläne offenbarten. Im Januar 1933 ging er als Mitglied des ADGB-Bundesvorstandes nach Berlin. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften weigerte er sich, bei einem Treffen der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf für die Anerkennung der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ zu sprechen.

Von 1933 bis 1934 von der Gestapo in Konzentrationslagern festgehalten, gründete

Leuschner nach seiner Freilassung in Berlin eine Firma, in der viele Sozialdemokraten arbeiteten. Bei seinen Geschäftsreisen konnte er bis zuletzt mit zahlreichen Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland Kontakt aufnehmen, auch mit der bürgerlichen Opposition.

Bei Kriegsausbruch 1939 wieder kurzzeitig inhaftiert, hielt Leuschner in den folgenden Jahren Kontakte zum Kreisauer Kreis und war intensiv an den Vorbereitungen für den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligt. Für die Zeit nach dem Sturz Hitlers war er als Vizekanzler vorgesehen und sollte gemeinsam mit zwei anderen die neue Einheitsgewerkschaft führen. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch wurde Leuschner festgenommen, vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee erhängt.



Privatbesitz

JULIUS LEBER

Julius Leber, 1891 geboren und in der Familie eines elsässischen Kleinbauern aufgewachsen, wurde nach dem Abschluss der

Mittelschule Lehrling in einer Tapetenfabrik. Von 1910 bis 1912 konnte er mit einem Stipendium die Oberrealschule besuchen und anschließend Geschichte und Nationalökonomie (Volkswirtschaft) studieren. 1912 trat er der SPD bei. Er meldete sich 1914 freiwillig als Soldat, wurde Offizier und nahm 1920 noch als Leutnant an der Niederschlagung des Kapp-Putsches teil.

Leber war verheiratet mit Annedore Rosenthal, mit der er eine Tochter und einen Sohn hatte. Ab 1921 Chefredakteur des sozialdemokratischen „Lübecker Volksboten“ wurde er 1924 für die SPD in den Reichstag gewählt, dem er als wehrpolitischer Fraktionssprecher bis 1933 angehörte.

1933 wurde Leber verhaftet und kam erst im Sommer 1937 aus dem KZ Sachsenhausen frei. Er fristete sein Leben in Berlin

als selbstständiger Kohlenhändler, suchte jedoch bald wieder Verbindung zu seinen sozialdemokratischen Freunden und fand später zum Kreisauer Kreis. Im Sommer 1944 nahm er über Verbindungsleute Kontakt zu dem Kommunisten Franz Jacob auf, den er im KZ Sachsenhausen kennengelernt hatte und der zu den führenden Mitstreitern der Widerstandsorganisation um Anton Saefkow zählte.

Julius Leber, der nach den Plänen der Widerstandsgruppe des 20. Juli nach einem gelungenen Umsturz Reichskanzler oder Innenminister werden sollte, wurde am 5. Juli 1944 aufgrund der Denunziation eines Gestapo-Spitzels festgenommen, am 20. Oktober 1944 durch den „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.



AdSD / Friedrich-Ebert-Stiftung

JOHANNA KIRCHNER

Die 1889 geborene Johanna Stunz, verheiratete Kirchner, gehörte seit dem 14. Lebensjahr der Sozialistischen Arbei-

terjugend (SAJ), dann der SPD an und arbeitete für die „Arbeiterwohlfahrt“ und als Zeitungskorrespondentin auf Partei- und Gewerkschaftskongressen.

Als 1933 ein Haftbefehl gegen sie erlassen wurde, befand sie sich auf einer Reise in die Schweiz, um für andere Verfolgte des NS-Regimes Fluchthilfe zu organisieren. Sie emigrierte zunächst ins Saargebiet, beteiligte sich an den Vorbereitungen zur Saarabstimmung und musste, nachdem das Gebiet danach dem Deutschen Reich angegliedert worden war, im Januar 1935 weiterflüchten.

Im französischen Forbach, nahe der deutschen Grenze, blieb sie mit dem Kampf der deutschen Hitlergegner eng verbunden und stand mit kommunistischen Gruppen in Kontakt. Sie wurde

1937 Mitglied des in Straßburg gegründeten Hilfskomitees für die Saar-Pfalz, das in Frankreich deutsche Emigranten aus dieser Region betreute.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Johanna Kirchner auf Erlass der französischen Regierung interniert. Obwohl es zunächst gelang, sie mit Hilfe französischer Freunde aus dem Lager Gurs zu befreien, wurde sie später von der Vichy-Regierung an Deutschland ausgeliefert. Seit dem 9. Juni 1942 in Deutschland Gestapo-Vernehmungen ausgesetzt, verurteilte sie der „Volksgerichtshof“ im Mai 1943 zu zehn Jahren Zuchthaus und in einem Wiederaufnahmeverfahren am 21. April 1944 zum Tode. Johanna Kirchner wurde am 9. Juni 1944 in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Die Europäische Union

In den ersten Kriegsjahren fanden sich in Berlin Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen, die den Verbrechen des NS-Regimes nicht länger tatenlos zusehen wollten. Sie standen in Kontakt mit verschiedenen sozialistischen und kommunistischen Widerstandsgruppen, ohne jedoch enger mit diesen zusammenzuarbeiten. Georg Groscurth, Arzt und Dozent an der Berliner Universität, und sein Freund, der Chemikophysiker Robert Havemann, versuchten gemeinsam mit dem Architekten Herbert Richter und dem Dentisten Paul Rentsch immer wieder, verfolgten Menschen zu helfen. Mit einem Netz von Verbündeten, die Lebensmittelmarken sammelten, Papiere besorgten und Informationen beschafften, unterstützten sie illegal lebende jüdische Freunde.

Groscurth half Soldaten, sich als front- oder dienstuntauglich dem Kriegsdienst zu entziehen. Gemeinsam mit Havemann war er zudem seit Ende der 1930er-Jahre an Forschungen über Kampfgase beteiligt, die sie sabotierten und so ergebnislos in die Länge zogen. 1943 gelang es ihnen, mit Hilfe des Exil-Russen Konstantin Shadkewitsch Kontakt zu verschiedenen Gruppen von Zwangsarbeitern aufzunehmen, die nach Deutschland verschleppt worden waren. Sie unterstützten deren Versuche, Widerstandorganisationen aufzubauen, indem sie Kontakte vermittelten und die Verbindungen zwischen den verschiedenen Gruppen aufrechterhielten. Im Sommer 1943 verfassten Havemann, Groscurth, Richter und Rentsch mehrere programmatische Texte. Sie gaben ihrer Gruppe den Namen „Europäische Union“ und wollten damit ausdrücken, dass sie die Widerstandsaktivitäten der aus vielen europäischen Nationen stammenden Zwangsarbeiter unterstützten. Im Kampf gegen das NS-Regime sahen sie die Grundlage für eine gesamt-europäische sozialistische Nachkriegsordnung.

Die meisten Mitglieder der Europäischen Union wurden im Spätsommer 1943 von der Gestapo festgenommen. Die Gruppe galt den Nationalsozialisten als besonders gefährlich, weil sie sich aus angesehenen Intellektuellen und Angehörigen verschiedener Nationen zusammensetzte. 1943/44 wurden gegen 16 Angeklagte Todesurteile verhängt. Andere verloren ihr Leben schon in der Voruntersuchung, wurden in den Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau ermordet, starben nach ihrer Verurteilung zu Haftstrafen im Gefängnis oder unmittelbar nach der Befreiung an den Folgen der Haft.



Robert-Havemann-Gesellschaft

Georg Groscurth und Robert Havemann in ihrem Berliner Labor um 1940



GDW

Seit 1941 muss Herbert Baum (hier l. mit der Familie seiner Frau Marianne) in der „Judenabteilung“ der Berliner Elmo-Werke arbeiten und kommt dort in Kontakt mit anderen Zwangsarbeitern.

Die Widerstandsgruppe um Herbert Baum

Die Widerstandsorganisation um Herbert Baum und seine Frau Marianne bestand aus jungen Menschen, die dem Kommunismus nahe standen und durch ihre gemeinsamen Erfahrungen als verfolgte Juden geprägt waren. Deshalb werden Herbert Baum und seine Mitkämpfer häufig als jüdische Widerstandsgruppe bezeichnet oder als Kreis einer gegen das NS-Regime gerichteten Jugendopposition gedeutet. Sie selbst verstanden sich aber stets als Angehörige der kommunistischen Widerstandsbewegung.

Die Mitglieder der Gruppe kannten sich teilweise bereits seit dem Ende der Weimarer Republik und hatten schon früh erste Erfahrungen im Widerstand gegen das NS-Regime gesammelt. 1938/39 fanden sich einige der jüdischen Freunde von Herbert Baum erneut zusammen. Sie versuchten unabhängig von anderen kommunistischen Berliner Widerstandsgruppen, eigenständige Formen des Protests und des Widerstands zu entwickeln.

Seit dem Überfall deutscher Truppen auf die Sowjetunion im Sommer 1941 verbreiteten sie Flugblätter, um so auf das Unrecht und die gefährlichen Folgen des Krieges aufmerksam zu machen. Ihre spektakulärste Aktion war ein Brandanschlag auf die Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten am 17. Mai 1942. Herbert Baum und seine Freunde, die besondere Sympathie für die Bevölkerung der Sowjetunion empfanden, wandten sich mit ihrer Tat vor allem gegen deren Verunglimpfung als „slawische Untermenschen“ und gegen die Verbindung von antijüdischer und antikommunistischer Propaganda.

Binnen weniger Tage wurden sie verhaftet, vermutlich nach einer Denunziation. Drei der Festgenommenen, neben Herbert Baum Walter Bernecker und Elfriede Schaumann, begingen in der Untersuchungshaft Selbstmord. Insgesamt fielen mehr als 20 Menschen aus den Kreisen um Herbert Baum der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer.

Wenn wir das alles einmal bezahlen müssen!

„Wenn ich auf die Welt blicke, die wir verkörpern und auf all die Männer, mit denen ich das Glück habe befreundet oder verbündet zu sein, wenn ich weiter sehe auf meine politischen Führer im Reich, auf meine Reichsleiter, Gauleiter, Reichsstatthalter, Generalgouverneure, die Feldmarschälle und Admirale und Generalobersten, dann sehe ich mit stärkster Zuversicht in die Zukunft.“

So sprach Hitler am 26. April vor seinem sogenannten Reichstag. Besser konnte er sein Regime nicht charakterisieren. Die Welt, die er mit seiner Bande verkörpert, das ist der endlose und opferreiche Krieg, ist eine Welt der Massengräber, des Hungers, der absoluten Verelendung des Volkes. Seine Welt, das ist die Welt der 200 Plutokratenfamilien, denen die großen Konzerne und Monopole gehören; seine Welt ist die Welt der Schieber und Großverdiener, die Welt der Gangster, Volksbetrüger und Volksverderber. Seine Welt ist die Welt von Blut, Schweiß und Tränen, ist die Welt der Konzentrationslager, der Galgen, des Henkerbeils und der Geiseler-schießungen.

Seine Herrschaft, die er so gern als Volksherrschaft auszugeben versucht, ist nichts anderes, als die brutalste Herrschaft der Plutokraten und der Hierarchie der NSDAP, der Gau- und Reichsleiter, der Reichsstatthalter und Reichskommissare, der Generalität und der ganzen Bande von Nutznießern des Krieges. In dem oben zitierten Ausspruch hat Hitler unserem Volke klar und deutlich den wahren und einzigen Feind Deutschlands gezeigt. Diese Bande von Ausbeutern, Emporkömmlingen und Nutznießern des brutalen imperialistischen Eroberungskrieges missbraucht den Namen Deutschlands und schändet den Ruf unseres Volkes mit unzähligen, grausamen Verbrechen. All ihre Handlungen, die sie in Deutschland und in fremden Ländern begehen, sind Faustschläge in das Gesicht unseres Volkes. [...]

Im Namen unseres Volkes wurden und werden tausende russische Kriegsgefangene blindwütig erschossen, weitere tausende werden in einen grässlichen Hungertod getrieben.

Im Namen unseres Volkes werden die Kriegsgefangenen aller unterjochten Nationen völlig rechtswidrig in die Kanonen- und Munitionsfabriken zur Herstellung von Hitlers Mordwaffen gezwungen. 2 Mill. Arbeiter der geknechteten Völker werden mit allen Mitteln in die deutschen Rüstungsfabriken gepresst. Sie, die Zivil- und Kriegsgefangenen müssen in Deutschland Waffen und Munition erzeugen, die in diesem verfluchten Hitlerkrieg gegen ihre eigenen Völker verwendet werden. [...]

So gemein und niederträchtig all die Schandtaten in den besetzten Westgebieten, auf dem Balkan und in Polen sind, so ist all das, was in diesen Ländern an tierischer Gemeinheit kursiert, unvergleichbar mit den beispiellosen Greuel-taten, die in unserem Namen im zeitweise besetzten Teil der Sowjetunion verübt werden. [...]

Auch unser Volk hat schon einiges über die grausamen Verbrechen der hitlerischen Soldateska vernommen. Aber noch

sträubte es sich, an eine solche Verkommenheit deutscher Truppenverbände zu glauben. Es wollte nicht wahrhaben, dass seine Männer und Söhne von den Hitlerbestien zu solchen Scheußlichkeiten missbraucht werden. Es ließ sich immer wieder von Göbbels einreden, dass die objektiven Berichte aus dem besetzten Sowjetgebiet lügnerische Feindpropaganda seien. Wir sind heute in der Lage auch diesen Schwindel über die angebliche Feindpropaganda zu entlarven. Wir sind in den Besitz einer Anzahl Originalfotos gekommen, die von anständigen und ehrlichen deutschen Soldaten in der Ukraine aufgenommen wurden. Diese Fotos geben einen Einblick in die verbrecherischen und bestialischen Greuel-taten des hitlerischen Militarismus in den besetzten Sowjetgebieten. [...]

Und doch drohte uns das Blut in den Adern zu erstarren bei der Durchsicht der uns übergebenen Bilder. Kinder, Frauen und Greise werden ohne Prozess unschuldig auf das bestialischste hingeschlachtet. Dörfer und Städte werden verbrannt und verwüstet. Die Zivilbevölkerung wird all ihrer Lebensmittel und Kleidungsstücke beraubt. Eine tiefe Schamröte stieg uns ins Gesicht und voll banger Sorge fragten wir uns: „Was soll aus Deutschland werden, wenn unser Volk einmal für all die Grausamkeiten und Bestialitäten, die in seinem Namen von den Nazihenkern begangen werden, büßen müsste.“ [...]

Es fällt uns nicht leicht, das alles hier niederzuschreiben, geschieht das alles doch im Namen Deutschlands, wissen wir doch, dass unser Volk noch nicht in ganzem Umfang auch ahnt, welch ungeheure Blutschuld das Hitlerregime ihm aufgewälzt hat. Aber unsere Pflicht als Deutsche, die wir unser Volk und Heimat aus tiefster Seele lieben, zwingt uns dazu, ungeschminkt die Wahrheit zu sagen, damit unser ganzes Volk erkennen kann, was die Hitlerbande alles in seinem Namen tut, zu welch scheußlichen Verbrechen es missbraucht wird.

Wir wollen nicht, dass am Ende des Krieges, das Todesurteil, das die unterjochten Völker über Hitler und sein Regime gefällt haben, auch an unserm Volk und an unserer deutschen Heimat vollstreckt wird.

Der verbrecherisch von Hitler und seiner Bande vom Zaun gebrochene Zweite Weltkrieg ist für Deutschland bereits verloren. Das muss jeder Deutsche heute begreifen. Hitlers Ende rückt unvermeidlich näher und wir wollen nicht, dass es ihm gelingt, unser Volk mit in den Abgrund zu reißen. Solange noch ein Tropfen Blut in unsern Adern fließt, werden wir dagegen kämpfen, dass Hitler unser Volk zu seinem Komplizen machen kann.

Deutschland kann nur noch gerettet werden, wenn unser Volk selbst ganz klare Fronten schafft. Hier Hitler mit seiner Räuberbande, dort unser großes deutsches Volk im Bündnis mit den unterjochten Völkern. [...]

Sonderausgabe der illegalen Flugschrift „Der Friedenskämpfer“ vom Juni 1942, verfasst von der kommunistischen Widerstandsgruppe um Wilhelm Knöchel und im Ruhrgebiet verbreitet, Landesarchiv NRW

Widerstand aus christlichem Glauben

Seit der Mitte der 1930er-Jahre gelang es den Nationalsozialisten zunehmend, den Kreis oppositioneller evangelischer Christen zu schwächen. Martin Niemöller, ein Wortführer des Kirchenkampfes, wurde 1937 festgenommen und 1938 ins Konzentrationslager eingewiesen. Andere Pfarrer aus der Bekennenden Kirche wurden bedroht und mit Predigtverbot belegt. Nach der Ermordung des Pfarrers Paul Schneider im KZ Buchenwald erkannten viele evangelische Regimegegner, mit welcher Brutalität die Nationalsozialisten ihre Drohungen verwirklichten.

Nicht alle Pfarrer und Christen aus den evangelischen Gemeinden resignierten oder ließen sich einschüchtern. Sie beteiligten sich an Hilfsaktionen für Verfolgte, traten den Zumutungen des Staates und der nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ offen entgegen und verstärkten auf ihre Weise den kleinen Kreis unbeugsamer Protestanten, die Hitlers Herrschaft ablehnten und bekämpften.

Unter den Bedingungen des Krieges erkannten evangelische Christen vermehrt den verbrecherischen Grundzug deutscher Politik. Wurden einzelne Pfarrer und Gemeindemitglieder bedrängt und festgenommen, weil sie sich angeblichen Zwängen des Krieges nicht unterwerfen wollten, so rückten oftmals Gleichgesinnte nach. Sie vertraten christliche Glaubensüberzeugungen und protestierten deshalb gegen Verbrechen hinter der Front, gegen die entwürdigende und menschenverachtende Behandlung von Kriegsgefangenen und schließlich gegen die Deportation von Juden. Sie litten darunter, dass ihr Protest zu schwach und ihre Kirche weitgehend stumm blieb. Einer der wichtigsten Wortführer des Protestantismus wurde während des Krieges der württembergische Landesbischof Theophil Wurm, der gegen die Ermordung von Menschen mit geistiger Behinderung öffentlich Einspruch erhob.

Der überzeugte Pazifist Hermann Stöhr widersetzte sich aus christlicher Überzeugung seiner Einberufung zum Kriegsdienst. Er wurde hingerichtet, weil er sich weigerte, den Fahneid auf Hitler zu leisten. Dietrich Bonhoeffer beteiligte sich bis zu seiner Festnahme im April 1943 aktiv an der Verschwö-

nung gegen Hitler. Er wusste, dass seine Entscheidung aus eigener Verantwortung erfolgte und seitens der Kirche nicht gedeckt wurde.

Evangelische Christen, die sich politisch gegen das NS-Regime wandten, konnten ihren Selbstbehauptungswillen aus den Grundlagen ihres Glaubens schöpfen, nicht aber auf die Unterstützung durch ihre Kirche hoffen. Sie blieben auf sich gestellt und fühlten sich oft allein gelassen.

Schon bald nach Abschluss des Reichskonkordates von 1933 war unübersehbar, dass Hitler den Einfluss des Katholizismus auf das öffentliche Leben zurückdrängen wollte. Seit Mitte der 1930er-Jahre setzten einzelne Geistliche und Gläubige dem Zeichen ihres Selbstbehauptungswillens und ihrer Glaubens-treue entgegen. Auseinandersetzungen um die Entkatholisierung von Schule und Erziehung sowie die Kämpfe um Glaubenssymbole und kirchliche Wirkungsmöglichkeiten zeigten den Machthabern, wie unbeirrbar sich praktizierende Katholiken der weltanschaulichen „Gleichschaltung“ widersetzen.

Während des Krieges wurden Hunderte von katholischen Geistlichen in Konzentrationslagern gefangen gehalten, mit Predigtverboten belegt oder unter Hausarrest gestellt. Einzelne wurden vom nationalsozialistischen „Volksgerichtshof“ oder dem Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt, andere starben während der Haft in Konzentrationslagern oder wurden dort getötet. Die Ermordung von Patienten aus Heil- und Pflegeanstalten seit Herbst 1939 stieß bei vielen Bischöfen, Geistlichen und Gläubigen auf offenen Widerspruch.

Zwar ließen sich einige Bischöfe über die Pläne oppositioneller Kreise informieren und hielten während des Krieges Verbindung zu politischen Widerstandsgruppen wie dem Kreisauer Kreis. Der politische Widerstand katholischer Christen konnte sich jedoch ebenso wenig wie die Gegenwehr evangelischer Christen auf offenen Rückhalt durch kirchliche Amtsträger berufen.

Das Gleiche galt für gläubige Katholiken wie Pater Franz Reinisch, Franz Jägerstätter und Josef Ruf, die den Wehrdienst und den Eid auf Hitler verweigerten, dafür wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.



Privatbesitz

Dietrich Bonhoeffer (3. v. l.) mit vier italienischen Mitgefangenen und einem Wärter im Zuchthaus Tegel, Sommer 1944



Pater Alfred Delp SJ (l.) und Pater Lothar König SJ in Valkenburg/Niederlande um 1935

Archiv der Deutschen Provinz der Jesuiten, Abt. 800, Nr. 432

Predigt von Bischof Clemens August Graf von Galen gegen die Ermordung von Patienten in Heil- und Pflegeanstalten

[...] Andächtige Christen! In dem am 6. Juli in allen Kirchen Deutschlands verlesenen Hirtenbrief heißt es u. a.: „Gewiss gibt es nach der katholischen Sittenlehre positive Gebote, die nicht mehr verpflichten, wenn ihre Erfüllung mit allzu großen Schwierigkeiten verbunden ist. Es gibt aber auch heilige Gewissenspflichten, von denen uns niemand befreien kann und die wir erfüllen müssen, koste es uns selbst das Leben. Nie, unter keinen Umständen, darf der Mensch außerhalb des Krieges und der gerechten Notwehr einen Unschuldigen töten.“

Ich hatte schon am 6.7.41 Veranlassung, diesen Worten des gemeinsamen Hirtenbriefes in Telgte folgende Erläuterung hinzuzufügen: „Seit einigen Monaten hören wir Berichte, dass aus Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke auf Anordnung von Berlin Pfleglinge, die schon länger krank sind und vielleicht unheilbar erscheinen, zwangsweise abgeführt werden. Regelmäßig erhalten dann die Angehörigen nach kurzer Zeit die Mitteilung, der Kranke sei verstorben, die Leiche sei verbrannt, die Asche könne abgeliefert werden! Allgemein herrscht der an Sicherheit grenzende Verdacht, dass diese zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selber eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden und dass man dabei jener Lehre folgt, die behauptet, man dürfe sogenanntes lebensunwertes Leben vernichten, also unschuldige Menschen töten, wenn man meint, ihr Leben sei für Volk und Staat nicht mehr wert. Eine Lehre, die furchtbar ist, die die Ermordung Unschuldiger rechtfertigen will – die gewaltsame Tötung der nicht mehr arbeitsfähigen Invaliden, Krüppel, Unheilbarkranken, Altersschwachen grundsätzlich freigibt.“

Wie ich zuverlässig erfahren habe, werden jetzt auch in den Heil- und Pflegeanstalten der Provinz Westfalen Listen aufgestellt von solchen Pfleglingen, die als sogenannte „unproduktive Volksgenossen“ abtransportiert und in kurzer Zeit ums Leben gebracht werden sollen. Aus der Anstalt Marienthal bei Münster ist in dieser Woche der Transport abgegangen! Deutsche Männer und Frauen! Noch hat Gesetzeskraft § 211 des Strafgesetzbuches, der bestimmt: „Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird, wenn er die Tötung mit Überlegung ausführt, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.“ Wohl um diejenigen, die jene armen kranken Menschen, Angehörige unserer Familien, vorsätzlich töten, vor dieser gesetzlichen Bestrafung zu bewahren, werden die zur Tötung bestimmten Kranken aus der Heimat abtransportiert in eine entfernte Anstalt. Als Todesursache wird dann irgendeine Krankheit angegeben. Da die Leiche sogleich verbrannt wird, können die Angehörigen und auch die Kriminalpolizei es hinterher nicht mehr feststellen, ob die Krankheit wirklich vorgelegen hat und welche Todesursache vorlag. Es ist mir aber versichert worden, dass man im Reichsinnenministerium und auf der Dienststelle des Reichsärztesführers Dr. Conti gar kein Hehl daraus machte, dass tatsächlich schon eine große Anzahl Geisteskranker in Deutschland getötet worden ist und getötet werden soll.

[...] Als ich von dem Vorhaben erfuhr, Kranke aus Marienthal abzutransportieren, um sie zu töten, habe ich am 28. Juli 1941 bei der Staatsanwaltschaft, beim Landgericht in Münster und beim Herrn Polizeipräsidenten in Münster Anzeige erstattet [...]. Nachricht über ein Einschreiten der Staatsanwaltschaft oder der Polizei ist mir nicht zugegangen. – [...]

So müssen wir damit rechnen, dass die armen, wehrlosen Kranken über kurz oder lang umgebracht werden. Warum? Nicht, weil sie ein todeswürdiges Verbrechen begangen haben, nicht etwa, weil sie ihren Wärter oder Pfleger angegriffen haben, sodass diesem nichts anderes übrig blieb, als dass er zur Erhaltung des eigenen Lebens in gerechter Notwehr dem Angreifer mit Gewalt entgegentrat. Das sind Fälle, in denen neben der Tötung des bewaffneten Landesfeindes im gerechten Krieg Gewaltanwendung bis zur Tötung erlaubt und nicht selten geboten ist.

Nein, nicht aus solchen Gründen müssen solche unglücklichen Kranke sterben, sondern darum, weil sie nach dem Urteil irgendeines Arztes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission „lebensunwert“ geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den „unproduktiven Volksgenossen“ gehören. Man urteilt, sie können nicht mehr Güter produzieren, sie sind wie eine alte Maschine, die nicht mehr läuft, sie sind wie ein altes Pferd, das unheilbar lahm geworden ist, sie sind wie eine Kuh, die nicht mehr Milch gibt. Was tut man mit einer alten Maschine? Sie wird verschrottet! Was tut man mit solch einem alten Pferd, mit solch einem unproduktiven Stück Vieh? Nein, ich will den Vergleich nicht bis Ende führen – so furchtbar seine Berechtigung und seine Leuchtkraft ist! Es handelt sich ja hier nicht um Maschinen, es handelt sich nicht um ein Pferd oder um eine Kuh, deren einzige Bestimmung es ist, dem Menschen zu dienen, für den Menschen Güter zu produzieren. Man mag sie zerschlagen, man mag sie schlachten, so bald sie diese Bestimmung nicht mehr erfüllen! Nein, hier handelt es sich um Menschen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern! Arme Menschen, unproduktive Menschen – meinetwegen –, aber haben sie dadurch das Recht verwirkt zu leben? Hast Du, habe ich, nur so lange ein Recht zu leben, so lange wir produzieren? So lange wir von anderen als produktiv anerkannt werden?

Wenn man den Grundsatz aufstellt und anwendet, dass man den unproduktiven Menschen töten darf, dann wehe uns allen, wenn wir altersschwach werden! Wenn man den unproduktiven Menschen töten darf, dann wehe den Invaliden, die im Produktionsprozess ihre Kraft, ihre gesunden Knochen eingesetzt, geopfert und eingebüßt haben! Wenn man die unproduktiven Menschen gewaltsam beseitigen darf, dann wehe unseren braven Soldaten, die als schwer Kriegsverletzte, als Krüppel, als Invaliden in die Heimat zurückkehren! [...]

Mitschrift einer Predigt des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, vom 3. August 1941, Landeskirchliches Archiv Düsseldorf



Archiv Christkönigs-Institut, Meitingen

MAX JOSEF METZGER

Geboren 1887, studierte Max Josef Metzger Theologie und Philosophie in Freiburg sowie in Fribourg (Schweiz) und wurde 1911 zum Priester geweiht. Als Militärseelsorger nahm er am Ersten Weltkrieg teil. Schon während des Krieges wurde für ihn die Friedensarbeit zur vordringlichen Aufgabe, denn er war überzeugt, dass „Kriege künftig ihren Sinn verloren haben, indem sie niemand mehr Aussicht geben, mehr zu gewinnen als zu verlieren“.

1919 gründete er den Friedensbund deutscher Katholiken und suchte Verbindung zur internationalen Friedensbewegung. Mit Nachdruck trat er für die ökumenische Friedensidee ein und galt bald als führender deutscher Pazifist. Mehrfach wurde Metzger von der Gestapo festgenommen.

1943 verfasste er ein Memorandum zur staatlichen Neuordnung Deutschlands und dessen Einbindung in eine zukünftige Weltfriedensordnung. Als er versuchte, diese Denkschrift dem schwedischen Erzbischof Erling Eidem von Uppsala zu übermitteln, wurde er von der Kurierin, einer Gestapoagentin, denunziert und am 29. Juni 1943 erneut festgenommen.

Max Josef Metzger wurde in einem 70-minütigen Schauprozess, in dem ihm der Vorsitzende Richter Roland Freisler keinerlei Möglichkeit zur Verteidigung einräumte, wegen „Hochverrat und Feindbegünstigung“ vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 17. April 1944 in Brandenburg-Görden enthauptet.



Bistumsarchiv Münster

CLEMENS AUGUST GRAF VON GALEN

Der 1878 geborene Clemens August Graf von Galen entstammte einer katholischen Adelsfamilie. Nach dem Theologiestudium empfing er 1904 die Priesterweihe und wurde 1933 zum Bischof von Münster ernannt. Galen galt als national und konservativ eingestellt. Er wehrte sich schon 1934 gegen Angriffe der Nationalsozialisten auf die Kirche, katholische Vereine und

Schulen. Immer wieder brandmarkte er öffentlich nationalsozialistische Übergriffe und Unrechtstaten. Neben dem Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing wurde er zum wichtigen Wortführer der innerkirchlichen Opposition.

Im Sommer 1941 hielt Galen drei berühmt gewordene Predigten, in denen er die Terrormethoden der Gestapo, die Morde an Patienten von Heil- und Pflegeanstalten und die staatliche Beschlagnahme von Klöstern durch die Nationalsozialisten öffentlich anprangerte. Die Predigten Galens fanden im In- und Ausland große Verbreitung. Sie wurden vom Londoner Rundfunk gesendet, als Flugblätter von alliierten Flugzeugen abgeworfen und von vielen Deutschen abgeschrieben und verbreitet. Die Nationalsozialisten wagten jedoch nicht, den beliebten Bischof von Münster zu verhaften.

Clemens August Graf von Galen überlebte das Kriegsende und wurde kurz vor seinem Tod 1946 zum Kardinal ernannt.



Privatbesitz

KURT GERSTEIN

Geboren 1905, engagierte sich Kurt Gerstein nach dem Abitur in der christlichen Jugendarbeit. Er studierte Bergbau und legte 1931 die Prüfung zum Diplom-Ingenieur ab. Im Mai 1933 trat Gerstein in die NSDAP ein. Im selben Jahr protestierte er offen gegen die Auflösung der evangelischen Jugendverbände und schloss sich bald darauf der oppositionellen Bekennenden Kirche an. 1936 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen und zweimal inhaftiert.

Nachdem Kurt Gerstein von der Mordaktion an Patienten von Heil- und Pflegeanstalten erfahren hatte, entschloss er sich, in die Waffen-SS einzutreten. Er hoffte, auf diesem Weg nähere Informationen über Verbrechen der Nationalsozialisten zu erhalten. Gerstein wurde dem Sanitätswesen der Waffen-SS zugeteilt und übernahm die Leitung des technischen Desinfektionsdienstes. Im Juni 1942 bekam er erstmals den Auftrag, Blausäure (Zyklon B) zur Ermordung von Menschen zu beschaffen. Im August 1942 wurde er zudem Zeuge des Massenmordes in den Vernichtungslagern Belzec und Treblinka. Gerstein informierte mehrfach ausländische Diplomaten und Geistliche über die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und versuchte, Lieferungen des Zyklon-B-Gases zu sabotieren.

Am 22. April 1945 stellte er sich den französischen Behörden. Kurt Gerstein kam am 25. Juli 1945 in einem Pariser Gefängnis unter bis heute ungeklärten Umständen ums Leben. Der von ihm noch in der Haft verfasste Bericht ist eines der wichtigsten Dokumente über den Völkermord an den Juden Europas.



Privatbesitz

KATHARINA STARITZ

Geboren 1903, promovierte Katharina Staritz 1928 als erste Frau an der Marburger Evangelisch-Theologischen Fakultät. Ab 1933 war sie als Stadtvikarin in Breslau tätig. 1938 übernahm Staritz die schlesische Vertrauensstelle der „Kirchlichen Hilfsstelle für evangelische Nichtarier“ (Büro Pfarrer Grüber), die Christen jüdischer Herkunft bei der Auswanderung half und ihnen seelsorgerisch sowie mit sozialen Angeboten zur Seite stand. Auch nachdem

die Vertrauensstelle Anfang 1941 von der Gestapo geschlossen worden war, setzte Staritz gemeinsam mit ihrer Schwester Charlotte ihre Hilfe für Verfolgte fort.

Als die deutschen Juden im September 1941 zum Tragen des „Judensternes“ gezwungen wurden, mahnte Staritz die Breslauer Pfarrämter in einem Rundschreiben, die von der Diskriminierung betroffenen Mitglieder ihrer Gemeinde nicht auszugrenzen. Fünf Wochen später wurde sie durch die evangelische Kirchenleitung in Breslau vom Amt suspendiert und im Dezember 1941 in der SS-Zeitung „Das Schwarze Korps“ scharf angegriffen.

Im März 1942 nahm die Gestapo Staritz in Haft und verschleppte sie im August 1942 in das KZ Ravensbrück. Paul Graf Yorck von Wartenburg konnte nach Verhandlungen mit dem Breslauer Gauleiter Hanke im Mai 1943 ihre Freilassung erreichen. Sie blieb jedoch weiter unter Aufsicht der Gestapo und durfte ihren Beruf nicht mehr ausüben. Katharina Staritz überlebte das Kriegsende und wirkte nach 1945 im Pfarrdienst in Thüringen und Hessen.



Privatbesitz

ELISABETH ABEGG

Die 1882 geborene, linksliberal eingestellte Lehrerin Elisabeth Abegg unterrichtete ab 1924 am Berliner Luise-Oberlyzeum Mädchen in Geschichte. Zu Beginn der NS-Zeit gehörte sie einem kleinen Kreis von Lehrerinnen und Schülerinnen an, die sich gegen die nationalsozialistische Vereinnahmung der Schule wehrten. Abegg, eine entschiedene Gegnerin des NS-Regimes, wurde 1935 strafversetzt und 1941 zwangspensioniert. Im selben Jahr trat sie der Religionsgemeinschaft der Quäker bei, die unterschiedslos allen Verfolgten half.

Als ihre enge Freundin Dr. Anna Hirschberg, eine Christin jüdischer Herkunft, ihre Hilfsangebote ablehnte und im Juli 1942 deportiert wurde, wollte Abegg fortan möglichst viele Verfolgte retten. Mit ihrer Schwester Julie nahm sie zwölf Geflohenen in ihrer Wohnung in Berlin-Tempelhof auf, darunter die jüdische Kindergärtnerin Liselotte Pereles, welche die kinderlose Abegg nach dem Krieg adoptierte. Anderen konnte sie Verstecke bei Freunden vermitteln.

Die Lehrerin versorgte gemeinsam mit Helfern aus ihrer alten Schule die „illegalen“, half mit Geld und beschaffte falsche Papiere. In ihrer Wohnung unterrichtete, ernährte und schützte sie trotz des für sie bestehenden Risikos, entdeckt zu werden, jüdische Kinder und Jugendliche. Für den untergetauchten Jizchak Schwarsenz verkaufte Abegg Schmuck, damit er Fluchthelfer bezahlen konnte, die ihn 1944 über die Schweizer Grenze brachten. Für ihre Hilfe für Verfolgte wurde Elisabeth Abegg nach dem Krieg mehrfach geehrt.



GDW

EMMY ZEHDEN

Die 1900 geborene Emmy Windhorst arbeitete nach der Schule als Hauswirtschaftshelferin. Seit 1918 lebte sie in Berlin und heiratete Mitte der 1920er-Jahre Richard Zehden, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft später durch die Nürnberger Rassengesetze diskriminiert wurde. 1930 schloss sie sich den Bibelforschern (Zeugen Jehovas) an. Ihr Mann wurde 1938

wegen der Zugehörigkeit zu dieser Religionsgemeinschaft zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten verurteilt.

Emmy Zehden war wie alle Zeugen Jehovas eine entschiedene Gegnerin des Kriegsdienstes und beeinflusste ihren Neffen Horst Günter Schmidt, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Obwohl ihr Mann verurteilt wurde und Emmy Zehden wusste, dass ihre Haltung lebensgefährlich war, hielt sie an ihrer Überzeugung fest. Sie versteckte ihren Neffen sowie zwei weitere Kriegsgegner zeitweise in ihrer Wohnung in Berlin-Gatow und in der Gärtnerei von Otto und Jasmine Muhs in Berlin-Staaken. Die Gestapo entdeckte jedoch die Verstecke und nahm Emmy Zehden am 24. September 1942 fest.

Am 19. November 1943 wurde sie vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 9. Juni 1944 in Berlin-Plötzensee enthauptet. Ihre Abschiedsbriefe wurden der Familie vorenthalten. Ihr Mann Richard Zehden wurde in das KZ Sachsenhausen verschleppt und 1943 ermordet.

Regimekritik und Versuche der Gegenöffentlichkeit

Mit Kriegsbeginn wurden der Empfang ausländischer Rundfunksendungen und die Verbreitung von „Feindmeldungen“ als „Rundfunkverbrechen“ unter Strafe gestellt. Damit sollte verhindert werden, dass sich die Deutschen über den tatsächlichen Verlauf des Krieges und über die politischen Ziele und militärischen Erfolge der Alliierten informierten.

Ab 1941 wurden immer mehr Menschen, die gegen dieses Verbot verstoßen hatten, wegen „Feindbegünstigung“ oder „Wehrkraftzersetzung“ verurteilt. Vor allem Regimegegner versuchten dennoch, sich unabhängig von den Nachrichten der NS-Propaganda und den Wehrmachtsberichten zu informieren und anschließend andere über die Kriegslage und die deutschen Gewaltverbrechen aufzuklären.

Auch kritische Äußerungen über die NS-Führung oder Zweifel am deutschen „Endsieg“ wurden unerbittlich geahndet. In den letzten Jahren des Krieges wurde dafür immer häufiger die Todesstrafe verhängt. Die Polizei ermittelte nach Hinwei-



Mit verschiedenen Mitteln versucht die NS-Führung das Abhören ausländischer Sender zu verhindern. Die NSDAP-Ortsgruppen warnen ab 1941 mit einem Anhänger für Radiogeräte vor „Rundfunkverbrechen“.

sen aus der Bevölkerung und oftmals nach Denunziationen von Bekannten oder Familienmitgliedern.



Privatbesitz

ELISE UND OTTO HAMPEL

Die 1903 geborene Elise Lemme wuchs in der Nähe von Stendal mit vier Geschwis-

tern auf. Sie arbeitete als Hausmädchen und Näherin. Im Januar 1937 heiratete sie den 1897 geborenen Arbeiter Otto Hampel. Ihre Ehe blieb kinderlos. Sie wohnten im Berliner Arbeiterviertel Wedding und führten ein angepasstes und unauffälliges Leben. Elise Hampel war seit 1936 Mitglied und Zellenleiterin in der Frauenorganisation der NSDAP.

Der Tod ihres Bruders Kurt, der im Juni 1940 als Soldat in Frankreich fiel, erschütterte Elise Hampel tief und ließ sie an der NS-Propaganda von der Notwendigkeit des Krieges zweifeln. Gemeinsam mit ihrem Mann Otto begann sie kurz darauf, mit handgeschriebenen Postkarten und Flugzetteln zum Widerstand gegen Hitler und den Krieg aufzurufen. Diese Appelle

verteilten die beiden in Berliner Treppenhäusern und Briefkästen, insgesamt mehr als zweihundert Stück.

Zwei Jahre nach Beginn ihrer Aktionen, Ende September 1942, wurden sie festgenommen. Die Bewohnerin eines Hauses hatte sie beim Ablegen der Karten beobachtet und bei der Polizei denunziert. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte Elise und Otto Hampel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, „Feindbegünstigung“ und „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode. Sie wurden am 8. April 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet. Das Schicksal des Ehepaars Hampel diente dem Schriftsteller Hans Fallada als Grundlage für seinen Roman „Jeder stirbt für sich allein“.



Privatbesitz

BERTA SCHÄFER

Die 1902 geborene Berta Klose war nach dem Besuch der Mittelschule und einer

einjährigen Wirtschaftslehre als Telefonistin tätig. 1932 schloss sie sich in Detmold der KPD an, der auch ihr späterer Ehemann Wilhelm Schäfer angehörte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde Wilhelm Schäfer aus dem lippischen Staatsdienst entlassen. Berta Schäfer hielt ihre politischen Kontakte weiterhin aufrecht, beteiligte sich an der Verbreitung von Flugblättern der illegalen KPD und unterstützte politisch verfolgte und deren Familien. Nach einer ersten Festnahme 1933 wurde sie im August 1934 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach ihrer Haftentlassung stand Berta Schäfer unter Beobachtung der Gestapo und hatte unter beruflichen Repressionen

zu leiden. Sie lebte inzwischen mit ihrem Ehemann und ihren zwei Söhnen im niedersächsischen Verden, hörte nach Kriegsbeginn regelmäßig ausländische Radiosender ab und gab die Informationen beim Einkaufen und auf der Arbeit an andere Frauen im Ort weiter. Sie wollte damit das Nachrichtenmonopol der Nationalsozialisten durchbrechen und über den tatsächlichen Verlauf des Krieges aufklären.

Berta Schäfer wurde am 19. Januar 1943 vom Sondergericht Hannover wegen „Rundfunkverbrechen“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Ende März 1945 konnte sie aus einem Außenkommando des Zuchthauses Lübeck-Lauerhof fliehen und sich bis zum Kriegsende verstecken.

Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, „Bewährungseinheiten“ 999

Seit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 lehnten Einzelne, die sich auf ihr Gewissen und ihren Glauben beriefen, konsequent den Dienst mit der Waffe und den Fahneid auf den „Führer und Reichskanzler“ Adolf Hitler ab. Vor allem Angehörige der Zeugen Jehovas verweigerten sich aus Glaubensgründen dem Militärdienst und dem Fahneid.

Kurz vor dem deutschen Überfall auf Polen trat am 26. August 1939 die „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ (KSSVO) in Kraft, nach der die Verweigerung des Militärdienstes als „Zersetzung der Wehrkraft“ geahndet wurde. Allein das Reichskriegsgericht verhängte auf dieser Grundlage zwischen 1939 und 1945 etwa 250 Todesurteile gegen Kriegsdienstverweigerer; vor allem gegen Zeugen Jehovas. Dagegen blieb die Zahl der Verweigerer aus dem Kreis der evangelischen und katholischen Kirche gering. Diese konnten kaum mit Unterstützung ihrer Kirchen rechnen, die viel-

mehr an die Opferbereitschaft und den Einsatzwillen der Soldaten appellierten.

Trotz der harten Strafen, auch für „Fahnenflucht“, desertierten Soldaten der Wehrmacht. Zu ihren Motiven gehörte der Wunsch, das eigene Leben zu retten, die grundsätzliche Ablehnung des als sinnlos empfundenen Krieges und die Weigerung, an nationalsozialistischen Verbrechen mitzuwirken. Die Wehrmachtjustiz verurteilte insgesamt etwa 20 000 Deserteure zum Tode, von diesen Urteilen wurden etwa 15 000 bis Kriegsende vollstreckt.

Vorgeblich zur „Bewährung im Fronteinsatz“ wurden ab Ende 1942 ehemalige Strafgefangene in „Bewährungseinheiten“ 999 der Wehrmacht zusammengefasst. Tatsächlich benötigte das NS-Regime im dritten Jahr des Krieges immer mehr Soldaten. Unter den „999ern“ waren auch Regimegegner, die wegen ihres politischen Widerstands verurteilt worden waren. Viele von ihnen desertierten, weil sie nicht für den Nationalsozialismus kämpfen wollten.



GDW

HERMANN ABKE

Der 1903 geborene Dreher Hermann Abke kam Mitte der 1920er-Jahre mit den Leh-

ren der Bibelforscher (Zeugen Jehovas) in Berührung und bekannte sich auch nach dem reichsweiten Verbot der Religionsgemeinschaft im April 1935 zu seinem Glauben. 1939 heiratete er die Hausgehilfin Mariechen Nissen. Aus der Ehe gingen zwei Töchter und ein Sohn hervor.

Als Hermann Abke im April 1944 zur Wehrmacht einberufen wurde, erklärte er, aus religiösen Gründen keinen Wehrdienst leisten zu können, und verweigerte den Eid auf Hitler. Er wurde im Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna in Torgau inhaftiert und am 27. Juni 1944 vom 1. Senat des Reichskriegsgerichts wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt. Grundlage hierfür bildete der § 5 der am 26. August 1939 in Kraft getre-

ten „Kriegssonderstrafrechtsverordnung“ (KSSVO). Hermann Abke wurde am 17. Juli 1944 in Halle an der Saale enthauptet.

„Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich, beeinflusst durch die Eindrücke des vorigen Krieges, der Auffassung, dass es unchristlich ist, Menschen zu töten. Diese Auffassung finde ich auch in der Bibel begründet. [...] Es verstößt auch gegen meinen Glauben mich in die Wehrmacht einordnen zu lassen, selbst wenn ich nicht mit der Waffe kämpfen brauche, da die Wehrmacht eine Organisation ist, die den christlichen Grundsätzen widerstreitet. [...] Die Ablegung eines Eides lehne ich aus biblischen Gründen ab. [...]“

Begründung Hermann Abkes für seine Wehrdienstverweigerung, Mai 1944, Militärhistorisches Archiv Prag



Privatbesitz

LUDWIG GEHM

Der 1905 geborene Ludwig Gehm war seit seiner Jugend in sozialistischen Gruppen

aktiv und trat Anfang der 1920er-Jahre der SPD bei. Seit 1927 gehörte er dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) an. In Frankfurt am Main war er Mitglied eines Widerstandskreises, der zur Tarnung vegetarische Restaurants betrieb. Mehrfach festgenommen und 1938 zu einer Zuchthausstrafe verurteilt, wurde Ludwig Gehm nach der Haft in das KZ Buchenwald überstellt und kam von dort 1943 zu den „Bewährungseinheiten“ 999. Beim Einsatz in Griechenland desertierte er 1944 zur dortigen nationalen Befreiungsbewegung ELAS. Hier versuchte er unter anderem mit Flugblättern, die Soldaten der Wehrmacht zur Aufgabe des Kampfes zu bewegen. Ludwig Gehm überlebte den Krieg in britischer Kriegsgefangenschaft.

„Das Nazi-Regime ist ohne Gewalt nicht zu beseitigen. Dies war eigentlich der für mich entscheidende Grund, wegzugehen und dann auch zu den Partisanen zu gehen und aktiv gegen die SS zu kämpfen. Ohne Gewalt geht es nicht. Wir allein sind viel zu schwach, und in Deutschland wird es keine Gewalt gegen Hitler geben. Wir werden also angewiesen sein auf die Gewalt, die die Gegner Deutschlands gegenüber Deutschland und damit eben gegen den Nationalsozialismus anwenden, das heißt: Krieg führen.“

Ludwig Gehm über seinen Entschluss, zu den griechischen Partisanen zu desertieren, in: Antje Dertinger, Der treue Partisan. Ein deutscher Lebenslauf: Ludwig Gehm, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 1989, S. 143 f.

Rote Kapelle

Bereits Mitte der 1930er-Jahre waren in Berlin Freundes-, Diskussions- und Schulungskreise entstanden, die sich 1940/41 durch persönliche Kontakte zu einem losen Netzwerk von sieben Berliner Widerstandskreisen verbanden. Ihnen gehörten mehr als 150 Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft und weltanschaulicher Traditionen an, die aus dem universitären Bereich, aus Kunst, Publizistik und Verwaltung kamen, darunter viele Frauen. Sie alle einte die entschiedene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus. Sie diskutierten über politische und künstlerische Fragen, halfen Verfolgten und dokumentierten die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Über ihren engeren Kreis hinaus wandten sie sich an die Öffentlichkeit, indem sie Flugblätter und Klebezettel verbreiteten. Schließlich nahmen sie Kontakte zu Gleichgesinnten in anderen Teilen Deutschlands auf.

Schon 1933 hatten Arvid Harnack, ein Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium, und seine Frau Mildred private Diskussionsrunden zur politischen Zukunft nach dem Sturz des NS-Regimes veranstaltet. An diesen Treffen nahmen neben den engen Freunden Adam und Greta Kuckhoff auch Schüler des Berliner Abendgymnasiums wie Karl Behrens und Bodo Schlöisinger teil. Mitte der 1930er-Jahre knüpfte der Kreis um Harnack Kontakte zu Sozialdemokraten wie Adolf Grimme und zu kommunistischen Kreisen um John Sieg. Im Sommer 1939 vermittelte das Ehepaar Kuckhoff den intensiveren Kontakt zwischen Harnack und Harro Schulze-Boysen, der seit 1934 im Reichsluftfahrtministerium arbeitete, und dessen Frau Libertas. 1940 stieß eine Gruppe von ehemaligen Schülern der Berliner Schulfarm Insel Scharfenberg zum Kreis um Schulze-Boysen hinzu. Dazu gehörten neben anderen Hilde und Hans Coppi, Hans Lautenschläger und Heinrich Scheel. Nun begann zwischen den einzelnen Gruppen eine enge Zusammenarbeit, deren Höhepunkt 1941/42 erreicht war.

Aktionen

Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen gewannen nicht nur stets neue Gesinnungsfreunde, sie hielten auch Kontakt zu amerikanischen und sowjetischen Botschaftsvertretern in

Berlin. Im Frühjahr 1941 informierten sie die sowjetische Botschaft über die Vorbereitungen der Wehrmacht zum Überfall auf die Sowjetunion. Doch Stalin ignorierte die Warnungen. Zwei Funkgeräte, die die sowjetische Botschaft Harnack und Schulze-Boysen im Sommer 1941 zur Aufrechterhaltung der Verbindung zur Verfügung stellte, kamen wegen technischer Probleme nicht zum Einsatz. Ab Herbst 1941 begannen die überzeugten Regimegegner damit, die deutsche Bevölkerung mit Flugblättern und Klebezetteln über die NS-Gewaltverbrechen zu informieren und vor den Folgen eines verlorenen Krieges für die Eigenstaatlichkeit Deutschlands zu warnen.

Im Frühjahr 1942 verstärkten sie ihre Flugschriftenaktionen und ihre Hilfen für Verfolgte und Zwangsarbeiter. Auch die Kontakte zu anderen Widerstandsgruppen, besonders nach Hamburg, wurden intensiviert. In der Nacht vom 17. auf den 18. Mai 1942 tauchten in mehreren Berliner Stadtbezirken Klebezettel auf, auf denen gegen die große NS-Propaganda-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ protestiert wurde. Diese Klebezettel hatte Fritz Thiel organisiert, in dessen Wohnung sich die Beteiligten am Abend des 17. Mai zusammenfanden. Angeklebt werden die Zettel von Otto Gollnow und Liane Berkowitz sowie Werner Krauss und dessen Freundin Ursula Götzte.

Trotz intensiver Ermittlungen gelang es der Gestapo zunächst nicht, der Gruppe auf die Spur zu kommen. Dies änderte sich, als Mitte Juli 1942 ein Funkspruch des militärischen Nachrichtendienstes GRU aus Moskau entschlüsselt werden konnte. Der Funkspruch vom August 1941 war an den Brüsseler Agenten „Kent“ (Anatoli Gurewitsch) gerichtet und enthielt die Adressen von Kuckhoff und Schulze-Boysen. „Kent“ hatte diese im Oktober 1941 besucht und Informationen über Brüssel nach Moskau weitergegeben. Ende August 1942 erfuhr Horst Heilmann, ein Mitglied der Gruppe, von den entschlüsselten sowjetischen Funksprüchen und versuchte, seine Freunde zu warnen. Doch in kürzester Zeit wurden weit über 130 Mitglieder festgenommen. Aufgrund der Verbindung zu „Kent“ sah die Gestapo die Berliner Gruppe fälschlicherweise als Teil der sowjetischen Spionageorganisation an und gab ihr den Namen „Rote Kapelle“. In den folgenden Monaten wurden 49 Menschen der Gruppen um Harnack und Schulze-Boysen von der NS-Unrechtsjustiz zum Tode verurteilt und ermordet.



Harro Schulze-Boysen (vorne links) im Reichsluftfahrtministerium um 1940



Mildred und Arvid Harnack mit Martha Dodd (r.), der Tochter des US-Botschafters William Dodd, um 1935

MILDRED UND ARVID HARNACK

Der 1901 geborene Arvid Harnack wuchs in einer Gelehrtenfamilie auf und schloss sich nach dem kriegsbedingten Notabitur 1919 einem Freikorps an. Ein Rockefeller-Stipendium ermöglichte dem Juristen von 1926 bis 1928 ein Studium in Madison/Wisconsin. Dort lernte er seine Frau Mildred kennen. 1931 promovierte Harnack in Gießen über die vormarxistische Arbeiterbewegung in den USA. Mit einer Delegation der von ihm mitbegründeten Gesellschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft (ARPLAN) reiste er im Sommer 1932 in die Sowjetunion.

1933 begann Harnack einen Schulungszirkel aufzubauen. Er wollte die Beteiligten befähigen, sich mit den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, und sie für die Zeit nach dem Sturz des NS-Regimes vorbereiten. Ab 1935 im Amerikareferat des Wirtschaftsministeriums tätig, stieg Harnack bis 1942 zum Oberregierungsrat auf.

Anfang 1942 erarbeitete Harnack die Studie „Das nationalsozialistische Stadium des Monopolkapitals“, die in Berliner und Hamburger Widerstandskreisen zirkulierte. Arvid Harnack wurde am 7. September 1942 festgenommen, am 19. Dezember vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und auf Befehl Hitlers am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee erhängt.

Die 1902 in Milwaukee/Wisconsin (USA) geborene Mildred Fish stammte aus einer amerikanischen Kaufmannsfamilie und lehrte Literaturwissenschaft an der Universität Madison, wo sie Arvid Harnack während seines Studiums in den Vereinigten Staaten kennenlernte. Drei Jahre nach ihrer Heirat 1926 folgte Mildred ihrem Mann 1929 nach Deutschland. Sie lehrte am Berliner Städtischen Abendgymnasium und an der Volkshochschule Groß-Berlin. 1941 promovierte sie in Gießen und arbeitete als Dozentin an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität. Gemeinsam mit ihrem Mann beteiligte sie sich an allen Aktionen der Widerstandsgruppe.

Mildred Harnack wurde gemeinsam mit ihrem Mann festgenommen und am 19. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 21. Dezember 1942 hob Hitler das Urteil auf und beauftragte das Reichskriegsgericht mit einer zweiten Hauptverhandlung, die am 16. Januar 1943 mit der Todesstrafe endete. Mildred Harnack wurde am 16. Februar 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet.



Libertas und Harro Schulze-Boysen in Mülheim um 1935

LIBERTAS UND HARRO SCHULZE-BOYSEN

Der 1909 geborene Harro Schulze-Boysen engagierte sich Ende der 1920er-Jahre im national-liberalen Jungdeutschen Orden. Als Herausgeber der Zeitschrift „gegner“ hatte er 1932/33 vielfältige Kontakte in politisch unterschiedliche Lager. Nach dem Verbot des „gegner“ und einer kurzfristigen Haft in einem Berliner SA-Folterkeller begann Schulze-Boysen im Mai 1933 eine Ausbildung an der Verkehrsfliegerschule in Warnemünde. Seit April 1934 war er im Reichsluftfahrtministerium tätig und bildete um sich Mitte der 1930er-Jahre einen engeren Freundes- und Widerstandskreis.

Gemeinsam mit Arvid Harnack informierte Harro Schulze-Boysen im ersten Halbjahr 1941 einen Vertreter der sowjetischen Botschaft über die Angriffspläne gegen die Sowjetunion. Seine Initiative, den Kontakt nach Moskau während der Kriegszeit über ein Funkgerät aufrechtzuerhalten, wurde durch technische Probleme verhindert.

Schulze-Boysen gewann nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 neue Mitstreiter, beteiligte sich an der Ausarbeitung von Flugschriften, an einer Klebezettel-Aktion und hatte Kontakte zu politisch und weltanschaulich unterschiedlich orientierten Hitler-Gegnern. Am 31. August 1942 festgenommen, wurde Harro Schulze-Boysen am 19. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und drei Tage später auf Befehl Hitlers in Berlin-Plötzensee erhängt.

Die 1913 geborene Libertas Haas-Heye begann 1933 eine Tätigkeit als Pressereferentin bei der Filmproduktionsfirma Metro-Goldwyn-Mayer in Berlin. Im Sommer 1934 lernte sie Harro Schulze-Boysen kennen, den sie im Sommer 1936 heiratete. Die Journalistin und Autorin arbeitete mit dem Autor und Schriftsteller Günther Weisenborn an einem Theaterstück „Die guten Feinde“ über den Mediziner und Nobelpreisträger Robert Koch. Im Jahre 1940 schrieb sie vor allem Filmkritiken und sammelte zugleich in der deutschen Kulturfilmzentrale im Reichspropagandaministerium Bildmaterial über NS-Gewaltverbrechen. Sie unterstützte ihren Mann bei der Suche nach neuen Verbindungen im Widerstand. Ende Oktober 1941 empfing sie den aus Brüssel angereisten sowjetischen Offizier des militärischen Nachrichtendienstes und vermittelte ihm ein Gespräch mit ihrem Mann. Nach dessen Festnahme warnte sie Freunde und schaffte illegales Material beiseite. Libertas Schulze-Boysen wurde am 8. September festgenommen, am 19. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und drei Tage später in Berlin-Plötzensee enthauptet.



Privatbesitz

HANS COPPI

Als Kind einer Arbeiterfamilie 1916 im Berliner Bezirk Wedding geboren, besuchte

Hans Coppi von 1929 bis 1932 die reformpädagogische Schulfarm auf der Insel Scharfenberg im Tegeler See. 1931/32 schloss er sich den „Roten Pfadfindern“ und dem KJVD an. Wegen illegalen Verteilens von Flugblättern gesucht, wurde er Ende Januar 1934 festgenommen, kurze Zeit im KZ Oranienburg inhaftiert und zu einem Jahr Jugendgefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung schloss er sich wieder dem Scharfenberger Freundes- und Widerstandskreis an.

Hans Coppi arbeitete als Dreher in einer kleinen Maschinenbaufabrik. Ab 1939 war er in der Widerstandsgruppe um den Dramaturgen Wilhelm Schürmann-Horster aktiv. Harro Schulze-Boysen gewann Coppi im Juni 1941 für die Aufgabe, eine Funk-

verbindung der Widerstandsorganisation in die Sowjetunion herzustellen. Dies kam wegen fehlender Vorkenntnisse und technischer Probleme jedoch nicht zustande. Coppi beteiligte sich an Flugblatt- und Klebezettel-Aktionen und kümmerte sich im August 1942 um den aus Moskau eingetroffenen Fallschirmagenten Albert Hößler.

Nach seiner Einberufung zur Wehrmacht am 10. September 1942 wurde Hans Coppi am 12. September 1942 in Schrimm bei Posen festgenommen, am 19. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 22. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee erhängt.



Privatbesitz

HILDE COPPI

Die 1909 geborene Hilde Rake wuchs in Berlin-Mitte auf. Ihre Mutter hatte ei-

nen kleinen Laden für Lederwaren. Nach dem Besuch eines Mädchengymnasiums (Lyzeums) und einer höheren Handelsschule arbeitete sie in den 1930er-Jahren als Sprechstundenhilfe und seit 1939 als Sachbearbeiterin bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Während des Besuchs der Volkshochschule freundete sie sich 1933 mit kommunistischen Jugendlichen an. Ihr jüdischer Freund Franz Karma musste 1939 nach Skandinavien emigrieren.

Im Juni 1941 heiratete sie Hans Coppi, mit dem sie seit 1939 eng befreundet war. Sie unterstützte dessen Widerstandsaktivitäten und beteiligte sich an der Zettelklebeaktion gegen die antisowjetische Propagandaausstellung „Das Sowjetpara-

dies“ im Berliner Lustgarten. Mehrfach informierte sie Angehörige deutscher Kriegsgefangener über deren Lebenszeichen, die der Moskauer Rundfunk ausstrahlte.

Am 12. September nahm die Gestapo Hans und Hilde Coppi sowie ihre Mutter, ihre Schwiegereltern und ihren Schwager fest. Ende November 1942 wurde ihr Sohn Hans im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße geboren. Das Reichskriegsgericht verurteilte Hilde Coppi am 20. Januar 1943 zum Tode. Nachdem Hitler im Juli 1943 ein Gnadengesuch ablehnte, wurde sie am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk

Vergeblich müht sich Minister Goebbels, uns immer neuen Sand in die Augen zu streuen. Die Tatsachen sprechen eine harte, warnende Sprache. Niemand kann mehr leugnen, dass sich unsere Lage von Monat zu Monat verschlechtert. Niemand kann noch länger die Augen verschließen vor der Ungeheuerlichkeit des Geschehens, vor der uns alle bedrohenden Katastrophe der nationalsozialistischen Politik. [...]

Bisher hat man uns mit der Hoffnung auf den Endsieg getröstet. Man hat von der Unfehlbarkeit des Führers und von den Errungenschaften des Dritten Reiches gesprochen. Wo alle Stricke rissen, da machte man uns Angst mit der Gestapo, da holt man immer noch einmal die alte Platte vom Bolschewistenschreck aus der Rumpelkammer, da spricht man von der entsetzlichen Rache, die das ganze deutsche Volk für die Taten der bisherigen Regierenden über sich werde ergehen lassen müssen. Man will uns Angst vor der Zukunft einflößen.

Mögen sich diejenigen weiter belügen lassen, die zu schwach sind, die Wahrheit zu erfahren. Mögen diejenigen weiter untä-

tig bleiben, die zu träge sind, die Wahrheit zu suchen. Alle Verantwortungsbewussten müssen mit den Tatsachen rechnen: Ein Endsieg des nationalsozialistischen Deutschland ist nicht mehr möglich. Jeder kriegverlängernde Tag bringt nur neue unsagbare Leiden und Opfer. Jeder weitere Kriegstag vergrößert nur die Zeche, die am Ende von Allen bezahlt werden muss. [...]

Was kann der Einzelne tun, um seinen Willen zur Geltung zu bringen? Jeder muss Sorge tragen, dass er – wo immer er kann – das Gegenteil von dem tut, was der heutige Staat von ihm fordert. [...] Die Wahrheit über die wirkliche Lage muss ins Volk dringen. Lasst darum keine Gelegenheit vorübergehen, der Propaganda entgegenzutreten. [...] Wendet Euch gegen die Fortsetzung eines Krieges, der im besten Falle nicht das Reich allein, sondern den ganzen Kontinent zum Trümmerfeld macht. [...]"

Flugschrift von Harro Schulze-Boysen unter Mitarbeit von John Sieg, im Februar 1942 in mehreren hundert Exemplaren in Berlin versandt, Bundesarchiv



Privatbesitz

HELMUT HIMPEL

Der 1907 geborene Zahnarzt Helmut Himpel eröffnete 1937 eine Praxis in Berlin-

Charlottenburg. Schon bald unterstützte er hier Verfolgte des NS-Regimes medizinisch und besuchte abends seine jüdischen Patienten, die ihn nicht mehr aufsuchen durften. Er hatte seit 1939 Kontakt zu Harro Schulze-Boysen und John Graudenz. Mehrfach beteiligte er sich an der Verbreitung von Flugschriften, etwa bei „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk“.

Erst nach der Festnahme der Angehörigen der Roten Kapelle im Herbst 1942 wurde aufgedeckt, dass John Graudenz einen Vervielfältigungsapparat besorgt und zusammen mit Helmut Himpel und Maria Terwiel Herstellung und Versand der Flugschriften organisiert hatte. Gemeinsam mit ihr beschaffte Himpel 1941 auch Personalpapiere

für in der Stadt untergetauchte Juden, die sich der Deportation entzogen hatten.

Himpel gewann Ende 1941 auch den Pianisten Helmut Roloff für die Widerstandsaktivitäten der Gruppe. Am 17. September 1942 wurden Helmut Himpel und seine Lebensgefährtin Maria Terwiel festgenommen und am 26. Januar 1943 gemeinsam mit der Tänzerin Oda Schottmüller und dem jungen Kommunisten Walter Husemann wegen „Hochverrat“ und „Feindbegünstigung“ zum Tode verurteilt. Noch in der Haft befasste Himpel sich mit theologischen Fragen und erhoffte sich für die Zeit nach dem Nationalsozialismus eine größere Gemeinsamkeit der evangelischen und katholischen Kirche. Helmut Himpel wurde am 13. Mai 1943 in Berlin-Plötzensee erhängt.



Privatbesitz

MARIA TERWIEL

Die 1910 geborene Maria Terwiel besuchte das Gymnasium in Stettin, wo ihr Vater

als Vizepräsident beim Oberpräsidium der Provinz Pommern arbeitete. Nach dem Abitur 1931 studierte Maria Terwiel in Freiburg und München Jura. In Freiburg lernte sie ihren späteren Verlobten Helmut Himpel kennen. Da sie wegen ihrer jüdischen Mutter keine Aussicht auf eine Stelle im staatlichen juristischen Vorbereitungsdienst hatte, brach sie ihr Studium ab und kehrte zu ihrer Familie zurück, die inzwischen in Berlin wohnte. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie ab 1935 als Sekretärin in einem französisch-schweizerischen Textilunternehmen.

Maria Terwiel und Helmut Himpel unterstützten jüdische Mitbürger, indem sie ihnen Lebensmittelkarten und Personalpapiere beschafften. Sie lernten Harro

Schulze-Boysen und John Graudenz kennen und beteiligten sich an den Aktionen dieser Widerstandsgruppe. Maria Terwiel vervielfältigte auf ihrer Schreibmaschine mehrere Flugschriften, darunter im Januar 1942 die Flugschrift „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk“. Zudem beteiligte sie sich an der Zettelklebeaktion vom 17./18. August 1942 gegen die nationalsozialistische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“.

Im Zuge der Verhaltungswelle gegen die Widerstandsgruppe wurde Maria Terwiel am 17. September 1942 festgenommen, am 26. Januar 1943 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet.



GDW

LIANE BERKOWITZ

Die 1923 in Berlin als Tochter des aus der Sowjetunion geflohenen russischen Ka-

pellmeisters Viktor Wasiljew geborene Liane wurde nach dem Tode ihres Vaters 1930 von ihrem Stiefvater Henry Berkowitz adoptiert, der nach seiner Scheidung 1939 ins Ausland emigrierte.

Liane Berkowitz sprach fließend Russisch und besuchte die Heilsche Abendschule. Sie lernte dort Fritz Thiel und ihren späteren Verlobten Friedrich Rehmer kennen, mit denen sie an den Schulungszirkeln von John Graudenz teilnahm. Liane Berkowitz beteiligte sich mit Otto Gollnow an der Zettelklebeaktion vom 17./18. August 1942 gegen die antisowjetische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“.

Am 26. September 1942 wurde sie festgenommen und am 18. Januar 1943 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Im

Berliner Frauenstrafgefängnis Barnimstraße brachte sie am 12. April 1943 ihre Tochter Irene zur Welt, die ab Juli 1943 von der Großmutter betreut wurde und im Oktober 1943 vermutlich einer NS-Krankenmordaktion im Krankenhaus Eberswalde zum Opfer fiel. Liane Berkowitz wurde am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee ermordet.

Zuvor hatte Adolf Hitler am 21. Juli 1943 persönlich die Gnadengesuche von 17 Mitgliedern der Berliner Roten Kapelle abgelehnt. Selbst das Reichskriegsgericht hatte ihm empfohlen, die 22-jährige Keramikerin Cato Bontjes van Beek und die 19-jährige Schülerin Liane Berkowitz wegen der geringen Schwere ihrer Taten zu begnadigen. Hitler lehnte dies jedoch ebenfalls ausdrücklich ab.

Weiße Rose

An der Münchener Universität fand sich im Frühjahr 1942 um Hans Scholl und Alexander Schmorell eine Gruppe von Studierenden zusammen, die sich der totalen Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus entziehen und ihre geistige Unabhängigkeit bewahren wollten. Zu ihnen gehörten Sophie Scholl, Christoph Probst und Willi Graf. Alle wurden auch durch ihren Hochschullehrer, den Philosophen Kurt Huber, geprägt, mit dem sie Grundfragen einer politischen Neuordnung diskutierten.

Zwischen dem 27. Juni und dem 12. Juli 1942 versandten Hans Scholl und Alexander Schmorell die von ihnen gemeinsam verfassten ersten vier Flugblätter der „Weißen Rose“ in einer Auflage von mehr als hundert Exemplaren anonym per Post an ausgewählte Adressaten aus ihrem Bekanntenkreis. Sie forderten darin zum „passiven Widerstand“ gegen Hitlers verbrecherische Kriegsführung auf, verlangten ein sofortiges Ende des Krieges, den Sturz des NS-Regimes und prangerten die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen an.

Von Ende Juli bis Ende Oktober 1942 wurden Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf als Sanitäter an der Ostfront eingesetzt. Nach ihrer Rückkehr unterstützte Kurt Huber im Januar 1943 Hans Scholl beim Text des fünften Flugblatts, das von diesem, seiner Schwester Sophie, Alexander Schmorell und Willi Graf vervielfältigt und in einer Auflage von mehr als 6000 Exemplaren in München, Augsburg, Stuttgart und Frankfurt am Main sowie in Salzburg, Linz und Wien verbreitet wurde. Allein in München wurden in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar 1943 mehr als 2000 Flugblätter ausgelegt. Die Studierenden versuchten zudem, Kontakte in andere Städte aufzubauen. In Ulm formierte sich eine Gruppe von Schülern, die Verbindung zu Hans und Sophie Scholl hielt.

Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf schrieben unter dem Eindruck der Niederlage von Stalingrad Anfang Februar 1943 nachts Parolen wie „Freiheit“, „Nieder mit Hitler“ oder „Massenmörder Hitler“ an Münchener Hausfassaden. Ebenfalls Anfang Februar 1943 verfasste Kurt Huber das sechste und letzte Flugblatt der Gruppe. Es wandte sich in einer Auflage von 2000 Exemplaren ausdrücklich an die Münchener Studierenden und gegen das „furchtbare Blutbad“, das die Nationalsozialisten in Europa angerichtet hatten.

Am frühen Morgen des 18. Februar 1943 legten Hans und Sophie Scholl es in der Münchener Universität aus und warfen in einem spontanen Entschluss mehr als 100 Flugblätter in den Lichthof der Universität. Dabei wurden sie von einem Hausmeister gestellt und der Gestapo übergeben. Führende Mitglieder der Weißen Rose wurden festgenommen und vor Gericht gestellt. Die nationalsozialistischen Machthaber sahen in ihren Taten und in ihrem ethisch begründeten Appell an das Gewissen ein politisches Schwerverbrechen. Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst wurden noch am Tage ihrer Verurteilung am 22. Februar 1943 im Gefängnis München-Stadelheim enthauptet.

In einem zweiten Prozess verurteilte der „Volksgerichtshof“ im April 1943 Alexander Schmorell, Willi Graf und Kurt Huber zum Tode. Weitere Helfer und Mitwisser, darunter auch Angehörige der Ulmer Gruppe, erhielten langjährige Freiheitsstrafen.

In Hamburg hatte sich 1942 eine Gruppe gebildet, die über Hans Leipelt und Traute Lafrenz Kontakte nach München hatte. Im Herbst 1943 entdeckte die Gestapo auch diese Gruppe und nahm mehr als 20 Personen in Haft. In den folgenden Jahren wurden weitere zehn Regimegegner aus dem Umfeld des Münchener und des Hamburger Zweiges der Weißen Rose ermordet oder in den Tod getrieben.



Das sechste Flugblatt der Weißen Rose gelangt über Helmuth James Graf von Moltke zum norwegischen Bischof Eivind Berggrav und von dort aus nach Großbritannien. Unter der Überschrift „Ein deutsches Flugblatt ... Manifest der Münchner Studenten“ wirft die britische Royal Air Force im Sommer 1943 mehrere Millionen Exemplare über Deutschland ab.



Privatbesitz

HANS SCHOLL

Der 1918 geborene Hans Scholl wuchs mit vier Geschwistern in einem liberalen protestantischen Elternhaus auf und wurde stark von der bündischen Jugend beeinflusst. Seit 1933 engagierte er sich in der „Hitler-Jugend“ und stieg hier zum „Fähnleinführer“ auf. Weil ihn dort aber bald die militärische Engstirnigkeit abstieß, wandte er sich vom Nationalsozialismus ab und beteiligte sich an bündischen Gruppen. Ende 1937 inhaftierte ihn die Gestapo für zwei Wochen.

Nach dem Arbeits- und Wehrdienst studierte Hans Scholl ab dem Sommersemester 1939 in München Medizin. Im Mai 1940 wurde er als Sanitäter an der französischen Front eingesetzt. Hans Scholl konnte im April 1941 bei der 2. Studentenkompagnie der Heeres sanitätsstaffel in München sein Studium fortsetzen, wo er im Juni 1941 Alexander Schmorell kennenlernte. Seit Herbst 1941 hielt Hans Scholl engen Kontakt zu dem katholischen Publizisten Carl Muth.

Im Juni und Juli 1942 verbreiteten Hans Scholl und Alexander Schmorell die ersten vier Flugblätter der Weißen Rose. Gemeinsam mit Schmorell und Willi Graf wurde Hans Scholl von Ende Juli bis Ende Oktober 1942 zu einer „Feldfamulatur“ in die Sowjetunion abkommandiert, das heißt, sie mussten ein für das Medizinstudium vorgeschriebenes Praktikum als Kriegsdienst ableisten. Nach der Rückkehr an die Münchener Universität setzte er seine Widerstandskaktionen fort.

Bei der Flugblattaktion am 18. Februar 1943 wurde Hans gemeinsam mit seiner Schwester Sophie festgenommen, vier Tage später vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim enthauptet.



Privatbesitz

SOPHIE SCHOLL

Die 1921 geborene Sophie Scholl trat 1934 in den „Bund Deutscher Mädel“ in der „Hitler-Jugend“ ein, wo sie bis zur Gruppenleiterin aufstieg. Bereits als Schülerin wurde sie 1937 wegen des bündischen Engagements ihres Bruders Hans von der Gestapo vernommen. Seit dieser Zeit distanzierte sie sich radikal vom Nationalsozialismus.

Nach dem Abitur im März 1940 machte sie eine Ausbildung zur Kindergärtnerin und begann nach dem Arbeits- und Kriegshilfsdienst im Mai 1942 in München ein Studium der Biologie und Philosophie. Dabei kam sie durch ihren Bruder Hans auch mit dem katholischen Publizisten Carl Muth zusammen, der beide in ihrem christlichen Glauben bestärkte und sie in der Ablehnung des Nationalsozialismus ebenso beeinflusste wie der Hochschullehrer Kurt Huber.

Im August und September 1942 musste Sophie Scholl wieder vier Wochen Kriegshilfsdienst leisten und in einem Ulmer Rüstungsbetrieb arbeiten. Im Januar 1943 wirkte sie an der Herstellung und Verbreitung des fünften Flugblattes der Weißen Rose mit.

Bei der Flugblattaktion am 18. Februar 1943 wurden Sophie Scholl und ihr Bruder noch in der Universität festgenommen, am 22. Februar 1943 vom „Volksgerichtshof“ unter Roland Freisler zum Tode verurteilt und am selben Tag im Strafgefängnis München-Stadelheim enthauptet.

„Es war unsere Überzeugung, dass der Krieg für Deutschland verloren ist, und dass jedes Menschenleben das für diesen verlorenen Krieg geopfert wird, umsonst ist. Besonders die Opfer, die Stalingrad forderte, bewogen uns, etwas gegen dieses unserer Ansicht nach sinnlose Blutvergießen zu unternehmen.“

Aus der Vernehmung von Sophie Scholl durch die Gestapo in München vom 20. Februar 1943



Privatbesitz

CHRISTOPH PROBST

Der 1919 geborene Christoph Probst studierte nach dem Arbeits- und Wehrdienst 1939 in München Medizin. Seit 1935 kannte er Alexander Schmorell, mit dem er bald eng befreundet war. 1941 heiratete Christoph Probst Herta Dohrn, mit der er drei Kinder hatte. Schmorell führte Probst im Sommer 1942 in den Freundeskreis um Hans Scholl ein. Trotz seiner Versetzung nach Innsbruck im Dezember 1942 beteiligte Probst sich bei seinen Besuchen in München aktiv an der Diskussion des fünften Flugblattes der Weißen Rose und war auch bereit, selbst eine Flugschrift zu verfassen.

Nach der Festnahme der Geschwister Scholl fand die Gestapo einen Flugblattentwurf von Probst in Hans Scholls Jackentasche, in dem es hieß: „Hitler und sein Regime muss fallen, damit Deutschland weiterlebt.“ Christoph Probst wurde am 20. Februar 1943 in Innsbruck festgenommen und am 22. Februar 1943 gemeinsam mit den Geschwistern Scholl vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Am selben Tag empfing er unmittelbar vor seiner Hinrichtung im Strafgefängnis München-Stadelheim die katholische Taufe.

„Auch im schlimmsten Wirrwarr kommt es darauf an, dass der Einzelne zu seinem Lebensziele kommt, zu seinem Heil kommt, welches nicht in einem äußeren ‚Erreichen‘ gegeben sein kann, sondern nur in der inneren Vollendung seiner Person. Denn das Leben fängt ja nicht mit der Geburt an u. endigt im Tod. So ist ja auch das Leben, als die große Aufgabe der Mensch-Werdung, eine Vorbereitung für ein Dasein in anderer neuer Form. Und dieser Aufgabe dienen letztlich alle kleineren u. größeren Aufgaben u. Ereignisse des Lebens.“

Aus einem Brief von Christoph Probst vom 27. Juli 1942



Privatbesitz

ALEXANDER SCHMORELL

Der 1917 in Orenburg/Russland geborene Alexander Schmorell entstammte einer deutsch-russischen Familie, die seit 1921 in München lebte. Er wuchs mit starken Bindungen an seine russische Herkunft auf. 1933 trat Schmorell der SA bei und wurde 1934 Mitglied der „Hitler-Jugend“. Er wandte sich jedoch schon 1937 während seines Arbeitsdienstes radikal gegen die geistige Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus.

Nach dem Wehrdienst begann er 1939 in Hamburg mit dem Medizinstudium, das er in München fortsetzte. Im Juni 1941 lernte er in der 2. Studentenkompanie der Heeresanitätsstaffel in München Hans Scholl kennen. Beide waren seit April 1941 hier kaserniert. Hans Scholl und Alexander Schmorell verfassten die ersten vier Flugblätter der Weißen Rose, ehe sie gemeinsam mit Willi Graf Ende Juli 1942 zu einer „Feldfamulatur“ an die Ostfront abkommandiert wurden. Das Land und die Menschen dort beeindruckten Alexander Schmorell tief.

Schmorell nahm auch an der Herstellung des fünften und sechsten Flugblattes der Weißen Rose teil sowie an den nächtlichen Aktionen im Februar 1943, bei denen sie Parolen gegen Hitler an Hausfassaden malten.

Nach der Festnahme von Hans und Sophie Scholl am 18. Februar 1943 versuchte Alexander Schmorell vergeblich, ins Ausland zu fliehen. Nach München zurückgekehrt, wurde er am 24. Februar 1943 erkannt, denunziert und sofort festgenommen, am 19. April 1943 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 13. Juli 1943 im Strafgefängnis München-Stadelheim enthauptet.



Privatbesitz

WILLI GRAF

Der 1918 geborene Willi Graf stieß 1929 zum katholischen Schülerbund „Neudeutschland“. 1934 schloss er sich dem engeren Kreis des Jungenbundes „Grauer Orden“ an und nahm an verbotenen Fahrten und Lagern teil. 1937 begann Willi Graf in Bonn ein Medizinstudium und wurde Anfang 1938 wegen seiner Aktivitäten in der bündischen Jugendbewegung für zwei Wochen inhaftiert. Anfang 1940 absolvierte Graf in der Wehrmacht eine Sanitätsausbildung, um zunächst in Frankreich und Belgien, ab Juni 1941 an der Ostfront eingesetzt zu werden.

Im April 1942 zur Fortsetzung des Medizinstudiums in die 2. Münchener Studentenkompanie abgeordnet, lernte er hier Hans Scholl und Alexander Schmorell kennen, mit denen er von Ende Juli bis Ende Oktober 1942 an der Ostfront eingesetzt war. Ende 1942 und Anfang 1943 warb Willi Graf auf mehreren Reisen in seinem alten Freundeskreis um Mitstreiter. Ab Dezember 1942 nahm er an der Diskussion des fünften Flugblattes der Weißen Rose teil. Im Februar 1943 beteiligte er sich an den Freiheitsparolen der Gruppe in der Münchener Innenstadt und unterstützte die Herstellung und Verbreitung des sechsten Flugblattes der Weißen Rose.

Am 18. Februar 1943 nahm die Gestapo Willi Graf fest. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte ihn gemeinsam mit Kurt Huber und Alexander Schmorell am 19. April 1943 in München zum Tode. Fast ein halbes Jahr später wurde Willi Graf am 12. Oktober 1943 im Strafgefängnis München-Stadelheim enthauptet.



Privatbesitz

KURT HUBER

Der 1893 in der Schweiz geborene Kurt Huber studierte ab 1912 Musik, Philosophie und Psychologie, promovierte 1917 in Musikwissenschaft und habilitierte sich 1920 im Fach Psychologie und Philosophie. Ab 1926 lehrte er an der Universität München Philosophie und war ein anerkannter Volksliedforscher und führender Experte für den Philosophen Gottfried Wilhelm Leibniz.

1937 übernahm Huber die Abteilung Volksmusik am Berliner Institut für Musikforschung. Ein Jahr später wurde ihm wegen seiner „katholisch-weltanschaulichen Bindung“ untersagt, einen Lehrauftrag an der Berliner Universität wahrzunehmen. Er kehrte nach München zurück, wo er nach seinem Eintritt in die NSDAP 1940 außerplanmäßiger Professor wurde. Huber fesselte seine Studenten vor allem durch seine weitgefächerten Interessen und durch anschauliche Vorlesungen.

Im Juni 1942 lernte er Hans Scholl und seine Freunde kennen, seine Vorbehalte gegen die Hitler-Diktatur verstärkten sich durch die Schilderungen von der Front zurückgekehrter Studenten. Gemeinsam mit Hans Scholl formulierte Huber den politischen Teil des fünften Flugblattes der Weißen Rose und verfasste Anfang Februar 1943 auch das sechste und letzte Flugblatt der Gruppe.

Wenige Tage nach der Verteilung dieses Flugblattes durch die Geschwister Scholl in der Münchener Universität wurde Kurt Huber am 27. Februar 1943 festgenommen, am 19. April 1943 in München vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 13. Juli 1943 im Strafgefängnis München-Stadelheim enthauptet.



Privatbesitz

HANS LEIPELT

Der 1921 geborene Hans Leipelt absolvierte nach dem Abitur zunächst den Arbeitsdienst, anschließend leistete er den Wehrdienst ab. Im August 1940 wurde er aus der Wehrmacht entlassen, weil seine Mutter nach den nationalsozialistischen „Nürnberger Rassegesetzen“ als Jüdin galt. Sein Vater konnte ihm jedoch einen Studienplatz für Chemie an der Hamburger Universität verschaffen. Dort lernte er Gleichgesinnte wie Margaretha Rothe und Heinz Kucharski kennen.

Im Winter 1941/42 wechselte Hans Leipelt nach München an das weithin bekannte Chemische Institut des Professors und Nobelpreisträgers Heinrich Wieland, der mehrfach rassistisch Verfolgten half.

Die Nachricht von der Hinrichtung der Geschwister Scholl und Christoph Probsts wurde für Hans Leipelt und seine Freundin Marie-Luise Jahn zur Herausforderung. Weil sie sich der Weißen Rose verpflichtet fühlten, schrieben sie das letzte Flugblatt ab und verbreiteten es mit dem Zusatz „Und ihr Geist lebt trotzdem weiter“ in Hamburg. Nach der Ermordung von Professor Kurt Huber unterstützten Leipelt und seine Freunde dessen Familie durch eine Geldsammlung.

Hans Leipelt wurde am 8. Oktober 1943 in München festgenommen, aber erst am 13. Oktober 1944 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 29. Januar 1945 in München Stadelheim enthauptet. Marie-Luise Jahn verurteilte der „Volksgerichtshof“ zu zwölf Jahren Zuchthaus. Sie wurde am 29. April 1945 aus dem Zuchthaus Aichach befreit.



Privatbesitz

TRAUTE LAFRENZ

Die 1919 geborene Traute Lafrenz gehörte wie Heinz Kucharski und Margaretha Rothe zur Schulklasse der Studienrätin Erna Stahl, die auch nach 1933 ganz im Sinne der freiheitlichen und musischen Tradition der Hamburger Lichtwarkschule unterrichtete.

Im Sommer 1939 begegnete Traute Lafrenz in Hamburg Alexander Schmorell, der hier ein Semester lang studierte. Im Mai 1941 wechselte sie für ihr Medizinstudium nach München und lernte bald Hans Scholl und Christoph Probst kennen. Sie nahm an vielen Gesprächen und Diskussionen, auch mit Kurt Huber, teil. Im November 1942 brachte Traute Lafrenz das dritte Flugblatt der Weißen Rose mit nach Hamburg. An Weihnachten 1942 versuchte sie, in Wien einen Vervielfältigungsapparat zu besorgen. Gemeinsam mit Sophie Scholl organisierte Traute Lafrenz im Januar 1943 Papier und Briefumschläge für den Versand weiterer Flugblätter.

Am 5. März 1943 wurde sie erstmals von der Gestapo verhört, wenige Tage später, am 15. März 1943, festgenommen, am 19. April 1943 gemeinsam mit Alexander Schmorell und Kurt Huber angeklagt und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt – sie konnte verschleiern, an der Verteilung von Flugblättern beteiligt gewesen zu sein.

Nach ihrer Entlassung verhaftete die Gestapo Traute Lafrenz Ende März 1944 erneut und überführte sie ins Hamburger Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Gemeinsam mit anderen weiblichen Gefangenen der Hamburger Weißen Rose wurde Traute Lafrenz über Gefängnisse in Cottbus und Leipzig nach Bayreuth verlegt, wo sie am 15. April 1945 von US-Truppen befreit wurde.



Privatbesitz

HEINZ KUCHARSKI

Der 1919 geborene Heinz Kucharski besuchte die Hamburger Lichtwark-Schule, setzte sich bereits als Schüler intensiv mit sozialistischen Ideen auseinander und studierte Philologie, Völkerkunde und Orientalistik. Er organisierte Lesabende, auf denen politische Schriften diskutiert wurden. Zusammen mit Margaretha Rothe machte er auf Flugzetteln die Sendezeiten des Deutschen Freiheitssenders 29,8 bekannt. Ende 1942 diskutierte er mit Margaretha Rothe, der Buchhändlerin Hannelore Willbrandt, dem Mediziner Albert Suhr und dem Philosophiestudenten Reinhold Meyer das dritte Flugblatt der Weißen Rose.

Am 9. November 1943 nahm die Gestapo Heinz Kucharski, seine Mutter Hildegard Heinrichs und seine Freundin Margaretha Rothe fest. Bis zum 25. Oktober 1944 war Kucharski im Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, danach im Hamburger Untersuchungsgefängnis inhaftiert. Nach dem Todesurteil des „Volksgerichtshofs“ vom 17. April 1945 konnte er während des Transports zur Hinrichtungsstätte Bützow-Dreibergen entkommen.

Der ebenfalls festgenommene Reinhold Meyer erkrankte in der Haft schwer und starb am 12. November 1944 im Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel.

Margaretha Rothe wurde mit den anderen weiblichen Gefangenen der Hamburger Weißen Rose von Fuhlsbüttel zunächst nach Cottbus, später in das Gefängnis Leipzig-Kleinmeusdorf verlegt, wo sie am 18. Februar 1945 in das Gefängnislazarett aufgenommen wurde. Unmittelbar vor der Befreiung der Stadt durch US-Truppen starb Margaretha Rothe am 15. April 1945 in einem Leipziger Krankenhaus.

Widerstand von Jugendlichen

Ab 1933 sollte die „Hitler-Jugend“ (HJ) nach dem Willen des NS-Regimes die einzige Jugendorganisation in Deutschland sein. Daher wurden fast alle anderen Jugendverbände innerhalb weniger Monate verboten, zur Selbstaflösung gezwungen oder der HJ angegliedert. Seit Frühjahr 1939 mussten alle Jugendlichen dem „Bund Deutscher Mädel“ bzw. der HJ angehören, wo sie vormilitärisch ausgebildet und zu unbedingtem Gehorsam erzogen wurden.

Nicht alle akzeptierten diese totale Vereinnahmung durch das NS-Regime. Politische Jugendgruppen versuchten trotz Verboten und Auflösungen zusammenzuhalten oder sich neu zu formieren. Die Gestapo verfolgte dies rücksichtslos. Die Motive der Jugendlichen für ihren Widerstand waren vielfältig. Es waren junge Kommunisten, Sozialdemokraten, Chris-

ten oder Jugendliche jüdischer Herkunft, die sich zusammenfanden. Sie hörten verbotene ausländische Rundfunksender, verbreiteten Nachrichten oder wollten mit Flugblättern über den Kriegsverlauf und die NS-Gewaltverbrechen aufklären. Wurden ihre Aktivitäten aufgedeckt, drohte ihnen die Todesstrafe.

Während des Krieges verschärften die Nationalsozialisten die Verfolgung von Jugendlichen, die ihr Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung außerhalb der „Hitler-Jugend“ verteidigten. Edelweißpiraten in Köln, Leipziger Meuten oder Hamburger Swing-Jugendliche, die sich dem Zwang der Diktatur durch ihren Lebensstil widersetzen, wurden von der Gestapo verfolgt, in Jugend-Konzentrationslager eingewiesen oder zu langen Haftstrafen verurteilt, obwohl sie eher unpolitisch waren und nur wenige von ihnen das Regime aktiv bekämpften.



Illegales Treffen von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) in Dassow/Mecklenburg, Pfingsten 1934

Sozialistische und kommunistische Jugendliche

Das Verbot der kommunistischen und sozialdemokratischen Aktivitäten richtete sich auch gegen die kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände. Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) führten ihre Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten daher im Untergrund fort. Scheinbar unpolitische Aktivitäten wie gemeinsame Wanderungen sollten Schutz vor Entdeckung bieten. Indem sie ihre Treffen tarnten, konnten sie ihren Zusammenhalt bewahren. Die Jugendlichen beteiligten sich auch an Widerstandsaktivitäten und überwandten dabei oftmals innere weltanschauliche Gegensätze der Arbeiterbewegung.

Zahlreiche sozialistische und kommunistische Jugendliche wurden wegen ihrer Überzeugung verfolgt und kriminalisiert. Bis Mitte der 1930er-Jahre fanden zahlreiche Prozesse gegen Mitglieder des KJVD und der SAJ statt. Viele von ihnen wurden in Konzentrationslager verschleppt, misshandelt oder vor Gericht gestellt. Lange Haftstrafen und Todesurteile sollten auf andere Jugendliche abschreckend wirken.

Christliche Jugendliche

1933 waren mehr als 2,5 Millionen Jugendliche in christlichen Verbänden organisiert. Obwohl die Nationalsozialisten versicherten, die Eigenständigkeit der Kirchen zu respektieren, wurden kirchliche Jugendgruppen zunehmend bedrängt und verboten. Der Führungsanspruch der „Hitler-Jugend“ und des NS-Regimes sollte durchgesetzt werden.

Viele christliche Jugendliche hatten der Regierung Hitlers zunächst positiv gegenübergestanden. Bei manchen von ihnen verstärkten sich jedoch schon bald Zweifel an der nationalsozialistischen Kirchenpolitik. Einigen Jugendlichen gelang es trotz der Auflösung oder „Gleichschaltung“ ihrer Verbände, in Verbindung zu bleiben. Sie festigten ihre Kontakte und trafen sich bei Wallfahrten oder Freizeiten, die die Nationalsozialisten als Provokation empfanden. So gerieten sie zunehmend in Konflikt mit dem NS-Regime.

Jüdische Jugendliche

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden jüdische Jugendliche zunehmend aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Sie durften nur jüdischen Jugendorganisationen angehören und ab 1938 ausschließlich jüdische Schulen besuchen. Die Jugendlichen fanden sich in Gruppen zusammen, in denen sie sich respektiert fühlten, gemeinsam ihre Freizeit gestalten oder sich auf eine Auswanderung vorbereiten konnten.

Verschiedene dieser Gruppen sammelten sich um den Berliner Elektriker Herbert Baum, der sich bereits 1927 der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft angeschlossen hatte und 1931 in den kommunistischen Jugendverband Deutschlands eintrat. Gemeinsam bereiteten die Mitglieder der Gruppen um Baum später Widerstandsaktionen vor, verbreiteten Parolen, verteilten Flugzettel und illegale Schriften (siehe auch S. 30). Als 1941 die systematische Ermordung der Juden Europas einsetzte, entzogen sich jüdische Jugendliche der Deportation durch die Flucht in den Untergrund.



Privatbesitz

Der 16-jährige Lehrling Hans Gasparitsch gehört der sozialistischen Gruppe „G“ (Gemeinschaft) an. Er wird 1935 festgenommen und bis 1945 im KZ inhaftiert, weil er im Stuttgarter Schlosspark Parolen gegen das NS-Regime verbreitet hat.



Privatbesitz

Eine katholische Jugendgruppe um Bernd Wittschier aus Köln auf einer verbotenen Wallfahrt zur Altenberger Madonna 1941

Bündische Traditionen

Die Anhänger der Bündischen Jugend wollten sich weder politisch noch konfessionell binden, sondern ihr Leben frei und selbstbestimmt gestalten. Sie betonten das Recht der Jugend auf eigene Entfaltung. Die Deutsche Freischar war mit 15 000 Mitgliedern der größte Bund. Sie schloss sich im März 1933 mit anderen Vereinen zum Großdeutschen Bund zusammen, der bereits im Juni 1933 von den Nationalsozialisten aufgelöst wurde.

Zunächst hofften ehemalige Bündische, die „Hitler-Jugend“ beeinflussen zu können. Sie traten in die HJ ein, um so ihre Traditionen zu bewahren, bis die HJ-Führung die „bündischen



Karl Gutzmer / Stadtmuseum Bonn

Die Bonner Jovy-Gruppe, hier 1938 beim Wandern in der Schweiz, bekennt sich zur politischen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. Michael Jovy wird 1939 wegen „bündischer Umtriebe“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.



Privatbesitz

Eine Meute aus dem Leipziger Osten auf Fahrt in die Sächsische Schweiz um 1941

Umtriebe“ verbot. Viele Jugendliche widersetzten sich, indem sie weiterhin Ausflüge unternahmen oder, wie sie sagten, auf Fahrt gingen, bündische Lieder sangen, ihre Erkennungszeichen trugen und oftmals sogar die Auseinandersetzung mit der HJ suchten. Immer wieder wurden bündische Jugendliche festgenommen, mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft oder in Konzentrationslagern inhaftiert.

Leipziger Meuten

In Leipzig schlossen sich nach 1933 rund 1500 Jugendliche zu sogenannten Meuten zusammen. Die 14- bis 18-jährigen Mädchen und Jungen kamen überwiegend aus sozialdemokratisch oder kommunistisch geprägten Elternhäusern.

Die etwa 20 Leipziger Meuten nannten sich nach ihren Treffpunkten und wollten sich durch Kleidung und Verhalten von der HJ abgrenzen. Die Jungen trugen oft kurze Lederhosen, karierte Hemden und bunte Halstücher. In den 1930er-Jahren häuften sich Auseinandersetzungen mit der HJ. Einige Mitglieder der Meuten forderten mit Streuzetteln, die heimlich ausgelegt wurden, zum Kampf auf. Die meisten Anhänger waren jedoch eher unpolitisch und wollten vor allem ihre Freizeit ohne den Zwang der HJ verbringen. Die NS-Führung ging unachgiebig gegen die Meuten vor. Viele ihrer Anhänger wurden wegen „bündischer Umtriebe“ festgenommen und hart bestraft.

Edelweißpiraten

Um 1938 entstanden im Rhein-Ruhr-Gebiet verschiedene Gruppen von sogenannten Edelweißpiraten, denen sich mehrere tausend junge Arbeiter und Lehrlinge anschlossen. Ihr Erkennungszeichen waren eine Edelweißblume an der Kleidung oder eine weiße Stecknadel. Sie trafen sich regelmäßig auf Plätzen oder in Parks und nannten sich wie die Meuten nach ihren Treffpunkten oder Stadtvierteln.

Die Edelweißpiraten lehnten die „Hitler-Jugend“ ab, gingen auf Fahrt, organisierten Zeltlager und sangen bündische Lieder. Manche von ihnen hörten ausländische Rundfunksender und verbreiteten deren Meldungen. Sie stellten Flugblätter her und wandten sich mit Wandparolen gegen den Krieg. Einige Jugendliche waren sogar bereit, das NS-Regime mit Waffengewalt zu bekämpfen. Viele Edelweißpiraten wurden in Fürsorgeanstalten eingewiesen oder in Konzentrationslagern und Gefängnissen inhaftiert.

Swing-Jugendliche

In verschiedenen Großstädten hatten sich Jugendliche getroffen, um gemeinsam Jazzmusik zu hören, zu tanzen und offene Gespräche zu führen. Viele von ihnen wollten ihren eigenen Weg gehen und ihre Persönlichkeit in bewusstem Gegensatz zu den nationalsozialistischen Beeinflussungsversuchen entfalten. Ihre Begeisterung für den Swing verband sie auch, weil die Nationalsozialisten diese Musik als Symbol „kultureller Entartung“ als „undeutsch“ herabwürdigten.

Viele Swing-Jugendliche wollten sich nicht nur von der HJ abgrenzen. Für sie war Swing Ausdruck einer eigenständigen Lebensweise, die sie mit englisch klingenden Vornamen, langen Haaren und einem eigenen Kleidungs- und Tanzstil demonstrierten. Trotz des Verbots durch die Nationalsozialisten hörten sie englische und amerikanische Schallplatten und veranstalteten private Partys. 1942 gab der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, die Anweisung, Rädelsführer der Swing-Jugend für mindestens zwei bis drei Jahre in Konzentrationslagern zu inhaftieren.



NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

GERTRUD KOCH

Gertrud „Mucki“ Koch wurde als Tochter eines Kesselschmieds und einer Apothekerin 1924 in Köln geboren. Ihr Vater war Kommunist, wurde nach 1933 mehrfach festgenommen und 1942 im Konzentrationslager ermordet.

Die Familie war vielfältigen Repressalien ausgesetzt. Die Mutter verlor ihre Arbeit, Mutter und Tochter wurden gezwungen, ihre Wohnung zu verlassen. Gertrud Koch musste schon als Kind zum Lebensunterhalt beitragen, aus Geldmangel blieb

ihr der Besuch einer höheren Schule verwehrt. Ihre Ausbildung zur Montessori-Kindergärtnerin konnte sie nicht beenden, denn ihre Familie galt als „politisch unzuverlässig“.

Vor 1933 war Gertrud Koch Mitglied der kommunistischen Roten Jungpioniere und weigerte sich später, dem „Bund Deutscher Mädel“ beizutreten. Stattdessen gründete sie mit Freunden aus Köln und Düsseldorf eine Gruppe, die gemeinsam wanderte, musizierte und zunehmend politisch aktiv wurde. Diese Gruppe, die zu den sogenannten Edelweißpiraten gehörte, begann, Flugblätter herzustellen und zu verbreiten. Die spektakulärste Aktion war der Abwurf von Flugblättern aus der Kuppel des Kölner Hauptbahnhofs. Mehrere Festnahmen waren die Folge.

Im Dezember 1942 wurde Gertrud Koch ins Gestapo-Gefängnis Brauweiler gebracht, wo sie geschlagen und misshandelt wurde. Im Mai 1943 wurde sie ohne Angabe von Gründen aus der Haft entlassen und floh mit ihrer Mutter nach Süddeutschland. Dort arbeitete sie bis zum Kriegsende auf einem Bauernhof und kehrte dann nach Köln zurück.



Privatbesitz

HEINZ „COCO“ SCHUMANN

1924 geboren, wuchs Coco Schumann im Berliner Scheunenviertel auf, einem Stadtteil, in dem viele aus dem Osten zugewanderte Juden und Jüdinnen lebten. Seine Mutter Hedwig war Jüdin und betrieb einen Friseurladen, sein Vater Alfred war vor der Hochzeit zum jüdischen Glauben übergetreten.

Anfang 1936 freundete sich Coco Schumann mit Berliner Swing-Jugendlichen an. In den folgenden Jahren erlernte er

verschiedene Musikinstrumente und erhielt erste Engagements als Schlagzeuger und Gitarrist in mehreren Jazzkapellen. 1938 musste Coco Schumann auf eine jüdische Schule wechseln, wenig später wurde er zum Zwangsarbeitsdienst verpflichtet. Obwohl er wegen seiner jüdischen Herkunft kein Mitglied der „Reichskulturkammer“ und damit Berufsmusiker werden konnte, gelang es ihm, weiterhin als Musiker in Berliner Bars und Tanzclubs aufzutreten.

Im März 1943 wurde Coco Schumann festgenommen und in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo er als Schlagzeuger in der Ghetto Big Band „*The Ghetto-Swingers*“ spielte. Im September 1944 wurde Schumann nach Auschwitz-Birkenau deportiert und im Januar 1945 von dort auf einen sogenannten Todesmarsch geschickt. Anfang Mai 1945 befreiten ihn alliierte Truppen. Coco Schumanns Eltern und sein Bruder erlebten das Kriegsende in einem Versteck. Nach dem Krieg kehrte Schumann nach Berlin zurück und wurde zu einem der bekanntesten Jazz- und Swingmusiker der Nachkriegszeit.



Privatbesitz

WALTER KLINGENBECK

1924 geboren, gehörte Walter Klingenberg in der Münchener Gemeinde St. Ludwig der katholischen Jungschar an, die sich 1936 – aufgrund des nationalsozialistischen Drucks – auflösen musste. Zusammen mit seinem Vater hörte er Sendungen von Radio Vatikan, in denen beispielsweise von nationalsozialistischen Verstößen gegen das Reichskonkordat berichtet wurde. Seiner Begeisterung für das neue Medium Hörfunk ging Walter Klingenberg in einer Lehre als Schalltechniker nach.

Ab Frühjahr 1941 fand sich um ihn ein kleiner Freundeskreis zusammen, der schließlich verschiedene Widerstandsaktionen durchführte. Zu diesem Kreis gehörten Daniel von Recklinghausen, Hans Haberl und Erwin Eidel. Die vier Freunde hatten eine große Leidenschaft für Technik, besonders für das Radio. Das gemeinsame Hören deutschsprachiger Sendungen der britischen BBC, des internationalen Radio Vatikan und anderer verbotener Radiostationen verstärkte ihre regimiekritische Sichtweise.

Im September 1941 malte Walter Klingenberg mit schwarzer Ölfarbe große V-Zeichen (für „Victory“) an etwa 40 Stellen in München, die BBC hatte dazu aufgerufen.

Nach einer Denunziation wurde Klingenberg am 26. Januar 1942 festgenommen. Er nahm die gesamte Verantwortung für die Aktionen auf sich. Am 24. September 1942 verurteilte der „Volksgerichtshof“ den 19-jährigen und seine Freunde zum Tod. Walter Klingenberg wurde am 5. August 1943 in München enthauptet, seine Freunde zu Zuchthausstrafen begnadigt.

Die Gruppe um Hanno Günther

Der 1921 geborene Hans Joachim „Hanno“ Günther wuchs in Berlin in einem Elternhaus auf, das an Politik interessiert und für die Lebensreformbewegung, eine naturnahe, zivilisationskritische Geisteshaltung, aufgeschlossen war. Seine Mutter war Lehrerin, sein Vater Buchhändler. Die Eltern trennten sich, als Hanno Günther sechs Jahre alt war. Ab 1928 besuchte er eine bekannte Reformvolksschule, die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. Diese Schule galt als fortschrittlich, die Prügelstrafe wurde dort grundsätzlich abgelehnt und den Schülerinnen und Schülern viel Spielraum für die geistige Entfaltung gelassen. Seit 1929 war Hanno Günther Mitglied der kommunistischen Jungpioniere und baute in einem Neuköllner Hinterhof einen Kinderclub auf. Nach der „Gleichschaltung“ der Rütli-Schule durch die Nationalsozialisten wechselte er auf die Schulfarm Insel Scharfenberg, um dort das Abitur machen zu können. 1936 musste er jedoch Scharfenberg aus politischen Gründen verlassen und begann eine Bäckerlehre.

Während dieser Zeit lernte er die Kommunistin Elisabeth Pungs kennen. Mit ihr schrieb und verteilte Hanno Günther nach dem deutschen Sieg über Frankreich die Flugblattserie „Das freie Wort“. Darin verbreiteten sie Nachrichten über die Kriegslage, verlangten Frieden und Meinungsfreiheit und forderten in Rüstungsbetrieben Beschäftigte zur Sabotage auf. Anfang 1941 schlossen sich Dagmar Petersen und andere ehemalige Schüler der Rütli-Schule dem Widerstandskreis um Günther an. Sie hörten den verbotenen bri-

Flugblatt von Hanno Günther

[...] Wir wollen einen gerechten und dadurch dauerhaften Frieden! Wir wollen die Freiheit der Meinung und des Glaubens! Wir wollen die Freiheit der Arbeit! Wir wollen die Verhinderung kommender Kriege durch die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und die Einziehung der Kriegsgewinne! Wir wollen die Schaffung einer wahren Volksvertretung!!! Deutscher! Bekenne Dich zu diesen Forderungen! Sprich mit zuverlässigen Kameraden über sie!

Gebe dieses Flugblatt weiter, und wenn Dir eine Schreib- oder Vervielfältigungsmaschine zur Verfügung steht, so verbreite unsere Forderungen! [...]

„Das freie Wort“, Folge 3, September 1940, Bundesarchiv

tischen Rundfunksender BBC und diskutierten marxistische Schriften.

Am 2. April 1941 wurde Hanno Günther zur Wehrmacht eingezogen, am 28. Juli jedoch von der Gestapo festgenommen. Am 9. Oktober 1942 verurteilte der „Volksgerichtshof“ ihn zusammen mit seinen Freunden Wolfgang Pander, Bernhard Sikorski und Emmerich Schaper zum Tode. Emmerich Schaper starb an den Folgen der Folter im Gefängnis. Die anderen wurden am 3. Dezember 1942 in Berlin-Plötzensee enthauptet. Dagmar Petersen und Elisabeth Pungs überlebten die Haftzeit und den Krieg.



Der Freundeskreis um Hanno Günther bei einer Silvesterfeier in Pichelsdorf 1940/41. V.l.n.r.: Hanno Günther, Dagmar Petersen, unbekannt, Hertha Miethke, Wolfgang Pander, Mascha (Freundin von Pander); vorne: Irmgard Freier



www.presse-mormonen.de

Helmuth Hübener (M.) mit Rudolf Wobbe (l.) und Karl-Heinz Schnibbe (r.) in Hamburg um 1941

Die Gruppe um Helmuth Hübener

Helmuth Hübener, 1925 in Hamburg als Sohn einer Arbeiterin geboren, wurde entscheidend durch seine mormonische Religionsgemeinschaft geprägt. Er wuchs ohne Vater bei seinen Großeltern auf und begann 1941 eine Lehre bei der Hamburger Sozialbehörde. 1940/41 kam er in Kontakt mit einer illegalen kommunistischen Jugendgruppe aus Altona. Er hörte regelmäßig ausländische Rundfunksender und verbreitete wichtige Meldungen als Streuzettel weiter.

Im Sommer 1941 gewann Hübener mit dem 16-jährigen Schlossergesellen Rudolf Wobbe und dem 17-jährigen Malergesellen Karl-Heinz Schnibbe Gesinnungsfreunde. Wenig später stieß auch der 17-jährige Verwaltungslehrling Gerhard Düwer dazu. Sie diskutierten gemeinsam zahlreiche Flugblätter und verteilten sie in Hamburger Arbeitervierteln. Bereits im Winter 1941 sahen die Freunde die militärische Niederlage Deutschlands voraus. Sie wollten deshalb nicht mehr allein mit kurzen Parolen auf Streuzetteln zum Kampf gegen das NS-Regime auffordern, sondern die Menschen über den Ernst der Lage aufklären. Innerhalb von sechs Monaten entwarf Helmuth Hübener mehr als 20 verschiedene Flugblätter.

Ende Januar 1942 baten Gerhard Düwer und Helmuth Hübener einen Bekannten, die Flugblätter ins Französische zu übersetzen. Dabei wurden sie beobachtet, denunziert und am 5. Februar 1942 von der Gestapo festgenommen. Während der Verhöre wurden die Jugendlichen schwer misshandelt. Am 11. August 1942 verurteilte der „Volksgerichtshof“ Helmuth Hübener trotz seines jugendlichen Alters zum Tode und seine Freunde zu hohen Haftstrafen. Am 27. Oktober 1942 wurde Helmuth Hübener in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Flugblätter von Helmuth Hübener

HITLERJUGEND – Deutsche Jungen, seid ihr euch überhaupt bewusst, was die H.J. ist und welche Ziele sie verfolgt? Ihr könnt es nicht wissen. Eure selbtherrlichen Führer und Unterführer predigen immer von Kameradschaft, während sie sich selbst aus dem Kreise der Kameradschaft ausschließen. Sie fühlen sich hier doch recht in ihrem Element, wenn sie die eingeschüchterten Jungen, wenn sie euch tyrannisieren können. Oder wollt ihr etwa abstreiten, dass man euch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefügig machen will? Man droht euch mit disziplinarischen Strafen, polizeilichen Maßnahmen und lässt euch, Deutsche, sogar die Freiheit nehmen und in sog. Wochenendkarzer stecken.

Kennt ihr derartige Bauten? Nein? Nun, bei der nächsten Gelegenheit werdet ihr noch von ihnen zu hören bekommen.

Das ist also die weit und breit gepriesene H.J. Eine Zwangsorganisation ersten Ranges zur Heranziehung nazihöriger Volksgenossen. Hitler und seine Komplizen wissen, dass sie euch von Anfang an den freien Willen nehmen müssen, um gefügige, willenlose Elemente aus euch machen zu können. Denn Hitler weiß, dass seine Zeitgenossen ihn langsam zu durchschauen beginnen, ihn, den Unterdrücker freier Nationen, den Mörder von Millionen.

Darum rufen wir euch zu: Lasst euch euren freien Willen, das kostbarste, was ihr besitzt, nicht nehmen. Lasst euch von euren Führern – selbtherrlichen Königen im Kleinen – nicht unterdrücken und tyrannisieren, sondern wendet vielmehr der H.J., dem Werkzeug des Hitlerregimes für euren Untergang, den Rücken.

Wir sind bei euch, und unsere Hilfe ist euch jederzeit gewiss! „Harret aus, Deutschland erwacht!“

„Hitlerjugend“, Flugblatt von Helmuth Hübener, 1941, Bundesarchiv

DER NAZI-REICHSMARSCHALL – Ja, der gute, feiste Hermann: Reichsmarschall. [...] Wenn die R.A.F. [Royal Air Force] jemals dazu kommt, Berlin zu bombardieren, will ich Meier heißen, sagte er zu Beginn des Krieges. Heute zeigen die Straßen Berlins schon deutliche Spuren der Britischen Luftoffensive, doch Göring ist immer noch Göring – und er freut sich, dass er es ist. – Und dann das allzu beliebte Schlagwort: 1000 für eine! Auch ein blendender Reifall; denn heute ist die deutsche Luftwaffe zufrieden, wenn sie die Insel überhaupt noch einmal überfliegen kann, ohne dabei durch die Abwehr schwere Verluste und blutige Köpfe erleiden zu müssen. Wohl kann der Luftmarschall der Nazis noch immer eine horrende Dividende [...] aus seinen Rüstungswerken ziehen, doch der Traum von der uneingeschränkten, immer zunehmenden Luftüberlegenheit seiner Fliegerarmada geht dem Ende immer mehr entgegen. Es wird ein böses Erwachen geben.

Denn Winston S. Churchill sagte: Wenn es sein muss, bringen unsere tapferen Bombenflieger Tod und Verderben über Nazi-Deutschland!! Wir wünschen es nicht, haben es nie gewollt, doch der Tod vieler tausender hingemordeter Menschen in Rotterdam, Belgrad und nicht zuletzt in Frankreich, Norwegen und Polen, das Blut vieler freiheitsliebender Brüder in dem durch Gestapo-Terror niedergehaltenen Europa darf nicht ungesühnt bleiben.

= Vergeltung wird kommen – so oder so, Herr Göring =

„Der Nazi-Reichsmarschall“, Flugblatt von Helmuth Hübener, 1941, Bundesarchiv

Kreisauer Kreis

Im Jahr 1940 bildete sich um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg eine Gruppe oppositionell gesinnter Männer und Frauen. Sie stammten aus unterschiedlichen sozialen Schichten und vertraten unterschiedliche Grundüberzeugungen. Gemeinsam diskutierten in größeren und kleineren Gesprächsrunden Katholiken, Protestanten, Konservative, Liberale und Sozialisten.

Zu den Gesprächen traf man sich in den Berliner Wohnungen von Moltke und Yorck sowie auf den Gütern Kreisau (heute Krzyżowa in Polen), Klein Öls (heute Oleśnica Mała), Kauern (heute Kurznie) und Groß Behnitz. Ziel des Netzwerks, das später von seinen Verfolgern den Namen „Kreisauer Kreis“ erhalten sollte, war es, Grundzüge einer geistigen, politischen und sozialen Neuordnung nach dem Ende des Nationalsozialismus zu erarbeiten. Durch Tagungen, Gespräche und Denkschriften wollten sie sich auf „die Zeit danach“ vorbereiten.

Kleinere Arbeitsgruppen erarbeiteten zunächst Entwürfe – etwa zu den Themen Staat, Kultur, Wirtschaft, Sozialpolitik, Agrarpolitik, Außenpolitik und Recht. Mitglieder des engeren Kreises standen in Kontakt zu weiteren Fachleuten, die zu den Entwürfen Stellung nahmen. Lediglich Moltke und Yorck kannten alle Beteiligten. Häufig wurden aus Sicherheitsgründen Decknamen verwendet. Von den Diskussionspapieren wurden nur wenige Exemplare sicher aufbewahrt.

Im Mai und Oktober 1942 sowie im Juni 1943 wurden im Kreisauer Berghaus auf drei größeren Zusammenkünften Entwürfe zu den Themen Kirche und Staat, Erziehung, Staats- und Wirtschaftsaufbau, Außenpolitik und Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrechen diskutiert. Die mit Zustimmung aller erarbeiteten Ergebnisse wurden in „Grundsätzen für die Neuordnung“ zusammengefasst.

Die Kreisauer wollten das Zusammenleben der Menschen ebenso wie den Staat auf eine neue Basis stellen. Besonders zentral war für sie die Einbettung Deutschlands in eine europäische Nachkriegsordnung. Christliche Maßstäbe sollten die Grundlage menschlicher Beziehungen und damit auch des inneren und äußeren Friedens bilden. Rechtssicherheit, Achtung vor der Menschenwürde, Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangten nach der Beseitigung der totalitären politischen Ordnung des Nationalsozialismus.

Mit ihren Überlegungen knüpften die Kreisauer an die Überlieferung der klassischen antiken und mittelalterlichen Staatsphilosophie an. Der Staat habe die Voraussetzungen für eine menschenwürdige Entfaltung der Persönlichkeit zu schaffen und auf diese Weise eine gute und gerechte Ordnung zu gewährleisten. Der Staat sollte zudem den Einzelnen Mitwirkung ermöglichen und deshalb überschaubar in vier Ebenen – Gemeinde, Kreis, Land, Reich – gegliedert sein. „Landschaftlich zusammengehörige“ Länder mit drei bis fünf Millionen Einwohnern sollten neu gebildet werden. Die Aufgabenverteilung sollte nach dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen: Jede Körperschaft – von der jeweils kleinsten Einheit bzw. untersten Ebene angefangen – sollte all diejenigen Aufgaben erledigen, für die sie zuständig ist und die sie „sinnvollerweise selbst durchführen kann“.

Auf der unteren politischen Ebene von Gemeinde und Kreis sollten nach dem Prinzip der Persönlichkeitswahl Volksvertreter in geheimer und direkter Wahl ermittelt werden. Die „Familienoberhäupter“ sollten für jedes noch nicht wahlberechtigte Kind eine zusätzliche Stimme erhalten. Die Mitglieder des Landtags sollten in mittelbarer Wahl von den Vertretun-

gen der Kreise und Städte gewählt werden. Die Landtagsabgeordneten wiederum sollten die Zusammensetzung des Reichstags bestimmen. Wählbar sollten hier die männlichen Bürger über 27 Jahre sein. Frauen sollten ein aktives, für die Landtage und den Reichstag jedoch kein passives Wahlrecht besitzen, das heißt, sie konnten in beide Parlamente nicht als Abgeordnete gewählt werden. Neben dem Reichstag sollte als Vertretung der Länder ein Reichsrat bestehen mit der Zuständigkeit für Landes- und Standesinteressen. An die Spitze des Staates wollten die Kreisauer einen Reichsverweser stellen, der den militärischen Oberbefehl führen und das Reich nach außen vertreten sollte.

Im Kreisauer Kreis war das Ausmaß nationalsozialistischer Gewaltverbrechen bekannt. Die Kreisauer wollten die verantwortlichen „Rechtsschänder“ – so ihre Bezeichnung für die am Massenmord Beteiligten – zur Rechenschaft ziehen. Einigkeit herrschte darüber, dass die Berufung auf Befehl und Gehorsam keine Rechtfertigung für die Beteiligung an Verbrechen sein konnte. Die Täter sollten nicht an fremde Mächte ausgeliefert, sondern vor internationale Gerichtshöfe gestellt werden, denen neben drei Richtern der Siegermächte und zwei Vertretern neutraler Staaten auch ein Richter des besiegten Staates angehören sollte. Die Pflicht zur Wiedergutmachung an den Opfern war für die Kreisauer Voraussetzung für die Rückkehr der Deutschen in die internationale Staatengemeinschaft.

Ab 1943 waren verschiedene Mitglieder des Kreisauer Kreises entschlossen, sich an Staatsstreichplänen zu beteiligen. Sie standen in engem Kontakt zu Ludwig Beck, Carl Friedrich Goerdeler, Ulrich von Hassell und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Aufgrund dieser Verbindung wurden die meisten Mitglieder des Kreisauer Kreises nach dem 20. Juli 1944 als Mitverschwörer angeklagt und zum Tode verurteilt.



Berghaus auf Gut Kreisau, dem Ort der drei Haupttagungen und vieler Treffen des Kreisauer Kreises. In Kreisau finden Pfingsten 1942 und 1943 sowie im Oktober 1942 drei große Zusammenkünfte statt, auf denen die Neuordnung Deutschlands diskutiert wird.

Privatbesitz



Privatbesitz



GDW

FREYA UND HELMUTH JAMES GRAF VON MOLTKE

Der 1907 in Kreisau geborene Helmuth James Graf von Moltke studierte ab 1925 in Berlin Rechts- und Staatswissenschaften. 1927 gehörte er zu den Mitbegründern der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft, die freiwillige Arbeitslager für Bauern, Arbeiter und Studenten organisierte, in denen gemeinsam nach Lösungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse gesucht wurde. Moltke stand den demokratischen Kräften seiner Zeit nahe und verfolgte Hitlers Aufstieg mit offener Kritik. Da ein Richteramt für ihn deshalb nicht infrage kam, ließ er sich 1935 als Anwalt in Berlin nieder.

Zwischen 1935 und 1938 absolvierte er eine Ausbildung zum britischen Rechtsanwalt und plante die Übernahme eines Anwaltsbüros in London, die durch den Kriegsbeginn im September 1939 verhindert wurde. Im selben Monat wurde Moltke als Kriegsverwaltungsrat in das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin verpflichtet. Als Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht setzte er sich gegen Unrecht und Willkür ein. Besonders engagierte er sich für die humane Behandlung von Kriegsgefangenen und die Einhaltung des Völkerrechts.

Bereits 1939 verfasste Moltke erste Denkschriften zur politischen Neuorientierung Deutschlands. Anfang der 1940er-Jahre wurden Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg zu den führenden Köpfen des entstehenden Kreisauer Kreises. Als Moltke Mitglieder des Widerstandskreises um Hanna Solf vor einer Gestapo-Überwachung warnte und dies entdeckt wurde, nahm man ihn am 19. Januar 1944 fest. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte ihn am 11. Januar 1945 zum Tode. Helmuth James Graf von Moltke wurde am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.

Die 1911 geborene Bankierstochter Freya Deichmann besuchte nach der Mittleren Reife zunächst eine landwirtschaftliche Frauenschule. Später holte sie ihr Abitur nach und promovierte nach einem Studium der Rechtswissenschaft in Berlin. 1929 lernte sie Helmuth James Graf von Moltke kennen, den sie 1931 heiratete. 1937 wurde der Sohn Helmuth Caspar geboren, 1941 der zweite Sohn Konrad. Während der Abwesenheit ihres Mannes führte Freya das Gut in Kreisau. Im täglichen Briefwechsel informierte ihr Mann sie über seine Kontakte und Gespräche.

Freya von Moltke war die engste Vertraute ihres Mannes und nahm regelmäßig an den Zusammenkünften und Diskussionen in Kreisau und Berlin teil. Sie schrieb Grundsatzpapiere des Kreises ab und rettete die Dokumente sowie die Briefe ihres Mannes, die sie in ihren Bienenstöcken auf dem Gut Kreisau versteckte. Ihr Einsatz blieb der Gestapo verborgen. Im Gegensatz zu ihrem Mann, um dessen Freilassung sie sich erfolglos bemühte, konnte sie das Kriegsende überleben.



Privatbesitz



Privatbesitz

MARION UND PETER GRAF YORCK VON WARTENBURG

Der 1904 in Klein Öls im heutigen Polen geborene Peter Graf Yorck von Wartenburg bestand 1930 in Berlin sein zweites juristisches Staatsexamen. Im selben Jahr heiratete er die promovierte Juristin Marion Winter. Nach Tätigkeiten als Anwalt, als Referent in der „Osthilfe“ und am Oberpräsidium in Breslau war Yorck von 1936 bis 1942 als Referent für Grundsatzfragen beim Reichskommissar für die Preisbildung in Berlin tätig. Da er sich weigerte, der NSDAP beizutreten, wurde Yorck ab 1938 nicht mehr befördert.

Nach den Pogromen gegen die deutschen Juden im November 1938 rief Yorck einen Gesprächskreis ins Leben, in dem er mit Freunden wie Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und Ulrich-Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanenfeld die Grundsätze einer neuen Reichsverfassung erarbeitete. Als Reserveoffizier wurde er bei Kriegsbeginn eingezogen und wechselte 1942 in den Wirtschaftsstab Ost beim Oberkommando der Wehrmacht in Berlin. Im Januar 1940 begann seine enge Zusammenarbeit mit Helmuth James Graf von Moltke, mit dem er gemeinsam die Gespräche des Kreisauer Kreises, die sehr häufig in Yorcks Wohnung in Berlin-Lichterfelde stattfanden, initiierte und führte.

Yorck gehörte bis zuletzt zum engen Kreis der Verschwörer des 20. Juli und war nach einem erfolgreichen Staatsstreich als Staatssekretär des Reichskanzlers vorgesehen. Nach dem gescheiterten Umsturzversuch wurde Yorck am späten Abend des 20. Juli 1944 im Berliner Bendlerblock festgenommen, am 8. August 1944 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und noch am selben Tag in Berlin-Plötzensee ermordet.

Die 1904 geborene Marion Winter wuchs als Tochter eines Oberregierungsrates im preußischen Kultusministerium auf. Sie nahm ein Studium der Medizin auf, wechselte jedoch schnell zum Fach Rechtswissenschaft. 1928 lernte sie auf einem schlesischen Gut Peter Graf Yorck von Wartenburg kennen. Sie heiratete Ende Mai 1930 und wohnten zunächst in Breslau, seit 1936 in der Hortensienstraße in Berlin-Lichterfelde. Marion Gräfin Yorck von Wartenburg nahm an den meisten Besprechungen der Kreisauer teil und ermöglichte viele Treffen in der gemeinsamen Berliner Privatwohnung. 1944 wurde sie festgenommen. Obwohl sie über die Bestrebungen ihres Mannes informiert war, überstand sie die „Sippenhaft“ und das Kriegsende.



Privatbesitz

ADAM VON TROTT ZU SOLZ

Der Jurist Adam von Trott zu Solz, 1909 geboren, bewarb sich nach seiner Promotion 1931 erfolgreich um ein Rhodes-Sti-

pendium in Oxford. 1933 kehrte Trott nach Deutschland zurück und legte 1936 die zweite juristische Staatsprüfung ab. 1937/38 konnte er in den USA, ein Jahr im Rahmen eines Stipendiums in China und Ostasien verbringen. Bei seinen Auslandsaufenthalten traf Trott auch immer wieder mit Gegnern des NS-Regimes zusammen. Anfang 1937 lernte er in Oxford Helmuth James Graf von Moltke, 1940 Peter Graf Yorck von Wartenburg kennen, mit denen er ab 1941 als zentrales Mitglied des Kreisauer Kreises eng zusammenarbeitete.

Im Frühjahr 1940 wurde Trott als Mitarbeiter der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes eingestellt. Trott unternahm noch 1944 Reisen ins Ausland und verstand sich als außenpolitischer Beauf-

tragter des Kreisauer Kreises. Dabei übermittelte er den Westalliierten verschiedene Memoranden. Während der dritten Kreisauer Haupttagung 1943 leitete er die Diskussion über die Grundlagen künftiger deutscher Außenpolitik.

Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 blieb Trott, der für eine leitende Funktion im Auswärtigen Amt vorgesehen war, zunächst unbehelligt. Seine Festnahme erfolgte erst fünf Tage später, als seine Verbindungen zu Claus Schenk Graf von Stauffenberg entdeckt wurden. Adam von Trott zu Solz wurde am 15. August 1944 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 26. August 1944 in Berlin-Plötzensee erhängt.



Privatbesitz

THEODOR HAUBACH

1896 geboren, wuchs Theodor Haubach in Darmstadt als Halbweise auf. Ab 1919 studierte er Philosophie und Soziologie und

schloss sich bereits in dieser Zeit der SPD an. Er gehörte zu den Mitbegründern des republikanischen Schutzverbandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

1927 wurde er in die Hamburger Bürgerschaft gewählt, 1929 Pressereferent des Reichsinnenministers Carl Severing, 1930 des Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzeziński. Zwischen 1930 und 1933 beteiligte sich Haubach intensiv an den Diskussionen im Kreis der Religiösen Sozialisten.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er kurze Zeit inhaftiert und versuchte nach seiner Haftentlassung, die Verbindungen zwischen Gewerkschaften, Reichsbanner und SPD aufrechtzuerhalten. Am 24. November 1934 wurde er erneut festgenommen und bis Mai 1936 im KZ Esterwegen festgehalten.

Haubach stieß 1941 zum Kreisauer Kreis und nahm im Herbst 1942 an der zweiten Kreisauer Haupttagung teil. In den Planungen der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 war er als Regierungssprecher vorgesehen.

Nach erfolgter Festnahme am 9. August 1944 stand der während der Haft schwer Erkrankte am 9. Januar 1945 gemeinsam mit weiteren Angehörigen des Kreisauer Kreises vor dem „Volksgerichtshof“. Das Verfahren gegen ihn wurde jedoch abgetrennt.

Theodor Haubach wurde am 15. Januar 1945 zum Tode verurteilt und am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.



Privatbesitz

ALFRED DELP

Alfred Delp wurde 1907 als ältestes von sechs Kindern einer gemischt-konfessionellen Familie geboren. Zunächst evan-

gelisch erzogen, besuchte er zwischen 1922 und 1926 das Bischöfliche Konvikt in Dieburg und arbeitete aktiv in der katholischen Jugendbewegung mit. Nach einem Noviziat im Jesuitenorden studierte Delp Philosophie und war anschließend Jugenderzieher im Internat des Jesuitenkollegs in Feldkirch und Präfekt am Jesuitenkolleg St. Blasien.

1934 begann Delp ein Theologiestudium und empfing 1937 die Priesterweihe. Ab 1939 bis zu ihrem Verbot 1941 war er Redakteur der Kulturzeitschrift des Jesuitenordens, „Stimmen der Zeit“, danach Seelsorger in der Filialgemeinde St. Georg in München-Bogenhausen.

Auf die Bitte Helmuth James Graf von Moltkes, den Kontakt zu einem Katholiken zu vermitteln, der intensiv über das

Verhältnis von Kirche und Arbeiterschaft nachgedacht habe, führte Pater Augustin Rösch Delp in den Kreisauer Freundeskreis ein. Delp nahm ab dem Sommer 1942 an zahlreichen Besprechungen sowie an der zweiten und dritten Kreisauer Tagung teil, legte Denkschriften über Themen wie die „Arbeiterfrage“ und das „Bauerntum“ vor und konnte Grundlinien der katholischen Soziallehre in die Neuordnungspläne einfließen lassen. Er stellte auch wichtige Kontakte zu anderen kirchlichen Kreisen her.

Am 28. Juli 1944 wurde Alfred Delp in München festgenommen, am 11. Januar 1945 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee erhängt.

Aktionsprogramm zur Rettung Deutschlands

Am heutigen Tag, dem Pfingstmontag 1943, haben die Unterzeichneten feierlich beschlossen, ihr gemeinsames Handeln als Sozialistische Aktion durch die Aufstellung des nachstehenden Aktionsprogramms zu bekräftigen.

Die Sozialistische Aktion ist eine überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands.

Sie kämpft für die Befreiung des deutschen Volkes von der Hitlerdiktatur, für die Wiederherstellung seiner durch die Verbrechen des Nazismus niedergetretenen Ehre und für seine Freiheit in der sozialistischen Ordnung.

Den Aktionsausschuss bilden Vertreter der christlichen Kräfte, der sozialistischen Bewegung, der kommunistischen Bewegung und der liberalen Kräfte als Ausdruck der Geschlossenheit und Einheit.

Der Kampf wird geführt unter dem Banner der Sozialistischen Aktion, der roten Fahne mit dem Symbol der Freiheit: dem mit dem Kreuz vereinten sozialistischen Ring als Zeichen der unverbrüchlichen Einigkeit des arbeitenden Volkes.

Die Sozialistische Aktion ruft in dieser schweren Stunde das arbeitende Volk in Stadt und Land und unsere tapferen Soldaten zum Kampf auf in der Überzeugung, dass die Rettung des gemeinsamen Vaterlandes vor politischem, moralischem und wirtschaftlichem Verfall nur möglich ist durch:

1. Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit.
2. Beseitigung des Gewissenszwanges und unbedingte Toleranz in Glaubens-, Rassen- und Nationalitätenfragen.
3. Achtung vor den Grundlagen unserer Kultur, die ohne das Christentum nicht denkbar ist.
4. Sozialistische Ordnung der Wirtschaft, um Menschenwürde und politische Freiheit zu verwirklichen und die Existenzsicherheit der Angestellten und Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft sowie des Bauern auf seiner Scholle zu schaffen, die die Voraussetzung von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit ist.
5. Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie zu Gunsten des deutschen Volkes als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft, um mit dem verderblichen Missbrauch der politischen Macht des Großkapitals Schluss zu machen.
6. Selbstverwaltung der Wirtschaft unter gleichberechtigter Mitwirkung des arbeitenden Volkes als Grundelement der sozialistischen Ordnung.
7. Sicherung der Landwirtschaft vor der Gefahr, zum Spielball kapitalistischer Interessen zu werden.
8. Abbau des bürokratischen Zentralismus und organischer Aufbau des Reiches aus den Ländern.
9. Aufrichtige Zusammenarbeit mit allen Völkern, insbesondere in Europa mit Großbritannien und Sowjetrußland.

Noch hat das deutsche Volk keine Möglichkeit, seine Stimme zu erheben. Umso lauter rufen die Ruinen und Gräber zur Sammlung, zur Aktion! Es gilt zu handeln, ehe unsere Heimat ganz zerstört und der Zusammenbruch vollständig ist. Nur die Einheitsfront aller Feinde des Nationalsozialismus kann diese Tat vollbringen.

Im Gedenken an die Toten des Krieges und die Märtyrer der Freiheit, die vom Machtwahn des Faschismus hingemordet wurden, und an die Leiden unserer Soldaten geloben wir:

Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verirren!

Nie wieder darf die Arbeiterschaft sich im Bruderkampf zerfleischen!

Nie wieder Diktatur und Sklaverei!

Ein neues Deutschland muss erstehen, worin sich das schaffende Volk sein Leben im Geist wahrer Freiheit selbst ordnet.

Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit wir die Achtung vor uns selbst zurückgewinnen und der deutsche Name wieder ehrlich wird in der Welt. Das Gebot der Stunde lautet: Fort mit Hitler! Kampf für Gerechtigkeit und Frieden!

Schwere Jahre stehen uns bevor. Fast übersteigt es Menschenkraft, das wieder aufzurichten, was Hitlers Machtwahn und der Krieg vernichtet haben.

Dennoch! Die Sozialistische Aktion geht entschlossen an die Aufgabe heran. Sie ruft alle aufrechten Deutschen zu ehrlicher Mitarbeit: Wir werden unsere ganze Kraft einsetzen, unser ganzes Können, unser ganzes Selbstvertrauen; und werden dadurch schließlich vor der Geschichte den Beweis erbringen, dass wir doch stärker sind als unser Schicksal, indem wir es meistern.

Entwurf eines Aktionsprogramms zur Schaffung einer überparteilichen Volksbewegung, vermutlich verfasst von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kreisauer Kreises Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Julius Leber zur Zeit der dritten Kreisauer Tagung am 14. Juni 1943

Der gerechte Staat

Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, der Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat.

Aus einem Brief von Helmuth James Graf von Moltke an seinen Freund Peter Graf Yorck von Wartenburg vom 17. Juni 1940

Die Notwendigkeit der Alternative

Man kann eine Regierung nur beseitigen, wenn man eine andere Regierung anzubieten hat. Demnach kann mit der Zerstörung des Dritten Reiches erst begonnen werden, wenn man zumindest imstande ist, eine Alternative vorzuschlagen.

Helmuth James Graf von Moltke in einem Brief an den britischen Beamten Lionel Curtis vom 25. März 1943

Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Nach dem Abbruch des Umsturzversuchs im Herbst 1938 bemühten sich die Kreise der nationalkonservativen-militärischen Opposition, neue Strukturen aufzubauen und neue Kontakte zu knüpfen. Vor dem Hintergrund der umfassenden Zustimmung der Bevölkerung zur Politik Hitlers gelang es allerdings weder im Herbst 1939 noch in der Zeit nach dem deutschen Sieg über Frankreich im Sommer 1940, Überlegungen für einen Staatsstreich konkrete Planungen folgen zu lassen.

Gegner Hitlers versuchten auch nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 wiederholt, die Regierungen in London und Paris über die Existenz einer Opposition und deren Ziele in Kenntnis zu setzen. Im Februar 1940 übergab der Diplomat Ulrich von Hassell in Arosa/Schweiz James Byrns, der dem britischen Außenminister Lord Halifax nahestand, ein Memorandum über die Friedensbestrebungen der deutschen Opposition. Auch über ihren Verbindungsmann zum Vatikan, den katholischen Rechtsanwalt Josef Müller, suchten sie 1939/40, die Möglichkeiten für einen Verständigungsfrieden mit England auszuloten. Hans von Dohnanyi, der Schwager des Theologen Dietrich Bonhoeffer, nutzte seine Tätigkeit als Mitarbeiter des Amtes Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht, um ausländische Kreise über den Widerstand in Deutschland und dessen Ziele zu informieren, genauso wie Adam von Trott zu Solz, der als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes viele Auslandsreisen unternehmen konnte.

Doch all ihre Bemühungen scheiterten daran, dass sie im Ausland nicht als Vertreter eines „anderen Deutschlands“ respektiert und als Verhandlungspartner anerkannt wurden. Die

alliierte Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht engte seit 1943 die Verhandlungsmöglichkeiten oppositioneller Kräfte zusätzlich ein.

Zentren des militärischen Widerstands

Die NS-Führung wollte seit Sommer 1941 nicht nur die deutsche Vorherrschaft in Europa sichern, sondern führte einen Vernichtungs- und Weltanschauungskrieg gegen die Sowjetunion. Neben den gnadenlosen Kampf gegen den Kommunismus trat auch der Völkermord an den Juden Europas als wesentliches Kriegsziel. Von Anbeginn des Krieges waren die deutsche Wehrmacht und mit ihr auch Einzelne, die später zu Regimegegnern wurden, an Gewalt- und Kriegsverbrechen beteiligt. Selten wurde Widerspruch erhoben. Erst im Laufe der Jahre überwand mancher Offiziere ihre loyale Haltung bzw. ihre Übereinstimmung mit dem Regime und entschied sich in diesem Gewissenskonflikt gegen Eid, Befehl und Gehorsam und für den Widerstand.

Nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 bildeten sich drei erkennbare Zentren militärischer Widerstandsaktivitäten:

In der von Admiral Wilhelm Canaris geleiteten Abwehr, dem militärischen Nachrichtendienst, sammelten sich um Hans Oster und Hans von Dohnanyi weitere entschlossene Gegner des nationalsozialistischen Regimes, die – wie Dietrich Bonhoeffer, Otto Carl Kiep, Justus Delbrück oder Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg – gezielt für diese Dienststelle angefordert wurden. Offiziell im Dienste des NS-Staates angestellt, ermöglichten Dohnanyi und Oster 1942 mit der Unterstützung von Canaris verfolgten Juden die Flucht in die Schweiz.



Lagebesprechung beim Stab der Heeresgruppe Mitte an der Ostfront 1943, wo sich um Henning von Tresckow eine der stärksten militärischen Oppositionsgruppen sammelt. V.l.: Hauptmann Friedhelm Graf von Matuschka, Oberleutnant Risler, Oberstleutnant Berndt von Kleist, Oberst i.G. Georg Schulze-Büttger, Major i.G. Pretzell, Oberst i.G. Henning von Tresckow, Oberleutnant Kahlenberg, Leutnant Genth, Oberleutnant Fabian von Schlabrendorff

Privatbesitz

In der Heeresgruppe Mitte unterhielt seit Herbst 1941 Oberst im Generalstab (i. G.) Henning von Tresckow Kontakte zu oppositionellen Offizieren. Abgestoßen durch die rücksichtslose Kriegsführung, kritisierte er unfähige Befehlshaber und war sehr gut über die Verbrechen informiert, die bei der „Partisanenbekämpfung“ und durch die „Einsatzgruppen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD“ begangen wurden. Tresckow gelang es, einzelne Kontakte zwischen dem Allgemeinen Heeresamt im Berliner Bendlerblock und hohen Offizieren an der Ostfront zu vermitteln. Er war überzeugt, man müsse „Hitler wie einen tollen Hund abschießen“. Dies rechtfertigte er als Notwehr und sittliche Verpflichtung.

Tresckow konnte einige seiner Kameraden dafür gewinnen, unter Einsatz ihres Lebens Attentatsversuche auf Hitler auszuführen. So erklärten sich 1943 die Brüder Philipp und Georg Freiherren von Boeselager bereit, Hitler bei einem Frontbesuch zu töten, was aber Generalfeldmarschall von Kluge verbot, weil er bürgerkriegsähnliche Zustände zwischen Heer und SS befürchtete. Rudolf-Christoph Freiherr von Gersdorff plante, sich am 21. März 1943 im Berliner Zeughaus mit Hitler in die Luft zu sprengen. Sein Attentatsversuch scheiterte, weil Hitler sich nur überraschend kurz dort aufhielt. Im Herbst 1943 war Axel Freiherr von dem Bussche bereit, sich bei der Präsentation neuer Uniformen zusammen mit Hitler zu töten. Die Begegnung kam nicht zustande, weil die Uniformen bei einem Luftangriff auf Berlin zerstört wurden.

Ein weiteres Zentrum der militärischen Opposition bildete sich um Friedrich Olbricht, seit 1940 Chef des Allgemeinen Heeresamtes im Oberkommando des Heeres in Berlin. In seinem Stab wurden Pläne für den Fall innerer Unruhen oder von Aufständen von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen ausgearbeitet. Dabei sollten die vollziehende Gewalt im Reich und die militärische Kommandogewalt auf den Befehlshaber des Ersatzheeres, Friedrich Fromm, übergehen. Olbricht stimmte sich mit den Widerstandskreisen um Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler ab und betrieb die Ausarbeitung und Umwandlung dieser Notfallpläne in Instrumente für einen Umsturz. „Walküre“ war die Bezeichnung für diese Pläne, zu deren Präzisierung Olbricht systematisch Regimegegner in seinen Stab holte. Im Herbst 1943 forderte er Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Stabschef für das Allgemeine Heeresamt an. Gemeinsam mit Tresckow bereitete dieser den Umsturzversuch vor, der die NS-Herrschaft beseitigen sollte.

Motive und Zielvorstellungen

Die Motive der militärischen Opposition gegen Hitler, die in den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 mündeten, waren vielfältig und durchaus nicht widerspruchsfrei. Die weltanschaulichen Überzeugungen der Verschwörer umfassten ein breites Spektrum von Ideen und Vorstellungen. Ewald von Kleist-Schmenzin sprach sich bereits 1933 scharf gegen die nationalsozialistische Diktatur aus. Für viele Offiziere waren jedoch auch militärfachliche Probleme von großer Bedeutung, etwa die aus ihrer Sicht operativ falsche Kriegsführung. Friedrich Karl Klausling betonte in einer Vernehmung im August 1944: „Nach unserer Meinung waren diejenigen Offiziere, die die Lage offen und wahr schilderten, abgesetzt worden. Deshalb haben wir eine Änderung in der Führung der deutschen Wehrmacht für erstrebenswert gehalten.“

Axel Freiherr von dem Bussche war zum Attentat auf Hitler bereit, nachdem er eine Massenerschießung von Juden beobachtet hatte. Auch viele andere Widerstandskämpfer waren über die nationalsozialistischen Gewalttaten so entsetzt, dass



Privatbesitz

Besichtigung des Kavallerieregiments Mitte durch Generalfeldmarschall Günther von Kluge (M.), Rittmeister Philipp Freiherr von Boeselager (l.) und Major Georg Freiherr von Boeselager (r.). Beide Brüder erklären sich 1943 bereit, Hitler bei einem Frontbesuch zu töten.



Privatbesitz

Seit November 1939 ist der Reserveoffizier Ulrich-Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanenfeld (r.) ein enger Mitarbeiter des späteren Generalfeldmarschalls und Oberbefehlshabers West Erwin von Witzleben (l.).

Im März 1943 holt Hans Oster Schwerin nach Berlin, wo er sich in vielfältiger Weise an den Staatsstreichvorbereitungen beteiligt. Vorgesehen als Staatssekretär des designierten Staatsoberhauptes Ludwig Beck, gehört Schwerin bis zuletzt zum engsten Kreis der Verschwörer.

sie jedes Risiko einzugehen bereit waren, um auf diese Weise den Verbrechen ein Ende zu setzen. Ulrich-Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanenfeld konfrontierte Roland Freisler, den Präsidenten des „Volksgerichtshofs“, noch im Prozess mit den „vielen Morden“ der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft.

Der 20. Juli 1944 war kein „Militärputsch“. Die beteiligten Offiziere und Soldaten erkannten immer das Primat der Politik an. Zwar lag ihnen eine Demokratie nach dem Vorbild der Weimarer Republik eher fern, doch wollten sie keine Militärjunta an die Spitze des Staates stellen. Vielmehr sollte Deutschland von der Diktatur befreit, der Krieg beendet und es sollten neue politische Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Militärische Macht war Mittel, nicht Ziel des Umsturzversuches. Die drohende militärische Niederlage, die politische Isolation des Deutschen Reiches, der Wunsch, die Substanz des deutschen Nationalstaats zu bewahren, vor allem aber auch der Wille, die NS-Gewaltverbrechen zu beenden, stellten unverkennbar wichtige Motive vieler Widerstandskämpfer dar.

Die Gegner Hitlers, die den Umsturzversuch des 20. Juli 1944 vorbereiteten, mussten sich fortlaufend über ihre unterschiedlichen außen- und innenpolitischen Zielvorstellungen verständigen. Dies betraf auch die Umsturzplanungen von militärischer und ziviler Seite, die miteinander verzahnt werden mussten. So hatten schon 1940, als es noch keine reale Chance für einen Umsturzversuch gab, Johannes Popitz und Ulrich von Hassell den Entwurf für ein „Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben (Vorläufiges Staatsgrundgesetz)“ vorgelegt, das den Rechtsstaat wiederherstellen und die Verfolgung der Juden beenden sollte.

Zur Diskussion standen der Verwaltungsaufbau, die Gliederung der Wehrmachtsspitze, die Grundlinien sozialer Politik sowie der Kultur-, Wirtschafts- und Außenpolitik ebenso wie die Zusammensetzung einer neuen Regierung nach dem Sturz des NS-Regimes. Die Debatten und Gespräche spiegelten die unterschiedlichen Traditionen politischen Denkens wider. Sozialdemokratische Vorstellungen, wie sie etwa Julius Leber und Wilhelm Leuschner einbrachten, mussten mit konservativeren Ordnungsvorstellungen, wie sie bei Carl Friedrich Goerdeler und Johannes Popitz vorherrschten, in Einklang gebracht werden. Doch allen Beteiligten war klar, dass sie die politische Situation nach einem gelungenen Umsturzversuch nicht vorher bestimmen konnten. Politische Zielsetzungen hatten daher immer provisorischen Charakter und hätten sich der politischen Realität nach einem erfolgreichen Umsturz stellen müssen.

Ihre gemeinsamen Grundüberzeugungen halfen den Widerstandskämpfern, politische Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. In der gemeinsamen Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat überschritten sie die engen Grenzen des obrigkeitstaatlichen Denkens und des außenpolitischen Hegemonialstrebens. Aus dem Geist des Widerstands entstand so ein Gegenbild zum totalitären „Dritten Reich“, das viele Widerstandskämpfer später auch vor dem „Volksgerichtshof“ verteidigten. Sie traten für die Menschenwürde als höchsten politischen Grundwert ein und bestritten dem Staat das Recht, über Leben und Gewissen seiner Bürgerinnen und Bürger zu verfügen.

Grundlegendes Motiv des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 war die „Wiederherstellung der vollkommenen Majes-

tät des Rechts“. Dies hieß nach mehr als elf Jahren Diktatur in Deutschland die Wiedererrichtung des Rechtsstaates als Garant der unveräußerlichen Menschenrechte. Recht gegen Gewalt, nicht Gewalt gegen Gewalt war eine zentrale Forderung. In den Plänen der Verschwörer für die vorläufige Besetzung von Regierungsämtern waren Ludwig Beck als Staatsoberhaupt und Carl Friedrich Goerdeler als Reichskanzler vorgesehen. Für den Posten als Vizekanzler war Wilhelm Leuschner im Gespräch. Doch all dies waren vorläufige Planungen.

Die Widerstandskämpfer der Gruppen des 20. Juli 1944 waren darin einig, dass sich die Deutschen nach dem Ende des Krieges der Verantwortung für das Unrecht stellen mussten, das sie den Völkern Europas und vor allem den Juden antan hatten. Nach dem Völkermord an den europäischen Juden, an den Sinti und Roma und nach den anderen Verbrechen in den besetzten Gebieten war für sie nichts anderes denkbar. In der für den 20. Juli 1944 geplanten Regierungserklärung hieß es deshalb: „Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt.“

Auf dem Feld der Außenpolitik waren viele konservative Gegner der Nationalsozialisten noch durch die Traditionen machstaatlichen Denkens geprägt. Sie hatten deshalb in der frühen Kriegsphase selbstbewusst die Interessen des deutschen Reiches gegenüber den Staaten Europas durchsetzen wollen. Einige unterstützten frühzeitig den Diplomaten Ulrich von Hassell, der einen Ausgleich mit den Westmächten anstrebte, um so eine Position der Stärke gegenüber der Sowjetunion zu gewinnen. Andere folgten dem Plan des langjährigen deutschen Botschafters in Moskau, Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, der eine Verständigung mit der Sowjetunion suchte.

Jüngere Diplomaten wie Adam von Trott zu Solz, Hans-Bernd von Haefen und andere Mitglieder des Kreisauer Kreises wollten dagegen den Nationalstaat überwinden und entwickelten den Gedanken einer europäischen Konföderation. Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts wollten sie eine Friedensordnung schaffen, die auf gegenseitigem Vertrauen aufgebaut sein sollte und so Wettrüsten und Angriffskriege unmöglich machte.

Dabei sollte Deutschland über die eigenen territorialen Interessen hinaus eine besondere Verpflichtung für Frieden und politische Ordnung im Rahmen einer europäischen Konföderation übernehmen. Nach einem sofort anzustrebenden Waffenstillstand sollte der Friedensschluss die Völker Europas miteinander versöhnen und die Grundlage für eine neue Friedensordnung schaffen. Aus dem Wunsch, ein von allen Staaten respektiertes Friedenssystem zu bilden, entwickelte sich ein zukunftsweisendes Bewusstsein von Europa als neuer politischer Einheit auf föderaler Grundlage.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Claus Schenk Graf von Stauffenberg wurde am 15. November 1907 in Jettingen geboren und besuchte wie seine zwei Jahre älteren Brüder, die Zwillinge Alexander und Berthold, das Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart.

Seit 1923 zählten die drei Brüder zum Kreis des Dichters Stefan George. Sie verstanden sich als Teil einer verantwortungsbewussten Elite und als Vorkämpfer für ein „geheimen Deutschland“, das am Denken des Dichters ausgerichtet sein sollte. Georges Tod im Dezember 1933 erschütterte Claus von Stauffenberg, Verse des Lyrikers dienten ihm in späterer Zeit als Maximen seines Handelns und Verhaltens. Doch auch Grundsätze des katholischen Christentums waren tief in Stauffenberg verankert. Eine enge Freundschaft verband ihn mit den Bildhauern Ludwig Thormaehlen und Frank Mehnert, die er aus dem Kreis um Stefan George kannte.

Nachdem er seine militärische Generalstabsausbildung 1926 begonnen hatte und im Mai 1933 zum Leutnant ernannt worden war, heiratete Claus Schenk Graf von Stauffenberg im September 1933 Nina Freiin von Lerchenfeld. Zu seinen Kindern hatte der Vater ein enges und herzliches Verhältnis.

Stauffenberg war ein besonders begabter Offizier. Dem Nationalsozialismus stand er anfänglich positiv gegenüber und begrüßte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Nach Fronteinsätzen in Polen und Frankreich wurde er 1941 zum Generalstab des Heeres versetzt. Doch 1942 kritisierte er nicht nur Hitlers Kriegsführung und dessen strategische Entscheidungen, sondern hatte sich grundsätzlich vom NS-System abgewandt. Die völkerrechtswidrige Kriegsführung, der Massenmord an den Juden und die Unterdrückung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten ließen ihn im Sommer 1942 zu dem Schluss kommen, dass ein Umsturzversuch und ein Attentat auf Hitler zwingend notwendig waren.

Umsturzvorbereitungen

Im Februar 1943 wurde Stauffenberg nach Nordafrika versetzt und dort am 7. April 1943 schwer verwundet. Er verlor die rechte Hand, den kleinen und den Ringfinger der linken Hand sowie das linke Auge. Kurz vor der Kapitulation der deutschen Afrika-Truppen konnte er über Italien ins Lazarett nach München gebracht werden.

Nach seiner Genesung war Stauffenberg ab Mitte September 1943 Chef des Stabes im Allgemeinen Heeresamt unter General Friedrich Olbricht. Zu diesem Zeitpunkt zählte er bereits zum engsten Kreis der entschlossenen Verschwörer und nutzte seine Position für die weiteren Attentats- und Umsturzvorbereitungen.

Stauffenbergs persönliche Ausstrahlung war groß, seine fachliche Kompetenz anerkannt. So führte er viele Gegner des Regimes zusammen und fand unter ihnen enge Freunde. Peter Graf Yorck von Wartenburg vermittelte ihm den Kontakt zum früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Julius Leber, der ebenso wie Yorck und Adam von Trott zu Solz zum Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke zählte. Auch mit Vertretern der Gewerkschaftsbewegung wie Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser, Hermann Maaß und Max Habermann führte Stauffenberg im Herbst 1943 intensive Gespräche. Mit Stauffenbergs Wissen sprachen Julius Leber und Adolf Reichwein im Juni 1944 mit kommunistischen Widerstandskämpfern in Berlin.



V.l.: Oberst i.G. Reinhard Gehlen, Oberstleutnant i.G. Coelestin von Zitzewitz und Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf der Fahrt nach Winniza, Sommer 1942

Privatbesitz



Claus Schenk Graf von Stauffenberg (l.), Adolf Hitler und Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (r.), Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen, 15. Juli 1944

Stauffenberg plant den Anschlag auf Hitler bereits für den 15. Juli 1944. Doch Hitler verlässt die Lagebesprechung, bevor Stauffenberg die letzten Abstimmungen mit den Verschwörern in Berlin abgeschlossen hat und den Sprengkörper scharf machen kann. In Berlin löst General Friedrich Olbricht an diesem Tag die Operation „Walküre“ aus, in deren Verlauf wichtige Schaltstellen von Staat, NSDAP und Wehrmacht in Berlin besetzt werden sollen. Olbricht kann sie nur mühsam abbrechen und nachträglich als Probealarm tarnen.

Bundesarchiv, Bild 146-1984-079-02

Attentat und Umsturzversuch

Die Lagebesprechungen Hitlers schienen eine Möglichkeit zu bieten, den Diktator auszuschalten. Deshalb konzentrierte sich Stauffenberg nach mehreren misslungenen Attentatsversuchen anderer und Verhaftungen prominenter Mitverschwörer wie Julius Leber und Adolf Reichwein darauf, Hitler durch einen Bombenanschlag im Führerhauptquartier zu töten. Seit Mitte Juni 1944 hatte er als Stabschef des Befehlshabers des Ersatzheeres dort Zugang. Obwohl er persönlich die Tat ausführen wollte, blieb Stauffenberg auf die Unterstützung seiner Freunde angewiesen: Sprengstoff musste beschafft und transportiert werden, die Flucht aus dem Hauptquartier vorbereitet und eine weitgehende Nachrichtensperre verhängt werden. Erst dadurch entstand die Chance, das Attentat in einen Umsturz des Systems münden zu lassen, der unter dem Stichwort „Operation Walküre“ vorbereitet wurde.

Die Bombe, die Stauffenberg am 20. Juli in seiner Aktentasche bei sich trug, enthielt zwei Sprengstoffpakete mit chemischen Zeitzündern. Hauptmann Wessel Freiherr Freytag von Loringhoven verfügte als Chef der Abteilung Sabotage im Amt Ausland/Abwehr über Zugang zu Sprengmaterial. Er hatte den Sprengstoff für die Attentäter beschafft und Oberstleutnant Fritz von der Lancken in Potsdam zur Verwahrung gegeben. Von dort war die Aktentasche mit zwei verschnürten Sprengstoffpaketen am Nachmittag des 19. Juli 1944 zur Wohnung Stauffenbergs in Berlin gebracht worden.

Stauffenberg flog am Morgen des 20. Juli gemeinsam mit seinem Adjutanten Werner von Haeften zum „Führerhauptquartier Wolfschanze“ in Rastenburg (heute Kętrzyn). Dabei behielt er die Tasche mit dem Sprengstoff stets in seiner Nähe. Kurz vor 12.30 Uhr zog er sich unter einem Vorwand zurück und zerdrückte mit einer Zange die Säureampulle eines Zeitzünders. Da er dabei gestört und zur Lagebesprechung gerufen wurde, gelang es ihm nicht mehr, das zweite Sprengstoffpaket scharf zu machen. Es verblieb in der Tasche Werner von Haefdens, der es kurz darauf bei der Flucht aus dem Wagen warf.

Stauffenberg konnte den Sprengkörper unter dem Kartentisch in der Nähe von Hitlers Standort ablegen. Danach verließ er unbemerkt den Raum und beobachtete aus einiger Entfernung die Detonation gegen 12.42 Uhr. Unglückliche Zufälle verhinderten den Erfolg des Anschlags: Hitler blieb am Leben. Der schwere Eichentisch, über den er sich zum Zeitpunkt der Explosion beugte, hatte seinen Körper geschützt. Zudem hatte die Besprechung nicht im Bunker, sondern in einer Baracke in Leichtbauweise stattgefunden, wo die Explosionskraft des einen Sprengstoffpakets nicht ausreichend war und viel von ihr nach außen entwich.

Stauffenberg glaubte jedoch, dass sein Attentat gelungen war. Er konnte das „Hauptquartier“ im letzten Moment vor der Abriegelung verlassen und flog nach Berlin, um dort im Oberkommando des Heeres in der Bendlerstraße, der Zentrale der Verschwörung, den Umsturzversuch voranzutreiben.



Der zerstörte Besprechungsraum im „Führerhauptquartier Wolfschanze“ nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Alle 24 Personen, die sich zum Zeitpunkt der Explosion in diesem Raum aufhalten, werden verwundet. Vier von ihnen erliegen später ihren Verletzungen, Hitler überlebt den Anschlag nur leicht verletzt.

„Walküre“

Um 15.15 Uhr erreichte die erste Nachricht vom Anschlag das Allgemeine Heeresamt im Bendlerblock, um 15.45 Uhr meldete Werner von Haeften telefonisch, Hitler sei tot. Doch die dortigen Mitverschworenen hatten keine gesicherten Informationen und warteten ab. Erst gegen 16.00 Uhr wurde von Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Friedrich Olbricht die Operation „Walküre“ ausgelöst. Die vollziehende Gewalt sollte nun auf Generaloberst Friedrich Fromm, den Befehlshaber des Ersatzheeres, übergehen, der sein Hauptquartier im Bendlerblock hatte. Außerdem mussten wichtige Schaltstellen der Macht und des Nachrichtenwesens besetzt und gesichert werden. Kurz darauf trafen Stauffenberg und Haeften im Bendlerblock ein. In den folgenden Stunden versuchten Stauffenberg, Mertz, Beck und Olbricht verzweifelt, Unterstützung für den Umsturzversuch zu erhalten.

Die „Walküre“-Pläne boten den Verschwörern eine fast perfekte Tarnung: Den in Marsch zu setzenden Einheiten sollte der Eindruck vermittelt werden, nach Hitlers Tod hätten hohe Nationalsozialisten mit einem Putsch die Führung an sich reißen wollen. Deshalb müssten wichtige Schaltstellen der Macht, vor allem in der Reichshauptstadt Berlin, von Wehrmachtsverbänden abgesperrt und notfalls auch gegen SS-Einheiten verteidigt werden. Doch nur wenige Truppenteile wurden zwischen 16.00 und 18.00 Uhr in Marsch gesetzt. Denn als sich Fernmeldungen vom Überleben Hitlers mit Fernschreiben der Verschwörer aus dem Bendlerblock kreuzten und widersprachen, verhielten sich die meisten Offiziere abwartend. Als schließlich die Nachricht von Hitlers Überleben ab 18.28 Uhr mehrfach im Rundfunk gesendet wurde, verunsicherte dies auch die Mitverschworenen in der Stadtkommandantur und im Wehrkreiskommando.

Scheitern des Umsturzes

Da Hitler den Bombenanschlag überlebt hatte, konnten die Vertrauensleute der Verschwörer im „Führerhauptquartier Wolfschanze“ die Verbindungen nach außen über Telefon und Funk nicht lange unterbrechen. Deshalb waren Hitler, Reichsinnenminister Heinrich Himmler, Hitlers Sekretär Martin Bormann und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel ab dem späten Nachmittag in der Lage, Gegenbefehle zu erlassen, die alle Bemühungen der Verschwörer zunichtemachten.

Viele Offiziere in den entscheidenden Positionen im Bendlerblock und in den Wehrkreisen beriefen sich jetzt auf ihren Eid und bekannten sich zu Hitler. Friedrich Fromm, Befehlshaber des Ersatzheeres, hatte den Verschwörern verweigert, den Befehl zur Auslösung der Operation „Walküre“ zu unterschreiben, wozu nur er berechtigt war. Daraufhin hatten ihn die Verschwörer festgesetzt. Gegen 22 Uhr wurde er durch regimetreue Offiziere befreit und befahl am späten Abend, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Werner von Haeften, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Friedrich Olbricht im Innenhof des Bendlerblocks zu erschießen. Ludwig Beck war kurz zuvor nach einem missglückten Selbstmordversuch auf Befehl Fromms erschossen worden.

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erreichte der nationalsozialistische Terror in Deutschland einen neuen Höhepunkt. Eine von der Gestapo eingesetzte „Sonderkommission 20. Juli 1944“ nahm mehr als 600 Menschen fest. Die Offiziere unter ihnen wurden aus der Wehrmacht ausgestoßen. Der nationalsozialistische „Volksgerichtshof“ verurteilte die meisten von ihnen gemeinsam mit den zivilen Beteiligten am Umsturzversuch zum Tode. Allein in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee wurden 89 Menschen erhängt oder enthauptet, die den Widerstandskreisen des 20. Juli 1944 zugeordnet werden können oder diese unterstützt hatten. Andere kamen in der Haft ums Leben oder wählten den Freitod. Insgesamt fielen der nationalsozialistischen Verfolgung im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 etwa 150 Menschen zum Opfer.

Am 30. Juli 1944 befahl Adolf Hitler die „Sippenhaft“ gegen die Familien der am Umsturzversuch Beteiligten sowie gegen die Familien der Soldaten und Offiziere, die sich in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft dem Nationalkomitee „Freies Deutschland“ angeschlossen hatten. Dies betraf mehr als 300 Menschen, darunter viele Kinder, die unter falschen Namen in ein nationalsozialistisches Kinderheim in Bad Sachsa verschleppt wurden. Im September 1944 wurden die ersten „Sippenhäftlinge“ wieder aus der Haft entlassen. Für die anderen begann im Januar 1945 eine Odyssee durch verschiedene Konzentrationslager, die erst mit der Befreiung Ende April 1945 in Tirol endete. Viele Kinder aus dem Kinderheim in Bad Sachsa kehrten erst nach Kriegsende zu ihren Müttern zurück. Die meisten Väter waren der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz zum Opfer gefallen.



Privatbesitz

HENNING VON TRESCKOW

Der 1901 geborene Berufsoffizier Henning von Tresckow begrüßte zunächst die Machtübernahme der Nationalsozialisten, dis-

tanzierte sich dann aber zunehmend von der Politik Hitlers und stellte sich nach den Novemberpogromen 1938 auf die Seite der entschlossenen Regimegegner. 1940 wurde er als Oberstleutnant zur Heeresgruppe B versetzt, die 1941 vor dem Überfall auf die Sowjetunion in Heeresgruppe Mitte umbenannt wurde. Dort versammelte sich eine Gruppe von oppositionellen Offizieren, in der Tresckow eine führende Rolle innehatte.

Ende Juli 1943 wurde Tresckow in die „Führerreserve“ versetzt, hatte also vorübergehend keine Aufgabe und war von Fronteinsätzen vorerst entbunden. Er nutzte die Gelegenheit, um zusammen mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg, den er bereits im Juli 1941 an der Ostfront kennen und schätzen gelernt hatte, in Berlin die „Walküre“-Pläne, die für den Fall innerer

Unruhen gedacht waren, in einen Staatsstreichplan für die Opposition umzuarbeiten. Im Herbst 1943 wurde er an die Ostfront versetzt und hielt als Generalmajor Kontakt zu den Verschwörern um Stauffenberg, ohne direkt eingreifen zu können. Unmittelbar vor dem Anschlag vom 20. Juli 1944 bestärkte Henning von Tresckow Stauffenberg in seinem Entschluss, das Attentat auszuführen.

Einen Tag nach dessen Scheitern tötete sich Tresckow an der Front bei Ostrów in Polen mit einer Gewehrsprenggranate. Man glaubte zunächst, er sei im Kampf gefallen. Die späteren Prozesse gegen die Urheber und Mitwisser der „Walküre“-Pläne brachten seine Beteiligung an dem Umsturzversuch ans Licht. Seine Familie wurde in „Sippenhaft“ genommen.



Privatbesitz

AXEL FREIHERR VON DEM BUSSCHE

Der 1919 geborene Berufssoldat Axel von dem Bussche trat 1937 in das traditionsreiche Potsdamer Infanterieregiment 9 ein.

Er nahm am Überfall auf Polen und an der Besetzung Frankreichs teil und wurde schließlich als Regimentsadjutant bei Dubno (Ukraine) am 5. Oktober 1942 Augenzeuge der Ermordung von mehreren tausend Juden. Dieses Verbrechen erschütterte ihn zutiefst.

Bussche, der eng mit Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg befreundet war, wurde von diesem in die Pläne der Verschwörer eingeweiht und traf im Oktober 1943 in Berlin Claus von Stauffenberg. Als sich im November 1943 eine Gelegenheit bot, in die Nähe Hitlers zu gelangen und ihn zu töten, war Bussche unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Verbrechen dazu bereit. Er wollte Hitler bei der Vorführung neuer Uniformen töten, die für den 21. November im „Führerhaupt-

quartier Wolfschanze“ vorgesehen war. Bussche gehörte zu der kleinen Gruppe jener Soldaten, die Hitler die Modelle präsentieren sollten. Zwei Tage wartete Bussche in der Gästebarracke der „Wolfschanze“, doch die Vorführung kam nicht zustande.

Kurz nach seinem gescheiterten Attentatsversuch wurde Bussche im Januar 1944 an der Ostfront schwer verwundet, ein Bein musste amputiert werden. Wegen seines Lazarettaufenthalts konnte er sich an den unmittelbaren Vorbereitungen für den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 nicht beteiligen. Seine Attentatsvorbereitungen vom November 1943 blieben von der Gestapo unentdeckt.



Privatbesitz

ULRICH-WILHELM GRAF VON SCHWERIN VON SCHWANENFELD

Ulrich-Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanenfeld, 1902 geboren, wurde in

München 1923 Zeuge des „Hitlerputsches“, der den gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Regierung zum Ziel hatte. Dieses Erlebnis begründete seine Ablehnung des Nationalsozialismus.

Seine aktive Widerstandsarbeit begann 1938 mit seinen Freunden Peter Graf Yorck von Wartenburg und Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Bereits 1938 wurde Schwerin dank seiner Kontakte zum Auswärtigen Amt und zum Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht Verbindungsglied zwischen zivilem und militärischem Widerstand. Als Reserveoffizier eingezogen, arbeitete er seit November 1939 im Stab und in der unmittelbaren persönlichen Nähe des späteren Feldmarschalls und Oberbefehlshabers an der Westfront, Erwin von Witzleben. Nach der Verabschie-

dung Witzlebens 1942 wurde Schwerin als „politisch unzuverlässig“ von Paris nach Utrecht versetzt.

Im März 1943 holte ihn Hans Oster nach Berlin, wo er sich intensiv an den Staatsstreichvorbereitungen beteiligte. Dort freudete er sich im September 1943 mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. Vorgesehen als Staatssekretär des designierten Staatsoberhauptes Ludwig Beck, gehörte er bis zuletzt zum engsten Kreis der Verschwörer.

Am 20. Juli 1944 wartete Schwerin zusammen mit Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, Yorck und Schulenburg in seinem Büro auf die Nachricht von der Durchführung des Attentats. Schwerin wurde am 21. August 1944 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 8. September 1944 in Berlin-Plötzensee erhängt.



GDW

FRIEDRICH OLBRICHT

Nach dem Abschluss seiner Ausbildung zum Generalstabsoffizier, die durch den Ersten Weltkrieg unterbrochen worden war,

wurde der 1888 geborene Friedrich Olbricht 1926 in die Abteilung „Fremde Heere“ des Reichswehrministeriums berufen und kam 1933 als Stabschef nach Dresden. Im März 1940 wurde er zum Chef des Allgemeinen Heeresamtes beim Oberkommando des Heeres in Berlin ernannt und war in Personalunion seit 1943 auch Chef des Wehrersatzamtes beim Oberkommando der Wehrmacht.

Olbricht betrieb in Abstimmung mit zivilen Oppositionsgruppen um Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler seit 1942 die Ausarbeitung der „Walküre“-Pläne, um den Verschwörern die Übernahme der vollziehenden Gewalt zu ermöglichen.

Nachdem Olbricht 1943 Claus Schenk Graf von Stauffenberg als Stabschef für sein Amt angefordert hatte, weihte er die

sen bei einem Gespräch um den 10. August 1943 in die Planungen der Verschwörer und die bisherigen Ausarbeitungen der „Walküre“-Befehle ein. Die vertrauensvolle Kooperation endete auch nicht, als Stauffenberg im Juni 1944 zum Befehlshaber des Ersatzheeres General Fromm wechselte. Als am 20. Juli 1944 das mehrfach verschobene Attentat auf Hitler verübt wurde, löste Friedrich Olbricht am Nachmittag in Berlin den „Walküre“-Alarm aus. Nach dem Scheitern des Umsturzversuches wurde er noch in der Nacht im Hof des Bendlerblocks zusammen mit Stauffenberg, Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften erschossen.



Privatbesitz

ALBRECHT RITTER MERTZ VON QUIRNHEIM

1905 geboren, absolvierte Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim ab 1923 eine Aus-

bildung zum Berufsoffizier und war seit einem gemeinsamen Lehrgang an der Kriegsakademie in Berlin mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg befreundet. Nach Einsätzen in Polen und Frankreich kam Mertz im Winter 1941 in das „Führerhauptquartier“ Winniza an der Ostfront, wo er mit Stauffenberg bis zu dessen Versetzung nach Afrika zusammenarbeitete.

Mertz erlebte im Winter 1942/43 an der Ostfront die Niederlage von Stalingrad. Im Juni 1944 trat er die Nachfolge Stauffenbergs als Chef des Stabes bei General Friedrich Olbricht an. Mertz gehörte inzwischen zum engsten Kreis der Verschwörer um Stauffenberg. Gemeinsam mit Friedrich Olbricht löste er am 20. Juli 1944 im Berliner Bendlerblock gegen 16.00 Uhr die Operation „Walküre“ aus. Nach

dem Scheitern des Umsturzversuches wurde Mertz, der bis zuletzt versucht hatte, den militärischen Umsturz zum Erfolg zu führen, in der Nacht zum 21. Juli 1944 gemeinsam mit Stauffenberg, Olbricht und Werner von Haeften im Hof des Berliner Bendlerblocks erschossen.

„Hitler ist ein Verbrecher oder Wahnsinniger, wahrscheinlich aber beides. Er muss beseitigt werden, um den aussichtslosen Krieg zu beenden.“

Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim am 25. Juni 1944 gegenüber seiner Schwester Gudrun

„Regierungserklärung“ für den 20. Juli 1944

Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. [...] Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen. [...] Das Recht wird jedem gegenüber, der es verletzt hat, durchgesetzt. Alle Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt. [...] Die Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt. [...]

Es ist ein grober Irrtum, anzunehmen, dass es einer Regierung gestattet sei, das Volk durch Lüge für ihre Ziele zu gewinnen. [...] Die Presse soll wieder frei sein. [...] Die zerbrochene Freiheit des Geistes, des Gewissens, des Glaubens und der Meinung wird wieder hergestellt. [...] Die Konzentrationslager werden aufge-

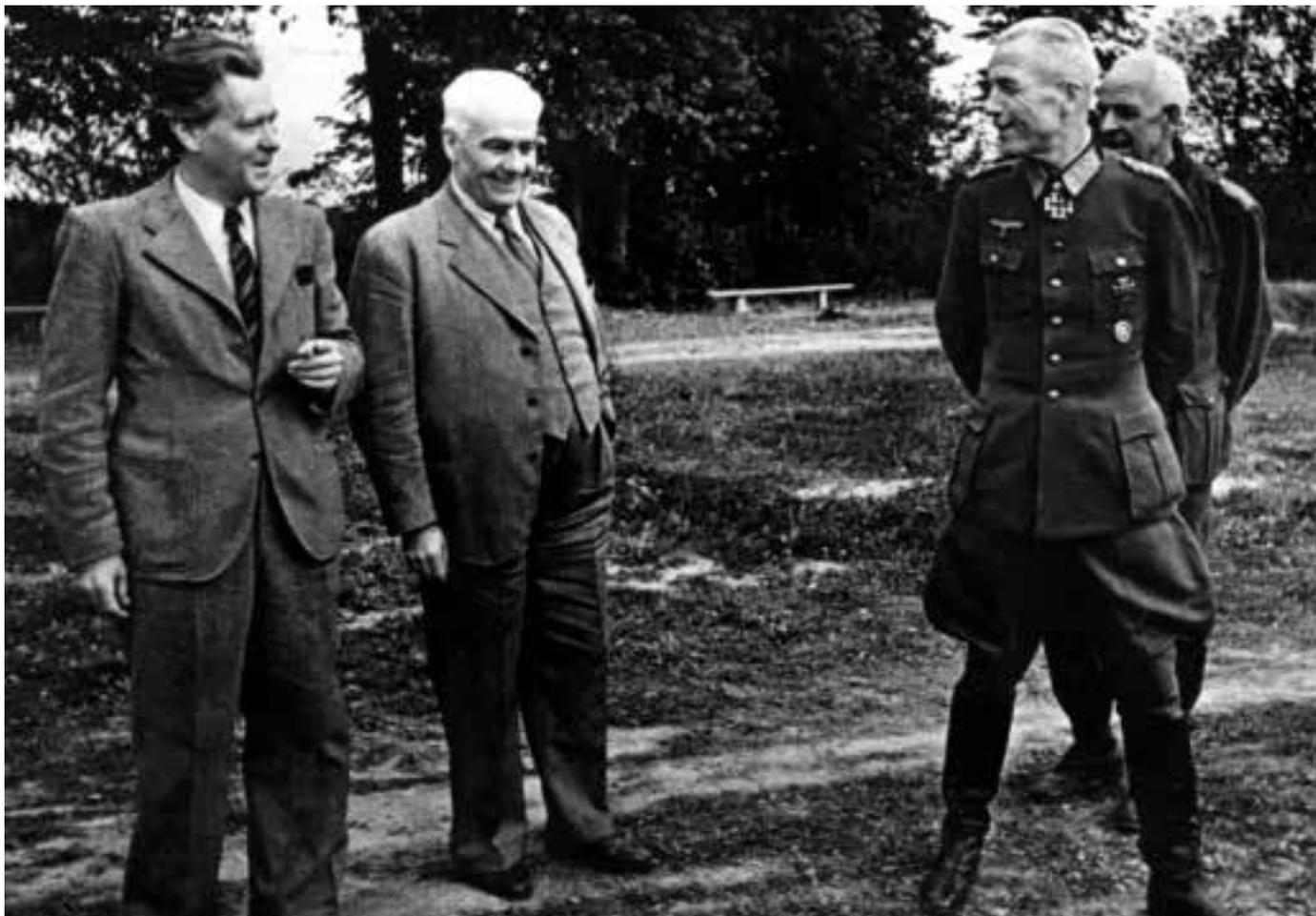
löst, die Unschuldigen entlassen, Schuldige dem ordentlichen gerichtlichen Verfahren zugeführt werden.

Aus der für den 20. Juli 1944 geplanten Regierungserklärung von Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler

Die Konsequenz des eigenen Handelns

Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. [In der griechischen Mythologie: Verderben bringendes Geschenk, das seinen Träger vergiftet – Anm. d. Red.]

Henning von Tresckow, überliefert von Fabian von Schlabrendorff



V.l.: Erich Weinert, Wilhelm Pieck, General Walther von Seydlitz-Kurzbach und Major Albert Hünemörder um 1943. General von Seydlitz-Kurzbach gehört wie Major Hünemörder zu den Gründungsmitgliedern des Bundes Deutscher Offiziere, der kurz nach seiner Gründung im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) aufgeht.

Widerstand von außen

Während des Krieges kämpften deutsche Emigranten als Soldaten in den alliierten Armeen oder schlossen sich den Partisanengruppen im deutsch besetzten Europa an. Sie waren aus politischen Gründen geflohen oder weil sie als Juden verfolgt worden waren und wollten so Deutschland von der NS-Herrschaft befreien. Ihre deutschen Sprachkenntnisse setzten einige in speziellen Propagandaeinheiten ein: Mit Hilfe von Flugblättern klärten sie Wehrmachtssoldaten über den tatsächlichen Kriegsverlauf auf und wollten sie zur Aufgabe bewegen.

Ab 1941 gerieten immer mehr deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft. In amerikanischer und britischer Gefangenschaft lernten sie Grundsätze freiheitlicher Demokratie kennen, in sowjetischer Gefangenschaft wurden sie vielfach mit der Frage konfrontiert, ob sie den Vernichtungskrieg in der Sowjetunion rechtfertigen könnten.

Im Sommer 1943 wurde im Kriegsgefangenenlager Krasnogorsk bei Moskau auf Initiative der sowjetischen Führung und unter Beteiligung deutscher kommunistischer Emigranten um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ (NKFD) gegründet. Es sollte deutsche Kriegsgefangene beeinflussen, rief zum Sturz des NS-Regimes und zur Desertion aus der Wehrmacht auf. Schnell wurde aber deutlich, dass die Propaganda des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ ohne Unterstützung gefangener deutscher

Generale wirkungslos bleiben würde. Es gelang, einige hohe deutsche Offiziere zur Mitarbeit zu gewinnen. Ihnen war von ihren sowjetischen Gesprächspartnern versprochen worden, den Bestand des Deutschen Reiches zu garantieren, wenn sich die Wehrmachtsführung von Hitler abwende, dadurch sein Regime beseitige und den Befehl zum geordneten Rückzug auf die Reichsgrenzen gebe. Im Spätsommer 1943 wurde der Bund Deutscher Offiziere gegründet und wenig später mit dem NKFD vereinigt. Er sollte möglichst viele der Offiziere ansprechen, die dem Kommunismus ablehnend gegenüberstanden. Als sich zeigte, dass die Rote Armee auch ohne Hilfe des NKFD die deutsche Front unaufhaltsam zurückdrängte, verlor es für die Sowjetunion ab 1944 seine Bedeutung und wurde kurz nach Kriegsende im Herbst 1945 aufgelöst.

In amerikanischer Kriegsgefangenschaft fanden sich ab 1943 Gleichgesinnte zusammen, die sich innerlich vom Nationalsozialismus gelöst hatten. Sie versuchten, ihre Kameraden durch Vorträge und Lagerzeitschriften zu beeinflussen und warben für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands. 300 Gegner des NS-Regimes, darunter vorwiegend politische Zwangsrekrutierte, die in Strafddivisionen der „999er“ (siehe S. 37) Wehrdienst leisten mussten, befanden sich von Mai 1943 bis zum Sommer 1947 in Kriegsgefangenschaft in Französisch-Nordafrika. In der Tradition der Arbeiterbewegung konnten diese Regimegegner über das Kriegsende hinaus vielen jungen gefangenen Soldaten des Afrika-Korps die Idee eines demokratischen Nachkriegsdeutschlands näher bringen.



Privatbesitz

HANNA PODYMACHINA

Hanna Bernstein, 1924 in Berlin geboren, wuchs in einem kommunistischen Elternhaus auf. Ihr Vater Rudolf war KPD-Abgeordneter der Bezirksversammlung Berlin-Mitte und leitete verschiedene Betriebe in Parteibesitz. Er wurde im Februar 1933 festgenommen und im KZ Sonnenburg inhaftiert. Nach seiner Entlassung aus der Haft emigrierte die Familie im Juni 1934 in die Sowjetunion.

Nach ihrem Abitur trat Hanna Bernstein 1942 in eine Propagandaeinheit der Roten Armee ein. Hier nutzte sie ihre deutschen Sprachkenntnisse auf vielfältige Weise: Sie dolmetschte bei Verhören deutscher Kriegsgefangener und Überläufer, wertete erbeutete deutsche Feldpostbriefe aus und verfasste Flugblätter und Aufrufe an die Soldaten der Wehrmacht.

In der Nähe der Frontlinien sprach Hanna Bernstein über einen Lautsprecherwagen zu den Wehrmachtssoldaten, um sie zur Aufgabe des Kampfes zu bewegen. Zeitweise war sie auch mit einem Doppeldeckerflugzeug im Einsatz, mit dem sie nachts über den Stellungen der deutschen Soldaten kreiste und ihre Appelle verlas. Mit ihrem Lautsprecherwagen begleitete sie die sowjetische Armee auf ihrem Weg von der Ukraine bis nach Wien, wo sie im April 1945 das Kriegsende erlebte. 1946 heiratete sie den sowjetischen Hauptmann Semjon Podymachin.



Privatbesitz

DORA SCHAUL

Die 1913 geborene Dora Davidsohn stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin, besuchte eine Handelsschule und arbeitete danach als Büroangestellte. 1933 verließ sie Deutschland und ging nach Amsterdam. Ein Jahr später übersiedelte sie gemeinsam mit ihrem späteren Ehemann Alfred Benjamin nach Frankreich. Bei Kriegsbeginn 1939 wurde Dora Davidsohn in Paris festgenommen, weil sie keine gültigen Papiere vorweisen konnte. Nach der Haft in Paris wurde sie im Oktober 1939 in das südfranzösische

Internierungslager Rieucros, nach dessen Schließung in das Lager Brens gebracht. Während der Internierung heiratete sie Alfred Benjamin.

Im Juli 1942 floh sie aus dem Lager Brens und schloss sich in Lyon dem französischen Widerstand, der Résistance, an. Unter dem Decknamen „Renée Fabre“ arbeitete Dora Benjamin als Französin getarnt bei deutschen Dienststellen, um so wichtige Informationen für die Résistance zu sammeln. Sie nutzte ihre Kontakte zu deutschen Soldaten, um Schriften und Flugblätter gegen den Nationalsozialismus zu verbreiten. Das Kriegsende erlebte Dora Davidsohn in Frankreich.

1946 kehrte sie nach Deutschland zurück. Ihre Eltern und ihre Schwester waren im Vernichtungslager Lublin-Majdanek ermordet worden, ihr Ehemann Alfred Benjamin war während eines Fluchtversuchs in die Schweiz 1942 tödlich verunglückt. Einige Jahre nach dem Krieg heiratete sie Hans Schaul, der 1933 ebenfalls vor den Nationalsozialisten geflohen war, im Spanischen Bürgerkrieg für die Republik gekämpft hatte und später in Frankreich interniert worden war.



Privatbesitz

HENRY ORMOND

Hans Oettinger, 1901 in Kassel als Hans Ludwig Jacobsohn geboren und 1920 adoptiert, studierte Rechtswissenschaft, arbeitete ab 1930 als Staatsanwalt und wenig später als Amtsrichter in Mannheim. Wegen seiner jüdischen Herkunft wurde er 1933 aufgrund des „Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Staatsdienst entlassen.

Ende 1938 wurde er verhaftet und ins KZ Dachau gebracht, aber unter der Auflage, aus Deutschland auszureisen, im März 1939 entlassen. Über die Schweiz gelang ihm die Flucht nach Großbritannien, wo er kurz darauf, nach Beginn des Krieges, als „feindlicher Ausländer“ interniert wurde.

Als ein Geistlicher für ihn bürgte, erhielt Oettinger eine Stelle als Haushaltshilfe, wurde wenig später aber erneut interniert und nach Kanada gebracht. Dort meldete er sich zur britischen Armee und nahm später den Namen Henry Lewis Ormond an. Mit einer Propagandaeinheit der Royal Army kehrte er nach Deutschland zurück. Er verfasste Flugblätter und Aufrufe an die deutsche Bevölkerung, die auch über Lautsprecherwagen verbreitet wurden.

Nach dem Ende des Krieges blieb Henry Ormond in Deutschland und arbeitete wieder als Rechtsanwalt. Dabei engagierte er sich besonders für Opfer des Nationalsozialismus und vertrat ab 1963 die Nebenklage im ersten der Frankfurter „Auschwitz-Prozesse“.



GDW

Belegschaft der Blindenwerkstatt Otto Weidt in der Rosenthaler Straße 39 in Berlin 1941

Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung

Unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann die Ausgrenzung, Diffamierung und Entrechtung der etwa 500 000 deutschen Juden. Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, mit dem die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben einsetzte, die Nürnberger „Rassengesetze“ vom September 1935 und die Pogrome vom 9. November 1938 markierten die wesentlichen Stationen der Judenverfolgung in Deutschland. Nach den Pogromen 1938 wurden mehr als 30 000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt; gesetzliche Vorschriften verschärften die wirtschaftliche und soziale Entrechtung weiter.

Viele Juden erkannten, wie gefährlich das Leben in Deutschland wurde. Sie bereiteten sich seit Mitte der 1930er-Jahre durch Sprachkurse und Umschulungen auf ihre Auswanderung vor. Mehr als 300 000 Juden konnten bis zum Kriegsbeginn im Herbst 1939 aus Deutschland fliehen.

Dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas fielen rund sechs Millionen Menschen zum Opfer, von denen die meisten erschossen oder mit Giftgas ermordet wurden. Darunter waren auch mehr als 160 000 deutsche Juden. Sie wurden seit Oktober 1941 vor allem in die Vernichtungslagerstätten in den deutsch besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion deportiert und dort ermordet.

Etwas 10 000 bis 12 000 deutsche Juden versuchten sich dieser tödlichen Bedrohung zu entziehen. Da Auswanderung ab 1941 verboten und auch auf illegale Weise nahezu unmöglich war, blieb nur die Flucht in den Untergrund – mit höchst ungewissem Ausgang. Wer „untertauchte“, widersetzte sich der Diktatur. Verstecke mussten gefunden und häufig gewechselt werden. Dabei bestand ständig die Gefahr des Verrats und der Entdeckung. Vermutlich mehr als die Hälfte derjenigen, die sich in Deutschland der Deportation entzogen, tat dies in Berlin. Viele tauchten erst 1943 unter, als die verbliebenen Juden, die überwiegend in der Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisteten, deportiert werden sollten. In Deutschland überlebten etwa 5000 „Untergetauchte“, davon über 1900 in Berlin.

Gelingen konnte dies meist nur mit Hilfe von Menschen, die bereit waren, Verfolgte zu unterstützen. Unter Gefährdung der eigenen Person besorgten diese „stillen Helden“ Lebensmittel, beschafften falsche Papiere, leisteten Fluchthilfe, stellten Quartiere zur Verfügung oder versteckten die Verfolgten bei sich. Viele wurden zu Rettern, weil sie von Verfolgten oder anderen Helfern gezielt um Hilfe gebeten wurden. Andere wiederum ergriffen selbst die Initiative zur rettenden Unterstützung. Sie appellierten etwa an jüdische Freunde, sich nicht deportieren zu lassen, und sagten ihnen Hilfe für ein Leben im Untergrund zu. Weltanschauliche und politische Motive waren für die Hilfe ebenso von Bedeutung wie spontanes Mitgefühl. Dadurch konnten sie die Angst um die eigene Person und die Familie sowie die berechtigte Furcht vor der Gestapo überwinden.

Häufig entwickelten sich im Verlauf von Rettungsversuchen Netzwerke von Helfenden. Für jeden „Untergetauchten“ waren bis zu zehn, bisweilen auch erheblich mehr nichtjüdische Unterstützer aktiv. Viele Hilfsaktionen scheiterten jedoch. Schätzungen gehen heute von insgesamt mehreren zehntausend Menschen aus, die in Deutschland jüdischen Verfolgten geholfen haben. Auch in den besetzten Ländern Europas gab es neben vielen Einheimischen einzelne Deutsche, die ihre Stellung als Soldaten oder in der Kriegswirtschaft nutzten, um tödlich bedrohte Juden zu unterstützen.

Die meisten Menschen, die sich dem NS-Völkermord durch Rettungsaktionen entgegenstellten, schwiegen nach 1945 über ihre Hilfeleistungen. Sie begriffen sie als selbstverständlich. Erst später wurde ihr Handeln gewürdigt. Die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat bis heute mehr als 26 000 Frauen und Männer für diese Hilfsaktionen als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. In Deutschland widmet sich die Berliner Gedenkstätte Stille Helden der Erinnerung an jene Menschen, die sich der tödlichen Bedrohung entzogen, und an jene, die ihnen dabei geholfen haben.

Proteste in der Rosenstraße

Am 27. und 28. Februar 1943 wurden in ganz Deutschland im Rahmen der „Fabrikaktion“ mehr als 11 000 Jüdinnen und Juden von der Gestapo festgenommen, die bisher Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie geleistet hatten, davon allein in Berlin mehr als 8000. Fast 7000 von ihnen wurden in den folgenden Tagen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet.

Unter den Festgenommenen in Berlin waren auch mehr als 1700 Juden, die entweder in „Mischehe“ lebten oder als „jüdische Mischlinge“ galten. Sie wurden in das Sammellager in der Rosenstraße 2–4 in Berlin-Mitte gebracht. Nach NS-Definition waren „Mischehen“ Ehen zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Männern und Frauen; als „Mischlinge“ wurden Menschen mit jüdischen und nicht-jüdischen Vorfahren definiert. Die Deportation der in der Rosenstraße Festgehaltenen war nicht beabsichtigt; aus ihnen sollten diejenigen ausgewählt werden, die die zur Deportation vorgesehenen Mitarbeiter der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland ersetzen sollten.

Viele nicht-jüdische Verwandte erfuhren von dem Aufenthaltsort ihrer Angehörigen, befürchteten deren Deportation, und versammelten sich in der Rosenstraße. Insgesamt waren Anfang März 1943 mehrere hundert Menschen, zumeist Frauen, an den Demonstrationen beteiligt. Mehrfach wurden sie von der Polizei vertrieben. Da in der ersten Märzwoche die Männer aus den „Mischehen“ und die „Mischlinge“ aus dem Sammellager in der Rosenstraße entlassen wurden, wurde dies nach 1945 als Erfolg der Frauenproteste in der Rosenstraße gedeutet.



Privatbesitz

OTTO WEIDT

Der 1883 geborene Otto Weidt wuchs in Rostock auf und erlernte wie sein Vater den Beruf des Tapezierers. Er engagierte sich in der deutschen anarchistischen Bewegung und schrieb in seiner Freizeit Gedichte. Während des Ersten Weltkriegs gelang es dem überzeugten Pazifisten, sich aufgrund eines Ohrenleidens dem Dienst an der Waffe zu entziehen.

Nach seiner fast vollständigen Erblindung wurde Weidt Bürstenmacher und eröffnete 1939 in Berlin-Kreuzberg eine Bürstenwerkstatt. Otto Weidt war entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und beschäftigte ab 1939 hauptsächlich Juden. Er tat alles, um sie vor den jüdenfeindlichen Maßnahmen des Staates zu schützen.

1940 zog Otto Weidt mit seinem Betrieb nach Berlin-Mitte in die Rosenthaler Straße 39. Dort arbeiteten mehr als 30 blinde und taubstumme Juden für ihn. Mit den in der Werkstatt produzierten Besen und Bürsten belieferte er auch die Wehrmacht, weshalb die Blindenwerkstatt als „wehrwichtig“ galt. Durch diesen Status und weil Otto Weidt regelmäßig Gestapo-Beamte bestach, blieben seine Arbeiterinnen und Arbeiter eine Zeit lang von der Deportation verschont. Gemeinsam mit weiteren Helfern besorgte er ihnen Lebensmittel, gefälschte Papiere und Verstecke. Nachdem die meisten von ihnen 1943 deportiert worden waren, versorgte er sie noch im Ghetto Theresienstadt mit mehr als 150 Lebensmittelpaketen und half seiner deportierten Sekretärin Alice Licht bei den Fluchtvorbereitungen aus einem Konzentrationslager.



Privatbesitz

WILM HOSENFELD

Der 1895 geborene Wilm Hosenfeld wurde im Ersten Weltkrieg schwer verwundet. Danach widmete er sich als Lehrer der Reformpädagogik. Ende August 1939 wurde Hosenfeld, inzwischen NSDAP-Mitglied, zur Wehrmacht eingezogen. Als Besatzungssoldat richtete er bei Łódź ein Gefangenenlager für polnische Soldaten und Offiziere ein. In Tagebüchern notierte er sein Entsetzen über die Ermordung tausender Angehöriger der polnischen Führungsschicht durch Deutsche.

In Warschau wurde er 1941 leitender Sportoffizier und begann, Verfolgten zu helfen. So stellte er 1942 in seiner Sportschule unter anderem Leon Warm unter einem Decknamen als Arbeiter ein, der als Jude zuvor aus einem Deportationstransport geflohen war. Im November 1944 entdeckte Hosenfeld in einem Haus im zerstörten Warschau den jüdischen Pianisten Władysław Szpilman, der sich seit Monaten in den Ruinen versteckte. Er versorgte ihn mit Essen und Kleidung. Mit Hosenfelds Hilfe hielt sich Szpilman zwei Monate auf dem Dachboden des Hauses verborgen, während im Stockwerk unter ihm der deutsche Kommandanturstab einzog.

Als die Rote Armee im Januar 1945 Warschau einnahm, wurde Hosenfeld von sowjetischen Soldaten gefangen genommen und 1950 wegen seiner Zugehörigkeit zur Abteilung „Truppenbetreuung und Spionageabwehr“ zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Hosenfeld blieb trotz der Fürsprache Geretteter in Haft und starb 1952 in einem Lazarett in Stalingrad.



Privatbesitz

MARIE BURDE

Die 1892 in Berlin geborene Marie Burde lebte vom Verkauf von Zeitungen und als Lumpensammlerin. Sie wohnte in ärmlichsten Verhältnissen in einer unmöblierten Kellerwohnung in Berlin-Wedding. Um 1943 wurde sie von einer Bekannten um Hilfe für einen jungen Juden gebeten. Nach der Deportation ihrer Eltern waren die Brüder Rolf und Alfred Joseph untergetaucht. Spontan war Marie Burde bereit, den 23-jährigen Rolf bei sich aufzunehmen. Als Rolf Joseph bei einer Wehrmachtsskontrolle festgenommen wurde, weigerte er sich trotz Misshandlungen standhaft, den Namen seiner Quartiergeberin preiszugeben. Beim Transport nach Auschwitz gelang ihm die Flucht aus dem Deportationszug, doch nach wenigen Tagen wurde er wieder aufgegriffen und an die Berliner Gestapo ausgeliefert. Noch einmal konnte er fliehen und rettete sich zu Marie Burde, die inzwischen auch seinen Bruder Alfred und dessen Freund Arthur Fordanski aufgenommen hatte. Zu viert teilte man sich die kargen Lebensmittelrationen, die Marie Bude erhielt.

Im Frühjahr 1944 – ihre Kellerwohnung wurde Ende 1943 ausgebombt – schickte Marie Burde die Verfolgten in ihre Gartenlaube auf einem Grundstück in Schönow nördlich von Berlin. Dort blieb Rolf Joseph bis zum Einmarsch der Roten Armee Ende April 1945. Sein Bruder wurde im August 1944 in Berlin festgenommen und ins KZ Sachsenhausen verschleppt, doch auch er überlebte. Nach Kriegsende hielten Rolf und Alfred Joseph Kontakt zu ihrer Lebensretterin und unterstützen sie nun ihrerseits.

Widerstand von Juden

Der Antisemitismus war das zentrale Element der nationalsozialistischen Ideologie. Deshalb hatten sich deutsche Juden schon vor 1933 gegen die NSDAP zur Wehr gesetzt. Grundsätzlich lassen sich drei Formen des Widerstandes von Juden in Deutschland unterscheiden: erstens Formen der Selbstbehauptung und der Solidarität, zweitens die Mitwirkung von Jüdinnen und Juden in unterschiedlichen Gruppen des Widerstandes sowie drittens der Aufbau eigener Widerstandsgruppen im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Unter dem Eindruck von Verfolgung und antisemitischer Propaganda entwickelten viele der mehr als 500 000 deutschen Juden ein neues Selbstverständnis. Die Jüdischen Gemeinden, der Jüdische Kulturbund, jüdische Sportverbände und Bildungseinrichtungen wurden zu Orten der Selbstbehauptung und Solidarität. In den Organisationen und Verbänden konnten die deutschen Juden, die zunehmend aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen wurden, das Gemeinschaftsgefühl und ihren Überlebenswillen stärken. So beschäftigte der 1933 gegründete Kulturbund Deutscher Juden entlassene jüdische Künstler und bot jüdischen Menschen die Möglichkeit, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen. In Not geratenen Menschen wurden Wirtschaftshilfe und Wohlfahrtsleistungen gewährt. Juden, die Deutschland verlassen wollten, wurden durch Sprachkurse und berufliche Umschulungen und Ausbildungen bewusst auf die Emigration und das Leben im Ausland vorbereitet.

Es gab vielfältige jüdische Bemühungen, sich gegen die NS-Verbrechen aufzulehnen, so in Berlin die Gruppen um Herbert Baum (siehe S. 30) oder die Gruppe Chug Chaluzi (Kreis der Pioniere). Letztere war eine religiös-zionistische Gruppe, die von Jizchak Schwersenz und seiner Freundin Edith Wolff gegründet wurde. Im Februar 1943, als mit der „Fabrikaktion“ die letzten noch in Berlin lebenden Juden, die noch in den Rüstungsbetrieben zwangsbeschäftigt waren, deportiert werden sollten, sammelte der bereits untergetauchte Lehrer Jizchak Schwersenz im Chug Chaluzi schließlich 40 Kinder und Jugendliche aus verschiedenen jüdischen Jugendbünden um sich. Ziel der Jugendgruppe war es, „durchzuhalten“, Fluchtwege ins Ausland zu suchen und das Leben in der Illegalität bis zur Befreiung durch die alliierten Armeen zu organisieren.

Nach der geglückten Flucht von Schwersenz in die Schweiz wurde die Gruppe von Gad Beck fortgeführt. Noch im Untergrund vermittelte die Gruppe religiöse und zionistische Inhalte an ihre jugendlichen Mitglieder. Tatsächlich konnte die überwiegende Mehrheit dieser Gruppe mit Hilfe von Nichtjuden überleben, einzelne Mitglieder wurden jedoch Opfer der Vernichtung. Der Chug Chaluzi war die einzige Widerstandsgruppe innerhalb Deutschlands, die aus jüdisch-religiösen Motiven heraus handelte.

In Ghettos und Lagern gab es Ausbruchsversuche und Aufstände. Der größte Aufstand fand im April 1943 im Warschauer Ghetto statt. In den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibor im Herbst 1943 und in Auschwitz-Birkenau im November 1944 kam es zu Aufständen, die von der SS blutig niedergeschlagen wurden.



Schawuot-Feier der zionistischen Untergrundgruppe Chug Chaluzi in Berlin, Juni 1943

Jizchak Schwersenz, (vorne l.), Gründer von Chug Chaluzi, kann im August 1942 mit Hilfe von Edith Wolff untertauchen. Bei einer Polizeirazzia rettet ihn das Vorzeigen eines gefälschten Ausweises vor der Verhaftung. 1944 gelingt Jizchak Schwersenz die Flucht in die Schweiz.

Privatbesitz



Leo-Baeck-Institute, New York

HANNAH KARMINSKI

Die 1897 geborene Kindergärtnerin und Sozialarbeiterin Hannah Karminski wurde 1924 in Frankfurt am Main von Bertha

Pappenheim für den Jüdischen Frauenbund gewonnen. Bald gehörte sie dessen Vorstand an, wurde 1933 Geschäftsführerin des Bundes und übernahm nach dem Tod Bertha Pappenheims deren Funktion als Vorsitzende.

Ab 1933 engagierte sich Hannah Karminski ehrenamtlich bei der Reichsvertretung der deutschen Juden für Auswanderungsfragen und für die Ausbildung und Berufstätigkeit heranwachsender jüdischer Frauen. Sie war Mitinitiatorin des 1934 eröffneten Jüdischen Seminars für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen, dessen staatliche Abschlüsse sowohl in Deutschland, mehr aber noch im Ausland anerkannt wurden, wohin viele der Absolventinnen emigrierten.

1939 übernahm sie bei der inzwischen unter Aufsicht der Gestapo stehenden

Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die Abteilung Wohlfahrtspflege und 1942 die Leitung der Abteilung Fürsorge. Sie begleitete einige Kindertransporte nach England, und obwohl ihre Eltern und ihre Schwester bereits in die Schweiz geflüchtet waren, kam sie immer wieder nach Deutschland mit der Begründung zurück, dass sie hier am meisten gebraucht werde.

Am 9. Dezember 1942 wurde Hannah Karminski nach Auschwitz deportiert und dort am 4. Juni 1943 ermordet.



Landesarchiv Berlin, C Rep. 118-01 Nr. 17538 / Fotograf. k.A.

EDITH WOLFF

Die 1904 in Berlin geborene und evangelisch erzogene Edith Wolff bekannte sich 1933 aus Protest gegen den Nationalso-

zialismus zum jüdischen Glauben und wurde zur überzeugten Pazifistin und Zionistin. Über die Lehrerin und Dichterin Recha Freier, eine deutsch-jüdische Widerstandskämpferin, kam sie zur jüdischen Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendalijah, die die Einwanderung nach Palästina organisierte. Bei dieser Tätigkeit lernte sie den Lehrer Jizchak Schwersenz kennen. Als in Berlin 1941 die ersten Deportationen begannen, organisierte sie Lebensmittel und Ausweise, um Juden die Flucht oder ein Untertauchen zu ermöglichen.

Im Frühjahr 1943 bildete sich um Edith Wolff und Jizchak Schwersenz die zionistische Untergrund-Gruppe Chug Chaluzi (Kreis der Pioniere). Von den 40 Kindern der Alijah-Schule, die durch die Chug

Chaluzi versteckt wurden, konnten 33 gerettet werden.

Als Edith Wolff im Sommer 1943 zur Gestapo vorgeladen wurde, konnte sie ihre Verbindungen zu untergetauchten Juden verbergen, wurde aber wegen „Judenbegünstigung“ zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Edith Wolff überlebte die Haft in 18 Konzentrationslagern und Zuchthäusern.



LAV NRW R. RW 0058 Nr. 41305

GEORG HORNSTEIN

Der 1900 in Berlin geborene Kaufmann Georg Hornstein (hier auf einem Foto der Gestapo) emigrierte nach der Machtüber-

nahme der Nationalsozialisten 1933 nach Amsterdam. 1936 meldete er sich freiwillig zu den Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg und diente dort 1937 als Dolmetscher und Kompanieführer. Nach einer schweren Verwundung kehrte Hornstein 1938 nach Amsterdam zurück und wurde dort im Oktober 1940 von der Gestapo festgenommen. Georg Hornstein wurde am 3. September 1942 im KZ Buchenwald ermordet.

„Wenn ich gefragt werde, aus welchem Grunde ich als Offizier bei der Internationalen Brigade an den Kämpfen in Spanien teilgenommen habe, so habe ich hierzu folgendes zu sagen: Ich besitze zwar die deutsche Staatsangehörigkeit und gelte nach den Buchstaben des Gesetzes als

deutscher Staatsangehöriger. Als Jude habe ich jedoch praktisch alle Rechte in Deutschland verloren und war darum bemüht, mir eine neue Heimat zu suchen. [...] Als Jude habe ich hier für meine Überzeugung und meine Lebensrechte gekämpft. Ich betrachte mich unter den gegebenen Umständen nicht mehr als deutschen Staatsangehörigen und würde jede mir gegebene Gelegenheit benutzen, eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben, wie ich auch als Jude jederzeit bereit wäre, für meine Lebensrechte zu kämpfen.“

Aussage von Georg Hornstein vor der Geheimen Staatspolizei 1942, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen/Abteilung Rheinland, RW 58 Nr. 41305



Baracken im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau um 1945

Widerstand von Sinti und Roma

1933 lebten rund 30 000 Sinti und Roma in Deutschland. Die meisten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Für sie begann mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine Zeit der „rassisch“ begründeten Entrechtung und Verfolgung, gegen die sie sich zur Wehr setzten. Die „Rassenhygienische Forschungsstelle“ in Berlin sollte ab 1936 die deutschen Sinti und Roma vollständig erfassen. Dies war die Voraussetzung für ihre spätere Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Doch zunächst veränderten die Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 auch das Schicksal der Sinti und Roma in Deutschland entscheidend. Sie verloren ihre Bürgerrechte; ebenso wie den Juden wurden ihnen die Heirat mit „Deutschblütigen“ und die Ausübung vieler Berufe verboten. In einigen deutschen Städten entstanden KZ-ähnliche Sammellager für Sinti und Roma, so etwa in Berlin-Marzahn oder in der Dieselstraße in Frankfurt am Main. In diesen Lagern wurden pseudowissenschaftliche „Rasseuntersuchungen“ vorgenommen, die Inhaftierten waren der Willkür und den Misshandlungen ihrer Bewacher ausgesetzt. Ab 1940 wurden Sinti und Roma in das deutsch besetzte Polen zur Zwangsarbeit verschleppt.

Immer wieder versuchten Sinti und Roma, sich gegenüber der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu behaupten. Sie unternahm Fluchtversuche und leisteten Fluchthilfe. Ihr eigenes Überleben war die Voraussetzung dafür, anderen zu helfen und Widerstand zu leisten. Sinti und Roma gingen in die Illegalität, um der drohenden Haft oder Deportation zu entgehen. Dabei wurden sie nicht selten von Nachbarn oder Freunden unterstützt. Die Fluchthelfer wussten, in welche Gefahr sie sich durch die Hilfe für die Verfolgten begaben. Aus dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau sind 42 Fluchtversuche von Sinti und Roma belegt, nur zwei davon waren erfolgreich.

Es kam auch zu verzweifelten Versuchen, sich in den besetzten Gebieten gegen die Massenerschießungen zu wehren. Im

Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht schlossen sich Gruppen von Sinti und Roma vor allem in Osteuropa den Partisanenverbänden an. Zentrum des bewaffneten Kampfes war Jugoslawien. Auch in Frankreich leisteten Sinti und Roma in der Résistance Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Verfolgung ihrer Minderheit. Dennoch fielen dem Völkermord nach Schätzungen bis zu 500 000 Sinti und Roma in Europa zum Opfer.

Der Aufstand im „Zigeunerlager“ in Auschwitz-Birkenau

Im Mai 1944 lebten im „Zigeunerlager“ B II e von Auschwitz-Birkenau nur noch rund 6000 der insgesamt über 22 000 hierher verschleppten Sinti und Roma. Am 15. Mai 1944 fiel der Entschluss, diese Häftlinge in den Gaskammern zu ermorden. Als die Betroffenen davon erfuhren, bewaffneten sie sich so gut es ging und mit allem, was ihnen zur Verfügung stand – Messer, Knüppel, Spaten, Brecheisen und Steine. Am nächsten Tag verweigerten sie den Befehl, ihre Häftlingsbaracken zu verlassen. Als den SS-Männern klar wurde, dass die Häftlinge zum Widerstand entschlossen waren, gaben sie die ursprünglich geplante Mordaktion auf.

Ende Juli 1944 wurden die früheren Wehrmichtsangehörigen unter den Sinti und Roma, deren Familienangehörige sowie weitere als „arbeitsfähig“ eingestufte Sinti und Roma aus dem „Zigeunerlager“ in das Stammlager Auschwitz gebracht. Die SS wollte so bei den verbleibenden Häftlingen in Auschwitz-Birkenau den Eindruck erwecken, sie sollten zur Arbeit in andere Lager transportiert werden. Ein Zug mit 490 Frauen und über 1100 Männern und Jungen fuhr am Nachmittag des 31. Juli 1944 von der Rampe in Auschwitz-Birkenau ab. Über den Zaun hinweg konnten sie sich mit Winken und Rufen von den Zurückbleibenden im „Zigeunerlager“ verabschieden. Diese wurden am Abend des 2. August 1944 auf Lastkraftwagen zu den Gaskammern gebracht. Viele der insgesamt 2897 Opfer wehrten sich bis zuletzt noch mit bloßen Händen gegen ihre Mörder.



Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

JOHANN „RUKELI“ TROLLMANN

Der 1907 geborene Sinto Johann Wilhelm Trollmann wuchs mit acht Geschwistern in ärmlichen Verhältnissen in Hannover auf. Als Boxer gewann er viermal die Regionalmeisterschaft und nahm an der deutschen Meisterschaft im Amateurboxen teil. Als er 1928 nicht für die Olympischen Spiele in Amsterdam nominiert wurde, entschloss er sich, Profiboxer zu werden. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden die Boxclubs „gleichgeschaltet“ und „nicht-ariische“ Mitglieder ausgeschlossen. Im

Juni 1933, acht Tage nachdem er deutscher Meister im Halbschwergewicht geworden war, wurde Rukeli Trollmann der Titel als deutscher Meister im Halbschwergewicht aus „rassischen Gründen“ aberkannt. Im Juli 1933 erschien er zu einem Boxkampf mit blond gefärbten Haaren und weiß gepudelter Haut, um so gegen den Rassenwahn des NS-Regimes zu demonstrieren. Der Kampf war der letzte seiner Profikarriere.

1938 war er für mehrere Monate in einem Arbeitslager in Hannover, wurde 1939 zur Wehrmacht eingezogen und 1941 an der Ostfront verwundet. Wie viele andere Sinti und Roma wurde auch er infolge der Anordnungen vom 11. Februar und 10. Juli 1942 aus der Wehrmacht ausgeschlossen.

Im Juni 1942 wurde Trollmann in Hannover festgenommen und schwer misshandelt. Nach seiner Überstellung ins KZ Neuengamme musste er vielfach gegen SS-Männer zum Boxtraining antreten. 1944, nach Trollmanns Sieg über einen kriminellen Funktionshäftling (Kapo) im KZ-Außenlager Wittenberge, ließ ihn dieser während eines Arbeitseinsatzes erschlagen und tarnte den Mord als Unfall.



Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

WALTER STANOSKI WINTER

Der 1919 geborene Walter Stanoski Winter wurde 1938 zum Arbeitsdienst und Anfang 1940 gemeinsam mit seinem Bruder Erich zur Wehrmacht eingezogen. Er diente in Wilhelmshaven als Bootsmann in der Marine. Im März 1943 wurden Stanoski Winter, seine Eltern, sein Bruder und seine Schwester nach Auschwitz deportiert, wo die beiden Brüder im Stammlager Auschwitz I der Zwangssterilisation zum Opfer

fielen. Stanoski Winter wurde mit dem Transport vom 31. Juli 1944 zuerst in das KZ Ravensbrück verschleppt, wo die Frauen und Kinder von den Männern getrennt wurden. Kurz vor Kriegsende kamen er und sein Bruder in das KZ Sachsenhausen und von dort als ehemalige Soldaten erneut an die Front. Beide überlebten Krieg und sowjetische Gefangenschaft.

„Im Mai 1944 drang zu uns durch, dass wir alle vergast werden sollen. Wir setzten uns zusammen und beschlossen, uns so gut es ging zu wehren. Wir kannten ja die Methoden der SS bei der Räumung der Blocks: Sie kamen einzeln herein und schrien: ‚raus‘. Wir hatten vor, ihnen die Maschinengewehre, die sie in der Hand hielten, zu entreißen und so viele wie möglich zu überwältigen. Außerdem hatten wir uns mit Knüppeln, Steinen etc. bewaffnet. Doch während der Blocksperrung kam der SS-Oberscharführer Palitzsch mit dem Motorrad, und die geplante Vergasungsaktion wurde abgebrochen.“

Stanoski Winter in einem Zeitzeugenbericht nach 1945



Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma

ANTON REINHARDT

Anton Reinhardt wurde 1927 in einem kleinen Dorf am Rande des Schwarzwalds geboren. Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete er in einer Maschinenfabrik.

Als Anton Reinhardt im August 1944 im Städtischen Krankenhaus Waldshut zwangsweise sterilisiert werden sollte, floh er mehr als 100 Kilometer zu Fuß zur Schweizer Grenze. Bei Anbruch der Dunkelheit durchquerte Reinhardt nahe Koblenz (Kanton Aargau) schwimmend den Rhein und erreichte so das Gebiet der Schweiz. Dort wurde er von Schweizer Polizisten aufgegriffen und ins Bezirksgefängnis gebracht.

Obwohl Reinhardt geltend machte, dass viele seiner Verwandten nach Auschwitz deportiert worden waren, ihm das gleiche Schicksal drohe und er in Deutschland wegen seiner Flucht eine harte Strafe fürchten müsse, gewährten ihm die Schweizer Behörden kein Asyl und zwangen ihn zur Rückkehr nach Deutschland. Dort wurde Anton Reinhardt verhaftet und ins Sicherungslager Schirmeck-Vorbruck eingeliefert.

Im Zuge der Auflösung des Lagers kam er mit anderen Häftlingen nach Gaggenau. Kurz vor Kriegsende gelang ihm ein weiteres Mal die Flucht. Doch am Karfreitag 1945 nahm ihn in der Nähe von Bad Rippoldsau im Nordschwarzwald eine Einheit des „Volkssturms“ fest. Er wurde durch ein improvisiertes „Standgericht“ zum Tode verurteilt und am folgenden Tag in ein abgelegenes Waldstück getrieben. Die Täter zwangen ihn, sein eigenes Grab zu schaufeln, bevor sie Anton Reinhardt mit einem Genickschuss ermordeten.



ullstein bild

Häftlingsappell im Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin nach 1939

Widerstand von Häftlingen

Schon wenige Wochen nach Hitlers Regierungsübernahme begannen die Nationalsozialisten in vielen Teilen des Reiches Konzentrationslager zu errichten, in denen sie ihre Gegner inhaftierten und misshandelten. Eines von ihnen entstand im März 1933 bei Dachau. Es wurde zum Modell für andere Lager im Emsland, später für die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück und Neuengamme. Sie sollten die Inhaftierten einschüchtern, aber auch die Bevölkerung gefügig machen, der so der Schrecken der nationalsozialistischen Verfolgung vor Augen geführt wurde.

In den Lagern wurden zunächst fast nur politische Gefangene festgehalten, vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Nach kurzer Zeit fanden sich hier jedoch all jene Bevölkerungsgruppen wieder, die gemäß der rassistisch definierten NS-Ideologie aus der NS-„Volksgemeinschaft“ ausgestoßen werden sollten: Juden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle, sogenannte Asoziale und angebliche Berufsverbrecher. 1938 wurden Menschen aus Österreich und dem Sudetenland in die Konzentrationslager verschleppt, ein Jahr darauf Tschechen und Polen, später Gefangene aus allen deutsch besetzten Ländern. Ab 1943 mussten die Häftlinge vor allem Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie leisten. Sie waren der Willkür, körperlichen Gewalt und dem psychischen Terror ihrer Peiniger aus der SS ausgeliefert.

Nicht nur unter den politischen Gefangenen gab es Solidarität und geistig-kulturelle Selbstbehauptung in vielfacher Form. Immer wieder versuchten Häftlinge, sich gegen ihre Unterdrücker zur Wehr zu setzen und sich im Lageralltag zu behaupten. Sie nahmen Verbindungen zu anderen Gefangenen auf, halfen Gefährdeten und nutzten vielfach die kleinen

Spielräume, die sie sich durch Tätigkeiten für die SS oder die KZ-Verwaltung verschaffen konnten. Unter den unmenschlichen Haftbedingungen des Lageralltags zu überleben und sich innerlich nicht dem Druck der SS zu beugen, waren die Grundvoraussetzungen für alle Bemühungen von Häftlingen, im KZ die eigene Identität und Menschenwürde zu bewahren sowie anderen Häftlingen zu helfen.

Kontakte zu ihren Angehörigen und Freunden in der Freiheit waren für die Häftlinge lebensnotwendig. Erlaubt war ein Brief im Monat, dessen Inhalte allerdings einer strengen Postzensur unterlagen. Oft verbot die KZ-Kommandantur jedoch auch diesen Weg. Entsprechend versuchten Häftlinge, mit Hilfe verschlüsselter Mitteilungen in zensierten Briefen oder durch geheime Nachrichten, sogenannte Kassiber, Verbindungen nach außen aufzunehmen. In einigen Lagern gelang es sogar, einzelne einfache Rundfunkgeräte vor den Bewachern zu verstecken. Sie waren wichtige Informationsquellen über den Kriegsverlauf und die Situation außerhalb der Konzentrationslager.

Mit dem Krieg entstanden ab 1939 neue Konzentrationslager, darunter Auschwitz, Groß-Rosen, Stutthof, Majdanek, Natzweiler und Riga. Hier mussten die Häftlinge unter unmenschlichsten Bedingungen Zwangsarbeit verrichten. Vernichtungsstätten in den besetzten Gebieten hatten ab Herbst 1941 nur einen Zweck: Menschen fabrikmäßig zu ermorden und ihre Leichname zu beseitigen. Bis heute stehen die Namen Chełmno, Belzec, Sobibór, Treblinka und Auschwitz-Birkenau für den nationalsozialistischen Massenmord.

Inhaftierte versuchten auch, sich dem drohenden Tod durch Flucht zu entziehen. In einigen Lagern fanden sogar gemeinsame Ausbruchsversuche und Aufstände statt. Diese deutlichsten Zeichen eines organisierten Häftlingswiderstands gingen zumeist auf Gefangene aus den besetzten bzw. eroberten Ländern zurück, die seit 1942 die überwiegende Mehrheit der Häftlinge in den Konzentrationslagern stellten.



AdSD / Friedrich-Ebert-Stiftung

GERHART SEGER

Der 1896 in Leipzig geborene Gerhart Seger war in der Weimarer Republik Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft und Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen sowie seit 1930 SPD-Reichstagsabgeordneter.

Am 12. März 1933 wurde Seger festgenommen und in das Gerichtsgefängnis Dessau gebracht, am 14. Juni 1933 in das KZ Oranienburg überstellt. Angesichts der unerträglichen Haftbedingungen entschloss er sich im Dezember 1933 zur Flucht.

Es gelang ihm, in die Tschechoslowakei zu entkommen, wo er seine Erfahrungen niederschrieb. 1934 erschien sein Buch „Oranienburg“ in hohen Auflagen in vielen europäischen Ländern und Nordamerika. Seger unternahm ausgedehnte Vortragsreisen, um die Weltöffentlichkeit über die deutschen Konzentrationslager aufzuklären.

Nach seiner Flucht nahmen die Nationalsozialisten im Januar 1934 seine Frau Elisabeth und seine zweijährige Tochter Renate in Haft. Erst nach heftigen öffentlichen Protesten kamen sie im Mai 1934 aus dem KZ Roßlau frei und konnten schließlich aus Deutschland ausreisen.

Im Oktober 1934 emigrierte die Familie über Frankreich in die USA, wo sich Seger als Chefredakteur der „Neuen Volkszeitung“ und Berater der amerikanischen Regierung weiterhin für ein demokratisches Deutschland einsetzte.



Privatbesitz

WILHELM HAMMANN

Der 1897 bei Groß-Gerau geborene Lehrer Wilhelm Hammann gehörte seit 1927 als KPD-Abgeordneter dem Hessischen Landtag an. 1935 wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und nach seiner Haft 1938 in das KZ Buchenwald verschleppt. Er war dort in der illegalen KPD-Gruppe aktiv und entwickelte mit anderen Häftlingen 1944 Pläne für den Neuaufbau eines demokratischen Schulwesens.

Ab Januar 1945 kümmerte er sich als Blockältester im Kinderblock 8 um mehrere hundert Kinder und organisierte deren geheimen Unterricht. Hammann besorgte Verpflegung und Kleidung, schützte die Kinder vor Übergriffen der SS und vermittelte Kontakte zu Angehörigen im Lager.

Als Anfang April 1945 die Evakuierung der jüdischen Häftlinge begann, rettete Hammann gemeinsam mit Häftlingen der Schreibstube alle 159 jüdischen Kinder in seinem Block vor dem Todesmarsch. Er ließ ihre Erkennungszeichen, auf die Häftlingskleidung angebrachte gelbe Winkel, entfernen, organisierte die Änderung ihrer Eintragungen in der Häftlingskartei und versicherte den misstrauischen SS-Männern, die jüdischen Kinder seien bereits abtransportiert. In der allgemeinen Verwirrung der letzten Tage gelang die Täuschung. Alle Kinder in Block 8 erlebten am 11. April 1945 die Befreiung im Lager.

Nach 1945 engagierte Wilhelm Hammann sich erneut für die KPD. 1984 wurde der 1955 Verstorbene von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt.



Jehovas Zeugen in Deutschland

ILSE UNTERDÖRFER

Die 1913 in Plauen geborene Ilse Unterdörfer schloss sich Anfang der 1930er-Jahre der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas an. Nach deren Verbot in Sachsen im April 1933 war sie als Kurierin tätig und verbreitete Schriften ihrer Glaubensgemeinschaft. 1936 reiste sie gemeinsam mit Erich Frost, dem Bezirksdienstleiter für Sachsen, zum Kongress der Zeugen Jehovas nach Luzern. Als Frost den Auftrag bekam, reichsweit die Untergrundtätigkeit der Zeugen Jehovas in Deutschland zu leiten, übernahm Unterdörfer die Betreuung der Bezirksarbeit in Sachsen. Beide wurden im März 1937 festgenommen, Ilse Unterdörfer wurde im Oktober 1937 zu einem Jahr und neun Monaten Haft verurteilt.

Nach Verbüßung ihrer Strafe wurde sie in das KZ Lichtenburg verschleppt und im Mai 1939 in das neu errichtete Frauen-KZ Ravensbrück überstellt. Auch hier lehnte sie wie die Mehrheit ihrer Glaubensschwwestern jegliche kriegsunterstützende Arbeiten, etwa das Nähen von Uniformen, ab. Im Dezember 1939 verweigerten mehr als 400 Zeuginnen Jehovas in Ravensbrück die Produktion von Patronentaschen und wurden dafür mit Bunkerhaft bestraft. Täglich mussten sie mehrere Stunden in dünner Kleidung bei extremen Minusgraden auf dem Gefängnishof stehen und erhielten nur minimale Essensrationen. Trotzdem rückten sie nicht von ihrer Verweigerungshaltung ab.

Ilse Unterdörfer überlebte das Kriegsende und war später als Predigerin der Zeugen Jehovas in Österreich und Deutschland tätig.

Hilfen für Verfolgte

Mit Beginn des Krieges wurde es für die Regimegegner und -kritiker stetig schwieriger, denen zu helfen, die von den Nationalsozialisten verfolgt und menschenunwürdig behandelt wurden.

Im Mai 1940 untersagte eine Verordnung jeden Umgang mit Kriegsgefangenen, der sich nicht aus beruflicher Zusammenarbeit oder infolge dienstlicher Belange ergab. Sie zu unterstützen, bedeutete zunehmend, sich der Verfolgung durch Polizei und Justiz auszusetzen.

Doch einzelne Deutsche bewahrten Mitgefühl und Solidarität. Sie versorgten Zwangsarbeiter mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser, steckten ihnen Zigaretten zu, besorgten illegale Papiere für Untergetauchte, versteckten Verfolgte oder ermöglichten ihnen die Flucht vor einer drohenden Haft oder Deportation.



ullstein bild – Arthur Grimm

Im Schloßpark Friedrichsfelde, Berlin, heben 1945 Angehörige des „Volkssturms“ und Zwangsarbeiter Schützengräben zur Verteidigung der Stadt aus.



Privatbesitz

ILSE UND RICHARD GRUBITZ

Die 1916 geborene Ilse Piepenhagen begann mit 14 Jahren eine Ausbildung als Schneiderin und schloss sich 1931 dem Kommu-

nistischen Jugendverband (KJVD) an. Auch nach dessen Auflösung 1933 setzte sie ihre politische Arbeit fort und war an Flugblattaktionen kommunistischer Jugendlicher beteiligt. 1939 heiratete sie den 1914 geborenen Richard Grubitz, den sie aus der gemeinsamen Tätigkeit im KJVD kannte.

Das Ehepaar hielt auch nach Kriegsbeginn den Kontakt zu politischen Gegnern des NS-Regimes aufrecht. Sie leisteten in vielfältiger Weise Hilfe für Verfolgte. Richard Grubitz wurde 1943 bei der Firma Gaubschat in Berlin-Neukölln dienstverpflichtet, wo er Verbindung zu ukrainischen Zwangsarbeiterinnen aufnahm. Ilse und Richard Grubitz unterstützten die Frauen mit Kleidung und Essen, in ihrer Wohnung hörten sie mit ihnen gemeinsam den Moskauer Rundfunk. Als der Sohn eines be-

freundeten Genossen desertierte, versteckte ihn Ilse Grubitz im Herbst 1944 zeitweise in ihrer Wohnung. Zusammen mit ihrer Mutter Martha Piepenhagen organisierte sie geheime Quartiere für Juden, die sich der drohenden Deportation durch Flucht in die Illegalität entzogen hatten.

Mehrfach wurden Ilse und Richard Grubitz verhört, ihre Aktivitäten blieben jedoch bis Kriegsende unentdeckt.



Privatbesitz

PAUL KREBER

Der 1910 geborene Paul Kreber arbeitete ab 1941 als Kriminalassistent im Polizeipräsidium Wuppertal. Ende 1942 wurden

die noch in Deutschland lebenden Sinti und Roma in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Auch in Wuppertal nahm die Kriminalpolizei im Frühjahr 1943 Sinti und Roma fest.

Als Kreber die Transportliste erhielt, konnte er die Namen der Eheleute Hugo und Antonie Weiss und ihrer fünf Kinder, mit denen er befreundet war, von der Liste entfernen. Die Familie Kreuz warnte er vor der bevorstehenden Deportation und ermöglichte ihr damit die Flucht. Den Sinti-Familien Reinhard und Meinhard verschaffte er gefälschte Ausländerpässe für das besetzte Frankreich und begleitete sie auf der Fahrt nach Paris.

Kreber ließ Anweisungen seiner Dienststelle unbearbeitet oder verschleppte deren Bearbeitung. Unter Kollegen bekam

er den Spitznamen „Zigeuner-Paul“. Als anderen Kripo-Beamten auffiel, dass die Familie Weiss nicht deportiert worden war, wurde deren Zwangssterilisation angeordnet. Paul Kreber, inzwischen in das von den Deutschen besetzte Metz versetzt, holte Familie Weiss nach und brachte sie zunächst bei sich unter.

Nach der Entdeckung der Familie wurden Hugo und Antonie Weiss in einer Straßburger Klinik zwangssterilisiert. Durch eine erneute Flucht der Familie blieb ihrem Sohn Paul dieses Schicksal erspart. Paul Kreber gelang es schließlich, die Familie in einem Wanderzirkus zu verstecken. Seine Hilfsaktionen blieben unentdeckt.

Widerstand der letzten Stunde

Im Frühjahr 1945 rief die NS-Führung dazu auf, den Krieg bis „zum letzten Blutstropfen“ fortzusetzen. Hitler befahl, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung jeden Ort zu verteidigen, Brücken zu zerstören und Versorgungseinrichtungen sowie Industrieanlagen unbrauchbar zu machen. Jeder, der sich diesen Befehlen widersetzte oder Zweifel am Sinn von Durchhalteparolen äußerte, riskierte sein Leben.

Mehrfach versuchten Deutsche, Kämpfe in ihrer Umgebung zu verhindern. Sie nahmen Kontakt zu den alliierten Truppenverbänden auf, entwaffneten Mitglieder des „Volkssturms“, in dem gegen Kriegsende Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren zur Heimatverteidigung zusammengefasst worden waren, oder forderten NS-Führer auf, Dörfer und Städte kampfflos zu übergeben. Viele bezahlten ihren Kampf gegen den „Krieg bis zur letzten Patrone“ mit dem Tod. Sie wurden standrechtlich verurteilt, öffentlich gehängt oder verschleppt – nicht selten nur Stunden, bevor alliierte Truppen eintrafen.

Robert Limpert hatte bereits als Jugendlicher den Nationalsozialismus entschieden abgelehnt. Anfang März 1945 zum Kriegsdienst eingezogen, wurde der seit seiner Kindheit schwer Herzkrankte acht Tage später als wehruntauglich entlassen. Er kehrte in seine Heimatstadt Ansbach in Franken zurück, deren Kampfkommandant Ernst Meyer entschlossen war, die Stadt „bis zum letzten Mann“ zu verteidigen. Limpert verfasste und vervielfältigte mehrere Flugblätter, in denen er die Bürger aufrief, als Zeichen der Kapitulation weiße Fahnen zu hissen und die Stadt kampfflos zu übergeben. Er plakatierte sie nachts an Hauswände und Türen.

Am 18. April beobachteten Hitlerjungen Limpert, als er ein Telefonkabel zwischen dem kurz zuvor aufgegebenen Gefechtsstand des Kommandanten im Ansbacher Schloss und den vor der Stadt postierten Truppeneinheiten zerschneit. Limpert wurde denunziert, festgenommen und vor ein Standgericht gestellt, bei dem der Kampfkommandant selbst das Todesurteil sprach und es schließlich eigenhändig vollstreckte. Wenige Stunden vor dem Eintreffen amerikanischer Truppen am 18. April 1945 erhängte er den erst 19-Jährigen am Ansbacher Rathaustor.

Am 22. April 1945 hatte der NSDAP-Gauleiter Ludwig Ruckdeschel in einer fanatischen Rede die Verteidigung der Stadt Regensburg bis zum Letzten gefordert. Doch am Morgen des 23. April 1945 verbreitete sich das Gerücht, dass eine Kundgebung zur kampfflosen Übergabe der Stadt an die amerikanischen Truppen geplant war. Am Nachmittag versammelten sich tatsächlich mehrere hundert Menschen vor dem Neuen Rathaus der Stadt, unter ihnen der Domprediger von Regensburg Johann Maier.

Als im Laufe des Abends immer mehr Menschen auf den Platz strömten und die Situation zu eskalieren drohte, rief Maier die Menge zur Besonnenheit auf. Dennoch wurde er festgenommen, noch am selben Abend vor ein Standgericht gestellt und kurz nach Mitternacht mit dem 70-jährigen Rentner Josef Zirkl zum Tode verurteilt. Beide Männer wurden in den frühen Morgenstunden des 24. April öffentlich erhängt. Dabei trug Johann Maier ein Schild um den Hals mit der Aufschrift: „Hier starb ein Saboteur.“ Am 27. April 1945 wurde Regensburg kampfflos an die 3. US-Armee übergeben.

Einige Einwohner des bei Rothenburg gelegenen Dorfes Brettheim entwaffneten im April 1945 eine Gruppe Hitlerjungen und nahmen ihnen ihre Panzerfäuste weg. Sie wollten damit den sinnlosen Kampf mit den heranrückenden ame-



Bischöfliches Zentralarchiv Regensburg, Sammlung Domprediger Maier (Signatur Nr. 58/6)

Domprediger Johann Maier, hier zu Besuch in Marklkofen 1938

rikanischen Truppen und die Zerstörung Brettheims verhindern. SS-Gruppenführer Max Simon, früher Kommandant des Konzentrationslagers Sachsenburg und jetzt General der Waffen-SS, befahl einem Offizier seines Stabes, diese „Schweinerei“ zu ahnden. Das Dorf wurde umstellt, die meisten Einwohner des Ortes wurden verhört. Schließlich meldete sich der Bauer Friedrich Hanselmann freiwillig als einer der „Täter“ und nannte unter Schlägen die Namen von zwei weiteren Beteiligten. Als sich der Bürgermeister und der Ortsgruppenführer weigerten, das rasch gefällte Todesurteil des Standgerichts gegen Hanselmann zu unterzeichnen, wurden auch sie am 9. April 1945 angeklagt und zum Tode verurteilt. Einen Tag später wurden sie zusammen mit Friedrich Hanselmann ermordet.



Bundespräsident Theodor Heuss und Bundeskanzler Konrad Adenauer während der Gedenkfeier der Bundesregierung zum 10. Jahrestag des 20. Juli 1944 im Ehrenhof des Bendlerblocks in der Berliner Bendlerstraße am 20. Juli 1954. Ein Jahr später wurde die Bendlerstraße in Stauffenbergstraße umbenannt.

JOHANNES TUCHEL / JULIA ALBERT

Die Wahrnehmung des Widerstands nach 1945

Die Breite und Vielfalt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerungskultur zu verankern, war ein mühsames Unterfangen. Vieles wurde dabei ignoriert, verdrängt, vergessen. Mit der Erinnerung an den Widerstand sollten in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften auch politische Ziele begründet werden. Die Erinnerungskultur ist daher nicht zu trennen von der Geschichte der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989 und dem damit verbundenen Systemgegensatz zwischen Ost und West. Erst seit 1989/1990 hat sich ein vielfältiges, Entwicklungslinien, Brüche und Widersprüche akzeptierendes Bild vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus durchsetzen können.

Öffentlichkeit und politische Würdigungen

Die Wege zur Anerkennung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Nachkriegsdeutschland waren lang; längst nicht alle Formen und Aktionen des Widerstandes wurden akzeptiert, viele von ihnen waren lange Zeit heftig umstritten oder blieben gar vollkommen unbekannt.

Grundsätzlich wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den westlichen Besatzungszonen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in einer noch direkt vom NS-Regime

geprägten Gesellschaft mit nur wenigen Ausnahmen negativ bewertet. Es war der üble Beigeschmack des Verrats, der den Handlungen der Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer lange Zeit anhaftete. Hierunter hatten nicht nur die unmittelbar Beteiligten selbst zu leiden, sondern auch die Familienangehörigen der Menschen, die von der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz ermordet worden waren.

In den ersten Jahren nach 1945 fanden kaum öffentliche Gedenkfeiern statt, und in den Medien gab es nur wenige zaghafte Schilderungen. Lediglich die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer selbst oder ihre Angehörigen versuchten, die Erinnerung an die Toten aufrechtzuerhalten. Viele von ihnen wurden auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus als „Verräter“ angesehen und offen als solche bezeichnet. Daran änderte auch eine „Ehrenerklärung“ der Bundesregierung nichts, die Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, im Oktober 1951 abgab, und die sich explizit gegen derartige Verratsvorwürfe richtete.

1952 legte Luise Olbricht, Witwe des am 20. Juli 1944 erschossenen Generals Friedrich Olbricht, den Grundstein für das Ehrenmal zur Erinnerung an die Opfer des Umsturzversuches im Berliner Bendlerblock. Es ist bezeichnend, dass die Anregung dafür von den Hinterbliebenen und nicht von staatlicher Seite kam. Seither finden jährlich am 20. Juli dort Gedenkfeiern statt; erst in den 1980er-Jahren jedoch sollte der 20. Juli zu einem Gedenktag für die gesamte Breite und Vielfalt der Regimegegnerschaft werden.

Die Würdigung und nachträgliche Legitimierung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 durch Angehörige der politischen Eliten der Bundesrepublik Deutschland ist ohne die Einbeziehung des Volksaufstands in der DDR am 17. Juni 1953 nicht denkbar. Typisch ist dafür die Rede des Berliner Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter vom 19. Juli 1953: „Der Bogen vom 20. Juli 1944 spannt sich heute, ob wir wollen oder nicht, zu dem großen Tage des 17. Juni 1953, zu jenem Tag, an dem sich ein gepeinigtes und gemartertes Volk in Aufruhr gegen seine Unterdrücker und gegen seine Bedränger erhob und der Welt den festen Willen zeigte, dass wir Deutschen frei sein und als ein freies Volk unser Haupt zum Himmel erheben wollen. Wir wissen, dass dieser 17. Juni wie einst der 20. Juli nur ein Anfang war. Aber ich glaube, es ist gut, es ist richtig, wenn wir auch an diesem Tage den Bogen vom 20. Juli zu den Ereignissen schlagen, die uns heute innerlich bewegen.“

Bundespräsident Theodor Heuss, der sich noch 1950 der Bitte versagt hatte, im Rundfunk Worte der Würdigung und des Gedenkens an den 20. Juli 1944 zu sprechen, wies in einem 1952 veröffentlichten Schreiben an Annedore Leber, die Frau des ermordeten Widerstandskämpfers Julius Leber, alle Verratswürfe deutlich zurück und äußerte sich 1954 klar und eindeutig zum Erbe des Widerstands: „Die Scham, in die Hitler uns Deutsche gezwungen hatte, wurde durch ihr Blut vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt. Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung ist noch nicht eingelöst.“

In der westdeutschen Bevölkerung allerdings war der Widerstand gegen den Nationalsozialismus überwiegend noch nicht akzeptiert. So beurteilten 1951 nur 43 Prozent der Männer und 38 Prozent der Frauen die „Männer vom 20. Juli“ positiv. Im Sommer 1956 lehnte es eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (54 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen) ab, eine Schule nach dem Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder nach dem zivilen Kopf des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944, Carl Friedrich Goerdeler, zu benennen. Nur 18 Prozent der Befragten sprachen sich dafür aus.

Der Anteil der positiven Beurteilung des 20. Juli 1944 sollte sich auch in den folgenden Jahrzehnten nur unwesentlich ändern. Eine Umfrage vom Frühjahr 1970 machte deutlich, dass 39 Prozent die „Männer vom 20. Juli“ positiv beurteilten (gegenüber 40 Prozent im Jahr 1951) und nur noch 7 Prozent sie ablehnten (gegenüber 30 Prozent im Jahr 1951). Stark angestiegen war der Kreis derer, die nichts über die Ereignisse des 20. Juli 1944 wussten (37 Prozent gegenüber 11 Prozent im Jahr 1951). 1985 veränderte das Institut für Demoskopie Allensbach zwar seine Bewertungsmethode, bezog aber in seine Ergebnisse nur noch diejenigen ein, die über die Ereignisse des 20. Juli 1944 „richtige oder ungefähr richtige Angaben“ machen konnten. Gegenüber 1971 war die Bewertung fast unverändert, lediglich die negativen Bewertungen gingen geringfügig zurück. Erst im Jahr 2004 gab es in einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung erstmals eine überwiegend positive Beurteilung des 20. Juli 1944.

1958 resümierte der Publizist und NS-Widerstandskämpfer Rudolf Pechel: „Der Einfluss der Überlebenden des Widerstandes ist heute in Deutschland gering. [...] Intellektuelle Rollkommandos mit notorischen Denunzianten und Rufmördern an der Spitze können sich heute in Verunglimpfungen der Widerstandskämpfer versuchen, ohne dass ihnen etwas geschieht.“

Immer wieder kam es auch in den 1960er- und 1970er-Jahren zu politischen Auseinandersetzungen um den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bundespräsident Heinrich Lübke sprach sich bereits 1964 dafür aus, kommunistischen Regimegegnern eigenständige idealistische Handlungsmotive

zuzugestehen und sie nicht als Handlanger Moskaus zu verstehen. Der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Willy Brandt, der in der NS-Zeit ins Ausland geflüchtet war, wurde lange Zeit systematisch als „Emigrant“ diffamiert. Bundespräsident Gustav Heinemann würdigte 1969 den Hamburger Kommunisten Fiete Schulze und stieß dabei auf scharfe Kritik. Eine rechtsradikale Zeitung titelte: „Heinemanns verbrecherische Vorbilder – Von Graf Stauffenberg zu Fiete Schulze gibt es keine Brücke“. 1974 kam es zu einem Eklat, als ausgerechnet der ehemalige Marinestabsrichter Hans Karl Filbinger bei der Gedenkfeier im Reichstag sprach. Angehörige von Widerstandskämpfern verließen demonstrativ diese Feier. Filbinger war seit 1943 an mehreren kriegsgerichtlichen Todesurteilen beteiligt gewesen und rechtfertigte dies mit den Worten: „Was damals Rechtsens war, kann heute nicht Unrecht sein!“ 1976 schließlich kam es zu heftigen Debatten, als Herbert Wehner, SPD-Fraktionschef und ehemaliger KPD-Funktionär, als Redner der jährlichen Gedenkfeier vorgesehen war. Wehner verzichtete schließlich; an seiner Stelle sprach der Berliner Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe. Diese Beispiele zeigen, dass von einem breiten Konsens über den Widerstand zu dieser Zeit auf keinen Fall gesprochen werden kann.

In Berlin gab es seit 1953 am Ort des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 eine Gedenktafel und ein Mahnmal, seit 1968 eine kleine Ausstellung. 1983 erteilte der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin den Auftrag, hier die gesamte weltanschauliche Breite und soziale Vielfalt des Widerstands gegen den Nationalsozialismus aufzuzeigen. Erneut kam es zu heftigen Diskussionen, etwa über die Darstellung des kommunistischen Widerstands, des Exils, der Roten Kapelle und des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Kommunisten hätten – so die Kritik – lediglich versucht, eine Diktatur durch eine andere zu ersetzen. Erneut wurde ihnen eine eigenständige Handlungsmotivation abgesprochen. Diese Diskussionen flammten 1994 und 1997 erneut auf, bevor deutlich wurde, dass ein realistisches Bild vom NS-Widerstand, von seinem politischen Scheitern und seiner moralisch-ethischen Bedeutung nicht gewonnen werden kann, ohne alle Strömungen einzubeziehen, die sich der totalitären Bedrohung durch den Nationalsozialismus entgegengesetzt hatten.

Die DDR verstand sich als der aus dem antifaschistischen Widerstand geborene deutsche Staat, in dem das Vermächtnis der Widerstandskämpfer verwirklicht werden würde und berief sich vor allem auf den Widerstand aus der Arbeiterbewegung und aus der Kommunistischen Partei. Tatsächlich wurde in der DDR nur ein sehr eingeschränktes Bild vermittelt. Gab es etwa noch 1945/46 in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) positive Bewertungen des 20. Juli 1944, wurde dieser später diffamierend oft als „Generalsputsch“ bezeichnet. Dies änderte sich erst Mitte der 1980er-Jahre, als im Zuge der Debatte über die Nachrüstung die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die in der DDR die Führungsrolle inne hatte, eine „Koalition der Vernunft“ anstrebte und sich dabei auch auf die Gemeinsamkeit der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus berief. Im Juli 1984 brachte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ einen ganzseitigen Artikel über den 20. Juli 1944 mit einem ehrenden Foto von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Damit war eine Neubewertung eingeleitet. Trotzdem stand in der DDR weiterhin die These im Vordergrund, dass der Widerstand in Deutschland nur unter Führung der Moskauer Exil-KPD möglich gewesen sei. Mit der historischen Realität des Widerstands gegen den Nationalsozialismus hatte dies allerdings nichts zu tun.

Der Remer-Prozess – ein Wendepunkt

Einer der Männer, die am 20. Juli 1944 von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels mit der Niederschlagung des Umsturzversuchs beauftragt worden waren, Oberst Otto Ernst Remer, hatte schon im Mai 1951 erklärt: „Es wird die Zeit kommen, in der ‚man‘ oder ‚mancher‘ [...] schamhaft verschweigt, dass man zum 20. Juli 1944 gehört hat. Ich bin für meine Person weitaus bescheidener und nehme nur das kleine geschichtliche Verdienst in Anspruch, den an sich schon missglückten Putsch für Berlin vereitelt zu haben. Sie können überzeugt sein, es gibt eine Reihe von sogenannten Widerstandskämpfern, die, als die Dinge schief gingen, sich gegenseitig verrieten. Diese nehmen heute große Staatspensionen in Empfang. [...] Diese Verschwörer sind zum Teil in starkem Maße Landesverräter, die vom Auslande bezahlt wurden. Sie können Gift darauf nehmen, diese Landesverräter werden eines Tages vor einem deutschen Gericht sich zu verantworten haben.“

Für diese Diffamierungen wurde Remer im März 1952 dann allerdings selbst wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Haftstrafe von drei Monaten, der ersten seiner vielen Strafen, verurteilt. Es wäre jedoch nicht zu dem Verfahren gegen ihn gekommen, wenn sich nicht Fritz Bauer, zu dieser Zeit noch als Generalstaatsanwalt in Braunschweig tätig, besonders engagiert hätte. Im Zentrum der Bemühungen Bauers stand die höhere Akzeptanz in der Gesellschaft für den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, nicht jedoch für die gesamte Breite der gegen den Nationalsozialismus gerichteten Aktivitäten. Dieses Vorhaben gelang, im Urteil erkannte das Gericht das Handeln der am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 Beteiligten als rechtmäßigen Widerstand gegen das NS-Unrechtsregime an.

Um die nachträgliche Legitimierung des Widerstandsrechts zu erreichen, hatte Bauer ausdrücklich darauf verzichtet, andere Widerstandsgruppen in das Verfahren einzubeziehen, ja sogar Familienangehörige der Widerstandsgruppe Rote Kapelle aufgefordert, eigene Strafanträge gegen Remer zurückzuziehen. Die Rote Kapelle, bis weit in die 1980er-Jahre vollkommen zu Unrecht als „kommunistische Spionagegruppe“ diffamiert, wurde weder im Remer-Prozess noch in der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik als Teil des Widerstands gegen den Nationalsozialismus akzeptiert.



Gerhard Gronefeld / Deutsches Historisches Museum, Berlin

Fritz Bauer (l.) mit Staatsanwalt Rolf Herzog während des Prozesses gegen Otto Ernst Remer 1952

Ringens um Entschädigung

Auch in Entschädigungsverfahren war immer wieder ein sehr eng gefasster Begriff des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu erkennen. Ausgrenzungsmechanismen, die zum Teil weit vor 1933 zurückgreifen, wurden in der jungen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland weitergegeben und blieben wirksam. Im Osten wie im Westen wurde die Anerkennung als politisch Verfolgter vielfach nicht mit dem Verhalten vor, sondern nach 1945 verbunden. Kommunisten erhielten im Westen weder Anerkennung noch materielle Entschädigungen, ähnlich ging es im Osten Deutschlands bürgerlichen Widerstandskämpfern oder Sozialdemokraten, die sich der Vereinigung von SPD und KPD widersetzt hatten.

Jenen Menschen etwa, die wir heute wegen ihrer Hilfe für von der Deportation bedrohte Juden als „Stille Helden“ ehren, wurde in der Bundesrepublik in den 1950er-Jahren die Anerkennung versagt: „Deshalb ist auch der Verkehr mit jüdischen Menschen, der Abschluss von Geschäften mit ihnen oder in ihrem Interesse wie auch die ihnen gewährte persönliche Hilfeleistung und Beratung, sei es im Rahmen des Berufs, sei es auf Grund persönlicher Freundschaft, kein Widerstand gegen den Nationalsozialismus, da solche Taten nicht geeignet sind, ein Regime zu unterhöhlen.“ Mit anderen Worten: Menschen, die verfolgten Juden geholfen hatten, standen weder eine Entschädigungszahlung noch eine laufende Renten- oder Beihilfenzahlung zu.

Wie die Realität der Angehörigen der Widerstandskämpfer aussah, zeigte eine kleine Zeitungsmeldung vom 21. Juli 1951: Die Oberfinanzdirektion München verfügte, dass ein Unterhaltsgeld in Höhe von 160 Deutsche Mark im Monat an die Witwe des nach dem 20. Juli 1944 vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilten und hingerichteten Obersten Rudolf Graf von Marogna-Redwitz nicht mehr weitergezahlt werde, da „wegen Hoch- und Landesverrat verurteilte frühere Wehrmachtangehörige“ keinerlei Anrecht auf irgendwelche Pensionen oder Renten hätten.

Einer anderen Witwe eines am 20. Juli 1944 Beteiligten, der danach den Freitod gewählt hatte, wurde eine Rentenzahlung mit folgender Begründung verweigert: „Ihr Mann hat überhaupt kein nationalsozialistisches Unrecht erlitten, er hat sich vielmehr selbst erschossen und ein erledigendes nationalsozialistisches Unrecht nicht abgewartet.“

Renten- und Pensionszahlungen sowie Wiedergutmachungsleistungen setzten vielfach erst spät in den 1950er-Jahren ein. Ohne die – seit 1951 mit Bundesmitteln unterstützte – „Stiftung Hilfswerk 20. Juli 1944“ hätten viele Familienangehörige von Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 in großer materieller Not gelebt. Zu einer gesetzlichen Regelung für die Ansprüche der Hinterbliebenen, deren Männer im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 hingerichtet worden waren, konnte sich die Bundesregierung aber nie entschließen. Auch das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung von 1956 führte bei weitem nicht dazu, dass alle Widerstandsaktivitäten und Opfergruppen berücksichtigt wurden.

Fehlende juristische Aufarbeitung

Wie sah es in den ersten Jahren der Bundesrepublik mit der Strafverfolgung gegen jene Gestapo-Beamte und Richter aus, die Widerstandskämpfer nach dem 20. Juli 1944 gefoltert hatten oder an den justizförmigen Verurteilungen und Tötungen des „Volksgerichtshofs“ teilgenommen hatten?

Der frühere SS-Standartenführer und Jurist Walther Huppenkothen hatte als „Anklagevertreter“ im April 1945 an den „Standgerichtsverfahren“ im KZ Sachsenhausen gegen Hans von Dohnanyi und im KZ Flossenbürg gegen Wilhelm Canaris, Dietrich Bonhoeffer, Hans Oster und andere teilgenommen. Das Verfahren gegen Huppenkothen, der bei den „Standgerichtsverfahren“ mehrere Todesurteile empfohlen hatte, ging über mehrere Instanzen. Letztinstanzlich urteilte der Bundesgerichtshof 1956 zugunsten der Juristen des NS-Regimes.

Günter Hirsch, Präsident des Bundesgerichtshofs, analysierte dies 2003 kritisch: „Der Bundesgerichtshof [...] hob 1956 diese Verurteilungen auf und sprach die Angeklagten von dem Vorwurf frei, durch die Standgerichtsverfahren Beihilfe zum Mord geleistet zu haben. In der Begründung behandelte der Bundesgerichtshof das SS-Standgericht als ordnungsgemäßes Gericht, das offenkundige Scheinverfahren als ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und das Urteil als dem damaligen Recht entsprechend. Die Begründung ist ein Schlag ins Gesicht. Den Widerstandskämpfern wird attestiert, sie hätten ‚nach den damals geltenden und in ihrer rechtlichen Wirksamkeit an sich nicht bestreitbaren Gesetzen‘ Landes- und Hochverrat begangen. Den SS-Richtern könne nicht zum Vorwurf gemacht werden, dass sie die Frage der Rechtfertigung des Verhaltens der Angeklagten nicht geprüft hätten.“

Zu Recht stellte Hirsch fest, dass die Folgen dieses Urteils und der „ungesühnt gelassenen Justizmorde“ verheerend gewesen seien. Fast alle Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte wurden eingestellt, erst Jahrzehnte später begann ein neues – ebenfalls erfolgloses – Ermittlungsverfahren gegen Richter und Staatsanwälte des „Volksgerichtshofs“.

Nur als Versagen von Politik und Justiz kann die Tatsache verstanden werden, dass alle Unrechtsurteile des „Volksgerichtshofs“, der Sondergerichte und der Militärjustiz weiter gültig blieben. Teilweise standen sie noch bis in die 1980er-Jahre im Bundeszentralregister, einem zentralen amtlichen Register, in das u. a. strafrechtlich rechtskräftige Entscheidungen deutscher Gerichte eingetragen werden. Eine Aufhebung eines Urteils konnte zwar im Einzelfall beantragt werden, die Staatsanwaltschaft musste dann prüfen und gegenüber dem zuständigen Gericht ausführlich die Empfehlung zur Aufhebung des Urteils begründen.

Dies blieb bis in die 1990er-Jahre so. Erst mit dem Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege von 1998 wurden die Urteile des „Volksgerichtshofs“ grundsätzlich aufgehoben, und erst 2009 erfolgte die grundsätzliche Aufhebung von Urteilen, die wegen sogenannten Kriegsverrats gesprochen worden waren. Konkret hieß dies, dass die meisten der Todesurteile, die der „Volksgerichtshof“ gegen die Beteiligten am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 gesprochen hatte, bis zum 1. September 1998 noch Rechtskraft besaßen.

Historische und mediale Aufarbeitung

Erste Bücher über den Widerstand erschienen ab 1946 nicht in Deutschland, sondern in der Schweiz. Die alliierten Besatzungsmächte hatten ebenso wie die deutsche Bevölkerung kein sonderliches Interesse am Thema. Die wissenschaftliche Aufarbeitung setzte dann vor allem mit biografischen Studien in den 1950er-Jahren ein. Lebensgeschichten sollten die historischen Persönlichkeiten vom Vorwurf des Verrats befreien. In den 1960er-Jahren kam es zur Aufarbeitung des 20. Juli 1944; Studien zum Arbeiterwiderstand folgten in den 1970er-Jahren. Im Zentrum des späteren wissenschaftlichen Interesses standen der Widerstand im Alltag, die Hilfen für Verfolgte, die Rote Kapelle, der Widerstand von Jugendlichen und die Formen des Widerstands gegen den nationalsozialistischen Rassen- und Weltanschauungskrieg, die Desertion und die Beteiligung von Widerstandskämpfern an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Diese Debatten trugen ebenso wie neuere Detailstudien dazu bei, dass wir heute ein differenziertes Bild vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus haben.

In den Medien erfuhr und erfährt der Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu den Jahrestagen des 20. Juli größere Aufmerksamkeit. Immer wieder bewegten auch Filme wie Falk Harnacks „Der 20. Juli“ von 1955 ebenso wie der zeitgleich entstandene „Es geschah am 20. Juli“ von Georg Wilhelm Pabst die Öffentlichkeit. Erst 1971 entstand das mehrfach ausgezeichnete zweiteilige Doku-Drama „Operation Walküre“ von Franz Peter Wirth. 1982 war „Die Weiße Rose“ von Michael Verhoeven der erfolgreichste deutsche Kinofilm. Zu heftigen Diskussionen führte der Abspann des Filmes, in dem auf die damals immer noch rechtsgültigen Todesurteile des „Volksgerichtshofs“ hingewiesen wurde.

Internationale Aufmerksamkeit erlangte 1993 der Spielfilm „Schindlers Liste“ von Steven Spielberg, der erstmals umfassend die Hilfe für verfolgte Juden thematisierte. Roman Polanski griff dieses Thema 2002 in „Der Pianist“ erneut auf. 2004 legte dann Jo Baier den Fernsehfilm „Stauffenberg“ vor. Heftig wurde das Spannungsverhältnis zwischen historischen Fakten und der Filmhandlung diskutiert. Bereits im Vorfeld war der 2008 veröffentlichte Film „Operation Walküre“ des US-amerikanischen Regisseurs Bryan Singer umstritten. Kritik richtete sich vor allem gegen den Hauptdarsteller Tom Cruise, der ein ranghoher Angehöriger der Scientologen ist, und die Darstellung der Angehörigen des zivilen Widerstands im Film. Neuere Filmproduktionen befassen sich auch mit den letzten Tagen der Sophie Scholl und dem Schicksal von Georg Elser. Dies sind nur einige Beispiele, aus denen deutlich wird, wie sehr das Thema des Widerstands gegen den Nationalsozialismus auch heute noch Medien und Öffentlichkeit beschäftigt.

Wir haben uns heute endgültig von der Perspektive gelöst, dass es irgendeine gesellschaftliche Großgruppe gegeben hat, die in ihrer Gesamtheit gegen den Nationalsozialismus gestanden hat. Widerstand war immer die Haltung einer kleinen Minderheit, von einzelnen und oft sehr einsamen Menschen. Doch je mehr wir von ihnen wissen, desto genauer können wir immer wieder die stets aktuelle Frage nach den Handlungsspielräumen und -möglichkeiten des einzelnen Menschen in der heutigen demokratischen Gesellschaft stellen.

Literaturhinweise

Allgemein

Aufstand des Gewissens. Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945. Begleitband zur Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Thomas Vogel, 5. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Hamburg/Berlin/Bonn 2000, 615 S.

Benz, Wolfgang / Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, 2. durchgesehene Auflage, Frankfurt/Main 1994, 429 S.

Ders.: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2014, 127 S.

Brakelmann, Günter / Keller, Manfred (Hg.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstandes (= Zeitansage. Schriftenreihe der Evangelischen Akademikerschaft Westfalen und der Evangelischen Stadtakademie Bochum Bd. 1), Münster 2005, 260 S.

Geyken, Frauke: Wir standen nicht abseits. Frauen im Widerstand gegen Hitler, München 2014, 352 S.

Mehring, Hartmut: Widerstand und Emigration. Das NS-Regime und seine Gegner, München 1998, 344 S.

Mommsen, Hans: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes, München 2000, 423 S.

Ringshausen, Gerhard (Hg.): Perspektiven des Widerstands. Der Widerstand im Dritten Reich und seine didaktische Erschließung (= Bibliothek der Historischen Forschung Bd. 7), Pfaffenweiler 1994, 226 S.

Schmädeke, Jürgen / Steinbach, Peter (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1994, 1185 S.

Steinbach, Peter: Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte, Köln 1987, 447 S.

Ders.: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen. Ausgewählte Studien, Paderborn 2001, 485 S.

Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, 671 S. (bpb-Schriftenreihe Bd. 323)

Dies.: Lexikon des Widerstandes 1933–1945, 2. durchgesehene Auflage, München 1998, 251 S.

Dies.: Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch, 3. durchgesehene Auflage, München 2000, 375 S.

Dies.: Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, 551 S. (bpb-Schriftenreihe Bd. 438)

Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Perspektiven der Vermittlung (= Schriftenreihe des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 Bd. 1), Frankfurt/Main 2007, 268 S.

Tuchel, Johannes (Hg.): Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte Bd. 5), Göttingen 2005, 279 S.

Ueberschär, Gerd R.: Für ein anderes Deutschland. Der deutsche Widerstand gegen den NS-Staat 1933–1945, Frankfurt/Main 2006, 400 S.

Ders. (Hg.): Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/1939 bis 1945, Berlin 2011, 383 S.

Wickert, Christl (Hg.): Frauen gegen die Diktatur. Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945, Berlin 1995, 189 S.

Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, Schriftenreihe hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1983 ff., 14 Bände. (www.gdw-berlin.de/de/angebote/publikationen/ueberblick/widerstand_berlin_1933_1945/)

Warnungen vor dem Nationalsozialismus vor 1933

Vogel, Hans-Jochen (Hg.): Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus. Ein historisches Lesebuch, Bonn 1998, 399 S.

Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Carsten, Francis L.: Widerstand gegen Hitler. Die deutschen Arbeiter und die Nazis, Frankfurt/Main 1996, 311 S.

Coppi, Hans / Heinz, Stefan (Hg.): Der vergessene Widerstand der Arbeiter. Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Troztkisten, Anarchisten und Zwangsarbeiter, Berlin 2012, 383 S.

Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986, 364 S.

Graf, Andreas (Hg.): Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil, Berlin 2001, 317 S.

Herlemann, Beatrix: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986, 311 S.

Hochmuth, Ursel: Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942–1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein, Berlin 1998, 570 S.

Holtmann, Karen: Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe vor dem Volksgerichtshof. Die Hochverratsverfahren gegen die Frauen und Männer der Berliner Widerstandsorganisation 1944–1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 2010, 305 S.

Mielke, Siegfried / Frese, Matthias (Bearb.): Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945 (= Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5, hg. von Dieter Dowe, Klaus Schönhoven und Hermann Weber), Köln 1999, 1104 S.

Sandvoß, Hans-Rainer: Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin von 1933 bis 1945, Berlin 2007, 668 S.

Schneider, Michael: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939 (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts Bd. 12), Bonn 1999, 1184 S.

Ders.: In der Kriegsgesellschaft. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945, Bonn 2014, 1509 S.

Stracke, Stephan: Die Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse. Gewerkschaftlicher Widerstand und internationale Solidarität, Bremen 2012, 546 S.

Weber, Hermann / Herbst, Andreas: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008, 1167 S.

Widerstand aus christlichem Glauben

Gailus, Manfred: Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, Köln 2001, 735 S.

Gailus, Manfred / Vollnhals, Clemens (Hg.): Mit Herz und Verstand – Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik (= Berichte und Studien Nr. 65, hg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.), Göttingen 2013, 280 S.

Garbe, Detlef: Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich“, München 1994, 577 S.

Hummel, Karl-Joseph / Kißener, Michael (Hg.): Die Katholiken und das Dritte Reich. Kontroversen und Debatten, 2. durchgesehene Auflage, Paderborn 2010, 317 S.

Kösters, Christoph / Ruff, Mark Edward (Hg.): Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung, Freiburg im Breisgau 2011, 220 S.

Leichsenring, Jana: Die Katholische Kirche und „ihre Juden“. Das „Hilfswerk beim Bischöflichen Ordinariat Berlin“ 1938–1945, Berlin 2007, 349 S.

Meier, Kurt: Der evangelische Kirchenkampf. Gesamtdarstellung in drei Bänden, Göttingen 1976 ff., 3 Bände.

Ders.: Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich, überarbeitete Neuausgabe, München 2001, 249 S.

Ringshausen, Gerhard: Widerstand und christlicher Glaube angesichts des Nationalsozialismus (= Lüneburger Theologische Beiträge Bd. 3), 2. Auflage, Berlin 2008, 539 S.

Sandvoß, Hans-Rainer: „Es wird gebeten, die Gottesdienste zu über-wachen ...“ Religionsgemeinschaften in Berlin zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin 2014, 564 S.

Widerstand und Exil

Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Schriftenreihe hg. von der Gesellschaft für Exilforschung, München 1983 ff., 33 Bände.

Stiftung Jüdisches Museum Berlin (Hg.): Heimat und Exil. Emigration der deutschen Juden nach 1933, Frankfurt/Main 2006, 255 S.

Formierung der militärisch-zivilen Opposition

Gillmann, Sabine / Mommsen, Hans (Hg.): Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, München 2003, 2 Bände.

Hartmann, Christian: Halder. Generalstabschef Hitlers 1938–1942, 2. Auflage, Paderborn 2010, 439 S.

Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, 4., neu überarbeitete und ergänzte Auflage, München/Zürich 1985, 1003 S.

Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994, 603 S.

Müller, Klaus-Jürgen: Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940, 2. Auflage, Stuttgart 1988, 726 S.

Ders.: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008, 835 S.

Young, Arthur P.: Die „X“-Dokumente. Die geheimen Kontakte Carl Goerdelers mit der britischen Regierung 1938/39, München 1989, 331 S.

Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939

Haasis, Hellmut G.: Den Hitler jag' ich in die Luft. Der Attentäter Georg Elser, vollständig neu vom Autor überarbeitete Ausgabe auf der Grundlage der Buchausgabe von 1999, Hamburg 2009, 383 S.

Hoch, Anton / Gruchmann, Lothar: Georg Elser: Der Attentäter aus dem Volke. Der Anschlag auf Hitler im Münchner Bürgerbräu 1939, 1. unveränderter Nachdruck, Frankfurt/Main 2016, 174 S.

Ortner, Helmut: Der einsame Attentäter. Georg Elser – der Mann, der Hitler töten wollte, Darmstadt 2013, 246 S.

Renz, Ulrich: Georg Elser. Allein gegen Hitler, Stuttgart 2014, 114 S.

Steinbach, Peter / Tuchel, Johannes: Georg Elser. Der Hitler-Attentäter, Berlin 2010, 368 S.

Regimekritik und Versuche der Gegenöffentlichkeit

Diewald-Kerkmann, Gisela: Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der „Volksgenossen“, Bonn 1995, 256 S.

Hensle, Michael P.: Rundfunkverbrechen. Das Hören von „Feindsendern“ im Nationalsozialismus, Berlin 2003, 383 S.

Kuhnke, Manfred: Falladas letzter Roman. Die wahre Geschichte, Friedland 2011, 173 S.

Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, Bewährungseinheiten 999er

Ausländer, Fietje / Haase, Norbert (Hg.): Die anderen Soldaten. Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt/Main 1995, 240 S.

Koch, Magnus: Fahnenfluchten. Deserteure der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Lebenswege und Entscheidungen (= Krieg in der Geschichte Bd. 42), Paderborn 2008, 426 S.

Paul, Gerhard: Ungehorsame Soldaten. Dissens, Verweigerung und Widerstand deutscher Soldaten (1939-1945), St. Ingbert 1994, 233 S.

Wette, Wolfram (Hg.): Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und „Kriegsverrat“, Berlin 2007, 507 S.

Rote Kapelle

Coppi, Hans / Danyel, Jürgen / Tuchel, Johannes (Hg.): Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, 307 S.

Nelson, Anne: Die Rote Kapelle. Die Geschichte der legendären Widerstandsgruppe, München 2010, 507 S.

Roloff, Stefan: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs, Berlin 2004, 375 S.

Weißerose

Bald, Detlef: Die „Weiße Rose“. Von der Front in den Widerstand, 2. Auflage, Berlin 2009, 256 S.

Bassler, Sibylle: Die Weiße Rose. Zeitzeugen erinnern sich, Reinbek bei Hamburg 2006, 255 S.

Chaussy, Ulrich / Ueberschär, Gerd R.: „Es lebe die Freiheit!“ Die Geschichte der Weißen Rose und ihrer Mitglieder in Dokumenten und Berichten, 2. Auflage, Frankfurt/Main 2013, 533 S.

Moll, Christiane (Hg.): Gesammelte Briefe. Alexander Schmorell, Christoph Probst, Berlin 2011, 944 S.

Zankel, Sönke: Mit Flugblättern gegen Hitler. Der Widerstandskreis um Hans Scholl und Alexander Schmorell, Köln 2008, 594 S.

Widerstand von Jugendlichen

Klönne, Arno: Jugendliche Opposition im „Dritten Reich“, 2. Auflage, Erfurt 2013, 90 S. (als Download auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen: www.lzt-thueringen.de)

Lange, Sascha: Meuten, Swings & Edelweißpiraten. Jugendkultur und Opposition im Nationalsozialismus, Bonn 2015, 223 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1474)

Schilde, Kurt: Jugendopposition 1933–1945. Ausgewählte Beiträge, Berlin 2007, 185 S.

Kreisauer Kreis

Brakelmann, Günter: Der Kreisauer Kreis. Chronologie, Kurzbiographien und Texte aus dem Widerstand (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Bd. 3), 2. korrigierte Auflage, Münster 2004, 372 S.

Roon, Ger van: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, 652 S.

Ders.: Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch, Berlin 1985, 24 S.

Ullrich, Volker: Der Kreisauer Kreis, Reinbek bei Hamburg 2008, 159 S.

Der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Becker, Manuel / Lötzel, Holger / Studt, Christoph (Hg.): Der militärische Widerstand gegen Hitler im Lichte neuer Kontroversen (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V., Bd. 12), Berlin 2010, 251 S.

Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, Sonderausgabe, Stuttgart 2004, 672 S.

Kroener, Bernhard R.: „Der starke Mann im Heimatkriegsgebiet“. Generaloberst Friedrich Fromm. Eine Biographie, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, 1060 S.

Schwerin, Detlef Graf von: „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“. Die junge Generation im deutschen Widerstand, 2. Auflage, München/Zürich 1994, 571 S.

Ueberschär, Gerd R.: Stauffenberg und das Attentat vom 20. Juli 1944. Darstellung, Biographien, Dokumente, Frankfurt/Main 2006, 270 S.

Vollmer, Antje / Keil, Lars-Broder: Stauffenbergs Gefährten. Das Schicksal der unbekanntenen Verschwörer, Bonn 2013, 254 S. (bpb-Schriftenreihe Band 1347)

Widerstand gegen die nationalsozialistische Judenverfolgung

Benz, Wolfgang (Hg.): Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2006, 349 S.

Hosenfeld, Wilm: „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, München 2004, 1194 S.

Kißener, Michael (Hg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung, Konstanz 1996, 342 S.

Kosmala, Beate / Schoppmann, Claudia (Hg.): Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945 (= Reihe Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Bd. 5, hg. von Wolfgang Benz), Berlin 2002, 408 S.

Wette, Wolfram (Hg.): Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, 3. Auflage, Frankfurt/Main 2003, 247 S.

Ders. (Hg.): Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkriegs, 2. Auflage, Freiburg im Breisgau 2014, 287 S.

Widerstand von Juden

Bruder, Franziska: Hunderte solcher Helden. Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibór. Berichte, Recherchen und Analysen, Hamburg 2013, 183 S.

Kwiet, Konrad / Eschwege, Helmut: Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945, 2. Auflage, Hamburg 1986, 384 S.

Löhken, Wilfried / Vathke, Werner (Hg.): Juden im Widerstand. Drei Gruppen zwischen Überlebenskampf und politischer Aktion, Berlin 1939–1945, Berlin 1993, 208 S.

Lustiger, Arno: Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden in Europa 1933–1945, Erfstadt 2004, 624 S.

Paucker, Arnold: Deutsche Juden im Widerstand 1933–1945. Tatsachen und Probleme (= Beiträge zum Widerstand 1933–1945, hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand), Berlin 2014, 67 S. (www.gdw-berlin.de/fileadmin/bilder/publ/beitraege/2003_Paucker.pdf)

Widerstand von Sinti und Roma

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (Hg.): Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Katalog zur ständigen Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz, Heidelberg 2003, 323 S.

König, Ulrich: Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus. Verfolgung und Widerstand, 2. Auflage, Bochum 1989, 210 S.

Widerstand von Häftlingen

Langbein, Hermann: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945, 1. unveränderter Nachdruck, Frankfurt/Main 2016, 496 S.

Streibel, Robert / Schafranek, Hans (Hg.): Strategie des Überlebens. Häftlingsgesellschaften in KZ und GULAG, Wien 1996, 238 S.

Hilfen für Verfolgte

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hg.): Hilfe oder Handel – Rettungsmaßnahmen für NS-Verfolgte (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland H. 10), Bremen 2007, 250 S.

Wette, Wolfram (Hg.): Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, Frankfurt/Main 2003, 361 S.

Widerstand der letzten Stunde

Arendes, Cord / Wolfrum, Edgar / Zedler, Jörg (Hg.): Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte Bd. 6), Göttingen 2006, 262 S.

Bertram, Jürgen: Das Drama von Brettheim. Eine Dorfgeschichte am Ende des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/Main 2005, 181 S.

Diem, Veronika: Die Freiheitsaktion Bayern. Ein Aufstand in der Endphase des NS-Regimes (= Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte Bd. 19), Kallmütz/Operpfalz 2013, 520 S.

Hausberger, Karl: Sterben, damit andere leben können. Der Regensburger Domprediger Dr. Johann Maier (1906–1945), Regensburg 2005, 56 S.

Müller, Rolf-Dieter / Ueberschär, Gerd R. / Wette, Wolfram: Wer zurückweicht, wird erschossen! Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45, Freiburg im Breisgau 1985, 110 S.

Rezeption des Widerstands nach 1945

Arelin, Felicitas von: Die Enkel des 20. Juli 1944, Leipzig 2004, 349 S.

Kershaw, Ian: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, 5. Auflage, Reinbek bei Hamburg 2015, 414 S.

Reichel, Peter / Schmid, Harald / Steinbach, Peter (Hg.): Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. Überwindung, Deutung, Erinnerung, Bonn 2009, 496 S. (bpb-Schriftenreihe Band 766)

Scholtyssek, Joachim / Schröder, Stephen (Hg.): Die Überlebenden des deutschen Widerstandes und ihre Bedeutung für Nachkriegsdeutschland (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Bd. 6), Münster 2005, 153 S.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime, Köln 1994, 348 S.

Ders. (Hg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, Darmstadt 2002, 301 S.

Internetadressen

www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39555/verfolgung-und-widerstand

www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/widerstand.html

www.evangelischer-widerstand.de

www.gdw-berlin.de

www.gedenkstaette-stille-helden.de

www.gedenkstaette-ploetzensee.de

www.georg-elser.de

www.georg-elser-arbeitskreis.de

www.jugend1918-1945.de

www.kreisau.de

www.weisse-rose-stiftung.de

www.widerstand-1933-1945.de

Der Autor und die Autorin

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, apl. Prof. am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, z.Zt. Gastprofessor am Touro-College Berlin, Studiengang Master of Arts in Holocaust Communication and Tolerance.

Julia Albert, M.A., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Die Verfasser danken ihren Kolleginnen und Kollegen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand für ihre umfangreiche Unterstützung bei der Erarbeitung des Textes.

Weiteres zum Thema Nationalsozialismus in den „schwarzen Heften“:



Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenuallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Peter Schuller (Volontär)

Redaktionelle Mitarbeit:

Imke Marie Dralle, Göttingen; Alina Finke, Köln

Titelbild:

Fotos der Widerstandskämpfer Claus Schenk Graf von Stauffenberg (l.) und Georg Elser in der neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand am 26. Juni 2014 in Berlin. Diese Ausstellung wurde nach einer grundlegenden Neugestaltung am 1. Juli 2014 feierlich wiedereröffnet. Foto: Jörg Carstensen/dpa

Umschlag-Rückseite:

Leitwerk, Köln

Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

Druck:

apm alpha print medien AG, 64295 Darmstadt

Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 500 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

Juli 2016

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



Anforderungen

bitte schriftlich an
Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax: 03 82 04/66-273 oder direkt bestellen unter www.bpb.de/informationen-zur-politischen-bildung



Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten bitte melden an informationen@abo.bpb.de

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (bitte keine Bestellungen) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-0 Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.

DER TIMER 2016- 2017

**JETZT
BESTELLEN!**
www.bpb.de/timer

**Neu:
die Timer-App!**
365 Tage im Jahr
Infos, Quiz
und vieles mehr



Der Timer kommt!

Hier bestellen: www.bpb.de/timer
Fax: (02 28) 99 51 51 51-1

Wer große Stückzahlen bestellt, spart jede Menge!
Timer-Telefon für Großbesteller (ab 250 Stück):
Tel: (02 28) 99 51 51 51-0

Der Timer ist der informative Notizkalender der bpb. 160 Seiten stark. Hol dir die tägliche Dosis politische Bildung.